

**Ernst
Niekisch
Erinnerungen
eines
deutschen
Revolutionärs
Gegen
den Strom
1945 1967**

2

Seit Jahren ist der zweite Teil der Erinnerungen Ernst Niekischs mit Spannung erwartet worden. Nun liegt er vor. Damit ist das autobiographische Werk dieses eigenwilligen, geistvollen und tapferen Mannes abgeschlossen. Was er, der im »Dritten Reich« vom Volksgerichtshof unter Thierack wegen Hochverrats zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurde nach seiner Befreiung durch sowjetische Truppen am 27. April 1945 im geteilten Deutschland und in der geteilten Stadt Berlin erlebt und erfahren hat, ist in den Kapiteln des vorliegenden Bandes »Gegen den Strom« aufgezeichnet. Der erste Band seiner Erinnerungen, »Gewagtes Leben«, schließt mit den Worten: »Die Freiheit, die sich mir wieder aufgetan hatte, erwies sich als ein fast undurchdringliches Gestrüpp neuer atembeengender Gebundenheiten.« In diesen Worten ist eine tiefe politische Resignation spürbar. Sie klingt auch in seinen geschichtsphilosophischen Betrachtungen, in seinen politischen Äußerungen und

UP

Ernst Niekisch

Erinnerungen
eines deutschen
Revolutionärs

Zweiter Band
Gegen den Strom
1945-1967

Verlag Wissenschaft
und Politik

© 1974 bei Verlag Wissenschaft und Politik
Berend von Nottbeck, Köln
Umschlaggestaltung Rolf Bünermann
Gesamtherstellung Mohndruck
Reinhard Mohn OHG, Gütersloh
Printed in Germany · ISBN 3-8046-8486-6

Hans Schwab-Felisch

Einleitung

Etwa ein Jahr vor seinem Tode sah ich Ernst Niekisch zum letztenmal. Ich suchte ihn in seiner Berliner Wohnung auf, weil ich ihn bitten wollte, für eine Sendung etwas ins Mikrofon zu sprechen. Niekisch war schon sehr krank; er lag zu Bett, seine Stimme war schwach.

Aus der Aufnahme ist nichts geworden, weil ich vergessen hatte, einen Hebel am Gerät richtig einzustellen. Die Nachlässigkeit hat mich vor der Versuchung bewahrt, eine Indiskretion zu begehen; sie hätte in der Veröffentlichung eines kurzen Moments aus dieser Tonbandaufnahme bestanden.

Wir hatten über die politische Lage gesprochen. Niekisch zeigte sich pessimistisch, ja verzweifelt. Er litt am deutschen Volk und an denen, die es repräsentierten. Er sparte nicht mit bitteren Anmerkungen. Endlich fragte ich ihn, ob er denn niemanden in der politischen Szenerie entdecken könnte, der nach seiner Ansicht fähig wäre, die Situation zu meistern. Die Frage bezog sich in erster Linie auf das gesplante Deutschland. Niekisch besann sich nicht lange; er sagte: Niemanden. Es kam nicht mehr dazu, daß wir über diese schroffe Absage hätten diskutieren können. Kaum hatte Niekisch sie ausgesprochen, legte er seinen Kopf erschöpft in die Kissen zurück. Er schluchzte kurz auf, aus seinen erloschenen Augen traten Tränen. Ernst Niekisch, der Patriot, weinte um Deutschland. Frau Anna winkte zum Aufbruch.

*

Man kann Ernst Niekisch nur verstehen, wenn man weiß, daß er vor allem anderen dieses gewesen ist, ein Patriot. Er war es, aber er war es in einer wirren Zeit, von deren inneren Spannungen und Ambivalenzen wir uns kaum mehr eine Vorstellung zu machen vermögen. Die Dinge stürmten mit elementarer Wucht auf die Menschen ein; was sie erlebten, war alles aus erster Hand. Anders als die ersten zwanzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg waren die beiden Jahrzehnte zwischen der Russischen Oktoberrevolution und Niekischs Verhaftung in Deutschland gekennzeichnet von Erschütterungen, blutigen Kämpfen und geistigen Wirren. Nicht

das Jahr 1945 bildet die eigentliche Zäsur in der Geschichte der Deutschen, sondern das Jahr 1918.

Das klingt befremdlich. Ist das Deutsche Reich aus der Niederlage von 1918 nicht relativ unversehrt hervorgegangen, und hat es sich nicht seine nationale Einheit bewahrt? Konnte man, bei der Vergegenwärtigung mancher Erscheinungsformen des öffentlichen Lebens in den zwanziger Jahren – der Kaiser ging, die Generäle blieben – nicht sogar zu meinen glauben, man habe es mit einem fast schon harmonisch zu nennenden Übergang aus dem 19. in das 20. Jahrhundert zu tun? Und schien es, in der kurzen Phase der Stabilisierung nicht so, als sei der evolutionäre Weg ohne weitere Katastrophen in ein neues Zeitalter bereits fest vorgezeichnet? Um wieviel einschneidender dagegen die äußere Szene nach 1945. Das Reich war nicht nur zerstört; es war auch gespalten, wie sich's sehr rasch herausstellte. Anders als nach 1918 lastete auch im öffentlichen Bewußtsein die eindeutige Schuld am Kriege und ein in der Geschichte einzig dastehender Massenmord auf dem deutschen Volk. Ein gesellschaftlicher Umwandlungsprozeß schien sich unaufhaltsam aus der Zwangs-Völkerwanderung zu ergeben, die Millionen aus den Ostgebieten in die Westzonen und später in die Bundesrepublik kommen ließ. Und die ideologische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus schien, deutlicher noch als in den Jahren der Weimarer Republik, nicht nur aus Gründen einer Verschiebung der Machtpositionen in Europa unausweichlich zu sein. Und doch bedeutete 1918 im Bewußtsein der Allgemeinheit den schärferen Einschnitt. Damals gab es nicht, wie nach 1945, als man sich der ersten deutschen Republik und ihrer Grundlagen entsann, einen Rückgriff auf eigene geschichtliche Traditionen. Die Brücken zur Vergangenheit waren abgebrochen, jedenfalls tendenziell. Etwas Neues mußte entstehen, und ihm mußte Gestalt verliehen werden. Überdies gab es bald wieder Optionen. Die Geschichte, mit dem gewaltigen Ereignis der Oktoberrevolution als dem signifikanten Vorgang der Epoche, bot noch einmal Öffnungen an und damit innere Auseinandersetzungen. Innerhalb des Konzerts der europäischen Mächte war Deutschland bald wieder ein Faktor, der einer souveränen Politik Entscheidungen abverlangte.

Im Gegensatz hierzu gab es nach 1945, überspitzt gesagt, auf deutschem Boden nur noch anzuerkennende Tatsachen. Sie setzten unverrückbare Grenzen für das Handeln und, was nicht weniger wichtig ist, für das Denken. Erst mit den späteren sechziger Jahren, als die in aller Welt sich artikulierende Empörung der jungen

Generation auch bei uns in Erscheinung trat, wurde, nur scheinbar als Nebenprodukt der Unruhen, geistig nachvollzogen, was sich mittlerweile seit 1945 an umwälzenden Ereignissen in China, in Afrika, in Südostasien, in aller Welt abgespielt hatte oder sich abzuspielen im Begriffe war. Der Blitz von Hiroshima wurde – auch in seinen Folgen für die alles verändernde technologische Entwicklung – so recht erst nach einer Schonfrist von zwanzig Jahren zur Kenntnis genommen, in der sich die Deutschen, befangen in Selbstauseinandersetzungen, mit einer Schutzzone nach außen wie mit einem Kokon umgeben hatten.

1945 besiegelte den eigentlichen Einschnitt von 1918. Aber es bedurfte langer Jahre, ehe wir uns, über diesen Prozeß hinweg, der auch ein Abnabelungsprozeß von Weimar gewesen ist, der Konfrontation mit einer neuen historischen Situation bewußt zu werden vermochten.

*

Es kennzeichnet nicht nur den Mann Ernst Niekisch, der, fast ganz erblindet und halb gelähmt, nach achtjähriger Haft von den Russen aus dem Zuchthaus Brandenburg-Görden befreit wurde, sondern auch die unterschiedliche Grundbefindlichkeit der beiden Nachkriegsepochen, daß der zweite Band seiner Erinnerungen, der sich mit den Jahren nach 1945 befaßt, in mancherlei Hinsicht wie ein Nachhall des ersten wirkt.

Hier der furiose und geschlossene Abriß des Lebensbogens von einem Manne, der sich des Kampfes sicher war, den er führte, auch wenn er in fortwährende Niederlagen einmündete und gerade weil er, als Konsequenz seiner unerhörten Herausforderung Hitlers, ihn in das Zuchthaus führte. Dort der skizzenhafte, in über sechzig Kapitel aufgespaltene Nachvollzug eines neuen Versuchs, dem von vornherein die Überzeugung anzumerken ist, daß die geschichtsmächtigen Kräfte, an die Niekisch im Sinne Hegels glaubte, über ihn hinweg zur Tagesordnung übergehen würden.

Als der erste Band der Memoiren »Gewagtes Leben« 1958 erschien, hieß es im Klappentext des Verlages: »Niekisch schließt sein Erinnerungsbuch mit den Worten: ›Die Freiheit, die sich mir wieder aufgetan hatte, erwies sich als ein fast undurchdringliches Gestrüpp neuer, atembeengender Gebundenheiten.« Sie klingen wie ein Ausdruck tiefer politischer Resignation. Ob sie in der Tat so zu deuten sind, würde ein folgender Band zu erklären haben.« Die Auskunft auf diese Frage liegt jetzt vor. Die Antwort ist: Ja. Niekisch umgab in seinen letzten Lebensjahren ein Schatten tiefer

Resignation. Zwar hat er immer wieder gegen ihn angekämpft. Es wäre gegen seine Natur gewesen, aufzugeben. Aber nicht nur wurden seine Energien weitgehend verbraucht in einem beispiellosen, zwölf Jahre währenden Streit durch alle Instanzen um sein Recht auf Wiedergutmachung, über den sein Freund Joseph E. Drexel 1964 in einer aufsehenerregenden, zweihundert Seiten starken Broschüre berichtet hat¹ und von dem auch Niekisch in diesem Buch erbittert Rechenschaft ablegt. Niekisch resignierte, soweit sich das aus seinen Schriften nachweisen und aus seiner Gestalt nachempfinden läßt, aus zwei Gründen.

Der eine lag in den neuen Machtkonstellationen nach dem Zweiten Weltkrieg, die Deutschland den Weg zum Subjekt der Geschichte versperrt und zum reinen, zweigeteilten Objekt hatten werden lassen. Damit war auch die Vorstellung von einer gesamtdeutschen, aktiven Ostorientierung ohne Unterwerfungscharakter überholt, für die Niekisch stets, gegen Stresemann, gegen Locarno eingetreten war.

Im »Gewagten Leben« hieß es dazu: »Gibt es, so mußte man fragen, Möglichkeiten, den besten Teil des abendländisch-europäischen Erbes in die neu aufsteigende russisch-asiatische Welt einzubringen? Dies war im tiefsten Sinne die Fragestellung der Widerstandsbewegung. Das alte Preußen, das nie ganz im Abendland aufgegangen war, schien ein Instrument sein zu können, um die abendländischen Werte in die östliche Welt zu übertragen. Wenn das gesamte deutsche Volk diese Aufgabe begriff, konnte seine Existenz noch einen geschichtlichen Sinn gewinnen. *Das Verhängnis Hitlers war es, diese Möglichkeit zerschlagen zu haben.*«² Und Niekisch fügt, auf die Lage nach 1945 kommend, hinzu: »Der westliche Teil Deutschlands verharrt weiter in der Bahn, die Stresemann eingeschlagen und Hitler bis zum bitteren Ende gegangen war . . . Der Osten Deutschlands aber ist für sich zu schwach, um auf seinen Schultern das abendländische Erbe in den Osten hineinbringen zu können. Sein Schicksal in seiner Isolierung wird sein, ganz und gar im Osten zu versinken, von diesem aufgesogen zu werden.«

In »Gegen den Strom« heißt es dann: »Keine Welttendenz verlangt, daß Deutschland wiedervereinigt werde und neue Stärke und Macht gewinne. So fehlt in den Dingen selbst die Triebkraft,

1 Vgl. J. E. Drexel, Der Fall Niekisch – eine Dokumentation, Köln–Berlin 1964

2 Vgl. E. Niekisch, Gewagtes Leben, Köln–Berlin 1958, S. 149

durch welche Deutschland wieder zur Einheit zusammengebracht werden könnte.«³ Woraus, das nebenbei, zu schließen ist, daß Niekisch keine Welttendenz sah, innerhalb derer Gesamtdeutschland nach 1945 der Hegemonie Sowjetrußlands anheimfallen würde. Er sah den Kampf zwischen den beiden großen Welttendenzen, der bürgerlich-kapitalistischen und der proletarisch-bolschewistischen. Aber innerhalb dieses Kampfes sah er noch etwas anderes. Und dies war der zweite Grund für seine Resignation. Er sah das Herkommen des »Clerkismus«, den er in einer Festschrift für Joseph E. Drexel 1965 beschrieben hat.⁴

Darin verglich er den Manager in der kapitalistischen Gesellschaft mit dem Funktionär in der sozialistischen. Er setzte sie einander nicht gleich. Der »Manager beruft sich nicht auf den Massenwillen, sondern auf die Logik der Sache . . .« Der Funktionär hingegen muß als »Interpret und Vollstrecker des Massenwillens« verstanden werden. Gleichwohl sieht er in beiden Exponenten ihrer Gesellschaften einen vergleichbaren Typ als »den Menschen der Zukunft«. Man könne sagen, »er ist blankgeschliffen und zurecht-poliert wie ein Maschinenteilchen«. Der Clerk sei »der moderne Fellache; er ist das Produkt, in welches sich der arbeitende Mensch, sei er bürgerlicher oder sei er proletarischer Herkunft, im sengenden Licht des technizistischen Geistes verwandelte«.⁵ In diesem Essay spricht er, wie Friedrich Kabermann angemerkt hat, »zum ersten Male ausdrücklich von der ›Nichtigkeit‹, die dem modernen Menschen ›mit unheimlicher Stärke fühlbar gemacht‹ werde«. Niekisch schrieb dies unter dem Eindruck der Atombombe.

*

Niekisch, der das »Protestlerische seines Wesens« selbst hervorgehoben hat, der Luther-Deutsche aus den armen Schichten des Volkes, Sohn eines schlesischen Feilenhauermeisters, den es nach Nördlingen in Bayern verschlug, der Mann mit dem kantigen Handwerkerkopf, in »den der Geist gefahren ist« (Karl Korn) – er war Kopf und Motor der facettenreichen Strömung, die als »Nationalbolschewismus« in die Geschichte eingegangen ist. Wahlpreuße der »jakobinischen« Variante, wie Clausewitz, Scharnhorst und, partiell, der Freiherr vom Stein, historisch ge-

3 Vgl. E. Niekisch, *Gegen den Strom*, S. 8

4 Vgl. E. Niekisch, *Der Clerk*, in »Politische Schriften«, Köln-Berlin 1963, S. 289 ff.

5 Vgl. F. Kabermann, *Widerstand und Entscheidung eines deutschen Revolutionärs/Leben und Denken von Ernst Niekisch*, Köln 1973, S. 260

schult an Ranke, philosophisch in der Hauptsache an Hegel, Nietzsche und Spengler spielen mit herein – war er ein unorthodoxer Marxist; Lassalle hielt er, der stets den starken Staat gewollt hat, weil er ihn in der modernen Gesellschaft für notwendig erachtete, für aktueller als den Marxismus.

Im Koordinatennetz seines ebenso verqueren wie hellstichtigen, jedenfalls unerbittlichen Denkens war der zu errichtende sozialistische Zukunftsstaat das »Testament von Weimar und Königberg«. Von Trier ist nicht die Rede. Das Absterben des Staates war ihm eine fremde Vorstellung. Dem Staat als dem Ausdruck einer politisch-sittlichen Idee oblag vielmehr die Funktion, die Entwicklung des Menschengeschlechts voranzutreiben.

Es ist leicht, den Rebellen Niekisch mit seinem tiefsitzenden Affekt gegen den »Bürger«, den er als den »gewesenen Menschen« bezeichnete, durch seine eigenen Zitate in die autoritäre, antidemokratische Front abzuschieben, ihn romantischer Vorstellungen zu überführen und als Feind der Republik von Weimar abzustempeln. Noch in seiner Kampfschrift »Hitler ein deutsches Verhängnis« von 1932 finden sich Passagen, die ihn scheinbar in die Nähe des Mannes rücken, dem sein ganzer Haß und sein ganzer Kampf gegolten hat.

Vieles, das uns heute mißverständlich erscheinen muß, ist auf die Wirrnisse der Zeit selbst zurückzuführen, in der die Verhakungen linker und rechter Positionen als Ausdruck der deutschen Geistesgeschichte charakteristisch gewesen sind. In seiner erstaunlichen und seltsamen Zeitschrift »Widerstand«, um die sich in ganz Deutschland von Niekisch immer wieder besuchte und aktivierte Kreise bildeten, und in seinen Broschüren hat er diese Zeit nicht mit der Absicht analysiert, sie distanziert in der Rolle des Beobachters zu beschreiben, sondern um den Fortgang der Geschichte revolutionär zu beeinflussen. Anderes, das an ihm heute verwirrt, läßt sich durch sein Hegel-Verständnis erklären. Es führte – und verführte – ihn dazu, die Kategorie des Geschichtlichen spekulativ zu strapazieren und dessen Muster in großen dialektischen Kehren auf die Gegenwart zu übertragen.

Der »imperiale Anspruch der ›Idee von Potsdam‹« war, so scheint es heute, eine historisch bereits überholte Denkfigur, als Niekisch ihn vertrat. Seine Polemik gegen das »römische« Prinzip, als dessen moderne Inkarnation er die Vereinigten Staaten ansah, wurzelte tief in der deutschen Geschichte. Doch war sie (schon deshalb) nicht frei vom Ressentiment. Spiegelverkehrt gilt dies von dem

germanisch-slawischen Gegenprinzip. Als weltpolitische Spekulation brachte Niekisch es ein in die realpolitischen Komponenten seiner Forderung nach einer Ostorientierung Deutschlands und einer gegen das System von Versailles gerichteten, verhaltenen – nicht, wie oft behauptet wird, radikalen – Opposition gegen den Westen.

Aber ist das wirklich alles so weit weg? Semantische Probleme, die sich schon daraus ergeben, daß Begriffe wie »Potsdam« oder »germanisch« von Hitler und seinen Untaten besetzt sind, können uns nicht an der Erkenntnis hindern, daß die Prinzipien selbst – mutatis mutandis, auf einer anderen Stufe und inzwischen auch zunehmend ineinander verhaakt – fortbestehen. Ihre Neubelebung auf deutschem Boden ist nicht zu verkennen. Sie könnten nur aufgehoben werden durch die Konvergenzen, die das technizistische Zeitalter zur Anerkennung seiner selbst zwingen.

*

Als Politiker ist Niekisch gescheitert. Er besaß zwar eine Fähigkeit zur Analyse, die ihresgleichen unter den politischen Köpfen des Jahrhunderts sucht. Er vermochte auch im persönlichen Gespräch, im kleinen Zirkel zu überzeugen. Aber feinnervig, wie er war, ging ihm das Talent zur Demagogie ab, das seinen Gegenspieler Hitler in so verhängnisvoller Weise auszeichnete. Seine innere Struktur war die eines Demokraten; er konnte zuhören und ließ die Meinung anderer nobel gelten. Er konnte schroff sein, aber alles Autoritäre war ihm verhaßt.

Er hat es mit der SPD versucht, der er 1917 beitrug. Aber als sie die Sternstunde der Revolution vorübergehen ließ und sich mit dem Bürgertum verband, dem von Jugend an und offenkundig von Jugenderlebnissen genährt sein tiefster Verdacht und seine größte Verachtung galten, da warf er das Parteibuch auf dem Wege zur Festungshaft in den Briefkasten. Er war zu zwei Jahren verurteilt worden, weil er als Präsident der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte an den revolutionären Vorgängen in Bayern maßgebend beteiligt gewesen war. Doch als dann die Räterepublik ausgerufen wurde, legte er sein Amt nieder; Ernst Toller wurde sein Nachfolger. Niekisch hatte das Chaos kommen sehen; bei der Verteilung der Ämter, die Tankred Dorst in seinem »Toller«-Stück nach den Schilderungen Niekischs beschrieben hat, hatte er den Eindruck, »einer Grotteske« beizuwohnen.

Niekisch ging zur USPD, deren Fraktion im bayerischen Landtag er zeitweise führte. Nach ihrer Aufspaltung konnte er sich weder

für die SPD noch für die KPD entscheiden; er wurde beim Deutschen Textilarbeiterverband in Berlin, damals der zweitgrößten Gewerkschaft, Jugendsekretär, obwohl er der Ansicht war, die Jugend habe in der Politik nichts zu suchen, weil von ihr ein Element der Emotionalisierung und der Radikalisierung ausginge. 1926 trat er zur »Altsozialistischen Partei« über, einer gemäßigten Splittergruppe, die im Dresdener Landtag zeitweise die Rolle des Züngleins an der Waage spielte. Im selben Jahr gründete er die Zeitschrift »Widerstand«.

Das war, nach der Hindenburgwahl 1925, die Zeit, in welcher Niekisch, verzweifelt über die Entwicklung der Republik, versuchte, Fäden nach allen Seiten hin zu spinnen. Er war entschlossen, mit Hilfe linker und konservativer Gruppen bis hin zum Landvolkbund des Bauern Heim, dem Bund Oberland von Beppo Römer und dem »Jungdo« Mahrauns, das revolutionäre Potential zu wecken, nachzuholen, was 1918 versäumt war, und abzuwenden, was er vorhersah: die Auslieferung Deutschlands an Hitler.

Die Verbindungen reichen bis zu Schleicher und Seeckt. Aber daß Niekischs Reise Anfang der dreißiger Jahre in die Sowjetunion, wo er mit Radek zusammentraf, mit geheimen Aufträgen Seeckts im Zusammenhang gestanden hätte, ist offenbar eine Legende. Immerhin ist es kennzeichnend, daß sie entstehen konnte. Der Versuch zur Mobilisierung des »preußischen Instinkts« und die »Widerstand«-Parole: »Wir sind keine Kommunisten, aber wir sind, wenn es das nationale Lebensinteresse fordert, des Kommunismus fähig« gehörten zusammen.

Was wollte Ernst Niekisch damals? Sebastian Haffner hat es bündig in einer Konfrontierung Hitler–Niekisch beschrieben: »Sie wollten in jeder Einzelheit das genaue Gegenteil: Hitler die nachträgliche Rache an den »Novemberverbrechern«, Niekisch den nachträglichen Sieg der Novemberrevolution; Hitler die faschistische Konterrevolution, Niekisch die sozialistische Revolution; Hitler den antibolschewistischen Kreuzzug und die Kolonialisierung Rußlands mit stiller Beihilfe des Westens, Niekisch das Bündnis mit der bolschewistischen Revolution gegen den Westen. Hitler dachte in Begriffen von Rasse und Raum, Niekisch in Begriffen von Klasse und Staat. Hitler wollte Massen einfangen für eine kapitalistisch-imperialistische Politik; Niekisch eine neue Elite gewinnen für eine Politik des preußisch-asketischen Sozialismus. Hitler hatte sich, bei aller »sozialistischen« Phrasendrescherei, längst mit dem kapitalistischen Großbürgertum arrangiert; für

Niekisch war und blieb das kapitalistische Bürgertum der eigentliche innere Feind.«⁶ Niekisch ist gescheitert. Aber die Geschichte hat ihm wenigstens nicht unrecht gegeben. Wie sie verlaufen wäre, hätte er Erfolg gehabt, ist eine müßige Frage; sie gehört in das Reich der Spekulation.

Es kennzeichnet Niekischs Einschätzung der nach 1945 entstandenen Lage, daß sein zweiter Erinnerungsband »Gegen den Strom« sich »vor allem mit Entwicklungen beschäftigt, die sich auf der kulturellen Ebene vollzogen«. Und es ist weiterhin kennzeichnend für sein Selbstverständnis, daß er völlig unbefangen schreiben konnte: »Weder arbeitete ich für die SED, noch entfaltete ich irgendeinen politischen Ehrgeiz.« Und dies, obwohl er der SED beitrug, nachdem Klingelhöfer ihn vergeblich zum Beitritt in die SPD aufgefordert hatte und obwohl er, als Angehöriger der Fraktion des Kulturbundes, der Volkskammer angehörte. Der Widerspruch ist in der Tat, was heute kaum mehr verständlich erscheint und sich am Ende auch als eine Illusion erwies, nur formaler Natur. Aber die formale Zugehörigkeit zur SED und zur Volkskammer in einer Zeit, da, im Namen der »Nationalen Front« die Parole »Deutsche an einen Tisch« ausgegeben wurde, haben entscheidend dazu beigetragen, daß ihm die Wiedergutmachung so lange versagt geblieben ist, im Widerspruch »zum sittlichen Grundgedanken unserer Rechtsordnung« (Ferdinand Friedensburg).

Niekisch sah eine »dringende Notwendigkeit darin, zuvörderst ein gesamtdeutsches Kulturbewußtsein lebendig zu erhalten«, wobei er nach wie vor »von dem Gedanken durchdrungen war, das deutsch-europäische Kulturgut« in den bolschewistischen Osten hinüberzuretten. Ein merkwürdiger Gedanke übrigens für einen Mann, der in machtpolitischen Kategorien zu denken gewohnt war und der der Marxschen Dialektik keineswegs fremd gegenüberstand, auch wenn er dessen Anthropologie vom menschlichen Wesen als dem »Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse« nicht zu folgen vermochte.

Als Niekisch zur SED fand, war dies für ihn nicht allein die Erfüllung des Traums von den vereinigten Arbeiterparteien, wenn sie auch nur in dem einen Teil Deutschlands erfolgte. Er klammerte sich damit auch an den Gedanken, daß eine solche Partei, sollte sie erst einmal in ganz Deutschland Fuß fassen, dem sowjetischen

⁶ Vgl. S. Haffner, Ernst Niekisch, in »Preußische Portraits«, Hrsg. W. Venohr, Hamburg 1969

Einfluß angesichts der den Sowjets in Potsdam zugestandenen Kontrollbefugnisse Grenzen setzen könnte: »Sie hätten vorsichtig operieren müssen.« Wir wissen heute, daß all dies und anderes Illusionen gewesen sind. Und zwar nicht nur, weil der west-östliche Gegensatz solche Entwicklungen verhinderte. Auch die innere Entwicklung in der sowjetisch besetzten Zone und später in der DDR ließ solchen Gedanken nur wenig und vorübergehend Raum.

Niekisch hat das am eigenen Leibe erfahren. Er war ein weitgehend unerwünschter Schriftsteller: Aus seinem brillanten Essay »Deutsche Daseinsverfehlung« mußte er das letzte Kapitel entfernen, weil es der sowjetischen Kontrollbehörde wegen seines Ausblicks auf die deutsche Zukunft als der einer anderen Schweiz zu pessimistisch erschien. Eine ihm in Auftrag gegebene Schilderung der deutsch-sowjetischen Beziehungen, »Der Draht nach Rußland«, konnte erst gar nicht erscheinen. Seine noch vor der Verhaftung geschriebene und auf wundersame Weise gerettete Abrechnung mit dem Dritten Reich, »Das Reich der niederen Dämonen«, bereitete nichts als Verlegenheit; man las aus ihr gefährliche Parallelen zu den Zuständen in der DDR heraus; die Auflage wurde auf 3000 Exemplare beschränkt. Seine »Europäische Bilanz« konnte erst erscheinen, nachdem Grotewohl sich eingeschaltet hatte und ein Kapitel über die Bedeutung der Juden in der deutschen Geistesgeschichte herausgenommen worden war. Wilhelm Girnus rückte dieses Werk in die Nähe der »amerikanischen Kriegshetzer«, eine Erwiderung auf diesen Angriff in der Zeitschrift »Einheit« lehnte die Redaktion ab. Auch als Professor an der Humboldt-Universität hatte Niekisch Schwierigkeiten. So wurde ein Forschungsprojekt, das sich mit der Soziologie der Flüchtlinge aus den verlorenen Ostgebieten beschäftigen sollte, untersagt.

Für den heutigen Leser in der Bundesrepublik mögen viele Erlebnisse und Begegnungen Niekischs in den damaligen Jahren fast schon etwas Gespenstisches haben: Die Rolle des »Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands«, die nicht, wie die ihm zuströmenden Intellektuellen glaubten, den Einfluß des Geistes auf die Macht stärkte, sondern umgekehrt, ein Mittel der Macht zur Domestizierung des Geistes war – oder doch wurde. Die dramatische »Formalismus«-Debatte mit den Mächtigen des Staates und der Partei in der »Möwe«; die engstirnigen Reaktionen Johannes R. Bechers auf Niekischs Verteidigung seines Freundes Ernst Jünger. Dazu die ergreifenden Versuche, in Konventikeln

wie dem Nauheimer Kreis oder der Zusammenkunft einer imponierenden Garde von Intellektuellen in Imshausen, jenes gesamtdeutsche Gefühl aufrechtzuerhalten, um das es Niekisch und anderen ging. Es waren Versuche, wie einst die »Widerstands«-Kreise, dem erkannten, aber nicht anerkannten Gang der Geschichte Einhalt zu gebieten. Und doch waren all diese Unternehmungen und Debatten seinerzeit das, was das eigentliche Leben ausmachte.

Das Herzstück des Erinnerungs-Bandes »Gegen den Strom« ist ein Memorandum Niekischs an den damaligen Hochkommissar Semjonow, das er wenige Tage vor den revolutionären Vorgängen des 17. Juni 1953 verfaßt hat. Ein in vieler Hinsicht erstaunliches Dokument, das über seinen Inhalt hinaus den ungebrochenen Mut Niekischs gegenüber allen Mächten bezeugt. Kurz nach dem 17. Juni sandte er die Schrift ihrem Adressaten zu.

Mochte er bis zum Juni 1952, als die SED zu einer »Partei neuen Typus« umgewandelt wurde und sich zum eigentlichen Träger der Staatsmacht aufwarf, noch an den 1946 von Anton Ackermann verkündeten »deutschen Weg zum Sozialismus« als Ziel der Partei und der sowjetischen Politik geglaubt haben, so war es damit seit der Umwandlung der Partei vorbei. Beschwörend machte er in seinem Memorandum Semjonow darauf aufmerksam, daß der »Durchschnittsdeutsche seinem Wesen nach heute ein Bürger« sei. Er lege Gewicht »auf die bürgerlichen Ideale, das Recht des Individuums, den Wert der Persönlichkeit, die Garantie der Rechtssicherheit, die Rechtsstaatlichkeit, die Unantastbarkeit des Privateigentums und in gewissem Umfange die staatsbürgerliche Freiheit«. Das gelte auch für den Arbeiter. Es sei nicht zu leugnen, »daß bei der Durchführung der neuen Politik eben der bürgerliche Charakter auch der ostdeutschen Bevölkerung völlig aus dem Auge gelassen worden war«. Eines der »wichtigsten und bedeutsamsten Anliegen jeder Politik« müsse es sein, »moralische Eroberungen zu machen. Die moralischen Eroberungen, welche die Deutsche Demokratische Republik gemacht hätte, wären ohne weiteres auch der Sowjetunion zugute gekommen. Aber gerade hier liegt der schwächste Punkt der Politik der Deutschen Demokratischen Republik.«

Erstaunliche Worte aus dem Munde des ständigen Befürworters einer Ostorientierung der deutschen Politik. Erstaunliche Worte aber keineswegs aus dem Munde des Moralisten Niekisch. Hat er in seinen letzten Jahren seinen Frieden mit »dem Bürger« gemacht? Das ist, vermutlich, eine falsche Fragestellung. Sie setzte

voraus, daß Niekischs Feindschaft gegen das westlich-kapitalistische Bürgertum eine Ablehnung eben dieser Errungenschaften der bürgerlichen Revolution mit eingeschlossen hätte. Das aber ist nicht der Fall. Die Rechtsstaatlichkeit, die Rechtssicherheit, die Freiheit der persönlichen Meinung hat Niekisch stets hochgehalten, auch in jenen Passagen seiner Schriften, in denen er den starken Staat forderte.

Es versteht sich von selbst, daß Niekischs Sicht auf die Nachkriegsentwicklung in Deutschland von seinen früheren Vorstellungen eines wünschbaren deutsch-russischen Verhältnisses geprägt ist. Die Meinungen eines solchen Mannes können uns auch heute, da die von ihm skizzierte Epoche vorüber ist, nicht gleichgültig sein. Auch dann nicht, wenn sie schief oder ungerecht sind oder an manchen Tatsachen schlicht vorübergehen. Viele Dinge sah er gar nicht, weil er sie offenkundig nicht sehen wollte. Wenn er etwa vom »Regierungswechsel« 1948 in Prag spricht, so ist dies einfach ein den wirklichen damaligen Ereignissen gegenüber sich blind gebender Euphemismus. Man kann vieles gegen Adenauer vorbringen. Es ist aber absurd, ihm Kriegslüsternheit zu unterstellen. Und ob es in der amerikanischen Konzeption gelegen hat, »die Sowjetunion als den Herd des Antikolonialismus und Antiimperialismus in Stücke zu schlagen und sie selbst als koloniales Gebiet aufzuteilen«, wird man wohl mit einigem Recht selbst für die Jahre des heftigsten kalten Krieges bezweifeln dürfen. Das Diktum Niekischs, die bürgerliche Gesellschaft komme »nie mehr aus dem faschistischen Zustand« heraus, bedürfte zumindest einer Definition des Begriffs »Faschismus«. Andere fragwürdige Stellen wird der Leser selber finden. Das Buch schließt mit einer Gegenüberstellung Adenauer – Ulbricht, der beiden »Führer«. Keiner von ihnen wird darin schmeichelhaft behandelt. Danach folgen noch die Porträts zweier Künstler, das Horst Strepfels und das von Gustav Seitz. Damit nimmt Niekisch das Grundthema seiner Existenz nach dem Kriege wieder auf, den Zusammenhalt der Deutschen wenigstens auf kulturellem Gebiet zu erhalten. Der »Abschied von der SED« wirkt nur noch als Bekräftigung.

Niekisch, der Volksschullehrer aus dem Volke, der Revolutionär, der durchdringende Geist und unbezwingbare Mann, hat eine dialektische Existenz geführt, deren Ergebnis eine unerhörte Gradlinigkeit ist. Seine politischen Schriften werden uns noch lange begleiten. Die Geschichte ist nicht zu Ende, obschon es manchmal den Anschein hat.

Ernst Niekisch

Gegen den Strom

Vorbemerkung

Schon des öfteren haben deutsche Historiker mit einiger Verwunderung auf die gewaltigen Abstürze hingewiesen, die der deutsche Geschichtsablauf aufzeigt. Das mächtige Reich Ottos des Großen endete in Schwäche. Mit tiefer Erschütterung blickt man auf den Untergang des Reiches der Hohenstaufen. An dessen Ende steht die Hinrichtung Konradins in Neapel: Das Reich des stolzen und hochgemuten Friedrich Barbarossa versandet im Interregnum. Es folgen Jahrhunderte deutscher Ohnmacht und Zerrissenheit, während deren sich die westlichen Nationalstaaten bildeten und glanzvolle Epochen vorbereiteten. Noch einmal wird am Ausgang des Mittelalters der Versuch unternommen, die politische Kraft des deutschen Volkes zusammenzuraffen und ein politisch lebensfähiges Gebilde hervorzubringen. Es geschieht unter Karl V. Die Bedeutung dieser Gestalt wird in der Regel unterschätzt. Hier war noch einmal ein Kaiser hervorgetreten, der das Zeug in sich zu haben schien, Deutschland zu einer großen geschichtlichen Stellung emporzuheben. Er scheiterte zuletzt ebenso, wie die Ottonen und Hohenstaufen vor ihm gescheitert waren. An dieser Gestalt wird offenbar, daß an dem geschichtlichen Scheitern nicht die führenden Persönlichkeiten die Schuld trugen, sondern daß es in den deutschen Dingen selbst, ihren Umständen und – sagen wir es nur geradezu – in den deutschen Charaktereigentümlichkeiten gelegen war.

Karl V. resignierte; er war zu der schwermutsvollen Einsicht gelangt, daß mit dem deutschen Volke politisch nichts anzufangen war. Der politische Rohstoff, die deutsche Volkssubstanz reichten nicht hin, mit ihr große Geschichte zu machen. Es folgten wieder Jahrhunderte der Machtlosigkeit, der inneren Auflösung, ja der Schmach; es folgte Napoleon und die Liquidierung des mittelalterlichen Kaiserreiches überhaupt, es folgte am Ende noch der Sumpf des Deutschen Bundes.

Aus diesem Sumpfe erhob sich ein Teilgebiet, das Land Preußen, das von dem Ehrgeiz erfüllt war, es den westlichen Nationalstaaten an Glanz und Macht gleichzutun. Schon in Friedrich dem Großen

meldete es seinen Anspruch auf Macht an. Dieser Monarch erfüllte seinen Staat mit jener Tendenz der Ausbreitung, die dann später über das geeinte Deutschland hinweg den Versuch unternahm, eine Herrschaft über die ganze Welt zu errichten.

Preußen hatte das Glück gehabt, einen ungewöhnlichen Staatsmann zu finden, dem es 1871 gelang, ein starkes, vereinigt Deutschland neu zu gründen. Die deutsche Größe schien sich aus dem Staube erhoben zu haben und für alle Zukunft gesichert zu sein. So stolz aber seine Gründer und Schöpfer auch ihr Werk betrachteten, so selbstbewußt auch die Bürger dieses neuen Reiches ihre Erfolge genossen, so gab es doch zu denken, daß scharfsichtige Köpfe, wie etwa Friedrich Nietzsche, von Anfang an die Gründung dieses Reiches höchst fragwürdig fanden. Angesichts dieses neuerstandenen Gebildes war ihnen unbehaglich zumute. Sie fragten nach dessen Sinn und fanden keine erschöpfende und befriedigende Antwort. Dieses Reich war als Tatsache da und bestand doch nur aufgrund einer besonderen europäischen Konstellation und einer hochentwickelten militärischen Macht. An seinem faktischen Dasein war nicht zu zweifeln. Aber wozu es da war, welchen besonderen geschichtlichen Auftrag es hatte: dies wußte niemand zu sagen. Feudalistische, obrigkeitsstaatliche Rückstände zu konservieren, das war keine Aufgabe, die einem großen Reiche ein Lebensrecht schenkte. Der Schöpfer selbst, der alte Reichskanzler Otto von Bismarck, war von solchen zweifelnden Besorgnissen heimgesucht. Auch er traute der Dauer seiner Schöpfung nicht und sagte voraus, daß sie ihn kaum zwanzig Jahre überleben werde. Er bekam in einer fast unheimlichen Weise recht. 1898 starb er, 1918 war es mit der Herrlichkeit seines Reiches vorbei.

Die Weimarer Republik war nur eine Ruine, die notdürftig ein klägliches Dasein fortfristete. Noch einmal raffte, man kann sagen: verzweiflungsvoll, das deutsche Volk alle seine Kräfte zusammen und schuf mit einer aufgepeitschten Anstrengung sondergleichen das Dritte Reich. So wie nach 1914 die deutschen Heere die größten Teile Europas überflutet hatten, so überfluteten sie jetzt 1939 noch einmal fast das ganze Europa und sogar Nordafrika. Aber auch diese Triumphe waren rasch vergänglich; 1945 brach alles in Trümmer. Deutschland, das Reich, hatte endgültig aufgehört zu bestehen; es fand sich in einer ähnlichen Situation wie das alte Reich nach dem Dreißigjährigen Krieg.

Es ist unumgänglich, sich mit der Frage zu beschäftigen, wie diese furchtbaren, plötzlichen Abstürze zu erklären sind. Überblickt

man den Lauf der Geschichte, so findet man, daß jeder größere Zeitraum besondere gesellschaftliche und wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen hat. Diese Aufgaben machen das aus, was man die geschichtlich oder gar weltgeschichtlich leitenden Tendenzen nennen darf. Die Völker, welche eine solche geschichtlich-zeitgemäße Tendenz ergreifen, haben Erfolg; in ihnen verkörpert sich, um mit Hegel zu sprechen, der Weltgeist. Unglückseligerweise wußte sich das deutsche Volk niemals mit einer leitenden geschichtlichen Tendenz rechtzeitig in Einklang zu bringen. Zur Hohenstaufenzeit wurde sich zum erstenmal das europäische Bürgertum seiner Macht und Kraft bewußt; vor allen Dingen in Italien meldete es seine Ansprüche an. Die Hohenstaufen hatten kein Auge dafür; sie fühlten sich als die Sachwalter des überlieferten Feudalismus. Sowohl Friedrich Barbarossa wie Friedrich II. waren den aufstrebenden Städten furchtbar, und in der Tradition der nachfolgenden deutschen Kaiser lag es, daß diese ohne Verständnis für die Bedeutung der Deutschen Hanse waren. Die deutschen Kaiser fochten, indem sie das feudale Prinzip verkörperten, für den geschichtlichen Rückschritt. So hatte ihre Sache keine Zukunft und war im Grunde von vornherein verloren. Die Französische Revolution, welche der bürgerlichen Sache zum Siege verhalf, machte in ihrer Auswirkung mit dem mittelalterlichen Deutschen Reich schließlich überhaupt ein Ende.

Aber auch der neue Anlauf, den Preußen unternommen hatte, setzte gleich von Anfang an falsch ein. Preußen war junkerlich und feudalistisch; es fühlte sich als Gegenpol der Französischen Revolution. Als Macht der Reaktion kam es in die Höhe und konnte infolgedessen nur so lange bestehen, wie der Reaktion überhaupt noch eine Galgenfrist gestattet wurde, allmählich zu veratmen. Auch das Bismarckreich stand gegen den Gang der Geschichte. Es suchte der andringenden Übermacht des Bürgertums gegenüber vom Feudalismus noch so viel zu retten, wie eben zu retten war. Nahm diese bürgerliche Übermacht weiter zu, was unvermeidlich war, so konnte es als Kompromiß mit dem Feudalismus nicht mehr bestehen und mußte geschichtlich ausgelöscht werden.

Es ist, als ob das deutsche Volk einen unaustilgbaren Hang habe, sich als geschichtlicher »Verzögerer par excellence« zu betätigen, sich als retardierende Kraft der Geschichte auszuleben und damit immer wieder notwendigerweise zum Scheitern verurteilt zu sein. Der letzte große Anlauf, den es unter Hitler nahm, lag in der gleichen Richtung. Im Jahre 1917 war ein neues geschichtliches Prinzip

in die Welt getreten, das bolschewistische Prinzip, und Rußland hatte sich zu dessen Verfechter gemacht. Fast im gleichen Augenblicke drängte sich schon das deutsche Volk dazu, sich diesem neuen geschichtlichen Prinzip in den Weg zu werfen; nicht nur das deutsche Bürgertum, sondern auch die deutsche Arbeiterschaft wurden »antibolschewistisch«. Das Hitlerreich kam als antibolschewistische Macht in die Höhe, als antibolschewistische Macht stürzte es sich in den Zweiten Weltkrieg. In seiner Niederlage und seinem Sturz wurde für das Deutsche Reich die Weltgeschichte zum Weltgericht. Das Deutsche Reich wurde, so kann man sagen, verworfen, weil es auch hier wieder für die Reaktion gegen ein weltgeschichtlich Neues gefochten hatte.

So ist das Ergebnis die niederdrückende Einsicht, daß das deutsche Volk immer und immer wieder sein »Dasein verfehlte«. Im Jahre 1945 wurde unter dieses verfehlte Dasein ein Schlußstrich gezogen. All die deutschen geschichtlichen Höhepunkte waren nur Episoden gewesen.

Diese Erkenntnis hat für die Gegenwartspolitik unvermeidliche Konsequenzen. Ist ein politisches Gebilde sinnlos, so ist es völlig gleichgültig, ob es besteht oder nicht besteht. Die Zertrümmerung Deutschlands, die Aufteilung Deutschlands haben schlechthin nichts zu bedeuten; in ihnen findet lediglich die Sinnentleerung deutscher geschichtlicher Existenz ihren Ausdruck. Keine Welttendenz verlangt, daß Deutschland wiedervereinigt werde und neue Stärke und Macht gewinne. So fehlt in den Dingen selbst die Triebkraft, durch welche Deutschland wieder zur Einheit zusammengebracht werden könnte. Zwei große Tendenzen erfüllen heute die Welt: die bürgerlich-imperialistische, die sich in Amerika, und die proletarisch-bolschewistische, die sich in Rußland verkörpert. Diese beiden Welttendenzen stehen in heftigster Auseinandersetzung. Europa ist das Schlachtfeld, und eben aus diesem Grunde ist auch der Bestand Europas in eine Existenzkrise eingetreten. Westeuropa gehört dem amerikanischen Machtbereich an und kann nur noch als dessen Bestandteil existieren. Osteuropa ist in den russischen Bereich einbezogen, ist ein Teil desselben geworden und kann nicht mehr auf eigenen Füßen stehen. Ist unter den gegebenen Umständen ein selbständiges Europa nicht mehr möglich, so sind gar die Voraussetzungen für ein selbständiges Deutschland ein für allemal dahingeschwunden; Deutschland existiert nur noch als ein Feld, auf dem dauernd der Bürgerkrieg herrscht. Hier treffen die zwei großen Welttendenzen unmittelbar

aufeinander und ringen um die Oberhand. Für unabsehbare Zeit ist es deutsche Bestimmung, Boden zu sein, auf dem der unausgesetzte Bürgerkrieg tobt. Berlin ist ein Symbol: Dieser Ort verkörpert in zugespitztester und konzentriertester Form die deutsche Bürgerkriegssituation.

Deutschland verteidigte seit 1871 seine Machtstellung gegen die innere Notwendigkeit der Dinge. Gegen diese setzte es sich auch seit 1917 zur Wehr. Immer stand es in der Front der Verteidigung überlebter Ordnungen, einer Restauration, eines »Anti«. Der Zug der Dinge ist aber unwiderstehlich; seinem Druck ist auf die Dauer nicht Einhalt zu gebieten. Deutschland hat ihm nichts entgegenzustellen als die militärische Gewalt. Militarismus kann man vielleicht auch so verstehen, daß man ausschließlich mit militärischen Mitteln sich dem Fluß der geschichtlichen Entwicklung zu entziehen sucht. Schließlich aber muß immer die militärische Gewalt vor der vordringenden Welttendenz kapitulieren. Um der Kapitulation auszuweichen, greift die militärische Gewalt in ihrer Verzweiflung zu den äußersten, den grauenhaftesten, den unmenschlichsten Mitteln; sie scheut sich nicht, die Grenze zu überschreiten, jenseits derer das Verbrechen beginnt. So war der Ausgang der deutschen politischen Macht in einer Entfesselung aller verbrecherischen Instinkte und Untaten nicht zufällig, sondern lag in der deutschen Logik selbst. Die neuerliche Hinwendung Amerikas zu einer Politik, die sich ausschließlich militärischer Mittel bedient, deutet darauf hin, daß es seine Sache, die Sache des bürgerlichen Imperialismus, insgeheim für eine verlorene Sache hält, die keine Zukunft mehr vor sich hat und ganz und gar auf die rohe Gewalt vertrauen muß.

Wie sehr die deutsche Entwicklung vom Wesen her der Reaktion und Restauration, dem »Anti« verbunden war, trat insbesondere an der deutschen Sozialdemokratie zutage. Sie hatte im Zeichen des Kommunistischen Manifestes als »revolutionäre« Partei begonnen, als eine Partei, der aufgegeben war, ein völlig Neues in die Welt zu bringen; sie hielt aber diese Stellung nicht lange aus, sondern ging über die Brücke des Reformismus und Revisionismus in das Lager der bürgerlichen Gesellschaft über. Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges verteidigte sie an der Seite der bürgerlichen Parteien die letzte europäische feudalistische Position. Nach der Niederlage von 1918 ließ sich ihr inneres Wesen in dem Namen »Noske« zusammenfassen. Sie deckte die Wiedererstehung des deutschen Militarismus und bereitete in den Freikorps die späteren

SA- und SS-Verbände vor. Sie gliederte sich im Kampf gegen die bolschewistische Revolution dem Umkreis aller jener Kräfte ein, die Deutschland auf der Bahn der Weltreaktion festhielten: der feudalisierten Schwerindustrie, dem fortschrittsfeindlichen Großbürgertum, den militärischen Machthabern. Auch nach dem Zusammenbruch vom Jahre 1945 findet man die Sozialdemokratie, kaum war sie wieder auferstanden, in der Phalanx der anti-revolutionären Mächte.

Die tiefer sehenden Geister wußten schon längst, daß Deutschland ein Land ohne Hoffnung sei; sie waren aus diesem Grunde Nihilisten. Der deutsche Nihilismus war eine Vorahnung der deutschen Katastrophe von 1945. Fast gleichzeitig kam aber ein noch viel radikalerer Nihilismus zu Wort, ein europäischer Nihilismus. In ihm sprach sich das Vorgefühl des Absturzes Europas aus.

Bereits im Jahre 1945 war ich mir vollkommen bewußt, daß es von nun an eine echte deutsche Politik nicht mehr geben werde. Den deutschen Westen, den die drei westlichen Siegermächte besetzten, sah ich unrettbar den Tendenzen der Weltreaktion verfallen. Mit ihm wollte ich nichts zu schaffen haben. Aber auch dem deutschen Osten gab ich keine große Hoffnung. Ich sah, auch hier war die Zeit deutscher Entschlüsse, deutscher Planungen, deutscher Selbstbestimmung vorbei. Eine Zukunft schien für mich nur noch die allgemeine Sache des russisch-asiatischen Ostens selbst zu haben, dem der deutsche Osten von nun an endgültig eingeordnet war. Hier gab es, auch wenn man alles verloren glaubte, noch ein Letztes zu tun, das zugleich auch das Schwerste war: Da ich von dem Gedanken durchdrungen war, das deutsch-europäische Kulturgut müsse in den bolschewistischen Osten hinübergerettet werden, sah ich, damit das deutsche Volk dieser Aufgabe überhaupt gewachsen sei, eine dringende Notwendigkeit darin, zuvörderst ein gesamtdeutsches Kulturbewußtsein lebendig zu erhalten. Mit wenig Zuversicht machte ich mich ans Werk; weder arbeitete ich für die SED, noch entfaltete ich sonst irgendeinen politischen Ehrgeiz. So kommt es, daß dieser zweite Band der »Erinnerungen« vor allem sich mit Entwicklungen beschäftigt, die sich auf der kulturellen Ebene vollzogen.

Daß auch hier nur eine geringe Ernte einzubringen war, wußte ich von Anfang an. Aber schließlich besteht Leben darin, tätig zu sein.

Nach der Katastrophe

Als der weltpolitische Aufruhr, den Hitler angezettelt hatte, in einer fürchterlichen Weise im Jahre 1945 niedergeschlagen war, wurde reiner Tisch geschaffen. Zwei wirklich große Mächte blieben übrig: die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion. Ehrenhalber wurden das Empire, Frankreich und China noch dem Ring der Auserlesenen zugezählt. Über Italien, Japan und Deutschland aber war der Stab gebrochen, Abhängigkeit wurde ihr Los.

Vermutlich war die Zahl jener Deutschen gering, welche die ganze Tiefe des jähen Sturzes von 1945, den Deutschland getan hatte, ermessen konnten.

Von Hans Kelsen, der vor 1933 Staatsrechtslehrer in Köln gewesen war und später an der Universität in Kalifornien lehrte, stammt eine Abhandlung, in welcher er den Fragen nachgeht, die auftauchen, sobald man sich an das Werk eines Friedensschlusses mit Deutschland machen würde. Deutschland habe, so formulierte er, mit radikaler Entschlossenheit durch seine völlige Niederlage, durch die Kapitulation seiner Streitkräfte und durch die Beseitigung seiner nationalen Regierung aufgehört, ein souveräner Staat zu sein. Infolgedessen sei es nicht mehr vertragsfähig, und so könne man mit ihm keinen Friedensvertrag abschließen. Auch in Rücksicht auf die Erfahrungen der Vergangenheit empfehle es sich nicht, einen solchen Vertrag mit Deutschland auszuhandeln. Man müsse sich dessen erinnern, wie Deutschland nach 1919 seine Unterschrift unter dem Versailler Friedensvertrag mißachtet und schließlich sogar keck verleugnet habe. Deutschland müsse von den Siegerstaaten geradezu neu gegründet werden; einzig die *deutschen Länder* seien als politische Realitäten übriggeblieben. In dem Staatsgründungsstatut müßten die Bedingungen festgesetzt werden, unter denen das neue Deutschland erstehen dürfe. Auf diese Weise sollten ihm die Friedensbedingungen einfach auferlegt werden. Die Souveränität Deutschlands liege nach dessen »debellatio« (restlose Niederzwingung und Überwältigung) durch seine Gegner in der Hand der Oberbefehlshaber der Besatzungsmächte.

Deutschland sei Gegenstand eines Kondominiums, ähnlich, wie einst über Ägypten ein Kondominium errichtet gewesen war. Es waren sowjetische Truppen, die Berlin erobert und damit den endgültigen Zusammenbruch des Dritten Reiches herbeigeführt hatten. Unvermeidlich war, daß die Sowjetunion nach ihren militärischen Leistungen bei der Gestaltung der Geschichte Europas ein kräftiges Wort mitzureden hatte. Auf der Potsdamer Konferenz hatte sie ihr Gewicht in die Waagschale geworfen; in den Potsdamer Beschlüssen findet man es respektiert.

Die Niederwerfung des deutschen Rebellen hatte dem Westen so viel Kräfte gekostet, daß er 1945 zu einem Kompromiß mit der Sowjetmacht gezwungen war. Die Potsdamer Beschlüsse waren dieser Kompromiß, der ein Machtgleichgewicht zwischen dem Westen und dem Osten anerkannte.

Die Potsdamer Beschlüsse waren gewissermaßen das erste Grundgesetz, nach welchem das zusammengebrochene Deutschland vorerst zu leben hatte. Träger der Souveränität wurde ein »Kontrollrat«, der sich aus den Oberkommandierenden der vier Siegermächte zusammensetzte. Das deutsche Staatsgebiet wurde in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Kein Quadratmeter unbesetzten deutschen Gebietes blieb übrig. Innerhalb der sowjetischen Besatzungszone lag Berlin als eine Viermächtestadt. Die Entwaffnung, die Entnazifizierung, die Umerziehung des deutschen Volkes, die Zerstörung der Konzerne, die Aufteilung des Großgrundbesitzes, die Vernichtung der Schwer- und Rüstungsindustrie, Demontagen und Reparationen wurden Deutschland auferlegt; das Gebiet jenseits der Oder-Neiße-Linie wurde polnischer Verwaltung übergeben. Freilich, eine Chance wurde dem deutschen Volk noch gelassen: Die deutsche Einheit wurde grundsätzlich noch nicht zerbrochen, obschon während des Krieges Roosevelt, Churchill und de Gaulle Pläne zur Aufteilung Deutschlands ausgearbeitet hatten. So hing etwa im Arbeitszimmer des amerikanischen Präsidenten Roosevelt eine Karte, welche zeigte, wie sich der Präsident die Aufteilung Deutschlands vorstellte. Trotzdem sollten nach den Potsdamer Beschlüssen große Wirtschaftsbereiche, Transport und Verkehr einheitlich organisiert bleiben, verschiedene zentrale Instanzen waren vorgesehen. Über einen deutschen Friedensvertrag sollte der »Rat der Außenminister« der USA, Großbritanniens, der UdSSR und Frankreichs beraten.

Mit der Ausmerzung der deutschen Schwerindustrie, der Verpflanzung ganzer Industrieanlagen in andere Länder wurden die

Daseinsgrundlagen von Millionen deutscher Industriearbeiter gefährdet. Große Arbeiterheere waren plötzlich ohne Arbeit und Brot. Ihre Existenz hing in der Luft wie diejenige der Millionen Flüchtlinge, die aus den verlorenen Ostprovinzen, außerdem noch aus der Tschechoslowakei, aus Österreich und Ungarn in den so arg beschnittenen deutschen Raum hineingestopft wurden. Es wurde ein bevölkerungsmäßiges Überdruckgebiet geschaffen, das zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß bot. Diese angehäuften Massen waren in Hinsicht auf Nahrung, Wohnung, Kleidung weitaus unterversorgt. Da keine Erwerbsmöglichkeit bestand, weil anfänglich der Produktionsprozeß, das Wirtschaftsleben überhaupt kaum in Gang zu kommen vermochten, da ferner keine Spuren eines Außenhandels vorhanden waren, aus dessen Erträgen die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen hätte bezahlt werden können, fristete ein großer Teil des deutschen Volkes seine Existenz teils aus Gnadengaben des Auslands, teils aus Krediten, deren künftige Abdeckung ein Geheimnis und Rätsel blieb. Das bedeutete, daß das deutsche Volk eine wahrhaft lumpenproletarische Daseinsweise führte. Es achtete auf fremden Willen nicht in erster Linie deshalb, weil diesem die Waffenmacht zu Gebote stand, sondern vielmehr darum, weil er Brot und Fleisch zu spenden vermochte. Die Beschneidung und Zerstörung der Existenzgrundlagen auf der einen Seite, der zwangsweise herbeigeführte Bevölkerungsüberdruck auf der anderen Seite schufen eine nahezu ausweglose Lage. Man erblickte keine freie Bahn vor sich; das war ein Erlebnis, das um so erschütternder traf, als es jäh über das deutsche Volk hereingebrochen war. Im Aufstieg zu den höchsten Gipfeln der Weltherrschaft hatte sich das deutsche Volk gewöhnt; in trostlosen Abgründen fand es sich.

In einen wahnwitzigen Glauben an die Größe und den Glanz seiner Zukunft, an ein wundererfülltes tausendjähriges Reich war es hineingesteigert worden. Der Glaube zerbrach in Scherben, und in dem Augenblick, in dem das Volk aus solchem Glauben erwachte, mußte es sehen, daß es in Wahrheit kaum noch etwas zu hoffen hatte. Seine ganze Vergangenheit, auf welche es zurückblickte, mußte es als geschichtlichen Irrweg erkennen; eben jene Überlieferungen, die es für seine besten und auszeichnendsten gehalten hatte, mußte es als fragwürdig empfinden; was es über alle Maßen hochschätzte, war völlig entwertet; die Götter, die ihm die heiligsten gewesen waren, waren als bösertige Fratzen enthüllt und lagen zertrümmert im Staube.

Die Russische Revolution vom März 1917 hatte mich in fieberhafte Erregung versetzt. Ich spürte ein Neues, das in die Welt gekommen war. Die Oktoberrevolution gar bestärkte mich in dieser Auffassung. Mit brennender Aufmerksamkeit verfolgte ich die russischen Geschehnisse; sie konnten, so meinte ich, auf Deutschland nicht ohne Einfluß bleiben. Wenn ich den Umsturz nun auch in Deutschland erwartete, so geschah dies, weil ich von der Sorge erfüllt war, ob Deutschland in den »Anbruch der neuen Zeit« einbezogen werde. Es sollte nicht »rückständig« bleiben, hinter den Ereignissen herhinken und, indem es im Nachtrab der Geschichte verharrte, seine Zukunft verspielen.

Die ganzen Jahre über wuch diese Sorge nicht von mir. Die Weimarer Republik, dies wurde mir klar, war eine Veranstaltung zum Schutze Deutschlands vor der Revolution. Mit ihr war Deutschland in eine Entwicklung getreten, in der es unausbleiblich zum »Feind der Revolution«, zu einem Hort der Reaktion werden mußte. Allen großen Revolutionen der modernen Geschichte war Deutschland ausgewichen. Das Schicksal einer »Daseinsverfehlung« war ihm auf diese Weise zuteil geworden. Sollte Deutschland nun abermals sein Dasein verfehlen?

Lenin war durch den deutschen Generalstab und die deutsche Regierung aus der Schweiz nach Rußland gebracht worden. Große deutsche Geldbeträge waren in den Anfangszeiten der bolschewistischen Revolution den bolschewistischen Führern zugeflossen. Deutschland war somit zu einer Triebkraft der bolschewistischen Revolution geworden. Wohl hatten Ludendorff und der Reichskanzler Bethmann Hollweg die bolschewistische Revolution unterstützt, weil sie eine Entlastung der deutschen Ostfront bitterlich nötig hatten. Aber sie hatten damit eine geschichtliche Entwicklung in Gang gebracht, deren Folgen sie nicht entgehen konnten. Es hätte in der Logik dieser Zusammenhänge gelegen, wenn Deutschland zuletzt ebenfalls in den Strudel des weltrevolutionären Geschehens hineingerissen worden wäre. Chaotische Ereignisse wären ihm kaum erspart geblieben, doch hätte es schließlich die Früchte dieser Revolution mit einzuheimsen vermocht. Es scheint, Lenin habe im Sinne dieser Logik gedacht. Er traute dem bäuerlichen russischen Volk nicht zu, die ausgebrochene Revolution siegreich zu Ende führen zu können. Erwartungsvoll blickte er auf Deutschland; nur im Verein mit Deutschland konnte sich das revolutionäre Ereignis, das von Rußland ausgelöst worden war, vollenden.

Aber Deutschland dämmte die Revolution ein. Es hatte ihr zwar den Weg bereitet, doch fehlte ihm Mut und Entschlossenheit, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Es hatte der Revolution die Tore geöffnet, wollte ihr nun aber schwachmütig sogleich wieder die Tore verschließen. Es wechselte von der Revolution in die Front der Gegenrevolution über.

Schwerwiegende Auswirkungen blieben ihm nicht erspart. Es entging nicht dem Zwang, an die Spitze der Gegenrevolution geschoben zu werden: Es geschah unter Hitler. In dieser Funktion verbrauchte es seine Kräfte. Es scheiterte und blieb im Jahre 1945 als ein Scherbenhaufen zurück. Die Politik der Siegermächte bestand darin, diese Scherben wieder notdürftig zusammenzukitten. Die Amerikaner taten es in Westdeutschland, die Sowjets in Ostdeutschland. Die Töpfe, die so entstanden, die beiden deutschen Staaten, waren klägliche Flickwerke, in denen keine deutsche Suppe mehr zu kochen war. Sie waren nur dazu zu gebrauchen, zum Nutzen ihrer Urheber, Amerika und der Sowjetunion, bedenklichen Zwecken zu dienen.

Hitler war keine bloße Episode; er war der Vollender einer langen deutschen Fehlentwicklung. Seine Untaten bestätigten und bekräftigten, daß der Weg Deutschlands am Ende aus der Geschichte herausführen müsse; er hat, so könnte man sagen, Deutschland als geschichtliche Existenz vernichtet. So hatte ich frühzeitig schon Hitler gesehen und beurteilt, und so mag der unbändige Haß begriffen werden, mit dem ich auf Hitler blickte. Meine politische Konzeption während der Weimarer Zeit war ein Versuch, Deutschland davor zu bewahren, in diesen Abgrund hinunterzustürzen. Freilich barg dieser Versuch das vermessene Beginnen in sich, gegen eine große, unheimlich wirkende Geschichtstendenz zu revoltieren. Aus diesem Grunde hatte diese Konzeption von allem Anfang an keine Aussicht, sich durchsetzen zu können.

Erste Erlebnisse

Meine Frau hatte den Einmarsch der Roten Armee in der Belle-Alliance-Straße erlebt, in den Kellerräumen eines ausgebombten Hauses, das dem Inhaber des Verlages Bernard und Graefe, dem Major Bodo Graefe, gehörte. Major Graefe hatte meiner Frau, die während meiner Haft in seinem Verlage beschäftigt gewesen war, dort Unterkunft gewährt. Eine Hausangestellte des Majors, eine

Wolga-Deutsche, beherrschte die russische Sprache; dieser Umstand erleichterte das Schicksal der erschreckten Frauen und bewahrte sie vor manchen unerfreulichen Erlebnissen. Kurz nach dem Einmarsch der Russen hatte meine Frau in Tempelhof zwei Zimmer aufgespürt, in welche sie umgezogen war. So fand ich nach meiner Rückkehr aus Brandenburg* eine vorläufige Unterkunft. Mit Energie unternahm ich meine ersten anstrengenden Gehversuche. Ich hatte zwei Stöcke und gab mir Mühe, mich mit ihrer Hilfe aufrecht zu halten und fortzubewegen. Von Tag zu Tag machte ich Fortschritte.

Meine Frau und ich standen vor dem Nichts. Durch Ausbombung verschiedener Wohnungen hatte meine Frau nicht nur den ganzen Hausrat, sondern auch den größten Teil der Kleidung und Wäsche verloren. Ich brachte aus Brandenburg nicht mehr zurück, als was ich am Leibe trug. Vorerst lebten wir von Ersparnissen meiner Frau, von denen wir freilich zu fürchten hatten, daß sie bald zu Ende gehen würden. Ich mußte versuchen, aus dieser Notlage herauszukommen. Eines Tages schleppte ich mich in Begleitung meiner Frau zum Rathaus Tempelhof, um mit Hilfe der Behörden eine eigene Wohnung, Anweisungen auf Wäsche und Kleidungsstücke und schließlich eine Stellung zu bekommen. Man schickte uns von Pontius zu Pilatus; alle Ämter, soweit sie für mich in Betracht gekommen wären, waren besetzt. Die von den Nazis geräumten Wohnungen hatten bereits neue Inhaber. Niemand fühlte sich zuständig, uns mit Wäsche und Kleidung zu versorgen. Einmal drang ich bis zum Bürgermeister Nydahl vor. Er bekundete seinen guten Willen, wußte aber auch nicht, wie er es praktisch anfangen sollte, uns zu helfen. Bei dieser Gelegenheit erörterte ich zum ersten Male den Gedanken, an der Universität Verwendung zu finden.

Um diese Zeit besuchte mich ein ehemaliger Leidensgenosse aus Brandenburg, Walter Uhlmann. Uhlmann war in Brandenburg Beifahrer auf einem Lastkraftwagen gewesen. In dieser Eigenschaft war er häufig nach Berlin gekommen und hatte weitaus mehr Freiheiten genossen als andere Gefangene. Er brachte mir, nachdem ich mit ihm im Krankenhaus näher bekannt geworden war, Briefe von meiner Frau. Er war ein Mann, auf den völlig Verlaß war. Sein Schwager war jener spätere westdeutsche kommunistische Abgeordnete Kurt Müller, der eines Tages auf Veranlassung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutsch-

* Zuchthaus Brandenburg-Görden

lands von Hannover nach Berlin vorgeladen, dort verhaftet und mehrere Jahre in Gefangenschaft gehalten worden war. Uhlmann stand mit der Leitung der Kommunistischen Partei durch Vermittlung seines Schwagers in naher Verbindung. Uhlmann erzählte mir, es solle eine Organisation »Opfer des Faschismus« gegründet werden. Im Hause des Rundfunks in der Masurenallee sei die Gründungsversammlung vorbereitet. Im Verlaufe dieser Versammlung solle ein Präsidium gewählt werden. Er sei beauftragt, mich zu fragen, ob ich in dieses Präsidium eintreten wolle.

Ich hatte Bedenken und wies auf meine Gebrechlichkeit hin, die mir nicht erlaube, die Gründungsversammlung zu besuchen. Uhlmann schob meine Einwände beiseite; man werde mich in einem Wagen zum Rundfunkhaus bringen. So gab ich nach.

Am folgenden Sonntag wurde ich in der Tat verabredungsgemäß mit einem Wagen abgeholt. Ein ungeheures Gedränge machte schon den Eintritt in das Haus für mich zur Strapaze. In dem großen Saale wurde ich freundschaftlich in Empfang genommen und auf einen »Ehrenplatz« geleitet.

Die Versammlung wurde von einem ehemaligen kommunistischen Reichstagsabgeordneten, Ottomar Geschke, der lange Zeit im Konzentrationslager verbracht hatte, eröffnet und geleitet. Verschiedene Persönlichkeiten hielten Ansprachen: solche, die in Zuchthäusern gesessen, in Konzentrationslagern gelitten, in der Emigration verweilt hatten; auch die Witwe eines nach dem 20. Juli 1944 hingerichteten Obersten kam zu Wort. Dann schritt man zur Wahl des Präsidiums. Von einer Liste wurden Namen von Kommunisten, von bürgerlichen Männern und Frauen und auch von Hinterbliebenen der Opfer des 20. Juli verlesen. Mein Name war nicht darunter.

Später wurde mir erzählt, ein paar Kommunisten, die auch im Zuchthaus Brandenburg gewesen waren, hätten Einspruch gegen mich erhoben.

So brachte die erste Kundgebung der Opfer des Faschismus, die unter kommunistischer Führung stand, eine schwere Beleidigung für mich.

Alte Freunde

Der erste meiner alten Bekannten, der mich in Tempelhof entdeckte, war Friedrich Syben. Er brachte mir eine gute Nachricht: In Wilmersdorf war eine freie Wohnung in dem gleichen Hause,

in dem er sich eingemietet hatte. Sie war, wenn auch dürftig, möbliert, was für mich eine große Erleichterung bedeutete. Es gelang mir, die Zuzugsgenehmigung nach Wilmersdorf zu erhalten und in die Wohnung eingewiesen zu werden.

Mit Syben verbanden mich langjährige Beziehungen. Er hatte eine phantasievolle Kombinationsgabe, die sich gern in politischen Spekulationen auslebte. Im Jahre 1926 trat er der Alten Sozialdemokratischen Partei bei. 1933 nahm ich ihn als Redakteur für die Wochenschrift »Entscheidung«. Während des Krieges pflegte er die Verbindung mit meiner Frau und erwies ihr manche Gefälligkeiten. Die Mühe, welche er sich gemacht hatte, um mich aufzuspüren, durfte ich als einen Beweis seiner Anhänglichkeit an mich deuten.

Nicht lange nach Syben erschien mein alter Freund Gustav Klingelhöfer. Er war im Jahre 1919 in die Münchener Räterepublik verwickelt und sogar Oberkommandierender der Roten Armee in Dachau gewesen. Fünf Jahre verbüßte er in der Festungshaftanstalt Niederschönenfeld eine Strafe wegen Hochverrats. Mit der USPD, deren Mitglied er war, wurde er 1922 in die Sozialdemokratische Partei übernommen, welcher er in der Folgezeit die Treue hielt. Nach seiner Entlassung aus der Festungshaft suchte er mich in Berlin auf. Er wolle sich, sagte er mir damals, auf keine politischen Abenteuer mehr einlassen. Es gelang ihm, als Wirtschaftsredakteur des »Vorwärts« angestellt zu werden. Nach der Machtergreifung Hitlers 1933 tauchte er wieder bei mir auf. Er war Halbjude, der sich aber im März 1933 mit einer »Arierin« verheiratet hatte und so der Judengesetzgebung entging. In den Tagen meiner Gefangenschaft hielt er gute freundschaftliche Beziehungen zu meiner Familie aufrecht.

In der Beurteilung der politischen Lage trafen sich anfangs unsere Auffassungen. Er meinte einmal, er sehe nicht ein, warum die Sozialdemokratische Partei wieder gegründet werden solle; sie sei ein Umweg; man tue besser daran, ohne Umschweife Kommunist zu werden. Allerdings zog er es nachher doch vor, sich der Sozialdemokratischen Partei anzuschließen. Dort gelangte er in den Hauptvorstand und betreute die Wirtschaftsredaktion des Parteiorgans. Einmal überreichte er mir eine Denkschrift, die den Anschluß Deutschlands an die Sowjetunion forderte.

Er nutzte seine Verbindungen zum Rundfunk, um diesen zu bestimmen, mich zu geschichtlichen Vorträgen einzuladen. Ich arbeitete zehn Vorträge aus, die der Rundfunk freilich mit der Begrün-

ding ablehnte, sie seien für seine Hörerschaft geistig zu hoch. Die Vorträge wurden dann unter dem Titel: »Deutsche Daseinsverfehlung« von mir veröffentlicht. Mehrmals bewog Klingelhöfer den Parteivorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Grotewohl, mich in meiner Wohnung zu besuchen, um die politische Situation zu besprechen.

Als die Vereinigungsverhandlungen zwischen der KPD und der SPD eingeleitet worden waren, ging Klingelhöfer zuerst mit Grotewohl. Nachher wechselte er die Front und stellte seine Beziehungen zu mir ein. In der Westberliner Stadtverwaltung stieg er später zum Stadtrat empor. Politisch schlug er sich zum rechten Flügel der Partei.

Parteien

Am 10. Juni 1945 erließ der Chef der sowjetischen Militärverwaltung, Marschall Shukow, seinen Befehl Nr. 2, der die Bildung von Parteien und gewerkschaftlichen Organisationen in der sowjetischen Besatzungszone regelte. Auch in den übrigen Zonen wurden zu einem späteren Zeitpunkt Parteien zugelassen. Allerdings war es noch nicht gestattet, über das gesamte deutsche Reichsgebiet hinweg Parteien zu gründen.

Anfänglich traten vier Grundtypen von Parteien in Erscheinung: Eine Christlich-Demokratische Volkspartei, eine Freie Demokratische Partei, eine Sozialdemokratische Partei und eine Kommunistische Partei wurden lizenziert.

Den Umständen entsprechend war die Kommunistische Partei in der sowjetischen Besatzungszone die erste Partei. Ihre Führer waren Emigranten, die mit den sowjetischen Truppen aus Moskau wieder in Deutschland erschienen. Von sozialdemokratischer Seite war noch am 19. Juni 1945 der Gedanke ausgesprochen worden, ob es nicht zweckmäßig sei, die beiden sozialistischen Parteien zu verschmelzen. Dieser Vorschlag war, wohl auf sowjetische Veranlassung, von den Kommunisten zurückgewiesen worden; die Ablehnung wurde von Ulbricht damit begründet, daß die Zeit dafür noch nicht gekommen sei, da die beiden Parteien vorerst noch immer auf unterschiedlichem ideologischen Boden stünden. Eine günstige Gelegenheit war hier von den Kommunisten versäumt worden.

Den Sowjets lag daran, die ehemaligen Nationalsozialisten für ihre Politik zu gewinnen; ebenso wollten sie Anstalten treffen, um auch

auf dem Dorf Fuß zu fassen. Zu diesem Behuf veranlaßten sie die Gründung von zwei weiteren Parteien. Für die ehemaligen Nationalsozialisten war die Nationaldemokratische Partei berechnet; die ehemaligen Nazis hatten gute Chancen, wenn sie beim Aufbau des neuen Staates Eifer zeigten. Die Führung in der Nationaldemokratischen Partei übernahmen Männer aus den Kreisen des ehemaligen »Nationalkomitees Freies Deutschland«, jener Organisation, die in der Sowjetunion während des Krieges unter der Mitwirkung von gefangenen Offizieren gegründet worden war. General Vinzenz Müller und ein Rechtsanwalt Dr. Bolz traten hier an die Spitze. Die Demokratische Bauernpartei sollte die Bauern an sich ziehen.

Da anfänglich die Politik der sowjetischen Besatzungsmacht offensichtlich einem »deutschen Weg« zustrebte, hatten auch die bürgerlichen Parteien in der sowjetischen Besatzungszone einen gewissen Bewegungsspielraum. Den Sowjets lag daran zu verhindern, daß eine Kluft zwischen den Zielen der verschiedenen Parteien in Erscheinung trat: So entstand die sogenannte Blockpolitik. Die Vertreter der Parteien setzten sich zusammen, tauschten ihre Meinungen aus und faßten gemeinsame Beschlüsse. Es lag in der Natur der Sache, daß die bürgerlichen Parteien dabei kurztraten; sie trugen schon aus sich heraus dem Umstand Rechnung, daß nun einmal die Sowjets Herren des Landes waren. Die Kommunistische Partei führte, aber sie hielt sich zurück; sie nahm weitgehend Rücksicht auf bürgerliche Hemmungen; es war ihr Bestreben, Einhelligkeit in den Beschlüssen zu erreichen. Die bürgerlichen Politiker waren zum Teil naiv genug, diesen erträglichen Zustand als einen Dauerzustand zu betrachten. Sie meinten, es werde ihnen gelohnt, daß sie soviel Vernunft an den Tag legten und auf viele Dinge freiwillig verzichteten, an die sie früher niemals hätten tasten lassen. Sie arbeiteten willig mit; so etwa unterzeichnete der spätere Minister für Gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, als Vorsitzender der Ost-CDU, jenes Dokument, durch welches die Aufteilung des Großgrundbesitzes und die Zerschlagung der Konzerne verkündet wurden.

Aufgrund meiner politischen Neigungen hielt ich es für natürlich, mich einer Partei anzuschließen. Aber welche Partei sollte es sein? Seit dem Jahre 1917, seit der Zeit also, seit welcher ich mich auf Politik eingelassen hatte, war ich östlich orientiert. Ich hatte die Russische Revolution begrüßt, erstrebte eine Zusammenarbeit zwischen dem revolutionären Rußland und einem revolutionären

Deutschland, billigte die Rapallo-Politik, hielt die antibolschewistische Politik Deutschlands für verderblich, hatte Hitler nicht zuletzt wegen seines Antibolschewismus bekämpft, sah im Ausgang des Zweiten Weltkrieges eine Bestätigung meiner früher gehegten Befürchtungen, war dann 1945 von den Russen aus der Gefangenschaft befreit worden. Diese Befreiung hatte in mir einen tiefen Eindruck hinterlassen. Nichts wollte ich tun, was den Anschein erwecken konnte, daß ich die politische Linie abbreche, auf welcher ich mich in den Vorkriegsjahren bewegt hatte. Die Sozialdemokratie würde sich, wie ich voraussah, aufgrund ihrer Traditionen eines Tages wieder westlich ausrichten. Von den bürgerlichen Parteien war es selbstverständlich, daß sie sich mehr zum Westen als zum Osten hingezogen fühlen würden. So blieb nur die Kommunistische Partei für mich übrig.

Trotz meiner Ostorientierung war ich vor 1933 der Kommunistischen Partei nicht beigetreten. Ich hatte manche Gründe gehabt, dies zu unterlassen. Diese Gründe hatte ich inzwischen keineswegs vergessen. Hinzu kam noch, daß ich mir eine Zusammenarbeit mit den Sowjets anders vorgestellt hatte, als sie nunmehr nach dem völligen Zusammenbruch Deutschlands zu erwarten war. Nicht mehr konnte man mit den Sowjets, wie ich es gefordert hatte, auf einer Basis der Gleichheit von Macht zu Macht verhandeln und verkehren. Man war jetzt in ihrer Hand und auf ihre Gnade angewiesen. Die Situation hatte sich, verglichen mit der Zeit vor 1933, von Grund auf verändert.

Konnte aber nicht erprobt werden, ob nicht vielleicht doch ein sowjetisches Interesse bestehe, Deutschland wieder auf die Beine zu helfen?

Nach der Niederlage Preußens bei Jena im Jahre 1806 hatte Napoleon Preußen von der Landkarte streichen wollen. Es war der russische Zar gewesen, der dem König von Preußen das Land bis zur Elbe rettete. Er tat dies nicht aus reiner Güte: es war ein russisches Interesse, daß sich zwischen der russischen Grenze und dem napoleonischen Frankreich noch eine Pufferzone ausdehne. Konnte jetzt nicht auch die Sowjetunion der Meinung sein, zwischen dem sowjetischen Machtbereich und den Westmächten müsse Deutschland als eine Pufferzone neu entstehen? Hierin lag noch eine letzte Chance für Deutschland. Ich hielt es gewissermaßen für eine deutsche Pflicht zu erproben, ob eine solche Chance bestand.

Volkshochschule Wilmersdorf

Bald nach dem Zusammenbruch blühte in Berlin das Volkshochschulwesen überraschend auf. Dies hing mit den Absichten der alliierten Mächte zusammen, das deutsche Volk »umzuerziehen«. In England und Amerika bestand eine alte, intensiv gepflegte Volkshochschulbewegung: Engländer wie Amerikaner wollten die neu zu gründenden Volkshochschulen dazu benutzen, das deutsche Volk mit angelsächsischem Geiste zu erfüllen. Volkshochschulbildung war Erwachsenenbildung; durch die Volkshochschule wollte man auch an die Erwachsenen herankommen, um die geplante Umerziehung des deutschen Volkes zu bewerkstelligen.

Auch die Sowjets wollten sich der Volkshochschule als eines Instruments geistiger Beeinflussung bemächtigen. Kommunistische Gedankengänge und Gesichtspunkte sollten durch die Volkshochschulkurse unter der deutschen Bevölkerung verbreitet werden. Der Volkshochschulbewegung kam eine starke Strömung innerhalb der deutschen Bevölkerung entgegen. Der Nationalsozialismus hatte Bankrott gemacht; sein geistiges System war vor der Geschichte verworfen worden. Die enttäuschten, geistig regeren, jungen und alten Nationalsozialisten suchten sich neu zu orientieren. Man stand geistig wie politisch vor dem Nichts und hielt Umschau nach Stützen, an welche man sich wieder klammern konnte.

Vor 1933 bestand in Berlin eine große zentrale Volkshochschule, die der Sozialdemokrat Dr. Marquardt verdienstvoll aufgebaut und geleitet hatte. Jetzt erstanden in allen Bezirken Volkshochschulen, die lose zusammengefaßt und unter städtische Verwaltung gestellt wurden. Der Leiter dieser städtischen Verwaltungsstelle war ein Kommunist: Walter Bartels. Bartels war ein intelligenter ehemaliger Arbeiter, den eine starke Rednergabe auszeichnete und der im Konzentrationslager Buchenwald mehrere Jahre eine führende Rolle gespielt hatte. Kogon erzählt in seinem Buch »Der SS-Staat« von Bartels; Bartels vor allen Dingen war es, der ihm vielfach zu schaffen gemacht hatte.

Auch in Wilmersdorf war eine Volkshochschule gegründet worden. Ein ehemaliger Redakteur der »Deutschen Allgemeinen Zeitung«, Karl Willy Beer, war der Leiter. Er wandte sich an mich mit dem Ersuchen, Vorträge zu übernehmen; ich schlug ihm fürs erste einen Vortrag mit dem Thema »Nietzsche, der Vorfaschist« vor. Beer nahm an.

Anfang August 1945 erschien gegen Beer ein scharfer Presseangriff, in welchem aus dessen früheren Aufsätzen Stellen zitiert wurden, die zeigten, wie weitgehend sich Beer dem Nationalsozialismus angepaßt hatte. Die Folge war, daß er sein Amt aufgeben mußte.

Ich dachte daran, mich um diese Stelle zu bemühen, wußte jedoch nicht recht, wie ich es anfangen sollte. Da kam ich mit dem zweiten Bürgermeister von Wilmersdorf, Gerhard Fuchs, einem ehemaligen Metallarbeiter, in Berührung. Wahrscheinlich hatten ihn die Sowjets angeregt, einen »Klub der Optimisten« zu gründen, dem viele Intelligenzler aus der Intellektuellen- und Künstlerkolonie am Laubenheimer Platz angehörten. An die Spitze des Klubs war ein Graf Treuberg getreten, der wöchentlich einen Vortrag arrangierte, welcher in einer beschlagnahmten schönen Villa in Grunewald gehalten wurde. Zuweilen erschienen zu den Veranstaltungen des »Klubs der Optimisten« alliierte Offiziere, so etwa der sowjetische Oberstleutnant Dymshitz. Ich hielt in dem Klub einmal ein Referat: »Revision des deutschen Geschichtsbildes«. Fuchs lernte mich in diesem Klub kennen und kam meinem Wunsch entgegen, mir das Amt des Leiters der Volkshochschule Wilmersdorf zu übertragen.

Der Leiter der Volksbildungsabteilung des Bezirksamtes, der Sozialdemokrat Rieck, war jedoch mit dieser Maßnahme seines vorgesetzten Bürgermeisters nicht einverstanden. Er wollte einen Rechtsanwalt, Dr. Besecke, an die Spitze der Volkshochschule stellen und hatte mit diesem bereits eine Verabredung getroffen. Von mir und meiner Vergangenheit hatte Rieck keine Ahnung. Mein gesundheitlicher Zustand hatte sich noch nicht wesentlich gebessert. Ohne die Begleitung meiner Frau konnte ich mich nicht zurechtfinden. Mehrere Wochen zuvor schon hatte ich Rieck besucht und meine Dienste angeboten. Er hatte mit seinem Stellvertreter die Sache erwogen, und dieser hatte den wunderlichen Gedanken geäußert, ich könnte eventuell als politischer Gutachter bei der Polizei verwendet werden. Jetzt wehrte sich Rieck mit Händen und Füßen gegen meine Berufung an die Volkshochschule. Er verfügte auf eigene Faust, daß ich eine Abteilung der Volkshochschule übernehmen solle, die Leitung bleibe bei Besecke.

Aufgrund der Abmachungen mit Bürgermeister Fuchs sollte ich mein Amt am 15. August antreten. An diesem Tage erschien ich im Dienstraum. Die Volkshochschule beschäftigte außer dem Lei-

ter zwei Abteilungsleiter und eine Stenotypistin. Die eine Abteilung, deren Aufgabe es war, das Programm aufzustellen und die Lehrer zu verpflichten, war Paul Bourdin übergeben worden, die andere Abteilung, welche die organisatorischen Arbeiten zu bewältigen hatte, der Sozialdemokratin Gerda Weyl. Bourdin war ein früherer Redakteur der »Frankfurter Zeitung«. Ich kannte seinen Namen, er den meinigen. Bourdin war ein hervorragender Journalist. Er war charmant, mehr ein Bohémien als ein Beamter. Auch Frau Weyl wußte von mir; sie war mir wenig gewogen.

Der Dienstraum war klein. Er hatte nur Platz für zwei Schreibtische und zwei Schränke. Die Fenster waren zum Teil mit Pappe verklebt; es war noch nicht möglich gewesen, neue Scheiben einzusetzen. Bourdin und Frau Weyl empfangen mich höchst ungnädig. Rieck hatte sie instruiert, daß ich nicht als Leiter der Volkshochschule zu betrachten sei. Bourdin gab sich den Anschein, um mich besorgt zu sein. Meine Gesundheit, so meinte er, sei in einem Raum mit beschädigten Fenstern gefährdet. Ausgeschlossen sei es doch wohl, daß ich in meinem Zustand meine Dienstpflichten erfüllen könne. Ferner fehle es an Platz; ich sehe doch, daß ein dritter Schreibtisch nicht hereingestellt werden könne. Auf diese taktlosen Anzüglichkeiten antwortete ich kurz, er solle dies alles nur meiner Sorge überlassen. Dann machte ich mir das boshafte Vergnügen, mich auf einen Stuhl in eine Ecke des Raumes zu setzen, die beiden bei der Arbeit zu beobachten und das Weitere abzuwarten. Gelegentlich entfernten sich die beiden aus dem Zimmer; ich erriet, daß sie zu Rieck gingen, um über mich zu berichten.

Ich entschloß mich, der Sache ein Ende zu machen, ging nach Hause und ließ Volkshochschule Volkshochschule sein. Welcher Kampf zwischen den Instanzen inzwischen ausgefochten wurde, blieb mir unbekannt. Jedenfalls kam am 21. August ein Bote des Bezirksamtes mit einem Schreiben, aufgrund dessen ich ab 15. August zum Leiter der Volkshochschule ernannt war und gebeten wurde, meinen Dienst unverzüglich aufzunehmen. Dies tat ich dann auch am 22. August.

Die Geschäftsführung der Volkshochschule ließ viel zu wünschen übrig. Ich zog die Zügel fester an, was freilich Bourdin nicht recht behagen mochte. Obschon ich ihn schätzte und unsere persönlichen Beziehungen sich angenehm gestalteten, fühlte er sich unbehaglich und hielt Ausschau nach einer Redakteurstelle. Als der »Kurier« gegründet wurde, übernahm er dessen Chefredaktion.

Bald nachdem ich die Leitung der Volkshochschule übernommen

hatte, fand mein Vortrag »Nietzsche, der Vorfaschist« statt. Ich hatte mich Jahre hindurch »mit Nietzsche beschäftigt und kannte auch den veröffentlichten Nachlaß des Philosophen. Der »Wille zur Macht« vor allen Dingen war neben »Jenseits von Gut und Böse« das Werk, in dem ich eine geistige Vorbereitung des Nationalsozialismus erblickte. Das Nietzsche-Bild, das ich in meinem Vortrag entwickelte, bewegte sich in den gleichen Gedankengängen, die sich auch in meiner »Europäischen Bilanz« über Nietzsche finden.

Die Tätigkeit der Volkshochschule vollzog sich ausschließlich in den Abendstunden. In jedem Semester fanden etwa 8–10 Kurse über philosophische, literaturgeschichtliche, kunstgeschichtliche, medizinische, volkswirtschaftliche, historische, naturwissenschaftliche Themen statt. Die Besucherzahl war groß. Jeden Mittwoch wurde ein Einzelvortrag veranstaltet, zu dem ein bekannter Wissenschaftler oder Künstler verpflichtet wurde. Die höchste Besucherzahl erreichten die Sprachkurse.

Die Tätigkeit der Volkshochschule war in den Wintern 1945/46 und 1946/47 aufs äußerste gehemmt. Es herrschte strenge Kälte. Weder die Amtsräume noch die Schulen waren geheizt. Außerdem war die Stromversorgung noch nicht in Ordnung; die Unterrichtsstunden fanden bei notdürftigem Kerzenlicht statt. Man mußte sehr lernbegierig sein, um sich Zimmertemperaturen unter null Grad auszusetzen. Wenn trotzdem Hörer kamen, so geschah es vielleicht nicht zuletzt deshalb, weil ihnen der Brennstoff auch zu Hause fehlte.

Das Lehrerkollegium hielt in diesen kalten Monaten tapfer durch. Ich hatte das Glück, eine Anzahl tüchtiger Lehrkräfte zu finden. Medizin trug der Nervenarzt Dr. Hans Schwarz vor, der später einen Ruf an die Universität Greifswald erhielt. Der Rilke-Forscher Bassermann sprach über Literatur. Philosophische Vorträge hielt Gerd Theunissen, ein tiefsinniger, wenn auch vielleicht etwas dunkler Geist. Über Verfassungsfragen sprach Dr. Corsing, der vor 1933 Referent beim preußischen Ministerpräsidenten Braun gewesen war und nur unter großen Entbehungen die Hitlerzeit lebend überstanden hatte. Einer der interessantesten Dozenten war Dr. Imiela Gentimur. Gentimur war Ende 50, entstammte einer mongolischen, aus der Türkei nach Bessarabien übergesiedelten Großgrundbesitzerfamilie. Im zaristischen Rußland hatte er die diplomatische Laufbahn eingeschlagen. Im Jahre 1917 kehrte er Rußland den Rücken, ließ sich in Deutschland naturalisieren und

wurde im deutschen diplomatischen Dienst beschäftigt. Er hegte keine feindseligen Gefühle gegen das bolschewistische Rußland und unterließ jede Handlung, welche man ihm in Moskau hätte verübeln können. Er wurde der Deutschen Botschaft in Moskau zugeteilt und als Geschäftsträger in Tschita in Sibirien verwendet. Seine Spezialität war die Geschichte der östlichen Völker; er kannte auch aus Erfahrung die Mongolei, China, Indien und ganz Vorderasien. Mit der alten Geschichte dieser Völker war er innig vertraut. Da er ein fesselnder Redner war, zog er immer zahlreiche Zuhörer an. Eine wahre Begeisterung ergriff ihn, wenn er von Sibirien erzählte. Seine deutschen Zuhörer wollten kaum glauben, daß nur der Norden Sibiriens in Schnee und Eis erstarre, daß aber Mittel- und Südsibirien durch herrliche Landstriche ausgezeichnet seien. Noch lange Jahre hindurch verbanden mich mit ihm freundschaftliche Beziehungen.

Jeden Monat hielt ich eine Konferenz des Lehrerkollegiums ab. Ich besprach den Lehrplan, die Erfahrungen, welche die Lehrer gemacht hatten, bat, mir Anregungen zu geben und Wünsche auszusprechen. Ein schöner Geist der Solidarität belebte den Lehrkörper.

Die Volkshochschule Wilmersdorf errang im Laufe der Zeit eine gewisse Sonderstellung; sie behauptete ein hohes geistiges Niveau. Von der Zentrale ließ ich mir nicht hineinreden. So wie ich die Einwirkungen der Zentrale abwehrte, so hatte ich auch dauernd gegen Einmischung des Bürgermeisters Rieck zu kämpfen. Ich reagierte so heftig, daß ich allmählich förmlich berüchtigt wurde; man umging meinen Dienstraum in großem Bogen, ließ mich ungeschoren, so daß ich innerhalb des Bezirksamtes wie auf einer Insel lebte und wirkte.

Dies war mir auf die Dauer nur deshalb möglich, weil mir die englische Besatzungsmacht Rückhalt bot.

Die Aufsicht über die Volkshochschule Wilmersdorf wurde, da Wilmersdorf im britischen Sektor lag, von englischen Bildungsoffizieren geführt. Um diese Zeit war der maßgebende Mann ein Major Lindsay. Lindsay war Sohn eines englischen Lords, der als Universitätsprofessor für Philosophie in Oxford wirkte, ein Buch über Kant geschrieben und Diltheys Werke in englischer Übersetzung herausgegeben hatte. Major Lindsay war Pianist, der gelegentlich bedauerte, durch den Militärdienst so lange seiner Kunst entfremdet worden zu sein. Er zeigte viel englischen Humor, stand politisch auf dem Boden der Labour Party und neigte dazu, über

alle Dinge, auch über diejenigen, mit denen er nicht eigentlich vertraut war, leichthin ein Urteil abzugeben. Wenn ihm etwas über seinen Horizont ging, so half er sich mit einer deutschen, nicht übermäßig geschmackvollen Redensart: »Quatsch mit Sauce«. Er sprach vorzüglich Deutsch, was freilich nicht verhinderte, daß diese saloppe Redensart sich in seinem Munde einigermaßen komisch ausnahm. Mein Verhältnis zu Lindsay war gut, er pflegte mir im allgemeinen in allen dienstlichen Angelegenheiten entgegenzukommen. Lindsay war über meine Konflikte mit Rieck unterrichtet und stellte sich dabei, wenigstens in den ersten Jahren, auf meine Seite. Als sich später die Differenzen zwischen England und der Sowjetunion verschärften, wurde er freilich mir gegenüber kälter; ich hatte kein Hehl daraus gemacht, daß ich östlich orientiert sei. Sein Nachfolger war Mr. Davies. Davies entstammte einer Bergarbeiterfamilie in Wales und war Studienrat. Politisch stand er auf dem linken Flügel der Labour Party. Er war ein bescheidener, sympathischer und strebsamer junger Mann, mit dem mich bis zu meinem Abgang von der Volkshochschule herzliche Beziehungen verbanden.

Meine Stellung innerhalb des Bezirksamtes wurde von Jahr zu Jahr unerquicklicher. Die sozialdemokratische Bezirksverwaltung nahm an mir Anstoß. In verschiedenster Weise wurde ich schikaniert. Infolgedessen schied ich am 31. März 1948 aus der Volkshochschule Wilmersdorf aus.

Von der SPD zur SED

Mein Freund Klingelhöfer gab sich alle Mühe, mich zu bewegen, in die Sozialdemokratische Partei einzutreten. Er schilderte mir in seiner enthusiastischen Art, welche Aufgaben diese Partei zu erfüllen habe. Hier herrsche ein liberaler Geist und der Wille zu fruchtbarer positiver Arbeit. Ein Mann von geistigen Fähigkeiten könne sich hier in vollem Umfange entfalten. Die Richtung der Partei sei noch nicht festgelegt. Die Einsicht herrsche, daß man mit den Russen zusammenarbeiten müsse. Traditionen aus der Zeit vor 1933 seien kaum noch bindend.

Ich setzte ihm auseinander, daß er die Dinge doch nicht ganz so sähe, wie sie seien. Die Grundorientierung der Partei sei auf den westeuropäischen Liberalismus ausgerichtet. Hier seien Zwangsläufigkeiten vorhanden, welchen man nicht entgehen könne. Ob

die Partei wolle oder nicht, sie würde unvermeidlich im Laufe der Zeit in eine antisowjetische Haltung hineinschlittern. Noch sei die Verbindung mit den sozialdemokratischen Emigranten nicht hergestellt. Würden erst diese Fäden wieder angeknüpft sein, dann würde unvermeidlich die Partei von London und New York aus gelenkt werden. Im übrigen sei ich der Auffassung, daß die Partei mir meine Vergangenheit nicht vergeben werde. Ich wäre einst ihr Mitglied gewesen und als ihr Kritiker aus ihren Reihen ausgeschieden. Schon frühzeitig hätte ich vorhergesehen, daß die sozialdemokratische Politik Wasser auf die Mühlen der Schwerindustrie leitete und damit den Aufstieg Hitlers und des Nationalsozialismus vorbereitete. Zwar hätte ich mit meiner Kritik damals recht gehabt, aber die Partei werde dies nicht einsehen. In ihrer Erinnerung wirke nur nach, daß ich kritisiert habe; ihr Selbstgefühl erlaube ihr nicht einzuräumen, daß sie auf falschem Wege gewesen sei. Ich sähe in der Partei einen der Hauptschuldigen am Hitlerismus; durch ihre Kurzsichtigkeit und ihre Tatenlosigkeit habe sie Hitler die Bahn freigegeben. Die engen Verbindungen zu den bürgerlichen Parteien seien nicht von ungefähr gewesen; sie müßten als ein Ausdruck dessen betrachtet werden, wie sich die Sozialdemokratische Partei zu einer radikal kleinbürgerlichen Partei gewandelt hätte. Ich würde als Mann der Ostorientierung, der ich nun einmal wäre, nur Mißtrauen gegen mich hervorrufen und könnte zu einer eigentlichen Wirksamkeit nicht gelangen.

Klingelhöfer schilderte mir die einzelnen Parteivorstandsmitglieder als Persönlichkeiten, die über alle Vorurteile hinausblickten. Grotewohl, ein sehr verständiger Mann, sei geistig beweglich; bei ihm könne ich mit größtem Verständnis rechnen. Aber auch die anderen Vorstandsmitglieder seien nicht engstirnig. Ihnen liege der Gedanke einer Vereinigung mit der Kommunistischen Partei nicht allzu fern.

Diese Worte beschwichtigten nicht mein Mißtrauen. Manche Bemerkungen Klingelhöfers zeigten mir, daß er mit Parteivorstandsmitgliedern des öfteren über mich diskutiert hatte. Zuweilen hielt er bei mir Rückfragen über Vorgänge der verflossenen Jahre, die mich betrafen. Diesen Rückfragen konnte ich entnehmen, wie bemüht er war, gelegentliche Einwände seiner Genossen gegen mich zu zerstreuen.

Wenn Gustav Klingelhöfer Otto Grotewohl in meine Wohnung brachte, besprachen wir die politische Situation, und es zeigte sich, daß Grotewohl ein Mann von Geist war. Er hatte eine gewisse mu-

sische Begabung, redete sehr gut, hatte viel Gemüt und eine ruhige, gemessene Art des Auftretens. Wenn ich mich nicht irre, lag Grotewohl – unter dem Einfluß Klingelhöfers – daran, meine Einfälle und Gedanken der sozialdemokratischen Parteipolitik nutzbar zu machen. Immer wies ich die Werbung kühl ab.

Eines Tages lud mich Klingelhöfer dringend in das Parteihaus, in das Gebäude der früheren Dresdner Bank, ein. Ich besuchte ihn und war angesichts der Eröffnung, die er mir machte, nicht wenig überrascht. Der Parteivorstand habe die Einrichtung eines Sekretärpostens beschlossen, der mit mir besetzt werden solle. Schon sei der Raum eingerichtet, es werde ein »fürstlicher« Raum sein. Umschriebene Pflichten würden mir nicht auferlegt, man erwarte von mir lediglich Anregungen, die im Geiste völliger Parteibundenheit gehalten sein dürften. Auch wenn ich diesen Posten annähme, mute man mir nicht zu, der Partei beizutreten. Grotewohl rechne mit meinem Besuch. Dieser Besuch war mir peinlich, da ich Grotewohl einen Korb geben mußte.

Einige Zeit später begannen auf Veranlassung des Obersten Tulpanow die Verhandlungen über eine Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien. Grotewohl war geneigt, dem sowjetischen Wunsche zu entsprechen. Die sozialdemokratischen Emigranten, wie Stampfer in New York und Ollenhauer in London, lehnten den Einigungsplan mit Entschiedenheit ab. Die sozialdemokratischen Emigranten standen teilweise in engen Beziehungen zu den Regierungen der Westmächte. Sowohl die Vereinigten Staaten wie England wünschten die Einigung nicht; sie fürchteten, daß auf dem Wege über eine gesamtdeutsche Arbeiterpartei sowjetischer Einfluß in ihre Besatzungszonen hineingetragen werden könnte. In einer entscheidenden Konferenz, zu der von London her die englische Regierung Erich Ollenhauer nach Deutschland hatte reisen lassen, entschied sich die westdeutsche Sozialdemokratie gegen die Vereinigung. Nichtsdestoweniger wurde die Vereinigung innerhalb der sowjetischen Besatzungszone weitergetrieben und zuletzt auch vollzogen. Viele alte Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands kamen so zwangsweise in die Sozialistische Einheitspartei. Da die Sozialdemokratische Partei betrachtet wurde, als sei sie in der Sozialistischen Einheitspartei aufgegangen, wurde ihr in der sowjetischen Besatzungszone die Erlaubnis entzogen, als gesonderte Partei noch weiterhin zu existieren. Klingelhöfer blieb bei der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Anfänglich war auch er für die Vereinigung gewesen. Als er Briefe

von sozialdemokratischen Emigranten erhalten hatte, fiel er förmlich von einem Tag zum anderen um. Aus dem Vereinigungsapostel wurde ein Vereinigungsfeind, aus dem Paulus ein Saulus. Es blieb nicht ohne Folgen für unsere persönlichen Beziehungen.

Der Vereinigungsparteitag war für Anfang April 1946 festgesetzt. Etliche Tage vor dem Parteitag besuchte mich Grotewohl. Er sagte mir, er habe die programmatische Rede zu halten, und es fehle ihm die entsprechende Zeit zur Vorbereitung. Seine Frage war, ob ich ihm die Rede anfertigen wolle. Ich sagte zu. Mit wenig Änderungen wurde sie dann von Grotewohl sehr wirksam vorgetragen. Ganz blieb dies Geheimnis nicht verborgen. Verschiedene Freunde aus der sowjetischen Besatzungszone, die zum Parteitag delegiert waren, hatten mich an dessen Vorabend besucht. Ich legte ihnen dabei meine grundsätzlichen politischen Auffassungen dar. Nach Grotewohls Rede am nächsten Tage kamen sie zu mir und bemerkten mit spitzbübischem Lächeln, sie hätten das alles schon einen Tag vorher vernommen, fast bis in die Formulierungen hinein. In meinem Redeentwurf hatte ich mir eine Bosheit erlaubt. Als das Manuskript meiner Broschüre »Deutsche Daseinsverfehlung« der sowjetischen Zensur vorgelegt worden war, hatte diese das letzte Kapitel beanstandet. Mit seinem Pessimismus sei es unerträglich. Dieses abgelehnte neunte Kapitel arbeitete ich nun in die Grotewohl-Rede hinein, so daß der Vereinigungsparteitag am Ende jenen Gedankengängen Beifall zollte, die von der Sowjetzensur abgelehnt worden waren.

In vielen späteren Reden griff Grotewohl immer wieder auf jene Formulierungen zurück, die ich für seine Rede geprägt hatte. So kam ich wider meine Absicht in den Ruf, eine Art »Graue Eminenz« zu sein.

Grotewohl wurde neben Pieck gleichberechtigter Vorsitzender der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Seine besondere Aufgabe war die Repräsentation der Partei. Sein praktischer Einfluß war jedoch nicht groß; vielleicht fehlte ihm auch die Durchschlagskraft, derer es bedurft hätte, wenn er sich hätte zur Geltung bringen wollen.

Der deutsche Weg

Deutschland war zusammengebrochen, fremde Truppen standen im Land. Die Sowjets hatten den östlichen Teil des Landes militärisch fest in ihrer Hand. Die Frage tauchte auf, wie die Besatzungs-

mächte ihren Sieg auszunutzen gedachten. Für die westlichen Besatzungszonen schien es außer Zweifel zu stehen, daß das einheimische kapitalistische Bürgertum in ihnen eine Stütze finden werde. Wie aber stand es in der sowjetischen Besatzungszone? Es fehlte nicht an Stimmen, welche auf die Sowjets große Hoffnungen setzten. Die Sowjetunion hatte sich prinzipiell gegen die Ausbeutung überhaupt erklärt; sie wollte eine Macht der Befreiung aller Unterdrückten sein. Seit vielen Jahren hatten deutsche Kommunisten eng mit der Sowjetunion zusammengearbeitet; sie hatten mit sowjetischen Vertretern in der Kommunistischen Internationale an einem Tisch gesessen. Während des Hitlerreichs waren sie in die Sowjetunion emigriert, waren zum Teil mit den Sowjettruppen nach Deutschland zurückgekehrt, waren als sowjetische Vertrauensleute in die politischen Ämter eingezogen und setzten die sowjetischen Absichten und Anordnungen in die deutsche Wirklichkeit um. Würde nunmehr die sowjetische Besatzungszone völlig nach sowjetischem Muster umgeformt, sowjetischer Übermacht bedingungslos unterworfen werden?

Während dies noch alles im unklaren war, erschien im März 1946 in der kommunistischen Presse ein Aufsatz von Anton Ackermann: »Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?« Ackermann war in der Zeit zwischen 1920 und 1930 Funktionär des Deutschen Textilarbeiterverbandes gewesen; flüchtig hatte ich ihn damals in Sachsen kennengelernt. Dann war er in der Hierarchie der Kommunistischen Partei aufgestiegen, hatte als Emigrant in der Sowjetunion Schulungskurse besucht, aus denen er bei seiner natürlichen Klugheit und seinem gesunden Verstande großen Nutzen gezogen hatte. Jetzt war er als einer der maßgebenden kommunistischen Politiker in die deutsche Heimat zurückgekommen. Er war Mitglied des Politbüros und überwachte vor allen Dingen die kulturpolitischen Angelegenheiten. Man mußte seinen Aufsatz sehr ernst nehmen, und in der Tat wurde er auch mit größter Aufmerksamkeit beachtet.

Der Aufsatz hatte den Zweck, Befürchtungen, die sich gemeldet hatten, zu zerstreuen. Die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone sollte nicht in der Angst leben, daß sie automatisch sowjetisiert werde. Einsichtsvolle politische Äußerungen Lenins wurden zitiert.

»Alle Völker werden zum Sozialismus gelangen, das ist unausbleiblich, aber sie werden dahin nicht auf ganz gleichen Wegen gelangen.«

So hatte Lenin im Oktober 1916 in seinem Aufsatz »Eine Karikatur auf den Marxismus« geschrieben, und Ackermann stimmte dieser Auffassung Lenins zu. Ausdrücklich sagte er: »In diesem Sinne müssen wir einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus unbedingt bejahen.« Ackermann schilderte, unter welchen Voraussetzungen die Russische Revolution verlaufen war; die russische Wirtschaft war damals noch rückständig, was die Schwierigkeiten der neuen revolutionären Staatsführung erhöhte. Ganz anders, so meinte Ackermann, lägen die Dinge in Deutschland. »In Deutschland stehen wir heute einer noch größeren Wirtschaftskatastrophe gegenüber, aber die Produktivität der Arbeit stand bereits auf einem viel höheren Niveau als 1917 im zaristischen Rußland, und dieses hohe Niveau kann rasch wieder erreicht werden. Möge«, so schloß Ackermann, »uns hier die Zeit auf der Höhe der Aufgaben finden! Dann wird der besondere deutsche Weg zum Sozialismus ein relativ leichter und friedlicher sein können.« Man zweifelte nicht daran, daß Ackermann in vollem Einverständnis mit den Sowjets geschrieben hatte und daß mit der Ankündigung eines besonderen deutschen Weges von den Sowjets ein verbindliches Versprechen abgegeben worden sei. Auch bürgerliche Kreise gingen mit gutem Mut an die Arbeit; daß eine neue Verfassung innerhalb der sowjetischen Besatzungszone starke sozialistische Züge haben werde, war allen klar, und jedermann war willens, diesem Umstand Rechnung zu tragen.

Reisen

Den Engländern lag ungemein viel an der Entwicklung der Volkshochschulbewegung innerhalb ihres Besatzungsgebietes. Sie waren mit dem Stand dieser Bewegung in ihrer Zone unzufrieden und ergriffen Maßnahmen, um das Volkshochschulwesen zu fördern. Selbstverständlich hielten sie die Volkshochschulbewegung in England für vorbildlich. In England waren viele Frauen in der Volkshochschularbeit tätig. Die Leitung des gesamten Volkshochschulwesens der britischen Zone lag denn nun auch in der Hand einer Frau, einer jungen sympathischen Lehrerin.

Um der Volkshochschularbeit im britischen Besatzungsgebiet neue Impulse zu geben, veranstalteten die Engländer eine Volkshochschultagung in Hannover. Major Lindsay bewirkte, daß ich dazu eingeladen wurde. Nach seiner Meinung brauchte die Volkshoch-

schularbeit in der britischen Zone Antriebe von Berlin her; ich galt dem Major Lindsay als ein Mann, der fähig war, »Leben in die Bude« zu bringen.

Die Erteilung der Interzonenpässe für meine Frau und mich machte Schwierigkeiten; die Papiere waren bei der Abfahrt des Interzonenzuges noch nicht ausgestellt. Da erreichte Major Lindsay, daß wir beide in einem britischen Militärflugzeug nach Bückeburg fliegen konnten; auch die Rückreise geschah wieder auf dem Luftwege. Von Bückeburg wurden wir in einem Volkswagen nach Hannover gebracht. Der Fahrer war ein deutscher Kriegsgefangener, der seinen Dienst so erträglich fand, daß er nie eine Gelegenheit ergriff, über die Elbe nach der Ostzone zu fliehen.

Die westdeutschen Volkshochschulen waren früher von Privatvereinen gegründet, unterstützt und aufrechterhalten worden. Wohl-situierte Bürger hatten Beiträge gespendet, dafür aber gefordert, daß der Geist, in welchem gelehrt wurde, sich in wohlanständigen bürgerlichen Bahnen, die zumeist auch deutsch-nationale Bahnen waren, bewegte. Heiner Lotze, ein Sozialdemokrat, der einst dem Hofgeismarkreis der Jungsozialisten angehört hatte, war in der Volksbildungsabteilung Hannovers angestellt und vertrat die Meinung, das Volkshochschulwesen müsse verstaatlicht und zentralisiert werden – so wie dies in Berlin und in der Ostzone der Fall war. Die Engländer waren Gegner der Verstaatlichungsidee; sie besaßen noch genug reiche Leute, welche aus ihrem Überfluß Volkshochschulen zu unterhalten vermochten. Die Leiter der westdeutschen Volkshochschulen waren zumeist alte Studienräte, die mit viel Pedanterie ihres Amtes walteten. Die Berliner Vertretung, zu welcher auch Walter Bartels gehörte, wirkte innerhalb dieser Umgebung geradezu revolutionär. Meine Ausführungen über eine Revision des deutschen Geschichtsbildes kränkten die braven deutsch-nationalen Herzen bitterlich, was, wie zu beobachten war, den anwesenden englischen Bildungsoffizieren größtes Vergnügen bereitete.

Im nächsten Jahr wurde die Volkshochschultagung nach Bonn einberufen. Ich wurde gebeten, ein Referat über »Die politische Aufgabe der Volkshochschulen« zu halten; es wurde später veröffentlicht. Das Vortragsprogramm war mit Sorgfalt aufgestellt; einige weltanschauliche Themen waren vorgesehen, geistvolle Männer sollten dazu bedeutende Referate halten. Die Engländer waren damit nicht einverstanden. Sie wollten den Delegierten zeigen, wie sie sich eine Diskussion dachten. Gewissermaßen auf dem Wege

eines Staatsstreiches setzten sie die Verhandlungsleitung ab. Ein englischer Offizier nahm auf dem Stuhl des Vorsitzenden Platz, zwei andere Offiziere ließen sich neben ihm nieder. Er erklärte, jeder solle sprechen, was ihm gerade am Herzen liege und ihm auf die Lippen komme. Keiner freilich dürfe länger als fünf Minuten das Wort behalten. Nach Verlauf dieser Zeit wolle er dem Redner rücksichtslos das Wort abschneiden, sein Klingelzeichen sei die Mahnung, zu Ende zu kommen.

Man kann sich vorstellen, welches Durcheinander eine solche Diskussion heraufbeschwor. Keiner hielt sich an das Thema, die Themen wurden wie Kraut und Rüben durcheinandergeschüttelt.

Ein drittes Mal reiste ich auf Bitten der Engländer nach Altena. In einer Jugendherberge waren zehn Professoren englischer Universitäten und Volkshochschulen untergebracht. Sie wollten mit deutschen Volkshochschulleitern diskutieren. Die Zusammenkunft währte drei Tage. Die Briten entwickelten ihr System und gaben den Deutschen allerlei Ratschläge. Eines Abends saßen wir im Garten; ich hatte erzählt, daß ich es mit Bildungsoffizieren aller Besatzungsmächte zu tun hätte. Die Gäste waren interessiert, sie wollten wissen, welches Urteil ich über die einzelnen Nationen gefaßt habe. Die Gebildetsten seien die Franzosen, antwortete ich, aber auch die Russen hätten hochgebildete Persönlichkeiten. Nicht so gut dagegen sei es mit den Amerikanern bestellt. Dieses Urteil vergnügte die Engländer über alle Maßen; es tat ihnen wohl, die Amerikaner so schlecht beurteilt zu sehen. Meine Auffassung über die Engländer selbst wollten sie nicht hören; sie waren offensichtlich fest davon überzeugt, daß sie besser als alle übrigen abschneiden würden.

Wir hatten den Interzonenzug benutzt, einen amerikanischen Militärzug, dem ein Wagen für deutsche Reisende angehängt worden war. Bei der Fahrt nach Altena saßen wir in einem vollen Abteil. Uns fiel ein großer schlanker Mann auf, der dauernd das Wort führte und prahlend von seinen Erlebnissen in Südamerika sprach. Er ging uns, je länger, desto mehr, auf die Nerven. Während der Reise hatten wir es vermieden, irgendein Interesse an ihm oder seinen Erzählungen zu zeigen.

Zu unserem Schrecken stieg der gleiche Mann bei unserer Rückfahrt in Bad Oeynhausen in unser Abteil, das diesmal leer war und auch bei der Weiterfahrt ohne weiteren Zugang blieb. Verschiedene Versuche des Mannes, mit uns ins Gespräch zu kommen, wehrten wir ab. Im Laufe der Unterhaltung zwischen meiner Frau

und mir fiel der Name Jünger. Da wurde der Mann lebendig, und aufdringlich fragte er, ob wir Ernst Jünger meinten. Kurz bejahte ich. Er fuhr fort, Ernst Jünger kenne er zwar nicht, aber mit dessen Bruder Wolfgang sei er bekannt. Wir spitzten die Ohren, hatte doch meine Frau während der Hitlerzeit im gleichen Hause mit Wolfgang Jünger gewohnt. Er war also auch ein guter Bekannter von uns. Er wagte verschiedene abfällige Bemerkungen über diesen. Dann meinte er, Wolfgang Jünger habe einen Freund gehabt, der in Wilmersdorf wohne und ein ganz gefährlicher Kommunistenhauptling sei. Diesem sei er auf der Spur. Die Engländer hätten ihn beauftragt, den Menschen zu beschatten. Der Name des Mannes falle ihm augenblicklich nicht ein, aber er werde schon noch dahinterkommen.

Mir war natürlich gleich klar, daß er von mir redete. Der Zufall, der hier spielte, war merkwürdig genug. Auf diese Weise erfuhr ich, daß mich die Engländer beschatten ließen. Ich stieß meine Frau mit dem Fuße an, um sie zu warnen, sich nicht zu verraten. Dann verließ ich für kurze Zeit das Abteil. In meiner Abwesenheit nahm der Mann das Gespräch mit meiner Frau auf und sagte, inzwischen sei ihm der Name wieder eingefallen. Er nannte meinen Namen. Als ich in das Abteil zurückgekehrt war und der Mann meine Stöcke bemerkte, an denen ich ging, wurde er plötzlich stutzig. Es fiel ihm wohl wie Schuppen von den Augen, blitzschnell erfaßte er, wen er vor sich hatte. Er schwieg und sagte kein Wort mehr.

Auf dem Bahnhof in Charlottenburg empfing mich Mr. Davies. Ich erzählte ihm kurz das Erlebnis. Anderntags kam er in meine Wohnung und bat mich, ihm einen eingehenden Bericht darüber zu erstatten. Ich tat es. Er war äußerst betreten.

In Bonn hatte ich die Bekanntschaft des Bildungsoffiziers gemacht, der die Aufsicht über die Volkshochschulen der amerikanischen Zone führte, des New Yorker Universitätsprofessors Mr. van der Vaal. Er fragte mich, ob ich bereit sei, auch in Volkshochschulveranstaltungen der amerikanischen Zone zu sprechen. Der erste Vortrag, zu dem ich verpflichtet wurde, fand an der Volkshochschule München statt. Mr. van der Vaal verhalf uns beiden, meiner Frau und mir, zu Travelorders, mit deren Hilfe wir amerikanische Militärzüge benutzen konnten. Ende Juli fuhren wir nach Bayern. Ich hatte noch weitere Einladungen angenommen, und zwar in Augsburg, Nürnberg, Tübingen, Heidelberg und Bamberg.

Meinen bayerischen Aufenthalt benutzte ich dazu, mich am Tegernsee zu erholen. Wir fanden in Wiessee Unterkunft. Die

Verpflegung war zwar dürftig, aber die allgemeinen Umstände waren doch dazu angetan, gesundheitlich wieder neue Kräfte schöpfen zu können. Dort prüfte ich, ob mein Zustand es erlaubte, mich im Schwimmen zu versuchen. Es gelang, und es machte mich nicht wenig glücklich, mich im Wasser fast besser bewegen zu können als auf dem Lande.

In Heidelberg saß ich einige Stunden im Hause von Mitscherlich, bei dem wir zu Gast waren, mit Professor Alfred Weber, dem Bruder des verstorbenen Max Weber, zusammen. Alfred Weber, der als verwöhnte große wissenschaftliche Autorität nur schwer Widerspruch ertragen konnte, entwickelte Vorstellungen über die Berliner Verhältnisse, wie sie nicht einmal bei einem Dienstmädchen verzeihlich gewesen wären. Ich berichtigte ihn und sprach meine Verwunderung darüber aus, wie ein Mann seines Ranges die törichtesten Gerüchte für bare Münze nehmen könne. Es war nicht zu vermeiden, daß eine schwere Verstimmung zwischen uns aufkam.

Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands

Im Sommer 1945 wurden die Berliner Intellektuellen, die vermuten ließen, »fortschrittlich« gesinnt zu sein, in das Rundfunkhaus an der Masurenallee gerufen, um an der Gründung eines »Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands« teilzunehmen. Johannes R. Becher, der in den Augen der Sowjets den Vorzug hatte, ihnen aus ganzem Herzen und aus ganzer Seele ergeben zu sein, hielt in der Gründungsversammlung das prinzipielle Referat und wurde zum Präsidenten des neuen Bundes gewählt. Ein schönes, gut eingerichtetes Haus in der Schlüterstraße nahm die Geschäftsstelle des Bundes auf. Generalsekretär wurde Heinz Willmann, von Beruf Buchhändler, der mit Becher in der Moskauer Emigration gewesen war und dort als Verleger eine literarische Zeitschrift herausgegeben hatte. Willmann, der unübertrefflich in gegenstandslosen Redensarten zu schwelgen vermochte, erschien den Sowjets offensichtlich geeignet, vor allen Dingen mit deutschen bürgerlichen Intellektuellen gut umgehen zu können. Bald war ein nicht zu kleiner bürokratischer Apparat entstanden. Ein Präsidialrat wurde gegründet, der aus 60 Mitgliedern bestand und in dem bürgerlichen Intellektuellen eine besondere Rolle zugedacht war. Ihm gehörte der Bürgermeister Dr. Friedensburg, der frühere Reichstagsabgeordnete Ernst Lemmer, der Pfarrer Dill-

schneider, der katholische Geistliche Tomberge, die Universitätsprofessoren Stroux und Brugsch, der Schriftsteller Birkenfeld und andere Persönlichkeiten an. Die Sowjets gaben sich Mühe, die bürgerlichen Intellektuellen für sich zu gewinnen. Noch herrschte starker Lebensmittelmangel. Die Präsidialratsmitglieder erhielten Pakete mit Würsten, Butter und Spirituosen, im Winter Kohlen-scheine. Es konnte geschehen, daß der sowjetische Kommandant die Leitung des Kulturbundes anwies, sofort die Präsidialratsmit-glieder in Autobussen zusammenzuholen und nach Karlshorst ins sowjetische Hauptquartier zu schaffen. Dort wurden sie ermuntert, Träger fortschrittlicher Gedanken zu sein, und anschließend zu einem üppigen Gelage eingeladen.

Im Spätherbst 1945 trat in mein Amtszimmer ein Fahrer, über-brachte mir ein Paket und erklärte, er komme im Auftrage des Präsidenten des Kulturbundes, Johannes R. Becher. Bald danach wurde ich eingeladen, Becher im Haus des Kulturbundes in der Schlüterstraße zu besuchen. Der Generalsekretär Heinz Willmann führte mich zu Becher. Becher sagte mir, Georg Lukács und Anton Ackermann hätten geraten, sich meine Mitarbeit zu sichern. Ich sprach meine Verwunderung darüber aus, daß sich der Kulturbund meiner so spät erinnere. Freilich war mir bekannt, daß ich in einer kleinen kommunistischen Zeitschrift, der »Linkskurve«, deren Mitherausgeber Becher war, vor 1933 einmal als Faschist bezeich-net und in einer andern, dem »Aufbruch«, als »Jesuslatscher« cha-rakterisiert worden war. Nach einigem Zögern sagte ich zu.

Becher mußte angenommen haben, daß ich in die Angestellten-schaft des Bundes einträte. Dazu hatte ich allerdings keine Lust. Ich wollte lediglich freier Mitarbeiter werden, um nicht von Becher und der Organisation abhängig zu sein. Täglich ließ ich mich im Wagen gegen 13 Uhr von meinem Amtszimmer, das sich im Bezirksamt Wilmersdorf befand, abholen und verbrachte dann etwa drei bis vier Stunden im Kulturbund. Die Kulturbundleitung hatte den Eindruck, daß die ganze Organisationstätigkeit sich eigentlich in bloßem Leerlauf verzehre. Ich sollte den Inhalt lie-fern. Zur Mitarbeiterin wurde mir eine tüchtige Sekretärin beige-geben, Fräulein Schlesinger, mit der ich ausgezeichnet zurechtkam und die sich als begabt genug erwies, mich später zu ersetzen. Ich gründete eine Reihe von Kommissionen für verschiedene wissen-schaftliche und künstlerische Gebiete: für bildende Kunst, für Musik, für Literatur, für Naturwissenschaft, für Pädagogik, für Geisteswissenschaften, für Theater. Die Kommissionen berieten

über Veranstaltungen und führten diese zeitweise mit gutem Erfolge durch.

Die regste Tätigkeit entfalteten die Kommissionen für bildende Künste und für Geisteswissenschaften. Die Maler erörterten oft heftig die Frage, wie notwendiges Material beschafft werden könne, wie die neu aufzubauende Kunstakademie organisiert werden sollte. Auch stilistische Fragen waren Gegenstand der Diskussion. Mitunter gerieten Karl Hofer und Max Pechstein scharf aneinander. Hofer war Pessimist, welcher die Zukunft der Kunst in den düstersten Farben sah; Pechstein war Optimist, der alles leichtnahm. Er hatte viele Aufträge von Amerikanern, gab Amerikanern Unterricht und erhielt mehr Alkohol, als ihm zuträglich war.

Der Vorsitzende der wissenschaftlichen Kommission war Professor Stroux. Stroux war ein solider gewissenhafter Gelehrter von feinem kultiviertem Wesen, mit viel gewinnendem Charme. Politisch war er ein Kind.

Einmal hatte ich Willmann von meinem früheren Plan erzählt, einen Klub der Intelligenz in Berlin in überparteilichem Sinne zu schaffen. Willmann griff den Plan auf und trug ihn den Sowjets vor. Sie gingen unverzüglich darauf ein. Der frühere Herrenklub in der Jägerstraße, der schwere Bombenschäden aufwies, wurde dazu ausersehen, in den Klub der Kulturschaffenden umgewandelt zu werden. Baumaterial und Glas wurden herbeigeschafft. Der Parkettboden aus Hitlers Reichskanzlei wurde herausgerissen und in die Jägerstraße gebracht. Nach einiger Zeit konnte der Klub eingeweiht werden. Die Sowjets versorgten ihn mit Lebensmitteln und Getränken, so daß die Klubmitglieder mit Bons ausgestattet werden konnten, aufgrund deren sie monatlich fünfzehn Mittagessen zu erschwinglichem Preise erhalten konnten.

Überhaupt war der Kulturbund mit reichlichen Mitteln versorgt. Sein bürokratischer Apparat wuchs. Die Mitglieder genossen allerlei Vorteile. So wiesen die Sowjets das Bad Ahrenshoop dem Kulturbund zu. In Bad Saarow verfügte der Kulturbund über das wunderschöne Haus »Eibenhof«, einen Schinkel-Bau, in dem der Besitzer, ein Arzt, bisher ein Sanatorium unterhalten hatte. Der Kulturbund wollte die Intelligenzschicht der gesamten Ostzone organisieren und erreichte es in der Tat, in den größeren Städten, wie etwa in Leipzig, in Dresden, in Weimar und in Schwerin, rührige Ortsgruppen auf die Beine zu stellen. Im allgemeinen wurde darauf geachtet, den Kulturbund als überparteilich erscheinen zu las-

sen; obwohl Parteimänner ihn führten, wurde doch darauf Bedacht genommen, die bürgerlichen Mitglieder nicht zu verprellen. Mit einem gewissen Herzklopfen wurden die Präsidialratssitzungen vorbereitet. Bekannte Persönlichkeiten, wie etwa Friedensburg und Lemmer, wollten mit der Überparteilichkeit Ernst machen und protestierten gegen jeden Versuch, einseitige Standpunkte durchzudrücken. Zuweilen kam es zu lebhaften und interessanten Debatten, in deren Verlauf Becher viel Beredsamkeit aufwandte, die Spuren von Parteitendenzen zu verwischen und dort, wo sie nachgewiesen werden konnten, als bloße Mißverständnisse erscheinen zu lassen.

Becher forderte mich auf, einen kritischen Aufsatz gegen Ernst Jünger im »Aufbau«, der Zeitschrift des Kulturbundes, zu schreiben. Ich lehnte ab, was er mir schwer verübelte. Dann wollte er Jünger in der Kommission für Literatur abschlichten lassen. Ich hatte die Veranstaltung zu arrangieren und sorgte dafür, daß Becher nicht zu seinem Ziele kam. Verwunderlicherweise gab es zwar zahlreiche Schriftsteller, welche Jünger schalten, wenige aber hatten ihn gelesen. Ich überredete eine Schriftstellerin, Ilse Langner, dazu, den Angriff auf Jünger zu übernehmen. Sie holte sich von Becher Instruktionen; außerdem mußte ich ihr bei der Beschaffung der Literatur zur Hand gehen. Zum Verteidiger Jüngers bestellte ich Karl Korn, der Jünger schätzte. Die Einladungen hatte ich an etwa 15 Schriftsteller ergehen lassen, von denen keiner im Verdacht stand, Bechers Haß gegen Jünger zu teilen.

Ilse Langner war ihrer Aufgabe nicht gewachsen. Sie zieh Jünger der Inhumanität, nahm auf seine Kriegsbücher und »Das abenteuerliche Herz« Bezug und ließ die Frage offen, ob sie am Ende Jünger nicht doch unrecht tue. Karl Korn verteidigte Jünger mit überlegener Sachkenntnis und machte damit Eindruck. Elisabeth Langgässer, die mit Vorurteilen gegen Jünger gekommen war, riet zur Bedachtsamkeit des Urteils. Weisenborn meinte, es ginge nicht an, daß eine Frau im grünen Jägerhütchen – so war Ilse Langner erschienen – komme und Jünger abschieße. Niemand war aufgelegt, Jünger zu verdammen. Zornig verließ Becher den Raum.

Im Sommer 1948 kam es zu einer öffentlichen Auseinandersetzung über Ernst Jünger zwischen Becher und mir. In Ahrenshoop fand ein Schulungskurs für Kulturbundangestellte statt; ich hielt Referate über das »Problem der Freiheit« und über »Neue Philosophie«. Paul Wiegler sprach über Literatur. Im Anschluß an dessen Vortrag wurde er über Ernst Jünger befragt. Wiegler wollte an

dieses heiße Eisen nicht herangehen; er sagte, für die Frage Jünger sei ich zuständig. Eine kleine Delegation wurde zu mir entsandt mit der Bitte, sogleich zu kommen. Ich lag am Strande, kleidete mich an und begab mich zum Vortragsraum. Ungefähr eine halbe Stunde lang würdigte ich Jüngers Werk; ich fand auch gute Worte über den Menschen Jünger. Bei vielen Zuhörern zeigte sich eine heimliche Bereitschaft, sich mit Jünger zu beschäftigen. Becher, der in Ahrenshoop war, schäumte. Er veranlaßte einen öffentlichen Ausspracheabend, zu welchem er mich herausforderte.

In Ahrenshoop suchte die Intelligenz der Ostzone Erholung. Sie sah in der angekündigten Veranstaltung eine reizvolle Abwechslung. Die Professoren Rienäcker, Gadamer, der Maler Sandberg, der Schweriner Dompropst Kleinschmidt, der Theaterkritiker Herbert Ihering und noch viele andere prominente Persönlichkeiten hatten sich eingefunden. Ich leitete den Abend ein. Mit Nachdruck bezeugte ich, daß Jünger nie Nationalsozialist gewesen sei. Er sei ein Seismograph, welcher dafür, daß er Zeitströmungen vorher ankündige, nicht für diese Zeitströmungen selbst verantwortlich gemacht werden dürfe. Seine »Marmorklippen« seien ein tapferes Buch gewesen. Man müsse ihn als großen Schriftsteller und vornehmen Menschen anerkennen.

Becher kam gut vorbereitet. Er zitierte Stellen aus dem »Abenteuerlichen Herzen« und den Kriegsbüchern Jüngers und wollte damit beweisen, Jünger sei ein Unmensch, ein Lehrer der Barbarei. In der Diskussion behauptete Dompropst Kleinschmidt, er habe die »Marmorklippen« als nationalsozialistisches Buch empfunden. Becher behauptete, die persönliche Bewährung Jüngers habe nur anekdotischen Wert; die Rundfunkvorträge Thomas Manns aus London seien höher zu bewerten. Als Kleinschmidt das bekräftigte, entgegnete ich, ob dann das Leben Jesu, wie es die Evangelien schilderten, auch nur anekdotische Bedeutung habe.

Die Aussprache führte zu keiner Entscheidung; sie verstärkte nur gegen Bechers Willen das Interesse für Jünger.

Becher zeigte mir seitdem ganz offen seine Feindseligkeit. Ich war inzwischen aus meiner Stellung im Kulturbund ausgeschieden. Als Alexander Abusch, der frühere Chefredakteur der »Roten Fahne«, aus Mexiko nach Deutschland zurückgekehrt war, gab man mir zu verstehen, daß ich überflüssig sei; man entzog mir auch eine Zuständigkeit nach der anderen, bis ich mich zurückzog.

Vom Jahre 1947 ab verschärften sich die Beziehungen zwischen den Sowjets und den drei übrigen Besatzungsmächten. Dies wirkte

sich auf die bürgerlichen Mitglieder des Kulturbundes aus. Die westlichen Besatzungsmächte verlangten vom Kulturbund, daß er, der anfänglich nur von den Sowjets lizenziert worden war, eigene Lizenzen von den westlichen Besatzungsmächten einhole. Auf Anraten der Sowjets weigerte sich der Kulturbund, dies zu tun. Daraufhin wurde seine Tätigkeit in den Berliner Westsektoren unterbunden; die Engländer zwangen ihn, sein Haus in der Schlüterstraße zu räumen. Die Sowjets stellten ihm ein neues Haus neben dem Klub in der Jägerstraße zur Verfügung, wohin er nunmehr seine Geschäftsstelle verlegte.

Zensur

Wohl beobachtete ich das lebhafte Interesse, welches sowjetische Offiziere an der Tätigkeit des Kulturbundes nahmen; aber das ganze Maß der Abhängigkeit, in der sich der Kulturbund von der sowjetischen Besatzungsmacht befand, kam mir lange Zeit nicht zum Bewußtsein. Sowjetische Kulturoffiziere gingen im Kulturbund ein und aus.

Der Chefredakteur des »Aufbau«, Klaus Gysi, mußte die Fahnen der Zeitschrift monatlich von Sowjetoffizieren prüfen und genehmigen lassen. Erst nach und nach übernahm ein kultureller Beirat diese Funktion des Zensors. Ende 1945 übergab ich Gysi für den »Aufbau« den Aufsatz »Im Vorraum des Faschismus«; er war meinem Manuskript »Europäische Bilanz« entnommen und behandelte Schopenhauer, Wagner und Nietzsche. Der Aufsatz wurde angenommen, aber bald bemerkte ich, daß der Redaktion Schwierigkeiten erwachsen. Eines Tages erschien ein sowjetischer Offizier bei mir, um mit mir über meine Arbeit zu sprechen.

Der Offizier, offensichtlich ein gebildeter Mann, sagte mir etliche anerkennende Worte über die Qualität des Aufsatzes. Indessen, so meinte er, habe er einige Einwendungen zu machen. Ich lehnte Richard Wagner ab und fände sogar recht scharfe Worte gegen ihn. Wagner habe in Rußland einst eine große Rolle gespielt. An ihn hätten sich die liberalen Opponenten gehalten. Wagner, der ehemalige Barrikadenkämpfer von Dresden, sei im zaristischen Rußland immer als Revolutionär geschätzt und gefeiert worden. Das müsse ich berücksichtigen.

Wenn Wagner in Rußland, entgegnete ich, als eine revolutionäre Kraft gefeiert werde, so habe das seine guten geschichtlichen

Gründe. Indes sei ich doch kein Russe. Ich beurteile Wagner nach der Rolle, die er in Deutschland gespielt habe. Innerhalb Deutschlands habe er sich als eine reaktionäre Kraft ausgewirkt.

Dem Offizier wurde etwas unbehaglich, er brach das Gespräch über Wagner ab. Auch nach diesem Gespräch erschien mein Aufsatz nicht. Klaus Gysi, ein Mann mit diplomatischen Talenten, welcher sich aufs trefflichste auf die Kunst des Ausweichens verstand, ließ sich von mir nicht stellen. Immer wußte er eine neue hinhaltende Antwort. Doch sagte er mir dann eines Tages, jener musikverständige Offizier, der die Sache Wagners verfochten hätte, sei versetzt worden, seinem Nachfolger sei Wagner höchst egal. Diesem Umstand hatte ich es zu verdanken, daß der Aufsatz dann im Februar-Heft 1946 im »Aufbau« erschien.

Dem Aufbau-Verlag hatte ich mein Manuskript »Deutsche Daseinsverfehlung« angeboten. Paul Wiegler, der Lektor des Verlages, sah es durch und empfahl es mit eindringlichen Worten zur Annahme. Bald wurden mir die ersten Korrekturfahnen vorgelegt. Freilich zeigte sich dann auch hier wieder, daß es irgendwelche Hemmnisse zu überwinden galt. Weder der Verleger noch irgend jemand sonst gab mir Aufschluß darüber, welche Beanstandungen vorlägen. Es gehörte zu den bemerkenswertesten Erscheinungen dieser Zeit, daß niemand ein offenes Wort zu sagen bereit war. Schließlich wurde ich wiederum von einem sowjetischen Offizier besucht, der aus seinen Akten die Korrekturfahnen hervorzog. Das Manuskript hatte neun Kapitel enthalten. Das neunte Kapitel war ein Ausblick in die Zukunft. Dieser Ausblick war düster genug. Ich stellte fest, Deutschland habe aufgehört, als unabhängiger Staat zu existieren; es sei nur noch ein geographischer Begriff. Das deutsche Volk müsse sich glücklich schätzen, wenn man ihm erlaube, sich in der politisch neutralen Form einer großen Schweiz zu konstituieren. Von großer Machtpolitik sei keine Rede mehr. Dies alles sei viel zu pessimistisch, meinte der Offizier, ich müsse optimistischer in die Zukunft blicken. Er gab sich Mühe, mich davon zu überzeugen, daß zum politischen Pessimismus kein Anlaß bestehe. Ärgerlich sagte ich schließlich, Änderungen würde ich nicht vornehmen. Das einzige, was ich zugestehen könnte, sei, daß ich das neunte Kapitel ganz herausnehme. Der Offizier war damit einverstanden. Er übersah dabei freilich, daß auf diese Weise das Büchlein noch viel pessimistischer ausklang.

Nachdem die »Deutsche Daseinsverfehlung« erschienen war, wurde sie in dem Organ des Kulturbundes »Der Sonntag« gemein-

sam mit dem zur gleichen Zeit veröffentlichten Buche von Alexander Abusch »Irrweg einer Nation« von Dr. Steinberg besprochen. Dr. Steinberg brachte gegen das Buch von Abusch vieles vor. Er stellte es qualitativ unter die »Deutsche Daseinsverfehlung«, deren geschichtsphilosophisches Niveau er rühmte. Später erzählte mir Dr. Steinberg, Johannes R. Becher habe ihn zu sich gerufen und ihm Vorwürfe gemacht, daß er der »Deutschen Daseinsverfehlung« im Vergleiche zu dem Buch von Abusch den Vorrang eingeräumt habe. Abusch sei aus Mexiko zurückgekehrt und beginne seine Tätigkeit im Kulturbund. Man müsse ihm Prestige schaffen und dürfe ihm nicht kritisch zusetzen.

In dieser Zeit hatte ich eine Auseinandersetzung im Rahmen des Kulturbundes. Man hatte mich gebeten, in Zehlendorf über das Thema »Der Westen und der Osten« zu sprechen. Die Gedanken, welche ich hier vortrug, bildeten den Inhalt meiner Broschüre »Ost-West«. Nach meinem Referat meldete sich ein Zuhörer zu Wort, der mir widersprach. Ich hatte von einem Unterschied zwischen Europa und Rußland gesprochen. Der Diskussionsredner bestritt mit unerbittlicher Zähigkeit die Richtigkeit meiner Auffassung. Rußland habe dieselben Kulturelemente aufgenommen, die Europa ausgebildet habe; Rußland sei christlich, habe an der Antike teil, habe seine aufklärerische Tradition, kurz, es gebe keine Kluft zwischen Europa und Rußland. Diese Behauptung aufzustellen sei reaktionär, nähre den Europa-Hochmut und sei ein Argument für diejenigen Imperialisten, welche sich berechtigt fühlten, Rußland zu unterwerfen.

Etliche Wochen später sagte mir der Generalsekretär Willmann, Professor Dr. Steinitz habe sich über mich beschwert. Der Kulturbund dürfe keine sowjetfeindlichen Referate dulden. Becher sei der Meinung, ich solle mich mit Dr. Steinitz auseinandersetzen. Diese Auseinandersetzung machte anfänglich den Eindruck, ein Gerichtsverfahren gegen mich zu sein. Becher thronte hinter seinem Riesenschreibtisch, Gysi war der Staatsanwalt, Dr. Steinitz der Zeuge. Ich gab zu verstehen, daß ich mir die Rolle des Angeklagten nicht aufzwingen lassen würde. Ich ging zum Angriff gegen Dr. Steinitz vor, behauptete, er sei gegen Tatsachen blind, sprach von dem Fehlen einer aufrüttelnden bürgerlichen Revolution, von dem Nichtvorhandensein rechtsstaatlicher und individualistischer Begriffe in Rußland. Becher suchte Dr. Steinitz zu Hilfe zu kommen und mich von der Unhaltbarkeit meines Standpunktes zu überzeugen. Es mißlang ihm.

Zu einem Ergebnis kam es nicht. Man ging auseinander, ohne etwas entschieden zu haben. Doch ließ man mich über das Thema nicht mehr reden.

Noch lag in meinem Schreibtisch das Manuskript »Das Reich der niederen Dämonen«. Der Leiter des Aufbau-Verlages, Wilhelm, ergriff es mit Begierde. Wieder war Paul Wiegler der Lektor. Sein Gutachten war für das Manuskript günstig, er sprach von einer klassischen Analyse der Hitlerzeit. So wurde das Manuskript angenommen. Lange Zeit hörte ich nichts mehr davon. Noch wußte ich nicht, daß es einen »kulturellen Beirat« gab. Man behauptete, der kulturelle Beirat sei keine Zensurbehörde, sondern prüfe die Manuskripte nur daraufhin, ob es sich lohne, aus den knappen Vorräten Papier dafür zur Verfügung zu stellen. Dies war allerdings nur eine Beschönigung. In der Tat war der kulturelle Beirat eine Zensurbehörde. Die Zensoren waren zum Teil völlig unzulänglich; es fehlte ihnen an Bildung und Verstand. Inzwischen wurde der Verleger Wilhelm durch Erich Wendt ersetzt. Ich ging zu Wendt und erfuhr, daß das Manuskript noch einer Bearbeitung unterworfen werden müsse. Vor allen Dingen müßten die Zitate aus den Reden Hitlers und Goebbels' entfernt werden, weil sie alten Nationalsozialisten das Vergnügen bereiten könnten, Worte ihres geliebten Führers wieder lesen zu dürfen. Mein Einwand, daß sich an diese Zitate soziologische Analysen knüpfen, hatte wenig Wirkung.

Wieder verging einige Zeit, bis mir die Abschrift meines korrigierten Manuskriptes zugestellt wurde. Es wies nicht nur umfangreiche Streichungen, sondern auch zahlreiche Einfügungen und Abänderungen meiner Urteile auf. Gerade der dokumentarische Charakter des Werkes war verwischt. Das Manuskript war 1937 in die Hände der Gestapo gefallen, hatte dem Volksgerichtshof vorgelegen und war der wichtigste Stoff des Volksgerichtshofes in dem Prozeß gegen mich; alle die Stellen, welche der Gestapo und den Volksrichtern anstößig gewesen waren, waren rot unterstrichen; nur durch einen Zufall war dieses Manuskript wieder in meine Hände zurückgelangt. Man wird verstehen, daß ich mir das Manuskript nicht verwüsten lassen wollte. Kurz entschlossen erklärte ich Wendt, ich zöge mein Manuskript wieder zurück und wolle es nicht im Aufbau-Verlag veröffentlicht sehen.

Noch im Herbst 1945 besuchte mich Fabian von Schlabrendorff. Er berichtete mir ausführlich über seine Erlebnisse in Konzentrationslagern und bei seiner Befreiung durch italienische Partisanen. Auch er war in die Ereignisse des 20. Juli verwickelt gewesen. Jener General Tresckow, der eine Haupttriebfeder des Staatsstreiches gewesen war und der sich nach dessen Scheitern erschossen hatte, war sein Onkel; als Leutnant hatte Schlabrendorff bei diesem Dienst getan. In seinem Buche »Offiziere gegen Hitler« spricht er von dem Attentatsversuch, den er 1943 gegen Hitler geplant hatte.

Man war damals seinen engen Beziehungen zu Herrn von Kleist-Schmenzin auf die Spur gekommen und hatte ihn verhaftet. Schon stand er vor dem Volksgerichtshof, und die Verhandlung unter der Leitung des Präsidenten des Volksgerichtshofs, Dr. Freisler, hatte begonnen. Da wurde ein Fliegerangriff signalisiert, alle Anwesenden suchten im Keller Schutz. Eine Bombe schlug in das Gebäude, vernichtete die gesamte Akte Schlabrendorff und tötete im Luftschutzkeller Dr. Freisler. So entging Schlabrendorff einer Verurteilung, wurde jedoch als schwer verdächtig in das Konzentrationslager Flossenbürg gebracht. Dort erlebte er die Ermordung des Admirals Canaris und des Generals Oster. Bei der Annäherung der Amerikaner 1945 wurde das Lager Flossenbürg geräumt. Zu Fuß wanderten die Gefangenen nach Dachau. Dort verbrachten sie einige Tage. Unter den Häftlingen war auch ein französischer Bischof, der wie die anderen Häftlinge in ein geräumtes Bordell der SS eingewiesen worden war. Der Bischof habe, so sagte Schlabrendorff, gescherzt, es habe Hitlers bedurft, um es dahin zu bringen, daß er sich ein Bordell von innen angesehen habe. Auch Dachau wurde geräumt. Die Gefangenen marschierten über die Alpen nach Norditalien. Es war eine illustre Gesellschaft: Reichsbankpräsident Dr. Schacht, Generaloberst Halder, Pfarrer Niemöller waren darunter. In Oberitalien spielte die Begleitmannschaft der SS mit dem Gedanken, die Gefangenen zu erschießen. Das energische Auftreten Niemöllers verhinderte es: Der ehemalige U-Boot-Kommandant hatte sich in sein geistliches Amt den militärischen Ton hinübergerettet. Er piffte die SS-Mannschaften scharf an und erklärte ihnen, daß sie mit einer solchen Tat ihr Leben verspielten. Anderntags mußte sich die Gruppe italienischen Partisanen ergeben. Die Partisanen machten mit den SS-

Männern kurzen Prozeß: sie erschossen sie. Die befreiten Gefangenen wurden nunmehr den vordringenden Alliierten übergeben. Einige Prominente, darunter auch Schlabrendorff, wurden Feldmarschall Lord Alexander vorgestellt. Dieser verfügte, daß sie sogleich zur Erholung nach Capri gebracht werden sollten. Mehrere Wochen verweilten sie dort und wurden dann in die Schweiz geschickt.

Schlabrendorff stand seit längerer Zeit in Verbindung mit dem englischen Publizisten Colvin. Schon der Vater Colvins war ein bedeutender Journalist; Winston Churchill erwähnt ihn in seinen Memoiren. Wahrscheinlich war Colvin durch Schlabrendorff und Kleist-Schmenzin in die Pläne der Rebellen vom 20. Juli eingeweiht. Kurz vor meinem Prozeß 1939 war im »Daily Chronicle« ein längerer, phantasievoll ausgeschmückter Aufsatz über mich erschienen. In dem Aufsatz war von der ausgedehnten Widerstandarbeit die Rede, die ich geleistet hatte, auch meiner Frau wurde gedacht. Colvin sprach in Hinsicht auf sie von der »schönen Blondine«, die auch verhaftet worden sei. Colvin hatte geschrieben, daß in diesem meinem Prozeß mit 27 Todesurteilen gerechnet werden müsse.

Mit diesem Artikel hatte mir Colvin, den ich bis dahin noch nie gesehen hatte, einen großen Dienst erwiesen. Der Präsident des Volksgerichtshofs, Dr. Thierack, war durch diesen Aufsatz gereizt worden, der Öffentlichkeit zu beweisen, daß die ausländische Presse lüge und daß der Volksgerichtshof nicht so unmenschlich sei, wie man es von ihm behauptete. Es kam zu keinem einzigen Todesurteil.

Schlabrendorff hatte mit Colvin auch den Freiherrn Kunrat von Hammerstein zusammengebracht, der ein Sohn des bekannten »Roten Generals« war. Hammerstein war nach dem 20. Juli von der Gestapo gesucht worden, hielt sich aber bis zum Zusammenbruch 1945 bei einem Arbeiter in der Nähe des Stettiner Bahnhofs versteckt. Hammerstein wurde nunmehr durch Schlabrendorffs Vermittlung auch mit mir bekannt. Er verschaffte mir jetzt den Aufsatz Colvins, den ich mit größter Heiterkeit las. Die Erfindungsgabe Colvins war in der Tat erstaunlich gewesen.

Zwischen ihm und mir entwickelten sich engere Beziehungen; er kam des öfteren zu mir und lud mich dann und wann in sein Haus. Einmal holte er mich und meine Frau zu einer größeren Gesellschaft. Außer einer Reihe hoher englischer Offiziere traf ich die Witwe des Generals von Hammerstein und ihren Sohn. Im Verlauf

des Abends fragte mich Colvin, ob ich Jakob Kaiser kenne. Als ich verneinte, lachte er und bemerkte, in England verkehrten alle politisch bemerkenswerten Persönlichkeiten gesellschaftlich miteinander, auch wenn sie gesinnungsmäßig weit voneinander abwichen. In Deutschland aber sei es so kurios, daß ein Ausländer daherkommen müsse, um solche Bekanntschaften zwischen Deutschen zu stiften. Er machte mich nunmehr mit Jakob Kaiser bekannt. Über eine Stunde hindurch saßen wir beisammen und besprachen die politische Situation. Mit Nachdruck sagte ich ihm, »Brückenbauer« zwischen West und Ost seien in Deutschland dringend nötig. Er habe Kredit im Westen. Noch habe er auch Kredit im Osten. Er solle darauf achten, diesen Kredit nicht zu verlieren. So könne er noch eine große Mission erfüllen. Eifrig antwortete er, ebendies sei seine Auffassung auch. Er werde alles tun, sich seinen Kredit im Osten nicht zu verscherzen. Später übernahm er das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen in Bonn, zu dessen Tätigkeitsbereich es gehörte, die Propaganda gegen die Deutsche Demokratische Republik zu organisieren.

Colvin gab mir einmal eine Gelegenheit, seinen journalistischen Spürsinn zu bewundern. Während des Nürnberger Prozesses gegen Göring hatte ein Gehilfe von dessen Verteidiger ständig an den Besprechungen zwischen Göring und dem Verteidiger teilgenommen. Nach den Gesprächen hatte der junge Mann sich Notizen gemacht und diese inzwischen zu einem Buch ausgearbeitet: »Görings letzte Worte«.

Das Manuskript war auf dem Wege über meinen Freund Drexel in meine Hände gelangt. Es zeigte Göring als burschikos; Bedeutendes hatte er freilich nie gesagt. Zuweilen brach seine sadistische Freude über die Vernichtung der Juden und ähnliche Grausamkeiten durch. Die geistige Belanglosigkeit, die ihn kennzeichnete, erschöpfte sich in Banalitäten und Trivialitäten. Interessant an dem Buch war nur, daß es von Göring handelte.

Ich hatte einmal mit Colvin über das Buch gesprochen. Er war wie elektrisiert, wollte Namen und Adresse des Verfassers erfahren. Ihm schwebte vor, das Manuskript ins Englische zu übersetzen und damit in seiner Heimat Sensation zu machen. Ich hatte keine Lust, zur Durchführung dieses Plans meine Hand zu reichen; es war mir unerwünscht, für Göring in irgendeinem Sinne Propaganda gemacht zu sehen. Aufgrund kaum nennenswerter Indizien, die ich Colvin geliefert hatte, gelang es ihm in ein paar Monaten, den Verfasser zu entdecken. Er besuchte diesen und verhandelte mit ihm

über Veröffentlichungsrechte. Zu einer Übersetzung freilich kam es nicht. Das Buch war zu unbedeutend, als daß es sich zu einem großen Geschäft gebrauchen ließ.

Einmal verschaffte mir Colvin das Vergnügen eines interessanten Herrenabends. Er hatte auf der Rückfahrt von Westdeutschland nach Berlin von seinem Wagen aus einen Rehbock geschossen. Angehörige der alliierten Mächte durften sich damals solche Freiheiten ungestraft herausnehmen. Den Rehbock übergab er dem Inhaber eines durch seine gute Küche bekannten Lokals. Gemeinsam mit einigen Bekannten wollte er den Rehbock verspeisen. Insgesamt hatte er fünf Herren eingeladen; darunter befanden sich der Geheimrat Dr. Sauerbruch und etliche führende Männer der Wirtschaft. Dr. Sauerbruch wurde angeregt, aus seinem Leben zu berichten. Überraschend war zu hören, wie sich Sauerbruch über die Medizin äußerte. Er erklärte, nur die Chirurgie sei zu etwas nütze. Mit der übrigen Medizin stehe es recht zweifelhaft. Die Ärzte lebten nur davon, daß man ihnen ein Vertrauen schenke, das sie nicht verdienten. Im Grunde käme es allein auf den Patienten an, ob er den Willen zur Gesundung habe oder nicht. Wenn ihm das Gebet diesen Willen stärke, so sei die Gesundbeterei durchaus am Platz. Es waren geradezu mittelalterlich anmutende Vorstellungen, die der berühmte Arzt zum Besten gab.

Colvin ging um das Jahr 1950 nach England zurück. Dort schrieb er ein umstrittenes Buch über den Admiral Canaris.

Elisabeth Langgässer

In der Kommission für Literatur des Kulturbundes erschien häufig Elisabeth Langgässer. Sie fiel mir anfänglich in keiner Weise auf; erstaunlich für mich war nur, daß sie sich mir mit einer gewissen wohlwollenden Vertraulichkeit näherte. Bei Gelegenheit erzählte sie mir – und dies erklärte ihr Verhalten –, daß sie eng mit dem Lyriker Wilhelm Lehmann befreundet sei, dessen Gedichtbuch »Antwort des Schweigens« ich im Widerstandsverlag herausgebracht hatte. Mit ihren freundschaftlichen Gefühlen vergalt sie mir den Beistand, den ich Lehmann, der ihr nahestand und den sie schätzte, geleistet hatte. Selten meldete sie sich zu Wort; sie war, wenn sie sprach, nicht eigentlich geistreich, aber was sie sagte, hatte unverkennbares Gewicht. Ich erfuhr, sie befinde sich in einer wirtschaftlichen Notlage. Sie hatte mehrere Kinder aus erster Ehe und

war nunmehr mit einem Philosophen des Existentialismus, Wilhelm Hoffmann, verheiratet.

Zuweilen besuchten wir uns gegenseitig. Die Küchenarbeiten in ihrem Haushalt erledigte der Mann, der insbesondere stolz auf eine bestimmte Art von Schmalzgebäck war, auf dessen Zubereitung er sich vortrefflich verstand.

Aufgrund meiner Tätigkeit in der Kommission für Literatur hatte ich einige Möglichkeiten, Elisabeth Langgässer zu empfehlen und Verlage zum Abdruck ihrer Gedichte zu ermuntern. Sie wußte dies und bat mich einmal um eine Rücksprache. Sie klagte mir ihre wirtschaftlichen Sorgen. Das Volksbildungsministerium hatte unter derhand mitgeteilt, es wolle einige notleidende Schriftsteller mit einem Stipendium bedenken. Ich bemühte mich, die Aufmerksamkeit auf sie zu lenken, kann aber nicht sagen, ob sie ein solches Stipendium wirklich empfing.

Elisabeth Langgässer war eine Frau in mittleren Jahren, klein von Gestalt, schwarzhaarig mit glühenden Augen. Eben in diese Augen mußte man sehen, um zu begreifen, welche Dämonie in ihr lebte. Mir wurde das erst deutlich, als ich ihren Roman »Das unauslöschliche Siegel« gelesen hatte. Die Erlebnisweite und Erlebnisbreite dieses Romans ist nicht auszuschöpfen. Paradiesische Höhen werden erstiegen, aber auch die tiefsten Tiefen der Hölle durchwandert. Zu allem tritt eine scharfe Intellektualität hervor. Leidenschaft und Vernunft waren in dieser seltenen Frau in einer merkwürdigen Mischung vorhanden. Die Spannweite ihres Wesens umfaßte reine Zartheit auf der einen Seite und abgrundtiefe Perversität auf der anderen; in ihr lebte ein reiner Engel und eine wilde ungebändigte Teufelin. Die großen, neukatholischen Schriftsteller Frankreichs, wie Bloy und Bernanos, hatten auf sie eingewirkt. Vielleicht besaß sie nicht die reiche Fülle jener Vitalität, durch welche Bernanos ausgezeichnet war; immerhin aber kam sie diesem Meister nahe genug. In ihren Gedichten sprach die Welt kosmischer Elementarität. Im Gespräch stieß man bei ihr auf solide Grundlagen; religiös-philosophische Probleme hatte sie durchdacht und wußte sie klar zu entwickeln. Dabei brillierte sie nicht, sondern ließ überall sachlichen Ernst walten. Nichts Aufdringliches und Angeberisches war an ihr. Wohl war sie sich ihres großen Talents bewußt, aber sie hielt es mit Recht nicht für nötig, es theatralisch zu unterstreichen.

Im Jahre 1948 erhielt ihr Mann endlich eine Professur an einer rheinpfälzischen Hochschule. Dorthin siedelte sie über. Sicher war

die Atmosphäre der östlichen Besatzungszone ihrem katholischen Wesen nicht gemäß, und sie mochte es als eine Befreiung empfinden, in die westdeutsche Atmosphäre zurückkehren zu können, welcher sie entstammte. Allerdings wurde ihr auch in der neuen Umwelt kein wirklich großer literarischer Erfolg zuteil. Ihr Werk war zu bedeutend und zu anspruchsvoll, um für den Augenblick eine umfangreiche Leserschaft zu gewinnen. Im Jahre 1950 las ich, daß sie gestorben sei. In dieser Frau lag ein großes künstlerisches Versprechen. Ihr früher Tod war ein schwerer Verlust für die deutsche Literatur.

Der Draht nach Rußland

Der leitende Redakteur der Kulturabteilung der Tageszeitung »Tägliche Rundschau« (offizielle, von den Sowjets herausgegebene Berliner Tageszeitung) war Major Scheines. Er war ein großgewachsener, ungemein nervöser Mann. Seine Bemerkungen verrieten umfassende Bildung. Später hörte ich, er sei ein dramatischer Dichter.

Eines Tages lud er mich zu sich ein, um mir ein Projekt zu entwickeln. Ich sollte, so schlug er vor, eine Broschüre schreiben, in welcher die außenpolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland dargestellt würden. Die Broschüre sollte etwa vier bis fünf Bogen umfassen. Ich erklärte mich zu dieser Arbeit bereit. Kaum hatte ich die Disposition entworfen, schlug er vor, den Stoff in voller Breite zu behandeln, wie er es verdiene. Nicht mit einer Broschüre, sondern mit einem Buch sollte ich mich befassen. Das deutsche Volk sei antibolschewistisch verseucht. Es wäre verdienstvoll, aufgrund geschichtlicher Erfahrungen zu veranschaulichen, welche Vorteile es in der Vergangenheit aus guten deutsch-russischen Beziehungen gezogen hätte. Ich erwiderte, ein solcher Auftrag erfordere Zeit, und zwar um so mehr, als ich ja nicht selbst lesen könne, sondern mir alles vorlesen lassen müsse. Er war voll Ungeduld und sicherte mir zu, die Kosten für einen Sekretär zu übernehmen. Ich ging ans Werk. Einige Monate vergingen, in denen ich gemeinsam mit meiner Frau förmlich bei Tag und bei Nacht in der angestrengtesten Weise Stoff sammelte und verarbeitete. Nach viereinhalb Monaten lag das Manuskript im Entwurf vor. In der Zwischenzeit hatte Major Scheines immer wieder gedrängt, bald zu Ende zu kommen.

Um ihn zu befriedigen und zu beruhigen, übergab ich ihm einen Durchschlag des Entwurfes. Ich fügte diesem Durchschlag ein Schreiben bei, in welchem ich betonte, daß es sich wirklich nur um ein unausgefeiltes Manuskript handle, das noch gründlich sowohl in sachlicher wie stilistischer Hinsicht durchgearbeitet werden müsse. Major Scheines beachtete dieses beigelegte Schreiben nicht, sondern gab den Entwurf zuerst einem russischen Historiker, dann Professor Alfred Meusel zur Begutachtung. Wider mein Erwarten sprach sich der russische Lektor trotz der Mängel, die ihm nicht ganz verborgen geblieben waren, für eine Drucklegung aus. Ganz anders verhielt sich Professor Meusel. Mit breitem Behagen merkte er die Unvollkommenheiten an, die dem Manuskript naturgemäß noch anhafteten, und kam zu dem Schluß, daß die Arbeit nicht zum Druck geeignet sei. Meusel stellte damit nur das fest, was ich selbst von vornherein gewußt hatte.

Inzwischen war Major Scheines aus der Armee entlassen worden und nach Moskau zurückgekehrt. Das Manuskript blieb in der Redaktion der »Täglichen Rundschau« liegen, und ich hörte vorerst nichts mehr von der Sache.

Unerwartet, es war im Jahre 1948, bat mich der Chefredakteur der »Täglichen Rundschau«, Oberst Kirsanow, zu sich. Ich kannte Kirsanow schon; er war ein sympathischer Mann, der offensichtlich in seinem Heimatland einen intellektuellen Beruf ausübte. Zu der Besprechung war der Leiter des Verlages »Volk und Welt«, Tschesno, erschienen. Tschesno war ein dynamischer Mensch, der sich immer mit Projekten trug, eine unübersehbare Verlagstätigkeit entfaltete, freilich aber dabei auch seinen Verlag stark verschuldete. Kirsanow hatte mein Manuskript vor sich auf dem Tisch liegen. Er meinte, ich solle es noch überarbeiten, dann wolle der Verlag »Volk und Welt« es herausbringen. Ich betonte wieder, daß es sich bei dem Manuskript nur um einen Entwurf gehandelt habe. Die Überarbeitung erfordere erhebliche Zeit. Auch jetzt wurde ich wieder gedrängt, das Werk so rasch als möglich druckreif zu machen.

Abermals begannen arbeitsreiche Tage und Wochen. Nach sechseinhalb Monaten konnte ich das Werk dem Verlag übergeben. Zuerst wurde es dem Leipziger Historiker Markov vorgelegt. Dessen Gutachten war günstig. Doch meinte er, jener Teil des Buches, in welchem ich die Beziehungen der Sowjetunion zur Reichswehr behandelt hatte, müßte den Sowjets zur Stellungnahme vorgelegt werden.

Ein sowjetischer Lektor nahm dann tatsächlich an diesem Teil des Buches Anstoß. Der zweite sowjetische Lektor focht mein Bismarckbild an.

Einen Bescheid über mein Manuskript bekam ich niemals. Der Verlag schwieg sich mir gegenüber aus. Die Tendenz des Werkes schien zu mißfallen, und so ließ man es liegen.

Die Rettung der Bücher

Das Haus des katholischen Pfarrers der Strafanstalt Brandenburg-Görden, Anton Scholz, war gleich nach der Besetzung Brandenburgs von den Sowjets beschlagnahmt worden. Ich kannte die erlesene Bibliothek des Pfarrers, aus welcher ich während meiner schweren Jahre großen Gewinn gezogen hatte. Die Bibliothek schien verloren zu sein. Zuerst wurden die Bücher einfach in den Garten geworfen, dann erbarmten sich ihrer einige Soldaten und trugen sie auf den Boden unter das Dach. Dort lagen sie, und es bestand die Gefahr, daß sie während der kalten Winterzeit verheizt würden. Ich klagte Major Scheines, ich hätte noch viele Bücher in Brandenburg, die ich, weil ich sie zu meiner Arbeit gebrauchen könnte, gerne nach Berlin holen möchte. Mit Hilfe dieser List hoffte ich, dem Geistlichen seine Bücher wiederbeschaffen zu können. Es gelang mir, Major Scheines für die Sache zu interessieren. Er besorgte Ausweispapiere und einen Lastkraftwagen, der die Bücher abholen und nach Berlin bringen sollte. Mein Sohn hatte den Lastkraftwagen zu begleiten. Er fuhr eines Tages los, kehrte dann aber unverrichteterdinge nach Berlin zurück. Die sowjetischen Offiziere in Brandenburg-Görden hatten sich durch die Ausweispapiere nicht imponieren lassen und sich geweigert, die Bücher herauszugeben. Major Scheines wurde zornig und verfügte, daß in der folgenden Woche die Fahrt nach Brandenburg noch einmal angetreten werden solle. Diesmal kommandierte er einen Hauptmann ab, der meinen Sohn auf dem Lastkraftwagen zu begleiten hatte. Dieser Hauptmann Bernstein, ein höchst sympathischer Mann, setzte sich in Brandenburg durch. Die Bücher wurden freigegeben. Der Hauptmann half meinem Sohn, die Bücher vom Boden auf den Lastkraftwagen zu tragen. Dabei witterte er freilich Unrat. Zahllos waren die geistlichen Bücher und Gebetbücher, und Bernstein konnte nicht begreifen, wozu ich diese heiligen Schriften benötige. Mein Sohn überzeugte ihn aber davon,

daß diese Werke recht wichtig seien, und Bernstein war großzügig genug, nachzugeben. So rettete ich dem Pfarrer vor allen Dingen die große Gesamtausgabe der Kirchenväter.

Der Wagen kehrte nicht am selben Tage nach Berlin zurück. Erst am anderen Tage traf er ein. Meine Frau war unruhig geworden und veranlaßte mich schließlich, Major Scheines anzurufen, um Erkundigungen einzuziehen. Scheines wußte auch nichts, tröstete jedoch, es könne eine Panne gegeben haben. So war es auch in der Tat. Der Wagen stand auf der Autobahn. Mehr als 24 Stunden beanspruchte die Reparatur. Endlich traf er vor meiner Wohnung ein, und die Bücher wurden bei mir abgeladen. Von dort aus holte sie dann später der Eigentümer ab. Er war überglücklich. Als ich nach einiger Zeit Major Scheines wieder begegnete, blickte er mich vorwurfsvoll an und meinte: so seien die Deutschen! Sogar ich hätte den Sowjets mißtraut und sie verdächtigt, sich an meinem Sohn vergriffen zu haben.

Das Zeitungswesen

Bald nach dem Zusammenbruch erwog ich, ob ich nicht meine Zeitschrift »Widerstand« aufs neue herausgeben sollte. Ich wandte mich an die britischen Behörden, welche für mich zuständig waren, stieß jedoch auf eine sehr reservierte Haltung. Bei meinen Bemühungen mußte ich mich auch an eine Abteilung wenden, die für Fragen solcher Art beim Berliner Magistrat eingerichtet war. Der Referent, den ich dort besuchte, zeigte sich über meine literarische Vergangenheit überraschend gut unterrichtet. Es stellte sich heraus, daß er den »Widerstand« gelesen hatte, mit meinen Büchern vertraut war und vor allen Dingen die Schriften von Ernst Jünger gut kannte. Er war ehemals Kommunist gewesen und hatte für alle ostorientierten Strömungen Interesse an den Tag gelegt. Der Mann hieß Kukowka. Er meinte, mein »Widerstand« passe in die neue Situation nicht mehr hinein, da er doch zu national gefärbt gewesen sei. Wahrscheinlich gab er ein ablehnendes Gutachten ab; jedenfalls gelangte ich nicht zum Ziel.

Wie die Zeitungen, so wurden auch Zeitschriften und Bücher lizenziert. Noch im Jahre 1947 mußte ich das Manuskript meines Büchleins »Ost-West« der britischen Zensur vorlegen, die allerdings keine Schwierigkeiten machte, sondern den Erlaubnistempel gab.

Alle Zeitungen und Zeitschriften waren in den letzten Kriegstagen verstummt. Soweit noch Druckereien unversehrt vorhanden waren, wurden sie später von den Besatzungsmächten beschlagnahmt, und niemand konnte die Maschinen und Einrichtungen benutzen, wenn er nicht eine besondere Erlaubnis von den Besatzungsmächten beizubringen vermochte. Die ersten Zeitungen wurden von den Besatzungsmächten selbst herausgegeben. Sie hatten in ihren Truppen ehemalige deutsche Staatsangehörige, die sich als Schriftleiter eigneten. Neben diese Schriftleiter traten Offiziere der Besatzungstruppen, die darüber zu wachen hatten, daß nichts geschrieben und veröffentlicht wurde, was den Interessen der Besatzungsmächte hätte abträglich sein können. Die Amerikaner gründeten die »Neue Zeitung«, deren Leitung Hans Habe, ein gewandter Journalist, der nach Amerika emigriert war, übernahm. In Hamburg gaben die Engländer »Die Welt« heraus. Die Russen hatten die »Tägliche Rundschau« ins Leben gerufen, deren Leitung in der Hand gebildeter deutschsprechender russischer Offiziere lag.

Mit der Zeit gingen die Besatzungsmächte zu einem anderen System über. In den größeren Städten erteilten sie Deutschen, die ihnen vertrauenswürdig erschienen, Lizenzen zur Herausgabe von Zeitungen. Betriebe, die ehemals nationalsozialistische Schriften gedruckt hatten, wurden beschlagnahmt und diesen lizenzierten Zeitungen übergeben. Briten und Amerikaner drangen bald darauf, daß mit den ehemaligen Besitzern der Druckereien Verträge abgeschlossen wurden, kraft deren die Betriebe acht Jahre den neuen Unternehmungen pachtweise zur Verfügung gestellt werden mußten. So wollten sie das Prinzip des Privateigentums auch Nationalsozialisten gegenüber heilighalten. Da unter der Bevölkerung ein Heißhunger nach Zeitungen bestand, fanden diese Lizenz-Zeitungen einen reißenden Absatz.

Die Zeitungen nahmen in den verschiedenen Besatzungszonen verschiedenen Charakter an. Die Amerikaner und Engländer legten anfänglich Wert darauf, daß die Zeitungen nur Nachrichten verbreiten sollten. Erst allmählich kamen der Leitartikel und der Kommentar zu Ehren. In der Sowjetzone hingegen entwickelten sich die Zeitungen nach dem Vorbild der sowjetischen Blätter. Zugrunde lag diesen Blättern der Gedanke, daß der Arbeiter nunmehr der Held der Geschichte sei und daß insbesondere seine Anliegen, seine Probleme, seine Verklärung der vorzüglichste Gegenstand der Publizistik zu sein hätten. Die eigentlich politi-

schen Nachrichten traten in den Hintergrund. Die Verhältnisse in den Betrieben, Wettbewerbe, Versammlungsbeschlüsse, Äußerungen der Arbeiter zu politischen Vorgängen füllten die Spalten. Für die Nichtproletarier wurden die Zeitungen auf diese Weise völlig uninteressant. Sie machten den Eindruck, bloße Propagandamittel zugunsten der politischen Zwecke der Arbeiterbewegung zu sein.

Während in den Westzonen kritische Äußerungen über die Besatzungspolitik gewagt werden konnten, bestand innerhalb der Sowjetzone diese Möglichkeit nicht.

Im Herbst 1945 las ich in der »Neuen Zeitung«, dem Organ der amerikanischen Besatzungsmacht, daß in Nürnberg eine Zeitung lizenziert worden sei, die »Nürnberger Nachrichten«; Lizenzträger sei Joseph Drexel.

Ich hatte zu dieser Zeit noch keine Verbindung mit Drexel aufgenommen. Es dauerte noch viele Monate, ehe der Faden zwischen uns wieder angeknüpft war.

Er erzählte mir, welche Schwierigkeiten er gehabt hatte. Sein Leben wurde nach amerikanischen Methoden auf das genaueste und sorgfältigste durchforscht. Meine Widerstandsbewegung schien den Amerikanern sehr rätselvoll zu sein; die nationalrevolutionäre Färbung machte sie stutzig, und die russische Orientierung war ihnen anstößig. Erschwert war Drexels Situation dadurch, daß die Sozialdemokratie gegen ihn arbeitete.

Drexel hatte es vor allen Dingen mit zwei amerikanischen Offizieren zu tun. Der eine, der Presseoffizier, ein Mister Klier, war ein sympathischer Mann. Er war Professor an einer kleinen amerikanischen Universität, sozial aufgeschlossen und blickte damals noch mit Verständnis auf Sowjetrußland. Der andere, Mister Feiler, war Angestellter des CIC. Der CIC hatte die Überprüfung in kulturellen und geistigen Dingen. Mr. Feiler war mißtrauischer als Mr. Klier, und zwar um so mehr, als er, ein österreichischer Emigrant, die europäischen Verhältnisse von Grund auf kannte.

Der Widerstandsverlag hatte im Jahre 1930 die Übersetzung eines amerikanischen Buches herausgebracht, das eine scharfe Spitze gegen die amerikanische Demokratie enthielt. Der Verfasser war H. Mencken. Der Widerstandsverlag hatte dem Buch den Titel »Demokratenspiegel« gegeben. Zu diesem Buch hatte Drexel eine kleine Einleitung geschrieben. Ganz im Geiste des Menckenschen Buches hatte Drexel hier demokratische Einrichtungen entlarvt. Während einer Verhandlung mit einem Mr. Randal von der CIC

zog dieser plötzlich das Buch hervor und fragte Drexel, was er zu seiner Einleitung sage. Drexel faßte sich sehr rasch und wußte in seiner charmanten Art seine Einleitung unter Hinweis auf die damalige Zeitlage zu rechtfertigen.

Nach einiger Zeit wirkte die amerikanische Presseabteilung auf Drexel ein, daß er einen Vorschlag für einen zweiten Lizenzträger einreichen solle. Drexel fragte bei mir an, ob ich Lust hätte, dieser Lizenzträger zu werden.

Ich war nicht ganz abgeneigt und fuhr nach Nürnberg. Es kam zu Verhandlungen mit Klier und Feiler. Beide schienen mir persönlich gewogen zu sein, doch setzte alsbald von seiten der Sozialdemokratie ein heftiges Intrigenspiel gegen mich ein. Zu einer öffentlichen Versammlung, welche ich in Nürnberg abhielt, waren auch die Amerikaner erschienen, und sie gingen offensichtlich stark beeindruckt nach Hause. Als sie jedoch erfuhren, daß ich parteipolitisch gebunden war, erschrakten sie und brachen die Verhandlungen ab.

Kursänderung

Hitler und seine Paladine hatten immer ein lebhaftes Gefühl für die Schiefheit einer Situation gehabt, in welcher sie steckten. Sie empfanden stark und deutlich, daß sie zu den bürgerlich-kapitalistischen Westmächten gehörten und daß ihr Kampf gegen diese widernatürlich sei. Ebenso sahen sie auch, welche Unnatur in dem Bündnis zwischen den Westmächten und der Sowjetunion lag. Natürlich war diese Unnatur auch im Lager der Westmächte wie in der Sowjetunion erkannt worden; amerikanische Abgeordnete und Senatoren sprachen ihr Mißbehagen mehr als einmal aus.

Bereits während des Krieges hatte die amerikanische Regierung nur scheel auf die sowjetischen Erfolge geblickt. Im Jahre 1941 hatte der Senator Truman, der spätere Präsident, geäußert, man müsse Nutzen daraus ziehen, daß sich Deutschland und die Sowjetunion gegenseitig zerfleischen. Zuletzt solle Amerika demjenigen zu Hilfe kommen, der sich als der Schwächere erweise. In diesem Falle würden die beiden diktatorischen Staaten geschwächt und angeschlagen aus diesem Kriege hervorgehen. Im Jahre 1943 hatte Thomas Mann in sein Tagebuch eingetragen: »Mit den Freunden über das schlechte Verhältnis zu Rußland gesprochen, die Uneinigkeit, das Mißtrauen, genährt durch das Aus-

bleiben einer wirklichen zweiten Front, die Abberufung Litwinows und Maiskys. Eindruck, daß es sich kaum noch um diesen Krieg, sondern um die Vorbereitung des nächsten handelt.«

Auch Stalin blickte während der ganzen Kriegsjahre mit größtem Mißtrauen auf seine westlichen Verbündeten. Nur ein Unmaß politischer Torheit und Verblendung hatte eine solch schiefe Situation schaffen können; Hitler war das Unwahrscheinliche gelungen.

Aber je näher die Niederlage rückte, desto heller wurde Hitlers Einsicht in das Widersinnige der Stellung, die er einnahm. Als seine Lage verzweifelt wurde und er Trost nur noch in Hoffnungen finden konnte, wurde ihm die Erkenntnis der unnatürlichen welt-politischen Situation, die er heraufbeschworen hatte, zum letzten Strohalm, an welchen er sich klammerte. Er meinte, die westlichen Gegner müßten durchschauen, daß sie an einer falschen Front kämpften und daß es eigentlich seine Bestimmung sei, ihr Werkzeug gegen das bolschewistische Rußland zu sein. Seine Gedanken schweiften immer wieder nach England. Sollte denn England nicht begreifen, wie es seine eigenen Interessen durch den Beistand schädigte, den es der Sowjetunion leistete! Er rechnete damit, daß die Westmächte ihre Bindungen an die Sowjetunion zerreißen und sich der Deutschen gegen die vordringende Sowjetmacht bedienen würden.

Man weiß, wie verkrampft er bis zu seinem letzten Augenblick auf das Vorbild Friedrichs II. blickte. Auch Friedrich war zeitweise dem Untergang nahe gewesen, aber er bot den schwersten Schicksalsschlägen Trotz. Noch in Augenblicken, in denen sein Verderben unentrinnbar beschlossen zu sein schien, hielt er den Kopf hoch, und er hatte zuletzt Glück. Das russische Wunder ereignete sich, die Russen verließen die große Koalition, die gegen ihn geschlossen worden war; so rettete er sich und seinen Staat. Konnte sich jetzt nicht ein englisches Wunder ereignen? War es nicht möglich, daß die Engländer sich von dem Bündnis mit der Sowjetunion abkehrten und Deutschland als Kampfgenossen gegen die drohend nach Europa vorstoßende sowjetische Macht annahmen?

Die Umgebung Hitlers – Goebbels, Himmler und Göring – teilte Hitlers Hoffnung, und schließlich war diese Hoffnung auch das letzte, was diesen Männern übriggeblieben war.

Nun ist nicht zu bestreiten, daß Überlegungen solcher Art durchaus begründet waren. Der große Weltgegensatz zwischen den westlichen kapitalistischen Mächten und der bolschewistischen Sowjet-

union war unzweifelhaft vorhanden, und nur, weil die Westmächte die russischen Armeen brauchten, verschlossen sie ihre Augen vor der Kluft, durch welche sie von Sowjetrußland getrennt waren. Sie deuteten gewaltsam und krampfhaft das bolschewistische Rußland so sehr um, daß dieses in ihr demokratisches Schema hineinzupassen schien. Es gehörte wenig Weitsicht dazu, den Augenblick vor auszusehen, in welchem der ungeheure Gegensatz zwischen dem bürgerlichen Westen und dem antibürgerlichen Osten wieder aufbrechen würde. Indes konnte dieser Augenblick erst dann nahen, wenn das Hitlerreich niedergeworfen war. Die westlichen Völker waren psychologisch so sehr gegen das Dritte Reich mobilisiert worden, daß für ihre Regierungen eine plötzliche Kursänderung praktisch unmöglich war. Der Kampf gegen Hitler mußte ausgefochten sein, dann erst konnte man darangehen, sich auf die Sowjetunion als den Feind von morgen einzustellen. Die Hoffnungen Hitlers auf einen Bruch zwischen West und Ost liefen den Tatsachen weit voraus. Er mußte zuerst als Opfer der schiefen Situation, die er selbst heraufbeschworen hatte, gefallen sein, ehe diese wieder ins Lot gebracht werden konnte.

Selbst noch das Potsdamer Abkommen war ein Ergebnis dieser schiefen Situation gewesen.

In den Potsdamer Beschlüssen zeichnete sich die äußerste Grenze ab, bis zu welcher der sowjetische Einfluß in Europa vorgedrungen war; zugleich aber bestimmte diese Grenze auch das Höchstmaß an Zugeständnissen, zu dem die Westmächte angesichts der sowjetischen Kriegisleistungen damals gebracht werden konnten. Aber kaum war das Potsdamer Abkommen unterzeichnet, so begannen die Westmächte, sich durch seine Bestimmungen vergewaltigt zu fühlen. Sie zeigten das Bestreben, von diesem Vertrag wieder loszukommen. Bis in die Mitte Europas waren die Sowjets vorgedrungen, der Balkan war ihnen in die Hände gefallen, und sie hatten das vertragliche Recht, sich auch in die Verhältnisse des Ruhrgebietes einzumischen. Die Westmächte wollten ihre Politik nicht mehr unter den Gesichtspunkten fortsetzen, die ihnen während des Krieges selbstverständlich gewesen waren.

Bald nach der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens setzte unter der Führung der Vereinigten Staaten von Amerika jene Politik der Umdeutungen, Verdrehungen und Ränke ein, mit deren Hilfe die Westmächte sich ihrer Potsdamer Unterschrift wieder entziehen wollten.

Die Stellung, die die Sowjetunion in Europa, auf dem Balkan ins-

besondere, und in Ostasien gewonnen hatte, verletzte die bürgerlich-kapitalistischen Interessen der Westmächte. Die Zeit war da, in welcher man sich diese Interessenverletzungen nicht mehr gefallen zu lassen brauchte. Man durfte die Rücksicht auf die Sowjetunion abschütteln, man konnte diese sogar als Feind in Rechnung setzen.

Dieser Umschwung der Auffassungen konnte sich freilich nicht von heute auf morgen zur Geltung bringen. Viele diplomatische Kniffe und Schliche, viele ausgeklügelte Rückzüge und neu ersonnene Ziele waren nötig, um sich auf die veränderte Lage einzuspielen. England, das den sowjetischen Nebenbuhler in unheimlicher geographischer Nähe auf sich drücken fühlte, begann die Dinge offen auszusprechen. Es wußte, wie sehr es damit den amerikanischen Interessen diene. Winston Churchill war es, der zuerst den neuen Kurs offen signalisierte. Am 5. März 1946 hielt er in Fulton in den USA eine alarmierende Rede; der amerikanische Präsident Truman war unter seinen Zuhörern. Churchill sprach seine Gegnerschaft zur Sowjetunion offen aus und forderte eine internationale Streitmacht, die im Dienste der Vereinten Nationen stehen sollte. Es war nicht zu verkennen, daß diese internationale Streitmacht gegen die Sowjetunion aufgebaut werden sollte. Nicht lange danach, am 19. Mai 1946, schlug die »Times« vor: Großbritannien solle das Potsdamer Abkommen für ungültig erklären und dem Zonenregime in Deutschland ein Ende machen. Es könne notwendig werden, die drei Westzonen zu einer westdeutschen Föderation zusammenzuschließen oder doch einheitlich zu verwalten. Man nähere sich dem Punkte, an dem alle Versuche, Deutschland gemäß dem Potsdamer Abkommen als Einheit zu betrachten, als illusorisch fallengelassen werden müßten. Churchill, der die Gedankengänge jener Rede von Fulton später in Zürich wiederholte, hatte dabei als Avantgardist der amerikanischen Politik gesprochen. Es dauerte nicht lange, bis die amerikanische Politik durch ihre Maßnahmen zeigte, wie radikal sie den Kurs des Präsidenten Roosevelt liquidieren wollte.

Am 25. Mai 1946 verfügte der amerikanische Vertreter im Kontrollrat, General Clay, daß Reparationslieferungen aus der amerikanischen Zone an die Sowjetunion zeitweilig eingestellt werden müßten. Der britische Militärgouverneur schloß sich dieser Maßnahme an.

Auf diese Reparationen hatten die Sowjets aufgrund des Potsdamer Vertrages rechtlichen Anspruch. Die ungeheuren Schädigun-

gen des sowjetischen Produktionsapparates durch die Deutschen sollten einigermaßen ausgeglichen werden. Die Maßnahme der amerikanischen und britischen Militärregierung lief darauf hinaus, die industrielle Erholung der Sowjetunion zu verzögern.

Der Gedanke, die westlichen Besatzungszonen zu vereinigen und so ein deutsches Interessengebiet zu schaffen, das gegen die Sowjetunion ausgespielt werden konnte, faßte Fuß. Am 30. Juli 1946 stimmte General Douglas, Oberbefehlshaber der britischen Besatzungstruppen, dem von USA-General McNarney am 20. Juli gemachten Vorschlag auf wirtschaftliche Vereinheitlichung der amerikanischen und britischen Zone zu.

In der Tat wurde am 1. September 1946 von den Wirtschaftsministern der Länder, die in der amerikanischen und britischen Zone lagen, die Bildung eines bizonalen Wirtschaftsrates beschlossen. Schon am 5. September wurde dieser Beschluß der Wirtschaftsminister in einer Sitzung gebilligt, an der General Clay, General Robertson und Luftmarschall Sir Sholio Douglas teilgenommen hatten. Diese Maßnahmen bewegten sich in der gleichen Richtung wie die Stellungnahme, die der amerikanische Staatssekretär des Äußeren, Byrnes, auf der Pariser Außenministerkonferenz (15. Juni bis 12. Juli 1946) zu erkennen gab.

Auf dieser Konferenz sträubte sich Amerika, den Sowjets Reparationen aus der laufenden Produktion zuzugestehen; den Amerikanern war es außerdem peinlich, auf dem Wege über den Kontrollrat den Sowjets ein Mitbestimmungsrecht über das Schicksal des Ruhrgebietes einzuräumen. Staatssekretär Byrnes forderte am 6. September 1946 in einer Rede in Stuttgart, daß die Sowjetunion auf die Reparationen aus der laufenden Produktion verzichten solle. Außerdem verlangte Byrnes freien Güteraustausch zwischen den einzelnen Zonen, die Zonengrenzen sollten nur noch als Kennzeichnung der Gebiete angesehen werden, die aus Sicherheitsgründen von den Streitkräften der Besatzungsmächte besetzt gehalten würden, und nicht als eine Kennzeichnung für sich abgeschlossener wirtschaftlicher oder politischer Einheiten.

Die deutsche Wirtschaftseinheit, welche Byrnes hier anbot, war die Einheit eines kapitalistischen Wirtschaftsraumes; auch die sowjetisch besetzte Zone sollte zum Jagdrevier amerikanischer und englischer Wirtschaftsmächte werden.

Die Bildung der Bizone wurde am 1. Januar 1947 vorgenommen. Die Engländer kostete diese Vereinigung den ausschlaggebenden Einfluß auf das in ihrer Zone liegende Ruhrgebiet; sie wurden dort

aufgrund des amerikanischen finanziellen Übergewichts ausgeschaltet. Ähnlich hatten die Amerikaner beabsichtigt, die Russen in deren eigenem Besatzungsgebiet wirtschaftlich matt zu setzen. Aufschlußreich war die Forderung des früheren amerikanischen Präsidenten Hoover am 27. Mai 1947, es solle ein Sonderfrieden mit Westdeutschland abgeschlossen werden.

Im Sinne der allgemeinen Tendenz, die westdeutschen Besatzungszonen fest in amerikanische Hände zu bringen, lag die Gründung des Wirtschaftsrates in Frankfurt am Main, die von den Generalen Clay und Robertson am 29. Mai 1947 beschlossen wurde und der sich dann am 25. Juni 1947 konstituierte.

John Foster Dulles, der, obschon er der Republikanischen Partei angehörte, mit der demokratischen Regierung zusammenarbeitete, verlangte am 14. November 1947 einen Drei-Mächte-Garantie-Vertrag.

Noch fehlte der Beitritt der französischen Besatzungszone zur Bizone. Die französische Regierung hatte schon seit 1945 immer und immer wieder auf der Abtrennung des Saargebietes von Deutschland bestanden; sie verlangte die Unterstützung Amerikas und Englands zur Durchführung dieser Annexion. Am 16. Dezember 1947 verhandelten der amerikanische Staatssekretär des Äußeren, Marshall, und der französische Außenminister Bidault über den Beitritt der französischen Zone zu der bereits bestehenden Bizone.

Aufgrund der Zugeständnisse, welche die amerikanische und britische Regierung Frankreich in der Saarfrage machten, kam es später zur Bildung der Trizone (1. August 1948). Das westliche Besatzungsgebiet war unter amerikanischer Führung.

Die Potsdamer Beschlüsse hatten die Errichtung von zentralen Wirtschaftsinstanzen vorgesehen. Auf dem Wege über solche gesamtdeutsche Wirtschaftsinstanzen hätte die Sowjetunion weiterhin ihre Finger in westdeutschen Angelegenheiten behalten; insbesondere hätte sie noch in Ruhrfragen mitzureden gehabt. Aber eben an der Ruhr sollte die Sowjetunion nicht mehr mitbeteiligt sein. Die westlichen Mächte wollten sich außerdem noch den Verpflichtungen entziehen, welche sie in jenen Artikeln auf sich genommen hatten, die von der Aufteilung des Großgrundbesitzes und der Auflösung der Konzerne handelten. Die Aufspaltung Deutschlands war für sie der zweckmäßigste Weg, das Potsdamer Abkommen in diesen Punkten zu unterhöheln. So stark das Interesse der Westmächte an der Zerreißung Deutschlands war, so stark

war dasjenige der Sowjetunion an der Aufrechterhaltung der deutschen Einheit. Auf der Basis der Potsdamer Beschlüsse verbürgte der Fortbestand der deutschen Einheit den Sowjets Einwirkungsmöglichkeiten auf die westdeutschen Verhältnisse.

Brutal hatte der Staatssekretär des Äußeren, Marshall, am 19. Dezember 1947 in einer Rundfunkrede gesagt: »Zur Zeit ist an ein einheitliches Deutschland nicht zu denken«, und die »New York Herald Tribune« hatte am 20. Dezember 1947 geschrieben: »Das Zeitalter Jalta ist vorbei. Die Aufteilung Deutschlands wird uns freie Hand geben, Westdeutschland in ein System der Weststaaten einzubauen.«

Das westdeutsche Bürgertum, insbesondere dessen schwerindustrieller Bestandteil, blickte mit Furcht und Zittern auf die Potsdamer Beschlüsse; es fürchtete deren Durchführung und zögerte keinen Augenblick, die Einheit Deutschlands preiszugeben, wenn die Politik der westlichen Besatzungsmächte die westdeutsche Sozialverfassung rettete.

Mehrere deutsche Länderparlamente hatten sich mit der Frage der Auflösung des Großgrundbesitzes und der Konzerne beschäftigt und sehr milde Beschlüsse gefaßt, durch welche die Potsdamer Forderungen mehr umgangen als erfüllt wurden. Am kühnsten war Hessen vorgestoßen; es hatte unter sozialdemokratischer Führung ein Sozialisierungsgesetz angenommen, erfuhr aber bald nicht nur von seiten des hessischen Bürgertums, sondern auch der amerikanischen Besatzungsmacht die heftigsten Widerstände. Jene Artikel des Potsdamer Abkommens, die den Großgrundbesitz und die Konzerne bestrafte, wurden bald als »bolschewistische« Bestandteile des Abkommens aufgefaßt und, wie sich auch in der Behandlung der Ruhrindustrie zeigte, bewußt und entschlossen ignoriert. Die Zerstörung der deutschen Einheit wurde, um sich vor »bolschewistischen« Maßnahmen zu retten, zum vordringlichsten Anliegen des westdeutschen Bürgertums.

Der deutsche Bürger der Trizone hatte Glück; seine Sorgen waren zugleich auch diejenigen der amerikanischen Regierung, und dies kam ihm zugute.

Aufgrund einer Rede, in welcher der amerikanische Außenminister Marshall am 5. Juni 1947 in der Harvarduniversität ein Hilfsprogramm zugunsten der kriegserschöpften europäischen Länder entwickelt hatte, wurde eine Verwaltung, die sogenannte Marshallplan-Verwaltung, gegründet, die über die Verteilung der vom amerikanischen Repräsentantenhaus genehmigten Kredite zu ent-

scheiden hatte. Der Marshallplan wurde bald – nach einem Worte Trumans – zum »Kernstück der amerikanischen Außenpolitik«. Auch die Bundesrepublik Deutschland wurde nach ihrer Gründung in das Hilfsprogramm einbezogen. Es sollte verhindern, daß die wirtschaftliche Zerrüttung der europäischen Völker, insbesondere auch die wirtschaftliche Zerrüttung Westdeutschlands, als günstiger Nährboden der Ausbreitung kommunistischer Ideen und damit auch der sowjetischen Machtstellung Vorschub leiste.

Die Zusammenfassung der westlichen Besatzungszonen wurde verstärkt, indem durch die Proklamation Nr. 7 am 9. Februar 1948 eine Charta des Vereinigten Wirtschaftsgebietes verkündet wurde. Der Wirtschaftsrat wurde umgebildet, ein Länderrat wurde ihm zur Seite gestellt, und ein Verwaltungsrat wurde als Oberleitung der Wirtschaftsverwaltungen geschaffen. Als Leiter des Verwaltungsrates wurde ein Oberdirektor eingesetzt.

Begreiflicherweise sperrte sich die Sowjetunion gegen eine Entwicklung, die zur Spaltung Deutschlands hintrieb.

Der sowjetische Marschall Sokolowski protestierte mehr als einmal gegen die Gründung der Bizone. So etwa am 30. Juli 1946, als der Plan zur Gründung der Bizone auftauchte, dann später am 27. Januar 1947 im Kontrollrat. Er sagte: »Wir alle sind darin übereingekommen, daß die Zeit kommen wird, wo Deutschland wieder einen würdigen Platz in der Familie der friedliebenden Völker als ein selbständiger und friedliebender demokratischer Staat auf gemeinsamen und gleichen Grundlagen mit anderen Völkern einnehmen kann. Das sind die Ziele unserer gemeinsamen Politik in Deutschland. Nur auf dieser Grundlage, nicht aber auf der Grundlage der abwegigen Auffassung, die im britisch-amerikanischen Zweizonenabkommen liegt, können und müssen wir ohne Aufschub die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands, die eine gebieterische Notwendigkeit für die Gewährleistung eines dauerhaften Friedens und der Sicherheit darstellt, praktisch verwirklichen.« Damit war die Gründung der Bizone als ein Schritt zur Aufspaltung Deutschlands gekennzeichnet.

Die Aufspaltung Deutschlands durch die Westmächte war nur ein Bestandteil der westlichen Politik: diese lief gleichzeitig auf den Abbau der freundschaftlichen Beziehungen mit der Sowjetunion überhaupt hinaus und war im Begriff, alle bürgerlichen Staaten gegen die Sowjetunion zu vereinigen. Da die sowjetische Besatzungszone aus dem sowjetischen Einflußgebiet vorerst nicht herauszusprengen war, mußte Deutschland in einen bürgerlich und in

einen sowjetisch bestimmten Teil zerschlagen werden. Der Aufmarsch Amerikas gegen die Sowjetunion war im vollen Gange, die Trennungslinie zwischen der amerikanischen und der sowjetischen Machtsphäre lief mitten durch Deutschland.

Der Fortbestand des Kontrollrats und der Außenministerkonferenz vertrug sich auf die Dauer nicht mehr mit dieser Politik. Beide Institutionen waren Schöpfungen des Potsdamer Abkommens gewesen. Die Außenministerkonferenz hatte den ausdrücklichen Auftrag erhalten, die Friedensverträge vorzubereiten; sie hatte einige Friedensverträge, zuletzt denjenigen mit Italien, in der Tat auch zustande gebracht. Aber an der Aufgabe, den Friedensvertrag mit Deutschland zu entwerfen, scheiterte sie.

Schon auf der Tagesordnung der Pariser Außenministerkonferenz, die vom 15. Juni bis 12. Juli 1946 stattfand, stand auch die deutsche Frage. Bei dieser Gelegenheit traten bereits die großen Interessengegensätze der angelsächsischen Mächte hier, der Sowjetunion dort in Erscheinung.

Bei der Außenministerkonferenz in New York vom 4. November bis 11. Dezember 1946 wurde als Termin für die Behandlung des Friedensvertrages mit Deutschland eine Außenministerkonferenz für den März 1947 festgelegt.

Diese Konferenz fand dann vom 10. März bis 24. April 1947 in Moskau statt. Der Gegensatz der Meinungen prallte hier schroff aufeinander; Molotow, der eine deutsche Verfassung nach dem Muster der Weimarer Verfassung vorschlug, fand keine Zustimmung. Die Gegenstände, die behandelt wurden, betrafen die Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands, die Kriegsgefangenenfrage, die Vorbereitung des deutschen Friedensvertrages, die künftige politische Organisation Deutschlands, ein Viermächteabkommen für Deutschland auf 40 Jahre, die Grenzen Deutschlands.

Molotow stieß auf Widerspruch, als er eine Bodenreform in ganz Deutschland, die Enteignung der deutschen Monopole und Übergabe ihrer Betriebe an den deutschen Staat gemäß den Potsdamer Beschlüssen vorschlug. Den empfindlichsten Punkt berührte er mit seinem Vorschlag einer Viermächtekontrolle über das Ruhrgebiet. Entschieden lehnte Molotow den Plan Bidaults ab, der die Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes, also die weitere Zerstückelung Deutschlands, verlangte. Zu wirklichen Beschlüssen kam es in Moskau nicht; vereinbart wurde lediglich, daß die Kontrollkommission ein Abkommen über die Besatzungs-

stärke in Deutschland ausarbeiten solle. Die Fortsetzung der Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland wurde den stellvertretenden Außenministern zugewiesen.

Auf der Londoner Konferenz vom 25. November bis 15. Dezember 1947 legte Molotow am 27. November ein Fünfpunkteprogramm zur Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland vor.

Mit scharfen Worten lehnte Molotow die Absicht der drei Westmächte ab, die drei westlichen Besatzungszonen zu verschmelzen; er kennzeichnete diesen Plan als eine Maßnahme zur Spaltung Deutschlands. Den Westmächten wurden die Vorschläge Molotows unangenehm; sie wünschten nicht, ihre Spaltungspolitik offen angeprangert zu sehen. Der amerikanische Außenminister Marshall hielt es infolgedessen für zweckmäßig, die Konferenz abubrechen; sie wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

Damit hatten sich die Westmächte die Bahn frei gemacht, eine Sonderpolitik mit ihren drei zusammengeschlossenen deutschen Besatzungszonen einzuleiten. Im Zuge der Dinge lag es, die drei westlichen Besatzungszonen zu einem einheitlichen Staatswesen zusammenzuschließen. Die Solidarität gemeinsamer großbürgerlicher Interessen konnte die Grundlage einer solchen Staatsbildung sein.

Die deutschen Einigungsbestrebungen bekamen von nun an die Färbung, Ausflüsse sowjetischer antibürgerlicher Politik zu sein; so wurden sie diffamiert und unwirksam gemacht. Die Spaltung Deutschlands hingegen, die im Interesse des westdeutschen Bürgertums lag, wurde verschleiern als die dem deutschen Volk einzig angemessene Politik charakterisiert und durchgeführt.

Volkskongreßbewegung

Als es ersichtlich geworden war, daß Amerika auf eine Spaltung Deutschlands hinarbeitete, versuchten die Sowjets, eine Volksbewegung für die Aufrechterhaltung der deutschen Einheit in Fluß zu bringen. Unter ihrer Einwirkung wurde eine sogenannte »Volkskongreßbewegung« ins Leben gerufen. Männer der verschiedensten Schichten wurden zusammengetrommelt, um sich zu Deutschlands Einheit zu bekennen und den Willen zu bekunden, sich der Zerreißung Deutschlands zu widersetzen. In allen Orten der Ostzone bildeten sich Ausschüsse, welche Träger dieser Ein-

heitstendenz sein sollten. Viel Wert wurde darauf gelegt, daß auch in Westdeutschland die Volkskongreßbewegung Fuß fassen. In Berlin wurde am 6./7. Dezember 1947 ein Volkskongreß veranstaltet, der auch aus Westdeutschland beschiedet wurde. Großzügig finanzierte die Regierung der Ostzone diesen Kongreß. Die Delegierten erhielten freie Unterkunft, freie Verpflegung und freie Fahrt.

Ich wurde als Vertreter des Kulturbundes zu diesem Volkskongreß entsandt. Zuvor hatte man mich beauftragt, nach Süddeutschland zu fahren, dort im Sinne der Volkskongreßbewegung zu sprechen und Ausschüsse zustande zu bringen. In vielen Städten hatte ich gute Erfolge.

Schon am 17./18. März 1948 wurde der zweite Volkskongreß nach Berlin einberufen. Es trat das Bestreben zutage, dem Volkskongreß zu unterstellen, unmittelbarer Träger des deutschen Volkswillens zu sein. Die Namhaftmachung der Delegierten durch Parteinstanzen sollte als Wahlakt gelten. Der Volkskongreß wählte einen Volksrat, der aus 400 Mitgliedern bestand, die von Zeit zu Zeit zusammenkommen sollten. Dieser Volksrat war als deutsches Ersatzparlament gedacht; ungefähr 70 Delegierte aus Westdeutschland, deren Namen aber geheimgehalten wurden, gehörten ihm an.

An der Spitze des Volksrates stand ein Präsidium unter Führung von Wilhelm Pieck. Zugleich wurde ein umfangreicher bürokratischer Apparat geschaffen, der im ehemaligen Reichspropagandaministerium seinen Sitz nahm. Erster Sekretär wurde Wilhelm Koenen, der praktisch die ganzen Geschäfte in die Hand bekam und nach den Direktiven amtierte, die ihm von seiten des Zentralkomitees der SED zuteil wurden. Wilhelm Koenen war ein alter Kommunist, der einen Teil seiner Emigrationszeit in England verbracht hatte. Sein Sohn, der während des Krieges von der Sowjetunion aus vom Flugzeug zu illegaler Arbeit in Deutschland abgesetzt worden war, endete sein junges Leben auf dem Schafott als Mitglied der sogenannten »Roten Kapelle«. Koenen war ein geschulter Funktionär, der in vielgestaltigen Geschäften sich eine gewisse diplomatische Gewandtheit angeeignet hatte.

Der Volksrat gab sich den Anschein, eine reiche innen- und außenpolitische Tätigkeit zu entfalten. Er bildete eine Reihe von Ausschüssen, so etwa einen Ausschuß für den Friedensvertrag, einen Verfassungsausschuß, einen Wirtschaftsausschuß, einen Ausschuß für Justiz, einen Kulturausschuß und einen Ausschuß für Sozialpo-

litik. Ich wurde dem Verfassungsausschuß zugeteilt. Dieser begann mit der Bearbeitung einer zukünftigen Verfassung. Die Geschäfte der sowjetischen Besatzungszone wurden vorerst noch durch Zentralverwaltungen besorgt; es waren Verwaltungskörper, die Obliegenheiten hatten, wie sie üblicherweise Ministerien zufallen. Die Ausschüsse des Volksrats befaßten sich mit den verschiedenen Geschäftsbereichen dieser Zentralverwaltungen.

Die Grundsätze für einen Friedensvertrag wurden ausgearbeitet. Aufrufe an die deutsche Bevölkerung für einen Friedensvertrag und eine gesamtdeutsche Verfassung wurden erlassen. Proteste gegen die Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte ergingen, so etwa gegen die Zerreißung Deutschlands. Eine Erklärung wurde veröffentlicht, als berufene Repräsentation des deutschen Volkes alles tun zu wollen, um die deutsche Einheit zu wahren und die Fundamente für die Errichtung einer gesamtdeutschen demokratischen Republik zu legen. Die Betriebsamkeit des Volksrats war freilich, genau besehen, mehr propagandistischer als wirklich legislativer Natur.

Blockade West-Berlins

Zwischen den Sowjets und ihren Alliierten war im September 1944 eine Vereinbarung über Berlin zustande gekommen. Berlin sollte eine Viersektorenstadt werden, ein Symbol des gemeinsamen Sieges und der gemeinsamen Herrschaft der siegreichen Nationen über Deutschland. Über den Zugang nach Berlin, der durch die sowjetische Besatzungszone führte, wurden nur sehr ungenaue Regelungen getroffen. Den Alliierten wurde später die Benutzung der Autobahn Helmstedt–Berlin freigegeben, ebenso die Benutzung der Eisenbahn Helmstedt–Berlin. Ferner wurden drei Luftkorridore ausgemacht, deren jeder 30 Kilometer breit sein sollte. Der eine führte nach Hamburg, der andere nach Hannover, der dritte nach Süden, nach München.

Berlin war in den letzten Apriltagen und in den ersten Maitagen 1945 hart umkämpft worden. Als die Stadt schließlich überwältigt worden war, war sie zuerst von den Sowjets allein besetzt worden. Die Sowjets hatten den Ehrgeiz gehabt, Berlin zu erobern; sie wollten Goebbels und Hitler widerlegen, die 1941 den Gedanken als Wahnsinn abgetan hatten, daß die Sowjets jemals in Berlin einmarschieren könnten. Die Sowjets beeilten sich, die Verwaltung zu organisieren. Dabei achteten sie darauf, alle Schlüsselpositionen

mit Kommunisten, zumeist Emigranten, zu besetzen. Linksgerichtete bürgerliche Kreise wurden ergänzend zur Mitarbeit herangezogen. Das Hauptanliegen war in den ersten Tagen die Lebensmittelversorgung; auch die Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung war in Ordnung zu bringen. Mit größtem Nachdruck wurde die »Entrümmerung« in Angriff genommen; rücksichtslos wurden Männer und Frauen an diese Arbeiten kommandiert. An der Spitze der Stadtverwaltung und der Bezirksämter standen durchweg Männer, auf welche sich die Sowjets verlassen durften.

Anfang Juni zogen die Amerikaner, Engländer und Franzosen in die Stadt ein, um von ihren Sektoren Besitz zu ergreifen. An der Ämterbesetzung änderte sich vorerst nichts, wenschon die westlichen Besatzungstruppen Anstalten trafen, um auch ihren Vertrauensmännern Zugang in die Verwaltungen zu verschaffen. In der Interalliierten Kommandantur arbeiteten die vier militärischen Kommandanten, bei denen die oberste Gewalt lag, kollegial zusammen. Die gemeinsame Sorge um das Schicksal der halbzerstörten und halbverhungerten Stadt vereinigte die Männer, welche die Verantwortung dafür übernommen hatten.

Im Oktober 1946 wurden Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung vorgenommen. Die SED, welche im Gefühle lebte, ihr Bestes für das Wohl der Stadt geleistet zu haben, sah diesen Wahlen mit großer Zuversicht entgegen. Sie war davon überzeugt, 50–60 Prozent der Wählerschaft für sich gewonnen zu haben. Ich war weitaus weniger optimistisch. Als ich dem zweiten Bürgermeister von Wilmersdorf, der mich nach meiner Meinung befragt hatte, offen gestand, ich rechnete mit höchstens 25 Prozent der Stimmen für die SED, wurde dies sehr übel aufgenommen. Die düstere Prognose wurde so aufgefaßt, als wohne ihr die Kraft inne, einen günstigen Wahlausgang zu vereiteln; der schwarzseherische Prophet wurde als Schuldiger betrachtet, der sich an den hoffnungsfreudigen Ausichten, welche die Partei hegte, mißgünstig vergehe.

Die Wahlen brachten für die SED 20 Prozent. Westliche Offiziere hatten den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie eifrig Wahlhilfe geleistet.

Der geringe Wahlerfolg der SED wurde als sowjetische Niederlage gedeutet; indem der Einfluß der SED zurückgedrängt wurde, war auch der sowjetische Einfluß in der Stadt geschwächt.

Die Stadtverordnetenversammlung arbeitete anfänglich ungestört. Es wurden gesetzliche Maßnahmen beschlossen, die im Geiste der Potsdamer Beschlüsse lagen; auch ein Schulgesetz, das den Geist

der politischen Linken atmete, kam zustande. Oberbürgermeister wurde der Sozialdemokrat Dr. Ostrowski. Dr. Ostrowski war ein wohlmeinender Mann, der den ernstesten Willen zeigte, mit allen vier Besatzungsbehörden scheidlich und friedlich zusammenzuarbeiten; er wollte als Diplomat die Schwierigkeiten überwinden, auf welche die Stadtverwaltung in zunehmendem Maße stieß.

Schon spitzten sich nämlich die Beziehungen zwischen den westlichen Kommandanten und dem sowjetischen Kommandanten zu. Die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie fühlten sich von Tag zu Tag mehr als Organe der westlichen Besatzungsmächte; sie steckten mit diesen gegen die Sowjets und die SED unter einer Decke. Der kalte Krieg kündigte sich an.

Die Spaltung Deutschlands wurde praktisch mit der Errichtung der Bizone und ihrem späteren Ausbau zur Trizone, schließlich mit der Durchführung der Währungsreform am 20. Juni 1948 in Westdeutschland eingeleitet. Wohl wurde die Sowjetunion eingeladen, diese Währungsreform auch für ihre Zone zu übernehmen. Indes konnte die Sowjetunion aus begreiflichen Gründen auf diesen Vorschlag nicht eingehen. Die Währungsbank, welche die Verantwortung für die Währungsreform übernehmen sollte, hätte ganz und gar der Kontrolle der kapitalistischen Westmächte, insbesondere derjenigen Amerikas, unterstanden; Amerika hätte es in der Hand gehabt, tiefgreifende wirtschaftliche Einbrüche in den sowjetischen Machtbereich vorzunehmen. Wirtschaftlich wäre die Ostzone dem amerikanischen Einflußgebiet verfallen; es wäre der Beginn einer schweren politischen Einbuße der Sowjetunion in ihrem eigenen politischen Machtgebiet gewesen.

Eine besondere Verwicklung ergab sich für Berlin. Welche Währung sollte in Berlin herrschen? Wohl erwog man anfangs, es bei der Ostwährung zu belassen; die westlichen Militärkommandanten hatten sogar zugesichert, daß die Westwährung in West-Berlin nicht eingeführt werde. Indes erkannten die Amerikaner, welches nachdrückliche Instrument ihrer Politik sie in Berlin finden konnten, wenn sie dort innerhalb ihrer drei Sektoren die Westwährung zur Geltung brachten. Damit war auch die Einheit Berlins zerbrochen; indes zögerten die Westmächte nicht, dies in Kauf zu nehmen. Am 23. Juni 1948 wurde die Westwährung auch für West-Berlin maßgebend. Die Stadt stand nun vor dem Problem, mit den beiden Währungen zurechtzukommen. Es dauerte längere Zeit, bis sich ein einigermaßen haltbares Wertverhältnis zwischen den beiden Währungen ausgebildet hatte. Die Sowjets sahen sich durch

die Einführung der Westwährung in West-Berlin mitten in ihrer Zone nicht nur herausgefordert, sondern geradezu geschädigt. Sie beantworteten dies mit einer Reihe von Maßnahmen, die zuerst zur vollkommenen Auseinanderreiung Berlins, dann zur Blockade der Westteile dieser Stadt hintrieben. Der Güterverkehr mit West-Berlin und den drei Westzonen wurde unterbrochen; West-Berlin mußte fürchten, wirtschaftlich lahmgelegt und ausgehungert zu werden. Die Westmächte waren aus Prestigegründen verpflichtet, ihrer Schöpfung beizuspringen. Der amerikanische Militärgouverneur, General Clay, trug sich vorübergehend mit dem verwegenen Gedanken, einen militärischen Vorstoß nach West-Berlin zu unternehmen; mit Panzern wollte er in die sowjetische Zone einbrechen, um die Landverbindung mit West-Berlin herzustellen und zu sichern. Die Regierung in Washington war darauf nicht vorbereitet; sie pfiff den unternehmungslustigen General zurück. Dafür aber organisierten die drei Westmächte die sogenannte Luftbrücke. Tag und Nacht donnerten in einem Abstand von nur wenigen Minuten die beladenen Flugzeuge durch den Luftkorridor und landeten auf dem Westberliner Flughafen Tempelhof. Die Westmächte scheuten nicht die großen Kosten, welche die Unterhaltung der Luftbrücke erforderte.

Berliner Bürger, welche im Ostsektor beschäftigt waren, aber in einem der Westsektoren wohnten, kamen in eine peinliche Lage. West-Berlin hatte für diese Bürger den Lohnumtausch eingeführt. Sie konnten einen Teil ihres Osteinkommens im Verhältnis von 1 : 1 in Westmark umtauschen und damit die notwendigsten Ausgaben mit Westmark bestreiten. Nun forderte Ost-Berlin, um sich nicht dem Vorwurf der Unmenschlichkeit auszusetzen, die Westberliner auf, sich ihre Lebensmittel im Osten zu beschaffen. Viele der Westberliner, die um ihren Arbeitsplatz im Osten fürchteten, kauften im Osten ein. Der Westberliner Magistrat gab die Versicherung, daß keinem, der sich in dieser Notlage befand, ein Schaden erwachsen sollte.

Widersinnige Maßnahmen wurden getroffen, insbesondere nachdem am 5. Dezember 1948 in West-Berlin separate Wahlen vorgenommen worden waren, West-Berlin also seine besondere Stadtverordnetenversammlung geschaffen hatte. Es wurde gegen die Ostzone zur »Frontstadt«. Die Beziehungen zwischen den beiden Stadtteilen wurden durch die Persönlichkeit seines Bürgermeisters, Ernst Reuter, außerordentlich verschärft, der nunmehr in West-Berlin amtierte.

Ernst Reuter war 1918 Kommunist gewesen. Er hatte für die bolschewistische Revolution in Rußland gekämpft. Nach seiner Rückkehr aus Rußland trat er zur Sozialdemokratischen Partei über. Unter dem Namen »Reuter-Friesland« wurde er Redakteur des »Vorwärts«, Verkehrsdezernent, Oberbürgermeister von Magdeburg. Im Jahre 1933 ging er in die Türkei, lebte aber dort nicht als Emigrant, sondern hielt darauf, einen ordnungsgemäßen deutschen Paß zu besitzen; Herr von Papen versah ihn mit einem solchen. 1946 kehrte er aus Ankara nach Berlin zurück. Reuter brachte es dazu, zum Oberbürgermeister von Berlin gewählt zu werden. Die Sowjets erkannten ihn aber nicht an; erst nach der Trennung der Stadt konnte er in West-Berlin das Amt des Oberbürgermeisters übernehmen. Seine Politik war in ausgesprochenem Maße antisowjetisch. An die Stelle, die er bekleidete, hätte ein vorsichtiger und umsichtiger Diplomat gehört; Reuter fühlte sich als Frontkämpfer in dem Bürgerkrieg gegen die Ostzone. Die Amerikaner luden ihn nach Amerika ein; als Propagandaredner gegen die Sowjets bereiste er dort das Land und bemühte sich um Dollars für seine Stadt.

Als dann im Jahre 1949 die Blockade West-Berlins aufgehoben worden war, rächte sich die Westberliner Stadtverwaltung an denen, welche in Ost-Berlin eingekauft hatten. Es kam der Begriff der »Grenzgänger« auf; jenen Grenzgängern, die während des Boykotts ihre Einkäufe in Ost-Berlin besorgt hatten, wurde der Lohnumtausch gestrichen. Sie mußten sich mit ihrer Ostmark behelfen und es hinnehmen, ihre Mieten und Abgaben in West-Berlin mit dem vier- bis fünffachen Betrag in Ostgeld zu bezahlen. Es wurde immer fühlbarer, wie dieses Berlin ein Dynamitfaß geworden war, das jederzeit explodieren und damit einen Krieg entfesseln konnte. Nach der Aufhebung der Blockade kam West-Berlin in Hinsicht auf Lebensstandard und Warenausstattung auf das Niveau der Bundesrepublik; es stach verführerisch und verlockend gegen die einfacheren und ärmlicheren Verhältnisse Ost-Berlins ab. Freilich konnte es nicht existieren, ohne große Zuschüsse von Westdeutschland zu empfangen. Die Westmächte wollten West-Berlin als Störungsherd innerhalb der sowjetischen Zone aufrechterhalten. Unter dem Vorwand, West-Berlin gegen sowjetische Ansprüche schützen zu wollen, entwickelte sich West-Berlin zu einem Instrument, mit dessen Hilfe vielfache zersetzende Einflüsse auf die sowjetzonale Umgebung in Gang gesetzt werden konnten.

Imshausen

Im Frühjahr 1948 fragte Dr. Küttemeyer bei mir an, ob ich im Rahmen einer Gesellschaft, die sich »Gesellschaft Imshausen« nenne, über das Ost-West-Problem sprechen wollte. Diese Gesellschaft war von Herrn von Machui im Verein mit den Herren Trott zu Solz und Dr. Küttemeyer gegründet worden. Machui, welcher der Sozialdemokratie angehörte, stammte aus Schlesien und war in der landwirtschaftlichen Abteilung des Wirtschaftsrates in Frankfurt/Main als Abteilungsleiter beschäftigt. Er war von dem Gedanken erfüllt, sich als Brückenbauer zwischen West und Ost zu betätigen. Wilhelm Küttemeyer, den ich 1932 bei Alfred Baeumler als dessen Assistent in Dresden kennengelernt hatte, war Kierkegaardianer. Mit seinem Freunde, Trott zu Solz, gab er eine Monatsschrift heraus, die im Geiste Kierkegaards den anziehenden Titel trug: »Der Sumpf«. Die Aufsätze waren von respektablem Niveau, der Inhalt jedoch war so extravagant, daß die Leserschaft mehr als dürftig blieb. Nach kurzer Zeit ging die Zeitschrift wieder ein. Küttemeyer ging zur Medizin über und wurde später Internist in Heidelberg. Trott zu Solz war der Bruder jenes Diplomaten, der im Zuge des 20. Juli 1944 hingerichtet worden war. Die Familie Trott zu Solz hatte ein Gut bei Hersfeld, ganz in der Nähe der sowjetischen Zonengrenze. Es war abgelegen, erfreute sich aber einer schönen Umgebung. Trott zu Solz, der Freund Küttemeyers, kam auf den Einfall, ob es nicht möglich wäre, das Gut zu Schulungskursen und Vortragsveranstaltungen zu verwenden. Zu diesem Zwecke wurde die »Gesellschaft Imshausen« gegründet.

Der »Gesellschaft Imshausen« gehörten wohlmeinende bürgerliche Politiker verschiedener Richtungen an. Eine gewisse Rolle spielte in ihr Dr. Eugen Kogon, der Herausgeber der »Frankfurter Hefte« und Verfasser des Buches »Der SS-Staat«. Ich sagte zu, nach Imshausen zu kommen. Vom Osten sollte der Publizist Dr. Kantorowicz erscheinen. Als ich in Imshausen eintraf, fand ich eine Gesellschaft von ungefähr 60 Personen vor. Ich hatte veranlaßt, daß auch meine Freunde Dr. Drexel und Dr. Korn eingeladen wurden. Bemerkenswerte Köpfe waren Dr. Spieker von der Zentrumspartei, nachher Minister in Nordrhein-Westfalen; Frau Helene Wessel, die spätere Mitstreiterin von Dr. Heinemann; Dr. Tillmann, ein Vorstandsmitglied der Berliner Christlich-Demokratischen Union. Zu den Gästen gehörten ferner Walter Dirks, der zweite Herausgeber der »Frankfurter Hefte«, ein tief fühlen-

der religiöser Geist, und Heinrich Mertens, der Oberbürgermeister in Jena gewesen war und aus Angst vor einer möglichen Verhaftung sich in den Westen abgesetzt hatte. Aufschlußreich war die Teilnahme Mr. Biels an der Veranstaltung. Biel hieß eigentlich Bielschowsky. Er spielte bei der amerikanischen Militärverwaltung eine gewichtige Rolle. Biel war Ratgeber in deutschen Angelegenheiten. Seine Anwesenheit deutete darauf hin, daß die ganze Veranstaltung von Amerikanern finanziert wurde. Aus Amerika war ferner Professor Heymann gekommen, der früher an der Universität Hamburg als Soziologe gewirkt hatte und, nachdem er vor Hitler geflohen war, die amerikanische Staatsangehörigkeit erworben hatte. Er war ein gepflegter, sehr präziöser Herr; mit Betonung erinnerte er immer wieder daran, daß er Amerikaner sei. Auch Eberhard Schütz, der Berichterstatter der BBC, befand sich unter den Gästen.

Auf der Tagesordnung stand ein West-Ost-Gespräch. Mir war der Auftrag zuteil geworden, den Osten zu vertreten. Dr. Kantorowicz sollte mir Beistand leisten.

Zu meinem Gegenreferenten war Eugen Kogon ausersehen. Persönlich war ich Kogon noch nie begegnet. Er kam kurz nach mir in Imshausen an. Er war ein dunkelhaariger Mann von ersichtlich romanischer Herkunft. Das Reden fiel ihm leicht, er war schlagfertig und hatte Geist.

Welche Bedeutung man dieser Veranstaltung beimaß, ging daraus hervor, daß sich auch ein französischer Kulturattaché aus Baden-Baden eingestellt hatte, mit dem ich einige interessante Gespräche führte.

In meinem Referat suchte ich um Verständnis für den Osten zu werben. Ich sprach über die Notwendigkeit einer Ostorientierung Deutschlands, analysierte die Besonderheiten der russischen Kultur und der geschichtlichen Vergangenheit Rußlands, schilderte den Wertezersfall und die kulturelle Fäulnis des Westens. Dabei zog ich Burckhardt, Nietzsche, Renan, Kierkegaard als Kronzeugen heran. Man müsse den Osten als den Boden betrachten, auf dem eine neue Kultur emporwachse. Die sowjetische Besatzungszone sei gegenüber den amerikanischen Angriffsabsichten ein militärisches Glacis. Hier lebe man naturgemäß unter Ausnahmezustand. Die niedrigere Lebenshaltung des Ostens entspreche der wirtschaftlichen und politischen Wahrheit: Nach einer solch ungeheuren Niederlage, wie sie das deutsche Volk erlitten hätte, stehe diesem ein Leben in Luxus einfach nicht zu. Der Osten wolle sich

großhungern, während sich der Westen mit Hilfe von Schuldenmacherei das Leben leichtzumachen gedenke. Die neue Struktur der Ostzone sei als Versuch zu deuten, jene großindustriellen und junkerlichen Schichten auszuschalten, die bereits zwei Katastrophen über Deutschland heraufbeschworen hätten.

Nach meinem Referat sprach Kogon. Kogon war klug genug, auf den Versuch zu verzichten, meine Kulturkritik zu entkräften. Er stimmte mir zu und fand, daß die großen Ideale entwertet und kraftlos geworden seien. Verantwortlich dafür machte er den Kapitalismus, den er angriff und verurteilte. So schrieb auch er den Sozialismus auf seine Fahne. Welch ein Sozialismus aber war das! Es war der christliche Solidarismus, der die Wirtschaft durch den Appell an edle und menschliche Gefühle kurieren wollte. Wie es seit fast zwei Jahrtausenden immer und immer wieder geschieht, setzte er seine Hoffnung auf Besserung und Umkehr in die Erneuerung des Christentums. Scharf polemisierte er gegen den Bolschewismus, bei dem er die Menschenrechte, die Freiheit der Persönlichkeit, die Rechtsstaatlichkeit gefährdet sah.

Kogon hatte überraschend matt gesprochen. Man hatte den Eindruck, er verteidige eine schwache Sache und er fühle selbst, daß gegenüber harten Realitäten schöne Empfindungen und wohlgemeinte Beschwörungen wirkungslos seien.

Nach den beiden Referaten entwickelte sich eine lebhaftere Aussprache. Mertens, der viele Erfahrungen innerhalb der Ostzone gesammelt hatte, richtete an mich eine große Zahl konkreter Fragen, die sich mit Geschehnissen beschäftigten, deren Tatsächlichkeit nicht bestritten werden konnte. Da er aber nicht böswillig fragte, nahm er meine Entgegnungen, die vor allen Dingen an den Umstand anknüpften, daß Ostdeutschland sich inmitten einer sozialen und politischen Revolution befand, aufmerksam und mit Interesse auf. Etwas bösertiger war der Berliner Dr. Tillmann; ich bemühte mich, seinen Angriffen die Spitze abzubrechen. Dr. Strauß, der im Frankfurter Wirtschaftsrat beschäftigt war, war guter Deutscher genug, um das Absterben des Handels zwischen dem deutschen Westen und dem deutschen Osten zu bedauern. Starren Eindruck hatte ich vor allen Dingen mit dem Argument gemacht, der Lebensstandard des Westens beruhe lediglich auf den amerikanischen Geldern, die eines Tages wieder mit Zins und Zinseszinsen zurückgezahlt werden müßten. Eben in jener Zeit war der Marshallplan angelaufen. Insbesondere betonte ich, daß dieser Marshallplan nichts anderes sei als der Versuch, die westdeutsche

Bevölkerung schlechthin zu kaufen; es werde der Zeitpunkt kommen, da die westdeutsche Jugend für amerikanische Zwecke unter die Fahnen gerufen werde. Für die Aufnahmefähigkeit, die in jenen Tagen im deutschen Westen noch bestand, war charakteristisch, daß alle diese Ausführungen mit Aufmerksamkeit und gutem Willen angehört wurden und daß sie die Gemüter noch aufzuwühlen vermochten.

In Zwischenrufen hatte Kogon mehrmals betont, er wolle keinesfalls eine Restauration des Kapitalismus und fordere, daß der Marshallplan den Sozialisierungstendenzen nicht abträglich sein dürfe.

Da aber passierte ihm ein unerwartetes Unglück. Professor Heymann stand auf und erklärte, es sei nötig, allen Illusionen vorzubeugen. Der Marshallplan stärke natürlich den westdeutschen Kapitalismus und mache allen sozialistischen Hoffnungen unwiderruflich ein Ende.

Als Heymann geendet hatte, stand ich auf und fragte Kogon ironisch, was er hierzu zu sagen habe. Kogon war erregt; er erklärte, dies alles sei unerträglich, er werde abreisen.

Der weitere Fortgang der Aussprache war von nun an gequält. Die Teilnehmer der Veranstaltung empfanden richtig, daß mit dem Rückzug Kogons ihre ganze prinzipielle Position erschüttert war. Dies mochten auch die Vertreter der amerikanischen Militärregierung, die anwesend waren, empfunden haben. Mister Biel zeigte offen seine Unzufriedenheit.

Entgegengesetzt war die Einstellung des Vertreters der französischen Militärregierung. Bei einem Spaziergang mit ihm ließ er durchblicken, ihm seien die Diskussionsredner aus dem Westen als überlebte Gespenster erschienen, und er habe an deren Niederlage seine Freude gehabt.

Die »Gesellschaft Imshausen« überlebte diese Veranstaltung nicht lange. Die westdeutschen Teilnehmer erhofften sich nichts mehr von weiteren Ost-West-Gesprächen, sie wollten in der Selbstsicherheit ihres leichteren Daseins nicht mehr erschüttert werden.

Gründung der Bundesrepublik Deutschland

Auf einer Konferenz der Westmächte in London wurden Empfehlungen ausgearbeitet, aufgrund deren in Westdeutschland ein Parlamentarischer Rat gebildet werden sollte, dessen Aufgabe darin

bestand, eine Verfassung zu beraten und zu beschließen, deren Grundlinien ebenfalls von der Londoner Konferenz aufgestellt wurden. Der Parlamentarische Rat setzte sich aus ausgewählten Mitgliedern der verschiedenen Landtage zusammen; er versammelte sich in Bonn unter Leitung Dr. Adenauers, der das größte Vertrauen der Amerikaner genoß, bildete Ausschüsse und fertigte einen Verfassungsentwurf. Mit diesem Verfassungsentwurf aber waren die Westmächte nicht völlig einverstanden; ihre Bedenken faßten sie in einem Memorandum zusammen, das Forderungen enthielt, welche der Parlamentarische Rat zu berücksichtigen hatte.

Die Veröffentlichung des Memorandums, das die Verbindungsoffiziere dem Vorsitzenden des Parlamentarischen Rats, Dr. Adenauer, am 22. November 1948 überreicht hatten, war für die bürgerlichen und sozialdemokratischen Westzonenpolitiker keine geringe Verlegenheit. Schon seit den Londoner Empfehlungen im Juli 1948 wußte man, daß die ganze Verfassungsarbeit des Parlamentarischen Rats nur darin bestand, ein politisches Blendwerk zu vollführen. Nach dem Willen der Westmächte sollte Deutschland nur als ein ohnmächtiges Bündel von eigensüchtigen, auseinanderstrebenden und auslandshörigen Einzelstaaten organisiert werden; der Parlamentarische Rat hatte den Auftrag, dieses fragwürdige und verdächtige Werk so zu leisten, daß es fälschlicherweise als freie Tat deutscher Selbstbestimmung und Unabhängigkeit erschien. Die Westmächte fühlten sich ihrer Bonner Geschöpfe so sicher, daß es ihnen überflüssig schien, diesen die Irreführungsmänöver durch verständnisvolle Rücksichtnahme zu erleichtern. Grausamer und fürchterlicher konnte die bürgerliche und sozialdemokratische Verfassungsarbeit nicht bloßgestellt werden, als es durch die Veröffentlichung jenes Memorandums geschah. Dem Parlamentarischen Rat wurde klar und präzise zum Bewußtsein gebracht, in welchen Punkten er den Westmächten zu gehorchen hatte; sieben Forderungen wurden aufgestellt. Sie liefen darauf hinaus, die Macht der zukünftigen Bundesregierung aufs äußerste zu beschränken.

Im Ältestenrat des Parlamentarischen Rats regte Carlo Schmid an, der Hauptausschuß möge lediglich feststellen, der Parlamentarische Rat gehe über das Memorandum zur Tagesordnung über. Adenauer wandte ein, eine solche Erklärung könne man aus außenpolitischen Gründen vor der Öffentlichkeit nicht abgeben. Im Hauptausschuß wurde dann ein Antrag des sozialdemokrati-

schen Ministers Dr. Menzel angenommen, demgemäß das Memorandum nur als eine Erläuterung des sogenannten Dokuments Nr. 1 der Londoner Empfehlungen betrachtet werden sollte. Die Zustimmung zu diesem Antrag hatte keinen anderen Sinn als den, daß man verzweifelt die Augen vor den Tatsachen schloß, sich krampfhaft blind stellte und der zuschauenden Wählerschaft zu imponieren suchte, indem man den Kopf in den Sand steckte.

Lange Monate hindurch beriet der Parlamentarische Rat, und nur langsam kam er von der Stelle. Am 12. Mai 1949 wurde die Berliner Blockade beendet; in Paris sollte eine Außenministerkonferenz zusammentreten, um den Versuch zu unternehmen, den kalten Krieg zu beenden. In diesem Augenblick beschleunigte der Parlamentarische Rat seine Arbeit und verabschiedete im Eiltempo das Grundgesetz.

Die hastige Verabschiedung des Bonner Grundgesetzes war als ein Knüppel gedacht, der der bevorstehenden Pariser Konferenz zwischen die Beine geworfen werden sollte. Da man so willfährig mit der Gründung des separaten deutschen Weststaates den Knochen herbeischaffte, an dem sich die bevorstehende Pariser Außenministerkonferenz die Zähne ausbeißen sollte, rechnete man auf Nachsicht der alliierten Gouverneure, wenn man Sowjetrußland durch den Beschluß, West-Berlin als zwölftes Bundesland in den westdeutschen Separatstaat einzubeziehen, unbekümmert provozierte.

Ohne Scheu priesen Dr. Adenauer, Carlo Schmid, Jakob Kaiser ihr Verfassungswerk als Waffe gegen den Osten; sie fühlten sich als »Retter des Abendlandes«.

Die Bonner Politiker mußten sich abermals darüber belehren lassen, daß sie von den Gouverneuren nur als Gehilfen betrachtet und behandelt wurden. Der Bonner Berichterstatter des »Manchester Guardian« sprang mit den Bonner Parlamentariern noch härter um; er bezeugte ihnen, daß sie nur politische Stümper seien. Bonn habe, so schrieb er in seinem Blatte, zweierlei gelehrt: einmal, daß es den Alliierten an diplomatischem Fingerspitzengefühl mangle, zweitens, daß den Deutschen aller gesunde politische Menschenverstand fehle. Die politische Unreife der westdeutschen Politiker, von denen kein einziger das Format eines wirklichen Staatsmannes habe, sei von Anfang an der Faktor gewesen, der sich in Bonn am hemmendsten ausgewirkt habe. Die Intransigenz der deutschen Parteien sei so absolut wie nur je. Der Parteiapparat sei ungleich wichtiger als die Prinzipien und das politische Bekenntnis der Par-

tei. Die Taktlosigkeit der deutschen Politiker habe sich nicht verändert. Ein Zeichen der Zeit sei der nur allzu bekannte Drang nach rechts. Es sei kein Zufall, daß jede neue deutsche Partei rechts von allen schon bestehenden und von den Alliierten genehmigten Parteien stehe.

Nach der Annahme des Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat wurden allgemeine Wahlen für den 14. August 1949 ausgeschrieben; ein Parlament sollte gewählt werden, das die Gründung der »Bundesrepublik Deutschland« vornehmen und bestätigen sollte. Dies geschah am 7. September 1949.

Adenauer erhielt bei seiner Wahl zum Bundeskanzler die Mehrheit.

Das Interview, welches er der »Daily Mail« gab, verriet bereits, was er im Schilde führte. »Die Zeit ist noch nicht reif«, so sagte Adenauer, »in die Verteidigung des Westens deutsche Truppen einzubeziehen.« Adenauer rechnete damit, daß die Zeit während seiner Bundeskanzlerschaft heranreifen werde.

Der deutsche Weststaat war gegründet; wiederum war eine jener neuen verhängnisvollen und folgenschweren bösen Tatsachen geschaffen, an denen die deutsche Geschichte so reich ist. Die deutsche Einheit war zerrissen; Deutsche selbst boten die Hand dazu.

Nationale Front

Der Verfassungsausschuß des Volksrates, dem ich angehörte, wurde von Otto Grotewohl geleitet. Grotewohl erwies sich als geschickter Verhandlungsführer, der es bei auftretenden Differenzen immer wieder verstand, allerlei Meinungen unter einen Hut zu bringen. Naturgemäß hatte er seine Direktiven. Vermutlich waren diese auch Nuschke und Dertinger von der CDU und Dieckmann von der LDP bekannt. Sie spielten Grotewohl in die Hand und verhinderten jeden Mißton. Es war darauf abgesehen, jede Kampfabstimmung zu vermeiden und jeden Beschluß als das Ergebnis eines alle zufriedenstellenden Kompromisses erscheinen zu lassen.

Der Volksrat verfolgte mit fieberhafter Aufmerksamkeit die Tätigkeit des Parlamentarischen Rates und fand immer neue propagandistische Veranstaltungen, sie zu durchkreuzen. Zum 29./30. Mai 1949 wurde der III. Volkskongreß zusammengerufen, der einen neuen, mit frischer Legitimität ausgestatteten Volksrat von

330 Mitgliedern, Abgeordneten aus Parteien und Massenorganisationen, bildete. Am 7. Oktober 1949 übernahm der Volksrat die Funktion einer provisorischen Volkskammer; so wurde ich Mitglied der Volkskammer. Diese gründete am gleichen Tage die Deutsche Demokratische Republik.

Am 7. Januar 1950 wurde die Volkskongreßbewegung in Nationale Front umgetauft. Als führendes Gremium der Nationalen Front konstituierte sich im Februar der Nationalrat. Vom 25. bis 26. August trat in Berlin der I. Deutsche Nationalkongreß zusammen.

Noch bevor die Tagung stattfand, hatte ich auf Wunsch Koenens eine Broschüre geschrieben: »Ost-West-Gespräch«. Ich faßte hier die Gedanken zusammen, die ich in meinen Vorträgen in Süddeutschland zu entwickeln pflegte. Als ich das Manuskript abgeliefert hatte, wurden einige Stellen von führenden Parteileuten beanstandet. Eine »Genossin Müller« fand, daß ich in der Frage der Oder-Neiße-Linie nicht ganz eindeutig sei, daß ich ferner die sowjetische Politik nicht vorbehaltlos genug gewürdigt hätte. Ich weigerte mich, etwas abzuändern, und meinte, ich sei damit einverstanden, das Manuskript überhaupt nicht zu veröffentlichen. Dies aber wollte man nicht; man druckte es in der von mir gewählten Form.

Die Wahlen, die am 15. Oktober 1950 stattfanden, wurden von der Nationalen Front, in der die Massenorganisationen und alle Parteien zu einem Block zusammengeschlossen waren, geleitet; sie stellte die Kandidaten auf. In der Folgezeit konnte sie Abgeordnete zurückziehen, vakante Abgeordnetensitze besetzen; sie galt gewissermaßen als der Träger der Volkssouveränität, der im Namen des Volkes und als dessen unmittelbare Stimme die Tätigkeit der Volkskammer überwachte. In den Städten und Gemeinden richtete die Nationale Front Aufklärungslokale ein, in welchen die Bevölkerung propagandistisch und agitatorisch bearbeitet werden sollte.

Der bürokratische Apparat des Sekretariats der Nationalen Front schwoll ungemein an. Er stellte ein eigenes Ministerium dar, wie denn auch Koenen im Range eines Staatssekretärs stand. Es war nicht zu übersehen, daß dieser ungeheure Apparat im Grunde genommen in einem klappernden Leerlauf seine Kräfte verbrauchte.

Nietzsche hat einmal die Deutschen die geschichtlichen Verzögerer par excellence genannt. Diesem Gedanken bin ich in meiner »Deutschen Daseinsverfehlung« nachgegangen. Er findet seine Bestätigung darin, daß es eine große deutsche Revolution nie gegeben hat. Das deutsche Volk hat, so kann man mit Recht sagen, kein Verhältnis zum Phänomen der Revolution; revolutionäre Impulse finden in ihm kein Echo. Es hat die Neigung, in Situationen, die eigentlich eine Revolution erfordern würden, diese zu umgehen. Das revolutionäre Wagnis wird gescheut; man sucht sich mit Hilfe halber Maßnahmen darum herumzudrücken. Die Renaissancezeit hatte eine revolutionäre Aufgabe gestellt; die Reformation war die halbe Lösung, mit deren Hilfe man die Revolution umging. Die große Französische Revolution rief auch das deutsche Volk auf, mit dem Feudalismus Schluß zu machen. Die Stein-Hardenbergschen Reformen und die diesen folgende Restauration waren der Ausweg, dem Gebot der Stunde zu entlaufen. Die Revolution vom Jahre 1848 war ein klägliches Schauspiel, das erbarmungswürdig endete. Ihr Fazit zog der preußische Junker Bismarck, der als »konservativer Revolutionär« die konservative Sache rettete, indem er sich als Revolutionär gebärdete. Die russische Oktoberrevolution vom Jahre 1917 verlangte abermals eine Antwort vom deutschen Volke. Es war wiederum eine retardierende Antwort; das deutsche Volk wollte sich unter keinen Umständen auf ein revolutionäres Unternehmen einlassen. Wie es sich nach 1789 für die Restauration, ja Reaktion entschied, so entschied es sich für beide auch nach 1917. Überblickt man die deutsche Entwicklung vom Jahre 1917 ab, so erweist sie sich als eine einheitliche fortlaufende Linie der Gegenbewegung gegen das russische revolutionäre Ereignis. Die Weimarer Republik war die Vorbereitungszeit des Hitlerismus; die Bundesrepublik setzt in vorsichtiger Form die wesentlichen Tendenzen des Hitlerismus fort.

Diese Entscheidung gegen die jeweils fällige Revolution hat immer wieder zu den größten Katastrophen geführt. Indem das deutsche Volk den Gang der Dinge aufzuhalten versuchte, verursachte es Stauungen lebendiger Kräfte, die sich nicht abtöten ließen. Indem es sich gegen unaufhaltsame Veränderungen wehrte, indem es dem Gang der Dinge immer wieder Einhalt zu gebieten versuchte, führte diese Anstauung lebendiger Kräfte zu ungeheuren Span-

nungen, die eines Tages unvermeidlich sich in den heftigsten Explosionen entluden. Der Dreißigjährige Krieg war eine Explosion solcher Art. Der Zusammenbruch des alten Deutschen Reiches unter dem Ansturm Napoleons war eine zweite Explosion. Im Ersten Weltkrieg wurde das rückständige Deutschland auf den Stand der Französischen Revolution von 1789 gebracht. Der Zusammenbruch von 1945 war die erste Quittung darauf, daß sich Deutschland 1917 den Ansprüchen der geschichtlichen Situation entzogen hatte.

Noch freilich hat das deutsche Volk nicht die Lehren aus den Erlebnissen der beiden letzten Explosionen gezogen. Es beharrt fernerhin bei jener Linie, auf der es von einer Katastrophe in die andere geraten ist.

Geschichtlich begründete und unumgängliche Veränderungen empfindet der Mensch subjektiv als Fortschritte. Indem er sie als Fortschritte deutet, macht er sich selbst zugänglich für sie, erscheinen sie ihm erstrebenswert. So waren einst die Ergebnisse der Französischen Revolution als Fortschritte interpretiert worden, so können heute die Ergebnisse der Russischen Revolution als Fortschritte gewertet werden. Es war nun für Deutschland charakteristisch, daß die »Fortschritte« der Französischen Revolution in Deutschland einst anrühlich gemacht wurden. Man sah in ihnen ein rein französisches Gewächs; wer sich dafür öffnete, wurde als »schlechter Deutscher« verrufen. Der zuverlässige Deutsche wandte sich mit Abscheu von solchen Fortschritten ab. An einem Manne wie Georg Forster haftet heute noch der Makel des Landesverrats.

Nun geriet ein Teil des deutschen Gebiets infolge des Kriegsausgangs unter die Gewalt der großen revolutionären Macht, der Sowjetunion. Es ließ sich nicht umgehen, daß die revolutionären Tendenzen, welche dort zum Siege gelangt waren, sich in dem besetzten Gebiete zur Geltung brachten. Indes war sogleich festzustellen, daß innerhalb der deutschen Bevölkerung selbst nicht die leiseste Empfänglichkeit für die revolutionären Tendenzen zu spüren war. Die neue revolutionäre Ordnungsstruktur, die in dem russischen Besatzungsbereich aufgebaut wurde, konnte keinen ursprünglichen, eigenen deutschen revolutionären Impuls für sich ins Feld führen. Sie mußte sich ausschließlich auf fremde Anregungen und Anordnungen stützen. Die revolutionären Umbildungen in dem von den Sowjets beherrschten Gebiet erschienen allein als Überfremdungsmaßnahmen, als Symptome widerwillig ertragener

Fremdherrschaft. Sie fanden keine irgendwie geartete Zustimmung innerhalb der Bevölkerung selbst. So wie einstmals auf deutschem Boden der Liberalismus als französische Überfremdungserrscheinung abgelehnt und verabscheut wurde, so wird nunmehr der Bolschewismus als russische Überfremdungserrscheinung abgelehnt und zurückgewiesen. Indem man restaurativ und reaktionär ist, glaubt man, ganz und echt deutsch zu sein, ja mehr noch, fühlt man sich als Vorkämpfer der Freiheit. Die Situation ist so verkehrt, daß man meint, im Einklang mit dem Weltgeist zu stehen, indem man Dämme gegen den Zug der Zeit aufwirft.

Der kalte Krieg

Die Voraussetzungen für eine echte deutsche Politik waren weggefallen. Der deutsche Politiker mußte sich im Westen der Vorherrschaft Amerikas, im Osten der Vorherrschaft der Sowjetunion unterwerfen. Er mußte sich damit begnügen, ein bloßer Befehlsempfänger zu sein und nur in Vollmacht seines ausländischen Schutzherrn handeln zu dürfen. Wem eine Rolle von solcher Art gegen den Geschmack und das nationale Gewissen ging, dem blieb nur übrig, sich völlig aus der Politik zurückzuziehen und sich aller Politik zu enthalten. Der Ausweg, in den Untergrund zu gehen und auf ganz lange Sicht die fremde Vorherrschaft zu unterhöhlen, hatte wenig Verlockendes.

Die Beziehungen zwischen Amerika und der Sowjetunion verschärften sich von Tag zu Tag; sie wurden so feindselig, daß man sie mit Recht als »kalten Krieg« bezeichnen durfte. Mehr als einmal näherte sich dieser kalte Krieg dem Punkte, in welchem er in den heißen Krieg umzuschlagen drohte. Amerika entwickelte ein ausgreifendes System, der Sowjetunion Abbruch zu tun; das Embargo, dem es die Sowjetunion unterwarf, die Gründung des Atlantikpaktes, des Balkan-, Bagdad- und SEATO-Paktes waren darauf berechnet, die Sowjetunion von allen Seiten her einzukreisen, ihr den Lebensatem abzuschneiden. Die Politik der Sowjetunion mußte sich darin erschöpfen, den Auswirkungen der amerikanischen Einschnürungsmaßnahmen entgegenzuwirken. Der amerikanischen Politik schwebte vor, die innere Ordnung der Sowjetunion zum Einsturz zu bringen, Rebellionen der sowjetischen Bevölkerung zu begünstigen, die bolschewistische Revolution überhaupt nach Möglichkeit wieder rückgängig zu machen.

Man kann die Politik der Sowjetunion und der ihr angeschlossenen osteuropäischen Staaten nur dann recht verstehen, wenn man sie unter dem Gesichtspunkt betrachtet, lediglich verzweifelte Verteidigungsmaßnahmen gegen die amerikanische Umklammerung gewesen zu sein. Die Sowjetunion und der ganze Ostblock waren durch die Art, in welcher Amerika den kalten Krieg führte, in höchste Bedrängnis gestürzt; sie mußten sich notgedrungen darauf einrichten, wie »im Feldlager« leben zu müssen. Der unterirdische Krieg, dem sie ausgesetzt waren, mußte ihre gesamten Abwehrkräfte anspannen. Straff und durchgreifend mußten sie sich in solcher Abwehr organisieren. Die Sowjetmacht konnte nur fortexistieren, wenn sie sich im Inneren auf äußerste Wachsamkeit und strengste Disziplin einrichtete; sie lebte nicht in einer Atmosphäre, in welcher die Prinzipien der Freiheit und des Rechts uneingeschränkt hätten gedeihen können. In der Tat ging es für die Sowjetunion in diesem kalten Krieg um Sein oder Nichtsein. Im Sinne der amerikanischen Konzeption lag es, die Sowjetunion als den Herd des Antikolonialismus und Antiimperialismus in Stücke zu schlagen und sie selbst als ein koloniales Gebiet aufzuteilen. Dieser kalte Krieg tobte verschärft auch auf deutschem Boden. Die Demarkationslinie zwischen West- und Ostdeutschland war zugleich die Linie, auf welcher die feindlichen weltpolitischen Fronten zusammenstießen. Die Bundesrepublik gestaltete ihre Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik ganz nach den Richtlinien des kalten Krieges, und die Deutsche Demokratische Republik, die unter den Folgen dieses kalten Krieges schwer litt, mußte alle Kräfte aufwenden, um sich unter dem Gewicht dieser Folgen behaupten zu können. Die »vollen Schaufenster«, mit denen die Bundesrepublik die Deutsche Demokratische Republik moralisch förmlich zu erdrücken gedachte, waren Veranstaltungen, die im »amerikanischen Generalstab« des kalten Krieges mit Vorbedacht ins Werk gesetzt worden waren. Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik sollte gewissermaßen dazu verleitet werden, ihren Autoritäten und Obrigkeiten davonzulaufen, sie im Stiche zu lassen, ihnen den Gehorsam zu versagen. In dieser Atmosphäre des kalten Krieges war es natürlich eine Illusion, zur deutschen Wiedervereinigung gelangen zu können. Die Forderung der Wiedervereinigung war im Munde der Bundesrepublik eine bloße Propagandalosung. Obschon sie sich äußerlich zu einer Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln bekannte, ließen ihre konkreten Schritte und Maßnahmen keinen Zweifel daran,

daß sie, dem amerikanischen Rückhalt vertrauend, an eine gewaltsame Rückeroberung dachte.

Man kann sagen, es sei überhaupt der Sinn des kalten Krieges gewesen, die Aufspaltung Deutschlands zu verhärten und zu vertiefen; so wurde die Aufteilung Deutschlands eine unwiderrufliche Tatsache.

Politische Stellung

Nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 gab ich mich in Hinsicht auf die politischen Möglichkeiten des deutschen Volkes keinen Illusionen hin. So wie ich die Dinge beurteilte, war es eigentlich zwecklos, sich noch in die Politik zu mischen; es war ersichtlich, daß künftighin die deutsche Politik von den siegreichen verbündeten Mächten gemacht werde. Aber es widerstrebte mir, völlig untätig zuzusehen, wie sich das Unheil, welches über Deutschland hereingebrochen war, vollendete. Eine Frage insbesondere war es, die mich beschäftigte. Deutschland war in Besatzungszonen aufgeteilt. Es war zu befürchten, daß es gemäß den Grenzen dieser Besatzungszonen für alle Zeiten auseinandergerissen werde. Wenigstens den deutschen Willen zur Einheit noch in der Bevölkerung zu erhalten war eine Aufgabe, die nicht völlig aussichtslos zu sein schien.

Die Sowjets übten anfänglich eine wohlthuende Zurückhaltung. Sie hatten deutsche Emigranten mitgebracht, die sie mit der Wahrnehmung der politischen Geschäfte in der sowjetischen Besatzungszone betrauten und die hoffen ließen, die deutschen Interessen gegenüber sowjetischen Ansprüchen zu verteidigen. Es war verheißungsvoll, daß die Sowjets den Plan faßten, die beiden sozialistischen Parteien, die Sozialdemokratische Partei und die Kommunistische Partei, über das ganze Reich hin in einer einzigen Partei zu verschmelzen. Eine große gesamtdeutsche Arbeiterpartei wäre entstanden, welche eine mächtige Klammer hätte bilden können, das ganze deutsche Volk zusammenzuhalten. Sicher hätte eine solche gesamtdeutsche Arbeiterpartei sowjetischen Einfluß in die westlichen Zonen vorgetragen; vor allen Dingen hätte sich dieser sowjetische Einfluß im Ruhrgebiet Geltung verschaffen können. Aber zugleich hätte diese gesamtdeutsche Arbeiterpartei dem sowjetischen Einfluß auch Grenzen gesetzt. Innerhalb der westlichen Besatzungszonen hätten die dortigen Gruppen der gesamtdeut-

schen Arbeiterpartei Rückhalt bei den Amerikanern, Engländern, Franzosen finden können, wenn der sowjetische Druck auf die Partei zu stark geworden wäre. Die Sowjets hätten, um ein Zerbrechen dieser gesamten Partei zu verhüten, vorsichtig operieren und der deutschen Bevölkerung gegenüber weitgehende politische Zurückhaltung üben müssen. Man hörte damals sagen, die Sowjets würden sich mit einem »rosaroten« Deutschland zufriedengeben, wenn ihnen eine gesamtdeutsche Arbeiterpartei verbürgen würde, daß nicht wieder antibolschewistische Strömungen innerhalb des deutschen Volkes aufkämen.

Es gab damals Sozialdemokraten, welche ein Gefühl dafür hatten, was für Deutschland auf dem Spiele stand. Man konnte der Auffassung sein, die Losung, welche die Kommunistische Partei ausgab, die Losung nämlich von einem »deutschen Weg«, sei mehr als ein taktischer Schachzug, sie sei ein ernsthaftes politisches Programm. In der Tat wäre der Gewinn, den die Sowjets durch die Entstehung einer gesamtdeutschen Arbeiterpartei davongetragen hätten, groß genug gewesen, um sie zu veranlassen, als Preis den Verzicht auf die ausgesprochene Sowjetisierung ihrer Zone zu bezahlen. Die Sowjets hätten ihre Hände in Westdeutschland gehabt, und sie hätten es als billig zugestehen müssen, daß auch die Westmächte ihre Hände in der von ihnen besetzten Zone hielten.

Die Aufteilung des Großgrundbesitzes und die Zerschlagung der Konzerne hätte an sich noch nicht als grundsätzliche Entscheidung über die soziale Ordnungsstruktur gedeutet zu werden brauchen. Man konnte sie als Auswirkungen der Potsdamer Beschlüsse auffassen. Bedeutungsvoll freilich mußte es künftighin werden, ob auch die Westzonen sich an jene Bestimmungen der Potsdamer Beschlüsse hielten. Führten sie auf dem Boden der Potsdamer Beschlüsse eine Sozialreform durch, dann entstand im Westen wie im Osten eine im großen und ganzen gleichgeartete soziale und wirtschaftliche Struktur; Deutschland wäre die Kluft erspart geblieben, die später zwischen der Ostzone und den Westzonen entstand.

Indes schlug der Gang der Dinge eine verhängnisvolle Richtung ein. Der Plan einer gesamtdeutschen Arbeiterpartei scheiterte. Wie in der Geschichte öfter versagte die Sozialdemokratie in einer entscheidenden Stunde. Sozialdemokratische Emigranten, die in England und Amerika Zuflucht gefunden hatten, bearbeiteten ihre deutschen Genossen, den Zusammenschluß zu vereiteln. Sie taten es, ob bewußt oder unbewußt, als Sachwalter kapitalistischer,

amerikanischer und englischer Interessen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands blieb auf die Sowjetzone beschränkt; sie hatte in dieser Beschränkung nicht genug Eigengewicht, um irgendwie als Gegenspieler der Sowjets auftreten zu können. Indem die Sozialdemokratie der Westzonen sich der Einigung entzog, wurde die Arbeiterbewegung des Hebelarms beraubt, mittels dessen sie sich als selbständige politische Kraft innerhalb der Ostzone hätte zur Geltung bringen können; die Arbeiterschaft brachte sich um die große Chance, die eigentliche Klammer der Einheit des deutschen Volkes zu werden.

Amerika nutzte den Fehler, den die Sozialdemokratie begangen hatte, sogleich für sich aus. Es unterband von Grund auf die Sozial- und Wirtschaftsreform in Westdeutschland. Die Potsdamer Beschlüsse wurden nicht ausgeführt, die Junker und die Schwerindustriellen Westdeutschlands wurden geschont, Westdeutschland sollte allen besitzenden Schichten Deutschlands als Schutzdach erscheinen, unter dem mit Amerikas Hilfe die überlieferte Eigentumsordnung gesichert sein sollte. Jetzt war die Kluft zwischen deutschem Westen und Osten aufgerissen; die Sozialstruktur der Ostzone schien sozialistisch, ja bolschewistisch zu sein, die soziale Struktur des Westens verhärtete sich sogar provokatorisch in kapitalistischen und imperialistischen Formen. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik war die unvermeidliche Folge. Alles schien für Deutschland verloren zu sein.

Hopkins erzählt in seinen nachgelassenen Papieren, wie in einem Gespräch zwischen dem Präsidenten Roosevelt und dem britischen Außenminister Eden die Frage der Aufteilung Deutschlands erörtert worden sei. Roosevelt habe als Demokrat Bedenken getragen, sie gewaltsam zu erzwingen. Eden habe ihn getröstet und ihm auseinandergesetzt, die deutsche Geschichte lehre, daß das deutsche Volk dazu neige, sich selbst zu entzweien, wenn nur geschickt genug Zwietracht gesät werde.

Nach solchem Rezept war nunmehr verfahren worden. Deutsche Politiker hatten, indem sie den Londoner Empfehlungen Rechnung trugen, ihre Hand dazu geboten, einen westdeutschen Staat ins Leben zu rufen. Ostdeutsche Politiker schufen unter sowjetischer Anregung als Antwort darauf einen eigenen ostdeutschen Staat. Beide taten es, obschon es mit Händen zu greifen war, daß diese Staatsgebilde ohne echte Souveränität waren und nur von Gnaden ihrer Schutzmächte lebten. So intensiv, wie sich nunmehr

die Bundesrepublik dem Westen einzugliedern suchte, sich Europa »integrieren« wollte, ebenso intensiv drängte es die Deutsche Demokratische Republik zur Einverleibung in den sowjetisch geführten Block.

Allerdings muß festgestellt werden, daß die Bundesrepublik ohne Rücksicht auf ostdeutsche Interessen und das ostdeutsche Schicksal ihre Westpolitik vorantrieb. Schon die Wahl der Hauptstadt, die Wahl Bonns, redete eine deutliche Sprache. Die Bundesrepublik wollte ein reiner Weststaat sein: katholisch, kapitalistisch, bürgerlich. Ihr Kanzler Adenauer ließ völlig außer acht, daß sich von Bonn, von der Pfaffengasse aus, der deutsche Osten schlechthin nicht halten ließ. Man geht wohl nicht fehl, Adenauer zu unterstellen, daß er insgeheim den Osten gar nicht halten wollte, diesen protestantischen, einst preußischen Osten, angesichts dessen dem Rheinländer seit Jahren unbehaglich zumute war. Offen eingestehen allerdings durfte Adenauer diese geheime Verzichtleistung auf den deutschen Osten nicht; gelegentlich mußte er sich mit Redensarten zu einer Wiedervereinigung bekennen. Entscheidend freilich blieb, daß er durch seine Westpolitik alle Möglichkeiten einer solchen Wiedervereinigung drastisch zerschlug; seine politischen Handlungen zielten auf eine Verewigung der deutschen Spaltung, die er, seinen Worten nach, überwinden wollte.

So wie die westdeutsche Sozialdemokratie die ostdeutsche Arbeiterbewegung den Sowjets preisgegeben hatte, so lieferte Adenauers Westpolitik die gesamte ostdeutsche Bevölkerung den Sowjets aus. Obschon mir alles hoffnungslos zu sein schien, entzog ich mich doch nicht den letzten Versuchen, die noch gemacht wurden, der endgültigen Aufspaltung Deutschlands zu begegnen. Die Bildung der Nationalen Front und des Nationalrats im Osten konnten als letzte Zuckungen eines deutschen Einheitswillens gedeutet werden. Meine ganze Wirksamkeit war daraufhin gerichtet, in der westdeutschen Bevölkerung den deutschen Einheitsgedanken lebendig zu erhalten; meine Vorträge in verschiedenen Städten der Bundesrepublik, meine nach Westdeutschland gerichteten Rundfunksendungen, meine Zeitschriftenaufsätze, meine Broschüre »Ost-West-Gespräch« dienten allesamt diesem Zweck. Man konnte den Eindruck haben, daß den Sowjets eine Verständigung mit Amerika erwünscht gewesen wäre und daß sie der deutschen Einigung zustimmen würden, wenn Amerika auf die volle Einbeziehung der Bundesrepublik in die Westpakte Verzicht leisten würde. So schwebte die Einigungspolitik der Nationalen Front

nicht völlig in der Luft; einem sowjetischen Interesse wurde Genüge getan, wenn die Bundesrepublik nicht als Aufmarsch- und Rekrutierungsgebiet Amerikas gegen die Sowjets ausgebaut wurde.

Doch hatten die Sowjets offenbar schon den Fall einkalkuliert, daß die Verhandlungen mit Amerika scheiterten. So trafen sie Anstalten, ihre Besatzungszone ganz eng und unlöslich an sich zu ziehen und sie nach ihrem eigenen Vorbild umzuorganisieren. Der »deutsche Weg« wurde als politisches Ziel ausdrücklich widerrufen; die SED formte sich zu einer Partei neuen Typus nach sowjetischem Muster; die Kluft zwischen deutschem Westen und deutschem Osten wurde in zunehmendem Maße vertieft und erweitert. Als ich sehen mußte, daß alle Bemühungen um eine Wiederherstellung der deutschen Einheit vergebens waren, zog ich mich aus der Politik zurück.

Schmerzbewegt verfolgte ich nunmehr die weiteren Geschehnisse.

Einkreisung

Im Jahre 1946 übernahm der amerikanische Präsident Truman das Wort von dem »Cordon sanitaire«, der um die Sowjetunion gezogen werden müsse. Damit war das Programm der Einkreisung der Sowjetunion verkündet. Der Marshallplan, der im Jahre darauf vom amerikanischen Außenminister proklamiert wurde, verschärfte diese Einkreisungspolitik und goß sie in böartige Formen. Die Völker, welche sich der amerikanischen Einkreisungspolitik anschlossen, sollten amerikanische Gelder bekommen. Wohl konnten sie solche Gelder zum Teil zum Einkauf von Gütern des täglichen Bedarfs verwenden; vor allem aber sollten sie dem Zwecke dienen, Industrien neu zu beleben, die eines Tages in Rüstungsindustrien verwandelt werden konnten.

Ohne Besinnen griff die Bundesrepublik nach der Möglichkeit, zu Geld zu kommen. Die westdeutsche Schwerindustrie sah Silberstreifen am Horizont; sie zweifelte nicht daran, daß sie, wenn sie in enge wirtschaftliche Verbindungen mit Amerika kam, von Amerika gegen jeden sozialen Umsturz behütet und geschützt werde.

Es gab Illusionisten und Utopisten, welche der Auffassung waren, Amerika gebe seine Gelder nur aus humanitären Absichten und Rücksichten. Bald aber zeigte sich, daß Amerika bedenkliche

Pläne im Schilde führte. Es rechnete zwar nicht mit der eigentlichen Rückzahlung der ausgeworfenen Gelder in bar; aber einen Preis wollte es für diese Summen haben. Um diese Zeit besuchte mich eine amerikanische Journalistin. Wir erörterten den Sinn des Marshallplans. Sie hob hervor, Amerika wolle auf Rückzahlung der Gelder gar nicht bestehen. Amerika aber, so erwiderte ich, rechne mit einer Rückzahlung ganz anderer Art. Es verlange zu gegebener Zeit das Blut deutscher Soldaten. Die Journalistin antwortete, Amerika fordere Soldaten für seine Dollars. Die Aufrüstung in allen Marshallländern wurde angekurbelt. So wie England einst seine Festlandsdegen subventioniert hatte, so erhielten jetzt jene westeuropäischen Mächte, deren militärische Kraft für amerikanische Interessen gegen die Sowjetunion eingesetzt werden sollte, geldliche Zuschüsse. Es war ein politisches Geschäft ganz großen Stils, das Amerika mit dem Marshallplan einleitete. Es kaufte ganze Völker, es kaufte sogar das stolze Albion und das ehrgeizige Frankreich. Wie wäre nicht Westdeutschland ebenfalls zu haben gewesen!

Die im Jahre 1945 geschlagenen und gedemütigten deutschen Soldaten waren plötzlich wieder begehrte Ware. Die deutsche Weltmacht zu gründen waren sie nicht imstande gewesen; die preußische Tradition war vernichtet: Wollten sie wieder zum Zuge kommen – und sie wollten es aus verschiedenen Gründen –, so konnten sie es nur als Landsknechte, als Söldner, als Reisläufer in amerikanischen Diensten.

In der Volkskammer

In der Volkskammer trat ich der Fraktion des Kulturbundes bei. Es fehlte nicht an Veranstaltungen, die Stellung des Abgeordneten bedeutungsvoll erscheinen zu lassen. Ein starkes Selbstgefühl der Abgeordnetenkammer sollte ausgebildet werden, der Abgeordnete sollte das Bewußtsein, Vertreter des Volkes zu sein, würdevoll und betont zur Schau tragen.

Die eigentliche Stellung des Abgeordneten entsprach diesem Schein keineswegs. Die Gesetze wurden vom Zentralkomitee der SED ausgearbeitet; die Aufgabe der Volkskammer bestand lediglich darin, ihre Zustimmung auszusprechen. Die Fraktionen erhielten die Gesetzesvorlagen in der Regel kurz vor den Plenarsitzungen. Eine Fraktionssitzung dauerte selten länger als eine

Stunde; man hatte keine Zeit, sich in den Text der Vorlage zu vertiefen. Ein Abgeordneter wurde dazu bestimmt, als Fraktions-
sprecher eine Rede von 15 Minuten zu halten, um das Einver-
ständnis der Fraktion mit dem neuen Gesetz zu bekunden. Über
den Gegenstand gab es weder in der Fraktionssitzung noch im
Plenum ernsthafte Debatten. Als einstiger bayerischer Landtags-
abgeordneter hatte ich den Stil bürgerlicher Parlamente kennen-
gelernt. Angesichts des Verfahrens der Volkskammer war mir je-
desmal im höchsten Maße unbehaglich zumute. Ich fühlte mich in
einer schiefen Lage: Die Kritik, zu der es mich drängte, hatte in
dieser Umwelt keine Lebensluft, die Rolle aber, zu der hier der
Abgeordnete verurteilt war, erschien mir unwürdig. So verließ ich
die Sitzung der Volkskammer gewöhnlich schon in der ersten
Stunde.

Es gab andere Abgeordnete, die von ähnlichen Gefühlen bewegt
sein mochten wie ich. Um zu verhindern, daß die Sitzungen vor
leeren Bänken stattfanden, wurde ein moralischer Druck auf die
Abgeordneten ausgeübt. Man sprach von dem hohen Ansehen des
Abgeordneten; er sei es dem Volke schuldig, mit Ernst an den
Verhandlungen teilzunehmen, und heimlich klang ein Unterton
von Drohung mit, dem säumigen Volksvertreter das Mandat zu
nehmen.

Als in der Fraktionssitzung einmal wieder heftige Klage gegen
Intellektuelle geführt wurde, weil sie vor der Zeit die Verhandlungen
verließen, verteidigte der Dichter Arnold Zweig die ihm vor-
geworfene Uninteressiertheit, indem er unterstrich, er sei ein alter
Mann, dem nur noch wenig Zeit zum Schaffen bleibe. Er habe sich
vorgenommen, bevor er sterbe, noch fünf Romane zu schreiben.
Dazu müsse er mit seinen Kräften und seiner Zeit haushalten.
Seine Zeit sei besser ausgenutzt, wenn er sie dazu verwende, an
seinem Werk zu arbeiten, als wenn er seine Stunden tatenlos in der
Volkskammer absitze. Verloren gehe ihm ja nichts, da er andern-
tags in den Zeitungen der Deutschen Demokratischen Republik
vollständige Berichte über den Inhalt der Verhandlungen vorge-
setzt bekomme. Professor Theodor Brugsch schloß sich diesen
Ausführungen auch für seine Person an. Mit Entrüstung und
Empörung wurden aber solche Entschuldigungen von den Arbei-
terabgeordneten zurückgewiesen. Am aufgeregtesten, heftigsten
und unerbittlichsten zeigte sich dabei der Dichter Kuba, ein junger
Lyriker aus dem Proletariat.

Das Statistendasein, das die Abgeordneten führten, tötete das in-

ne Interesse der Abgeordneten an ihrer Funktion. Man sann auf Mittel, dieses nutzlose Dasein mit einigem Gehalt zu erfüllen. Genaue Pläne wurden ausgearbeitet, die regelten, wie oft und an welchen Orten die Abgeordneten Rechenschaft über ihre Arbeit ablegen sollten. Außerdem sollten sie häufig Sprechstunden abhalten, in welchen ihnen ihre Wähler Wünsche und Sorgen vortragen konnten. Die Abgeordneten sollten versprechen, die Beschwerden den einschlägigen Ministerien vorzutragen; Abhilfe wurde in Aussicht gestellt. In den Ministerien wurden, wenn ein Abgeordneter in einem konkreten Falle interveniert hatte, zwar Aktenvermerke gemacht; praktische Maßnahmen zur Abhilfe unterblieben jedoch gewöhnlich.

Am 15. Oktober 1950 fanden die ersten Wahlen zur Volkskammer statt. Nach der Verfassung sollten sie allgemein, frei und geheim sein. Die SED fürchtete, die bürgerlichen Parteien könnten schon aus Oppositionsgründen übermächtig werden und die SED bei weitem überflügeln. Aus diesem Grunde wurden die bürgerlichen Parteiführer unter leisem Druck dazu überredet, sich mit Einheitslisten einverstanden zu erklären. Die Einheitslisten setzten die vereinigten bürgerlichen Parteien in die Minderheit; der SED blieb im Verein mit den Gewerkschaften, dem Demokratischen Frauenbund, der Freien Deutschen Jugend und dem Kulturbund die sichere Mehrheit.

In Wahlversammlungen sollten die Kandidaten ihren Lebenslauf berichten, sie sollten Rede und Antwort stehen, wenn ein Versammlungsteilnehmer Rechenschaft über den Lebensweg des Kandidaten forderte. In vielen Versammlungen wurde diese Komödie aufgeführt. Sie sollte beweisen, wie eng die Verbindung zwischen dem Volk und den Abgeordneten sei und daß nur Männer, die keine Prüfung auf Herz und Nieren zu scheuen hatten, in die Volkskammer entsandt würden. Ich wehrte mich gegen dieses Verfahren und erreichte es auch, dieser Prozedur nicht unterzogen zu werden.

Europäische Bilanz

Wie ich bereits erzählte, hatte ich mich seit Beginn meiner Haftzeit damit beschäftigt, das Wissen, welches ich mir zeitlebens angeeignet hatte, zu mobilisieren.* Angestrengt bemühte ich mich, die

* Vgl. E. Niekisch, *Gewagtes Leben*, Köln–Berlin 1958, S. 289

Probleme, die den menschlichen Geist im Laufe der Zeit beschäftigt hatten, neu durchzudenken. So verbrachte ich während meiner Nürnberger Gestapozeit die Tage und einen Teil der Nächte, so war ich während der Untersuchungshaft tätig, so füllte ich auch meine Brandenburger Jahre aus. Demgemäß war mein Gedächtnis geübt. Es war erstaunlich, wie sich mir die Probleme in völlig neuer Beleuchtung zeigten.

Nach meiner Befreiung begann ich damit, alles das, womit ich in den verfloßenen Jahren umgegangen war, niederzuschreiben. Die Niederschrift rundete sich zum Manuskript eines Buches: »Europäische Bilanz«.

Ende des Jahres 1947 lernte ich den Leiter des Verlags Rütten & Loening, Dr. Riemerschmidt, kennen. Dr. Riemerschmidt war auf der Suche nach Autoren und neuen Manuskripten. Er war von vornherein davon überzeugt, daß mein Manuskript für ihn geeignet sei, und schloß, noch ehe er es geprüft hatte, einen Vertrag mit mir. Bevor er an die Herstellung des Werkes gehen durfte, mußte er es dem »Kulturellen Beirat« vorlegen. Mein Manuskript bereitete den Herren des »Kulturellen Beirates« einige Kopfschmerzen. Die Lektoren befaßten sich mit ihm. Der erste, M. Lange, war ein kenntnisreicher und geistvoller Mann, den ich als philosophisch gebildeten Literaturhistoriker schätzengelernet hatte. Er meinte, mein Werk bestehe nicht eigentlich vor den Maßstäben des »Wissenschaftlichen Sozialismus«, aber es sei geistreich und glänzend formuliert; für bürgerliche Leser sei es durchaus geeignet. So empfahl er die Drucklegung. Ihm schloß sich der zweite Lektor an, der einst als junger Buchhändler meiner Widerstandsbewegung angehört hatte. Da sich die Mehrheit der Beiratsmitglieder aber gegen eine Veröffentlichung aussprach, beantragte er, um eine Ablehnung zu verhindern, das Manuskript dem ZK der SED vorzulegen. In Unkenntnis dieser Situation ließ der Verleger mit den Satzarbeiten beginnen. Ende 1948 waren diese beendet, auch die Korrekturen hatte ich bereits gelesen. Dann aber stockte plötzlich der Fortgang der Herstellung. Der Verleger gab mir keinen klaren Bescheid, er wich allen meinen Fragen mit hinhaltenden Antworten aus. Von anderer Seite erfuhr ich, das Manuskript sei noch einigen anderen Lektoren zur Nachprüfung übergeben worden. Ein angehender Historiker, Obermann, hatte das Lektorat mit der Begründung abgelehnt, er sei kein Philosoph, sondern Historiker. Durch Zufall kam mir zu Ohren, ein junger Philosoph, Dr. Klaus Schrickel, beschäftige sich mit dem Manuskript. Bei meinen Nach-

forschungen kam ich dahinter, daß ein führendes Mitglied des Zentralkomitees, Fred Oelßner, den jungen Dr. Schrickel beauftragt hatte, ein Gutachten über das Manuskript anzufertigen. Bei einer Gelegenheit traf ich Fred Oelßner und fragte diesen, warum die Herstellungsarbeiten eingestellt und die Druckerlaubnis wieder zurückgezogen worden sei. Oelßner behauptete, dies sei nicht der Fall. Ich sagte dies dem Verleger, der mir vertraulich mitteilte, ich sei falsch informiert worden. Wieder wandte ich mich an Oelßner, der mich daraufhin einlud, ihn in seinem Büro zu besuchen. Dort lag das Gutachten des Dr. Schrickel vor. Es strotzte von kleinlichen Einwänden und Bedenken. Dem jungen Mann paßte meine Geschichtsauffassung nicht, und mit meinem Marxismus war nach Schrickels Auffassung kein Staat zu machen. Das Gutachten schloß streng und kategorisch, daß eine Veröffentlichung des Buches in der vorliegenden Fassung ausgeschlossen sei.

In der Auseinandersetzung mit Oelßner begegnete ich einem Mann von enger Geistigkeit. Oelßner war ungefähr im Jahre 1925 nach Moskau gegangen, hatte dort die Universität besucht und war im Leninismus eingehend geschult worden. 1931 war er kurze Zeit nach Deutschland zurückgekehrt. Er hatte sich dann aber wiederum in die Sowjetunion zurückbegeben, wo er nach 1933 als Emigrant lebte und an der Universität Dozent für Marxismus-Leninismus wurde. Ihn erfüllte das Bewußtsein der Unfehlbarkeit; er kannte die Schriften Lenins und Stalins genau und hielt sich für einen gescheiten Kopf, weil er in der parteigerechten Interpretation dieser Schriften geübt war.

Vor mir hatte während der ganzen Auseinandersetzung ein Stoß von Fahnenabzügen meines Werkes gelegen, die Oelßner und Schrickel zur Einsichtnahme gedient hatten. Ich packte diesen ganzen Stoß von Fahnenabzügen, obwohl er mir eigentlich gar nicht zustand, in meine Aktentasche und verabschiedete mich. Als ich ihn zu Hause durchblätterte, fand ich zu meiner Überraschung einige Briefe. Oelßner hatte, wie ich jetzt lesen konnte, dem Verlag die Druckerlaubnis wieder entzogen. Ich sandte diese Briefe wieder an Oelßner zurück, der mir süßsauerlich antwortete, es habe nichts zu bedeuten, daß ich über diese internen Dinge Bescheid wisse, sie seien kein Geheimnis.

Mit einer Darstellung dieser Vorgänge hatte ich mich auch an den Ministerpräsidenten Otto Grotewohl gewandt. Dieser griff ein. Man auferlegte mir, ein Kapitel aus dem Manuskript herauszunehmen, in welchem die Bedeutung der Juden in der Geistesge-

schichte behandelt wurde, und gab den Druck des Werkes nunmehr frei. So konnte das Werk »Europäische Bilanz«, dessen Erscheinen im Jahre 1949 zu meinem 60. Geburtstag geplant gewesen war, Ende 1950 herauskommen.

In verschiedenen westdeutschen Zeitungen und Zeitschriften wurde die »Europäische Bilanz« gut aufgenommen. Die Auflage, die insgesamt 5000 Stück betrug, war in der Deutschen Demokratischen Republik rasch verkauft. Vor allen Dingen griffen die Studenten der verschiedenen Universitäten danach. Im »Aufbau«, der Zeitschrift des Kulturbundes, erschien eine sehr günstige Beurteilung des Werkes. Nur mit Mißbilligung wurde dies vom Zentralkomitee der SED bemerkt. Dort war man der Auffassung, es müsse gegen die Wirkung des Buches vor allem auf die Jugend etwas geschehen; die »ideologischen Irrtümer«, die das Buch enthalte, dürften nicht unwidersprochen bleiben.

In einer Notiz über Buchkritik im allgemeinen, die das »Neue Deutschland« brachte, war die Rezension, die der »Aufbau« über mein Buch veröffentlicht hatte, beanstandet worden. Dies deutete darauf hin, daß gegen mich etwas im Gange war.

Im Maiheft der »Einheit« vom Jahre 1952, dem wissenschaftlichen Organ der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, platzte endlich die Bombe. Wilhelm Girnus veröffentlichte hier einen längeren scharfen Artikel gegen das Buch.

Girnus hatte ich kennengelernt, als er stellvertretender Intendant des Berliner Rundfunks war. Ein intelligenter Mitarbeiter des Rundfunks, Dr. Demel, hatte mich eingeladen, einen Vortrag über die Gespräche Goethes mit dem Historiker Luden zu halten. Die skeptischen Äußerungen Goethes über die Geschichtswissenschaft hatte ich in meinem Manuskript zu voller Wirkung kommen lassen. Da bat mich Girnus um einen Besuch und verlangte von mir, eine Kritik der Goetheschen Auffassungen einzubauen. Ich lachte Girnus aus und sagte, ich würde ja zur komischen Figur werden, wenn ich mir erlaubte, Goethe gegenüber als Besserwisser aufzutreten. Der Rundfunkvortrag wurde zwar gebracht, aber einige wichtige Stellen waren gestrichen worden.

Girnus also fiel mich an, wie ich später erfuhr, im Einverständnis mit Ulbricht. Es blieb kein guter Faden an der »Europäischen Bilanz«. Sie war unmarxistisch, idealistisch, ihr fehlte das rechte Verständnis für Goethe; mir wurde empfohlen, mich durch Sowjetwissenschaftler über Goethe belehren zu lassen. Meine Werturteile wurden durchweg als falsch erklärt. Dann aber kam

das grobe Geschütz: ich sei, so behauptete Girnus, in die Nähe der »amerikanischen Kriegshetzer« gerückt und hätte Anlaß gegeben, in mir einen Gegner der Sowjetunion zu vermuten. Dieser Aufsatz des Girnus' war in jedem Fall eine Unverschämtheit, aber er gab mir zu verstehen, daß ich abgeschrieben sei. Wenn ich jetzt nicht reumütig öffentliche Buße tat, hatte ich ausgespielt.

Dazu war ich jedoch keineswegs bereit. Ich schrieb eine kurze Entgegnung, in der ich es ablehnte, mich mit Girnus auseinanderzusetzen, und in der ich mein Erstaunen über die sachlich völlig unbegründeten Anwürfe Girnus' äußerte. Die Redaktion der »Einheit« lehnte es ab, meine Erwiderung zu bringen.

Später wurde mir noch erzählt, schon der Text der Buchklappe, der von Dr. Maus geschrieben worden war, habe Anstoß erregt. In diesem Text hieß es: »Ernst Niekisch gehört zu den unabhängigen Köpfen Deutschlands . . . Das unterscheidet ihn von der behenden Geschäftigkeit, mit der seit 1945 die jüngste Vergangenheit gedeutet wird.« In einem Teil der Auflage mußte dieser Text auf der Buchklappe verschwinden und wurde durch Anzeigen von Büchern Johannes R. Bechers ersetzt.

Die Einstellung der Partei zu dem Buche zeitigte bald für mich einschneidende Auswirkungen.

Universität

Ich habe schon berichtet, daß ich gleich nach meiner Entlassung aus Brandenburg im Jahre 1945 Schritte unternahm, um an die Universität berufen zu werden. Der damalige Referent für die Universität bei der Zentralverwaltung für Volksbildung, Dr. Wüsing, erhielt meine »Dritte imperiale Figur«, um sich ein Bild von meinen Qualitäten machen zu können. Wüsing verließ jedoch bald sein Amt, und so hing die ganze Sache in der Luft. Vorerst übernahm ich das Amt des Leiters der Volkshochschule Wilmersdorf, aber damit hatte ich meine Absicht noch nicht begraben. Der erste Rektor der wiedereröffneten Universität war Professor Eduard Spranger. Von Spranger, dessen berühmtestes Buch »Psychologie der Jugendjahre« ich gelesen hatte, wußte ich nur, daß er beim Beginn des Dritten Reiches etwas knieschwach geworden war; erst sehr viel später erfuhr ich, daß er zu jener Mittwochsgesellschaft gehörte, zu der außer Generaloberst Beck auch der Botschafter von Hassel zählte. Mein Besuch bei Spranger verlief kühl und förmlich. Er

meinte, ich müsse mich bewerben, mein Bewerbungsschreiben würde dann dem großen Stoß der bereits eingelaufenen beigelegt werden. Dann fragte er mich, welche Spielart der Soziologie ich pflegen wolle: philosophische oder empirische Soziologie.

Zuweilen ging ich in das Amt für Volksbildung, an dessen Spitze Paul Wandel stand. Wandel war ein alter Kommunist. Er machte den Eindruck eines ruhigen und gesetzten Mannes, war nicht ohne Bildung und verriet, daß er im Grunde eine weiche Natur war. Aus mir nicht bekannten Gründen war er mir nicht gewogen. So konnte ich kaum damit rechnen, von ihm gefördert zu werden. Das Hochschulreferat hatten der Mediziner Professor Dr. Brugsch, der Physiker Dr. Robert Rompe und der Mathematiker Dr. Naas übernommen. Mitunter unterhielt ich mich mit ihnen und hatte den Eindruck, auch von ihnen nicht viel erwarten zu dürfen. Mein körperlicher Zustand war freilich noch immer nicht ermutigend.

In dieser Zeit lernte ich einen hochgebildeten sowjetischen Offizier, Major Patent, kennen. Patent überwachte den »Aufbau« und überhaupt die Tätigkeit des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands. Einmal hatte ich ihn zu einer philosophischen Diskussion nach Wilmersdorf eingeladen. In der Diskussion zeigte es sich, wie tief er mit der deutschen Philosophie vertraut war und die Neukantianer, Rickert, Bauch, ebenso auch Dilthey besser kannte als die deutschen Diskussionsredner. Einmal zog ich ihn auch zu einem Vortrag an der Volkshochschule Wilmersdorf heran.

Dieser Major Patent war es, der die Hochschulreferenten bestimmte, meine Berufung an die Universität in die Wege zu leiten. Die Schwierigkeit lag nun darin, die philosophische Fakultät dahinzubringen, einen Ruf an mich ergehen zu lassen. Wandel sträubte sich dagegen – und hier war ich völlig mit ihm einig –, mich der Fakultät aufzuzwingen.

Der Dekan der philosophischen Fakultät war Professor Dr. Meusel. Meusel war vor 1933 Professor für Soziologie an der Technischen Hochschule in Aachen gewesen. Als Student war er 1918 in Kiel der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei beigetreten. Später, in Aachen, wurde er Kommunist. Er gehörte der Arbeitsgemeinschaft zum Studium der russischen Planwirtschaft an und kannte meinen »Widerstand«. 1933 ging er nach England in die Emigration und richtete dort eine Reihe von Schulungskursen für deutsche Emigranten ein. Er war eine zurückhaltende, wenig gesellige Natur und sehr empfindlich.

Im Jahre 1946 wurde an der Berliner Universität ein ordentlicher Lehrstuhl für »Politische und soziale Probleme der Gegenwart« eingerichtet. Ihm lag die Absicht zugrunde, die große Zahl der bürgerlichen Studenten in marxistische Gedankengänge einzuführen, ihnen die marxistische Betrachtungsweise nahezubringen. Wöchentlich waren zwei Stunden vorgesehen, Pflichtbesuch war angeordnet.

Auf diesen Lehrstuhl wurde Alfred Meusel berufen, der 1946 nach Deutschland zurückgekehrt war. Mit ihm kam sein junger Freund Heinz Kamnitzer zurück, den er als seinen Schüler und Assistenten beschäftigte und protegierte.

Die Sowjets hatten angedeutet, daß dieser Lehrstuhl nicht von Dauer sei. Er solle nur ein Übergang zu intensiverer gesellschaftlicher Schulung sein. So strebte Meusel von diesem Lehrstuhl weg. In der Fakultät schlug er 1947 vor, mir einen Lehrauftrag für »Politische und soziale Probleme der Gegenwart« zu geben. Da er mit Takt und Vorsicht Parteigesichtspunkte vertrat und offensichtlich Einfluß auf maßgebliche Regierungsstellen besaß, hatte er das Vertrauen der Fakultät gewonnen, die damals noch fast ganz aus bürgerlichen Professoren bestand. Ich erhielt den Lehrauftrag und las drei Semester hindurch an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät.

Nachdem Meusel im Jahre 1948 den Lehrstuhl für »Neuere Geschichte« übernommen hatte, wollte die Regierung den Lehrstuhl für »Politische und soziale Probleme der Gegenwart« neu besetzen. Im März 1948 wurde ich von Meusel der Fakultät vorgeschlagen. Obschon ich ein Außenseiter war, wurde ein Widerspruch nicht laut; man akzeptierte mich, und zwar als Professor mit vollem Lehrauftrag, eine Stellung, die dem früheren Extraordinarius entsprach. Damit war ich Mitglied der Fakultät. Im Herbst 1949 wurde ich dann zum Professor mit Lehrstuhl, zum ordentlichen Professor also, ernannt. Verschiedene bürgerliche Professoren kannten mich aus meiner früheren Tätigkeit.

Nur langsam wuchs innerhalb der Fakultät die Zahl der Parteimitglieder an. Noch waren in der Fakultät der Soziologe Vierkandt, der Anglist Spieß, der Graecist Schadewald, die Germanisten Kunisch, Simon und Wissmann, der Romanist Neupert, der Orientalist Hartmann, die Historiker Hartung und Röhrig, Männer von großem wissenschaftlichen Ruf. Die Diskussionen in der Fakultät waren zumeist lebhaft; es gab häufig Opposition gegen Pläne der Regierung. Erst im Laufe des Jahres 1949 verließen ver-

schiedene dieser Männer die Universität. Spieß, Hartung, Röhrig und Hartmann setzten sich zur Ruhe; Schadewald ging nach Tübingen, Neupert und Kunisch ließen sich an die Freie Universität nach West-Berlin berufen. Sie wurden durch Parteimitglieder ersetzt, und so erhielt die Fakultät allmählich eine Mehrheit von SED-Professoren.

Meine Hauptvorlesung »Politische und soziale Probleme der Gegenwart« hielt ich wöchentlich zweimal. Noch hatten sich die Studierenden nicht an den neuen Stil des Universitätsstudiums gewöhnt; eine Verpflichtung auf eine Vorlesung schmeckte ihnen übel, und sie revoltierten dagegen. Indes hatte ich das Glück, ihnen nicht zu mißfallen. Ich trug im allgemeinen den Stoff vor, der später den Inhalt der »Europäischen Bilanz« bildete.

Einmal nahm an einer meiner Vorlesungen, ohne daß ich es wußte, ein Berichterstatter der Westberliner Zeitung »Kurier« teil. In seinem Bericht meinte er, aufgrund des schweren wissenschaftlichen Geschützes, das ich auffahre, merkten die Hörer gar nicht, wie sie langsam und allmählich zum Marxismus verführt würden. Etliche Zeit später machte ich die persönliche Bekanntschaft dieses Journalisten; er erzählte mir, er habe auch bei bürgerlichen Professoren Vorlesungen gehört, müsse aber sagen, ich sei der einzige wirklich »liberale Mann«, der an der Universität lehre. Ich genoß diese Ironie mit dem Vergnügen, das sie verdiente.

Einmal war ich vom Volksbildungsministerium zu einem Vortrag über die »Historiker des 19. Jahrhunderts« eingeladen worden. Meine Zuhörer waren die Geschichtslehrer der Oberschulen der Deutschen Demokratischen Republik. In der vorderen Reihe saß der Historiker Professor Meusel. Nach dem Vortrag bat er mich, für ihn eine dreistündige Vorlesung über »Geschichte der Geschichtstheorien« zu übernehmen. Der Stoff lag mir, und so entsprach ich seinem Wunsch.

Außer diesen beiden Vorlesungen hatte ich noch eine dritte über »Politik« angekündigt, die gut besucht wurde. Eine zweistündige Übung behandelte politisches Schrifttum, ein zweistündiges Seminar die Widerstandsbewegung.

Für mich war ein Institut für politische und soziale Probleme gegründet worden. Als Assistenten berief ich Dr. Heinz Maus. Maus kannte ich noch aus der Zeit vor 1933. Er studierte damals bei Hugo Fischer in Leipzig, war ein vielbelesener Mann von skurrilen Eigenheiten. Er legte sich nicht selten die wunderlichsten Konstruktionen zurecht. Der Soziologe Leopold von Wiese hatte ihn

der Fakultät empfohlen; man rechnete, daß er sich für Soziologie habilitiere. Unser persönliches Verhältnis entwickelte sich recht freundschaftlich.

Ein Hilfsassistent, Werner Richter, war ein eifriger Funktionär der Sozialistischen Einheitspartei. Ich förderte ihn nach Kräften. Er gehörte zu jener Generation, die unter Hitler groß geworden und infolgedessen geistig schlecht ausgerüstet war. Die Scheuklappen war er aus der Hitlerzeit gewöhnt. Seine Gedankenwelt hatte sich inzwischen völlig auf den Leninismus und Stalinismus ausgerichtet; schon mit Marx wußte er nichts Rechtes anzufangen. In seiner Nativität bezeichnete er einmal Marx als einen »Scharlatan«, ohne zu ahnen, wie er sich durch diese Äußerung geistig bloßstellte. Leider ließ er sich dazu mißbrauchen, Berichte über mich zu erstatten. Zuweilen kam er zu mir, um mich über politische Tagesfragen zu interpellieren; da ich Verdacht geschöpft hatte, übte ich weitgehende Zurückhaltung.

Diese Zurückhaltung ließ mein Assistent Dr. Maus vermissen. Des öfteren warnte ich ihn, aber die Warnungen fruchteten nichts. Wie ich später erfuhr, war er von Richter des »Trotzkismus« bezichtigt worden; ohne daß man mit ihm je Rücksprache nahm, wurde er als Trotzkist registriert. Im Herbst 1949 bewarb sich Maus darum, Kandidat der Partei zu werden. Ich empfahl ihn, und ein Tag der Prüfung wurde angesetzt. Ich glaubte, alles sei in guter Ordnung, und unterließ es, zu dieser Prüfung zu gehen. Die sogenannte Grundorganisation indes war ihm, wohl aufgrund der Richterschen Berichte, sehr übel gesinnt. Sogar Professor Meusel gab sich dazu her, Maus in die Enge zu treiben. Auf einem Soziologentag in Westdeutschland hatte Maus, es war nach 1945, vorgeschlagen, das Thema »Terror« zu behandeln. Er hatte an eine Analyse des nationalsozialistischen Terrors gedacht. Zum Referenten wurde Dr. Eugen Kogon bestellt. Als Kogon bei dem nächsten Soziologentag das Thema behandelte, tat er es nicht, ohne Bezug auf die Deutsche Demokratische Republik zu nehmen. Daran war Maus völlig unschuldig. Meusel aber unterstellte, Maus habe ein Kesseltreiben gegen die Deutsche Demokratische Republik veranstalten wollen. Maus wurde nervös, operierte bei dem inquisitorischen Frage- und-Antwort-Spiel ungeschickt, war nicht immer schlagfertig, und so geschah es, daß er als Kandidat abgelehnt wurde. Dies traf ihn empfindlich. Lange Zeit kam er nicht darüber hinweg.

Ende 1949 ließen verschiedene Anzeichen erkennen, daß in Hinsicht auf die Universitätspolitik ein anderer Kurs eingeschlagen

werden solle. Ein neuer Hauptabteilungsleiter, Halle, wurde in das Ministerium berufen. Er war bisher im Volksbildungsministerium von Sachsen-Anhalt in der Stadt Halle tätig gewesen. Er erzählte mir, welch lustige Mißverständnisse der Umstand hervorgerufen hätte, daß sein Familienname mit dem Namen seines Aufenthaltsortes zusammenfiel.

Bei seiner Berufung nach Berlin hatte die Regierung, ohne es genau ausgesprochen zu haben, die Erwartung gehegt, er werde die Universitäten der Deutschen Demokratischen Republik nach sowjetischem Muster umbauen. Halle hatte keine rechte Vorstellung von dem sowjetischen Vorbild und hatte seinen Auftrag offensichtlich auch nicht recht verstanden. Seine ersten Ansätze einer Universitätsreform stießen auf den Widerspruch der Professoren, er griff nicht durch, sondern ließ sich abschrecken und ließ alles beim alten. Das zog ihm die Ungnade der Regierung zu; Ende 1950 wurde er von einem Tag zum anderen abgesetzt. Ein eigenes selbständiges Staatssekretariat für Hochschulwesen wurde errichtet; als Staatssekretär wurde der Professor für materialistische Dialektik an der Universität Leipzig, Dr. Harig, berufen. Harig hatte früher Naturwissenschaften an der Technischen Hochschule in Aachen gelesen, war also einst ein Kollege Meusels gewesen. Nur war er freilich 1933 nicht nach England, sondern nach der Sowjetunion emigriert, hatte dort Russisch gelernt und ein genaues Bild vom Aufbau der sowjetischen Universitäten mit nach Deutschland gebracht. So schien er jetzt der rechte Mann an der rechten Stelle zu sein.

Kaum hatte er sein Amt angetreten, da wurde mir zu fühlen gegeben, daß man auch mit mir nicht völlig zufrieden sei.

Die Art und Weise, in welcher ich die politischen und sozialen Probleme behandelte, lag nicht im Sinne des Zentralkomitees der SED. Der Marxismus war für mich eine Methode, mit deren Hilfe ich an alle geschichtlichen Erscheinungen und Entwicklungsprozesse heranging. Die Studenten kamen mit überraschend engen Horizonten. Während der Zeit des Dritten Reiches hatten sie von manchen Perioden der Geschichte keine Kenntnis genommen; die Betrachtung der geschichtlichen Ereignisse war in ein dürftiges Schema eingepreßt, es fehlte den Studenten die freie Übersicht über die Entwicklung der europäischen Zivilisation. Mir lag daran, ihre Horizonte auszuweiten und sie mit allen wesentlichen Problemen bekannt zu machen. Dies war es, was viele Studenten anzog. Studenten aus der Freien Deutschen Jugend hingegen waren mit

mir nicht einverstanden. Sie wollten strengen dogmatischen Marxismus und Leninismus hören; was darüber hinausgriff, beunruhigte sie. Es kam unter ihnen sogar zu Verabredungen, meine Vorlesungen zu meiden, da ich »Objektivist« sei. Schon seit längerer Zeit war ein Feldzug gegen den Objektivismus im Gange. Man verlangte von den Wissenschaftlern strenge Parteinahme für die Gesichtspunkte und Interessen des Proletariats; wissenschaftliche Gegenstände objektiv darzustellen wurde als verschleierte Parteinahme für den bürgerlichen Klassenfeind gedeutet. So erschien der Objektivismus als eine verhüllte Form bürgerlicher Gebundenheit.

Manche Studenten hielten es für erlaubt zu denunzieren; sie bekundeten dabei nicht eben viel Intelligenz. In zwei Fällen kam ich dem, was hinter meinem Rücken vor sich ging, auf die Spur.

In einer Vorlesung über Politik hatte ich über den Begriff der »Intervention« gesprochen. Dabei hatte ich auseinandergesetzt, daß es immer eine gefährliche Sache für einen Staat sei, in einem anderen Land zu intervenieren. Dies könne unter Umständen zu schweren außenpolitischen Verwicklungen führen. Aus diesem Grunde habe Hitler nach 1936 in Spanien nicht interveniert, er habe nur »Freiwillige« hingesandt. So schlau aber, fuhr ich fort, wie Hitler seien die Chinesen auch. Sie intervenierten nicht in Korea, sondern schickten nur »Freiwillige« hin.

Ein Student, der vermutlich zum Auskundschaften meiner Vorlesungen anwesend war, berichtete entrüstet, ich hätte die Chinesen mit Hitler in einen Topf geworfen. Niemand sprach mit mir über die Sache, aber ich merkte bald, daß ich schief angesehen und den politisch »Schwachen« zugerechnet wurde. Mein Seminar über Widerstandsbewegung war von einem SED-Mann, Guhr, besucht; er fiel mir durch seine Faulheit auf. Später wurde er Vorsitzender der Parteigruppe. Als solcher kam er eines Tages zu mir, um sich prüfen zu lassen. Er versagte in allem und jedem. Statt ihn aber nun schlankweg durchfallen zu lassen, rief ich ihn noch einmal herein und quetschte einige Kenntnisse aus ihm heraus. Aufgrund dessen ließ ich ihn passieren. Indes war er selbst von seiner Unzulänglichkeit so tief überzeugt, daß er behauptete, er sei durchgefallen. Im Ton der Entrüstung schrie er dies überall herum. Er drang sogar bis zum Staatssekretariat vor. Der Sachverhalt wurde von dort nicht aufgeklärt. Mir wurde nur einmal ein Vorwurf darüber gemacht, daß ich Gruppenvorsitzende durchfallen lasse.

Ein besonderer Witz lag darin, daß später festgestellt wurde, Guhr

sei Nazioffizier gewesen. Strafweise mußte er ein Jahr lang sein Studium unterbrechen.

Eines Tages erhielt ich einen Brief, in welchem ich zu meiner Überraschung las, das Ministerium habe beschlossen, mir um meiner wissenschaftlichen Verdienste willen eine Ehrenpension auszusetzen. Eine Ehrenpension? Ich wußte eigentlich nicht, womit ich diese verdient hatte; außerdem hatte ich auch noch nicht das pensionsfähige Alter. Ich deutete den Brief so, daß man beabsichtige, mich in den Ruhestand abzuschieben.

Im Januar 1951, gleich nach Beginn der Vorlesungen, verbreiteten Studenten, welche Parteifunktionäre waren, Gerüchte, mit meinem Institut werde es bald ein Ende haben. Ich merkte auch, daß vor dem Besuch meiner Vorlesungen gewarnt wurde. Meine Vorlesung über »Geschichte der Geschichtstheorien« wurde nicht mehr genehmigt.

Im Februar wurde mir dann eröffnet, vom kommenden Sommersemester an würden mein Lehrstuhl und mein Institut geschlossen. In seine Räume komme ein »Konsultationsbüro«, das von Studenten geführt würde. Dr. Maus wurde kurzfristig gekündigt. Alle Maßnahmen, die nun getroffen wurden, hatten etwas Kränkendes und Beleidigendes für mich. Einige Studenten und Studentinnen bezogen meine Räume und machten sich dort anspruchsvoll breit. Ich protestierte gegen diese Formlosigkeit; das Staatssekretariat entschuldigte sich mit dem sich überstürzenden Geschäftsgang, und schließlich kam es zu einer Vereinbarung, die als ein kleiner Rückzug des Staatssekretariates gedeutet werden konnte, immerhin aber meine Kaltstellung besiegelte. Mir wurden zwei Räume meines bisherigen Institutes zugestanden. Dort sollte ich dann ein »Seminar« über die Widerstandsbewegung weiterführen. Vorlesungen brauchte ich nicht zu halten. Die Sekretärin zu meiner persönlichen Verfügung wurde mir belassen und eine Assistentin zugewilligt, die aber, um ihre Karriere nicht zu verderben, mir gegenüber eine doppeldeutige Rolle spielte.

Das Konsultationsbüro, von dem ich nie in Erfahrung brachte, was es eigentlich zu tun hatte, hatte die Räume besetzt, in denen der größte Teil meiner Institutsbibliothek untergebracht war. Zu Pfingsten fand ein großes Jugendtreffen in Berlin statt. Es war zu erwarten, daß Mitglieder der Freien Deutschen Jugend in den Räumen des Konsultationsbüros auftauchen würden. Das setzte jenen Dr. Schrickel in Bewegung, der das alberne Gutachten über die »Europäische Bilanz« geschrieben hatte. Er war im Volksbil-

dungsministerium in einer Stellung beschäftigt, welche darüber wachte, daß alle unerlaubte Literatur beiseite geräumt werden sollte. Ohne mich zu verständigen und ohne meine Erlaubnis brach er zweimal, einmal sogar nachts, in den Bibliotheksraum ein, um die Bücherei zu säubern.

In dieser Zeit hatte die Partei eine Überprüfung ihrer Mitglieder veranstaltet. Für die Universitätsprofessoren war eine eigene Überprüfungscommission gebildet worden. Ich lehnte es ab, vor dieser Kommission zu erscheinen, und schrieb einen längeren Brief, in dem ich alle Vorgänge der letzten Zeit darstellte und charakterisierte. Auch eine zweite Aufforderung, mich der Kommission zu stellen, beachtete ich nicht.

In diesen Tagen waren Prüfungen angesetzt worden, durch welche die »gesellschaftswissenschaftliche Reife« der Studierenden kontrolliert werden sollte. Auch hierbei ereigneten sich wunderliche Vorgänge. Eine Oberprüfungscommission wurde eingesetzt, deren Leiter der junge Wolfgang Harich war. Ich war als Prüfer vorgesehen, lehnte aber ab, als solcher zu fungieren, bevor nicht ausdrücklich festgestellt sei, daß Harich mir nicht dreinzureden habe. Man gestand mir dies zu. Als der Tag der Prüfung gekommen war, erschienen in meinem Zimmer zwei Studenten und eine Studentin und erklärten mir, sie gehörten zur Prüfungscommission. Einer der Studenten, ein einundzwanzigjähriger Mann, deutete mir an, das Staatssekretariat habe ihn zum eigentlichen Prüfer bestellt, ich sei nur gewissermaßen Beisitzer und brauche nicht einmal immer anwesend zu sein. Er solle mir das schriftlich zeigen, antwortete ich ihm. Ein Schriftstück habe er nicht, meinte er. Dann, sagte ich, sei für mich das, was er mir mitgeteilt habe, nicht maßgebend. Ich sei der Prüfer und werde ihm nur erlauben, wenn ich fertig sei, noch ein paar Fragen zu stellen. Er murrte, fügte sich aber.

Ein Student hatte eine sehr oppositionelle schriftliche Arbeit abgegeben. Er hatte zu bezweifeln gewagt, ob die Oder-Neiße-Linie eine wirkliche Friedensgrenze sei. Das könne man zwar behaupten, beweisen aber lasse es sich nicht. Die drei studentischen Beisitzer hatten sich darauf vorbereitet, sich auf dieses Opfer zu stürzen und es zur Strecke zu bringen. Als nun dieser Student vor mir saß, erkannte ich ihn nicht gleich infolge meiner beeinträchtigten Sehkraft. Unglückseligerweise stellte ich ihm eine Frage, die seinem oppositionellen Gemüt neue Nahrung gab, und offen und ehrlich bekannte er sich zu seiner abweichenden Meinung. Ich ging nun auf ihn ein, und es gelang mir, die Verkrampfung zu lösen, in

der sich dieser junge Mensch offensichtlich befand. Als dann sein Fall in der »Kommission« beraten wurde, verlangten die studentischen Beisitzer, daß der Student durchfallen müsse. Ich war nicht bereit, ein solches Urteil zu fällen. Ich sagte meinen Beisitzern, es sei nicht zu leugnen, daß der junge Mann viele Bedenken gegen die Deutsche Demokratische Republik auf dem Herzen habe, aber sie sollten sich vorstellen, daß er, wenn man ihn durchfallen lasse, in seiner Feindschaft nur bestärkt werde. Er werde sagen, so habe er es erwartet, es komme bei der Prüfung nicht auf das Wissen, sondern nur auf die Gesinnung an. Sicher werde es ihn sehr überraschen, wenn man ihn bestehen lasse.

Die drei jungen Menschen waren von meinen Worten beeindruckt, und schließlich stimmten sie mir sogar zu. In der Tat machte der Prüfling große Augen, als ich ihm danach zu seinem bestandenen Examen gratulierte.

Im Anschluß an diese Prüfungen wurde ich zum Staatssekretär persönlich gebeten. Er eröffnete mir, für mich werde ein neuer »Lehrstuhl zur Erforschung des Imperialismus« geschaffen. Ebenso solle ich wieder ein Institut erhalten, das den gleichen Namen trage.

An der Isolierung freilich, in welche ich inzwischen geraten war, änderte sich dadurch wenig. Ich ging in keine Versammlungen, wurde in keiner Weise begünstigt oder ausgezeichnet, aber man ließ mich, was mir das Wertvollste war, völlig in Frieden. Anträge, die ich stellte, wurden in der Regel sofort bewilligt. Offenbar wollte man keinen offenen Konflikt mit mir.

Es war meine Absicht gewesen, einige Forschungsarbeiten durchzuführen. So glaubte ich, es könne von soziologischem Interesse sein, die frühere soziale Lage der Flüchtlinge jenseits der Oder-Neiße-Linie zu erkunden und sie in Vergleich zu ihrer jetzigen Situation zu setzen. Mein Assistent, Dr. Maus, ergriff die Aufgabe mit großem Eifer. Einige Studenten und Studentinnen zeigten sich ebenfalls daran interessiert, und mit dieser Gruppe begab sich Dr. Maus in einige Dörfer, um dort mit Flüchtlingen zu sprechen und Aufzeichnungen über seine Ergebnisse zu machen. Da aber stieß er auf große Schwierigkeiten. Einige Bürgermeister machten ihn darauf aufmerksam, es sei erforderlich, für sein Unternehmen eine Genehmigung des Innenministeriums zu erwirken; verfare er ohne diese Genehmigung, setze er sich dem Verdacht aus, Spionage zu betreiben.

Ich wandte mich an den Innenminister Dr. Steinhoff. Er versprach

mir, eine Genehmigung erteilen zu wollen. Indes hörte ich längere Zeit nichts von ihm. Bei einem Empfang begegnete ich ihm und fragte ihn nach dem Stand der Sache. Er trug eine gewisse Verlegenheit zur Schau und sagte, ich solle mit dem Staatssekretär Warnke über die Angelegenheit verhandeln. Warnke selbst stand in der Nähe; der Minister rief ihn herbei. Warnke fuhr seinen Chef, den Minister, an, diese Sache sei ohne alles Interesse und könne unter Umständen gegen die Deutsche Demokratische Republik ausgebeutet werden. Der Minister bat Warnke, mit mir zu sprechen. Offenbar war ihm die Sache peinlich.

Meine Aussprache mit Warnke war nur kurz. Er wiederholte, er sei mit der angeregten Arbeit nicht einverstanden. So blieb mir nichts anderes übrig, als auf die Durchführung dieser soziologischen Erforschung zu verzichten.

Bald nach meiner Berufung an die Universität 1948 bereitete ich alles vor, um das Problem des Widerstandes während der Hitlerzeit zu klären. Ich richtete ein Seminar ein, in welchem ich mir Mitarbeiter für die Forschungsaufgaben, die hierbei zu erledigen waren, heranzuziehen gedachte. Es hatten sich etwa zehn bis zwölf Studenten und Studentinnen in diesem Seminar eingefunden. Ich arbeitete eine Denkschrift für das Staatssekretariat aus, in welcher ich vorschlug, ein Institut für die Frage des Widerstandes zu gründen und zu finanzieren, das im Gegensatz zum Münchener Institut für Zeitgeschichte vor allen Dingen auch den Widerstand, der aus den Reihen der Arbeiterschaft geleistet worden war, erhellen sollte. Ich wies auf das ungeheure Aktenmaterial hin, das nach dem Zusammenbruch in die Hände der Sowjets und der Regierung gefallen war und das völlig unausgenutzt aufbewahrt wurde. Ich regte an, dieses Material gemeinsam mit meinen Mitarbeitern durchforschen zu dürfen, und gab der Hoffnung Ausdruck, dabei zu wertvollen Ergebnissen gelangen zu können. Auf meine Denkschrift erhielt ich keine Antwort.

Ich wußte, daß im ZK vor allen Dingen die ehemaligen Emigranten Dahlem und Matern zu diesen Akten Zugang hatten. Bei passender Gelegenheit sprach ich mit beiden persönlich. Dahlem erwiderte, diese Arbeit solle von einer »Kaderabteilung« in Angriff genommen werden, doch wolle er die Angelegenheit mit Ulbricht besprechen. Matern stellte in Aussicht, sich mit der Frage zu beschäftigen und mich zu benachrichtigen. Auch diesmal erhielt ich keine Antwort.

Staatssekretär Harig betrieb nunmehr die »Universitätsreform«

mit Hochdruck. Die alte akademische Freiheit wurde abgebaut; sie war ein Privileg der wohlhabenden bürgerlichen Jugend gewesen, das unter den neuen Verhältnissen keine Daseinsberechtigung zu haben schien. Die Semestereinteilung wurde durch das zehnmönatige Studienjahr ersetzt. Neue Lehrpläne wurden aufgestellt, die ähnlich verpflichtend waren, wie es die Lehrpläne höherer Lehranstalten zu sein pflegten. Die Studenten wurden auf den Besuch der obligatorischen Vorlesungen hin kontrolliert. Zu den obligatorischen Vorlesungen, die zu allemhin recht zahlreich angesetzt waren, gehörten auch die Gesellschaftswissenschaften: dialektischer Materialismus, Politische Ökonomie, Geschichte der Arbeiterbewegung. Da es für die Gesellschaftswissenschaften bei weitem nicht genug ausreichend vorgebildete Dozenten gab, griff man zu Studenten älteren Semesters und zu Kandidaten, die eben erst ihre Prüfungen abgelegt hatten. Die Folge war, daß diese Vorlesungen häufig in Dilettantismus versandeten. Für den Geist dieses Betriebes war eine Kritik des bedeutsamen Buches von Ernst Bloch »Subjekt–Objekt« symptomatisch. Das Blochsche Buch behandelte die Philosophie Hegels. Der parteiamtliche Kritiker meinte, es sei nun nicht mehr nötig, sich mit Hegel zu beschäftigen; wenn Bloch behaupte, ohne Hegelverständnis könne man die Dialektik überhaupt nicht begreifen, so sei dies falsch. Wer sich auf Marx und vor allen Dingen auf Lenin und Stalin stütze, komme mit der Dialektik vollkommen zurecht.

Die Studenten kamen, mit mehrstündigen Sport- und Schießübungen, auf wöchentlich 40–50 Pflichtstunden. Sie hatten weder Zeit noch Kraft, irgendeine fakultative Vorlesung zu besuchen. Die notwendige Folge war eine katastrophale Horizontverengung. Da ein umfangreiches Stipendiensystem eingeführt war, die Stipendien aber an Prüfungsergebnisse gebunden waren, arbeiteten die Studenten fleißig. Der Aufbau der Universitäten der Deutschen Demokratischen Republik wich immer offensichtlicher vom Typus der westdeutschen und westeuropäischen Universitäten ab.

Der »Nauheimer Kreis«

Anfang 1949 machte der Würzburger Historiker Ulrich Noack viel von sich reden. Er hatte eine Reihe von Männern und Frauen um sich gesammelt. Gemeinsam mit ihm sollten sie sich für eine politische Idee einsetzen, deren Tendenz sich gegen die offizielle

Außenpolitik der Bundesrepublik und insbesondere gegen Konrad Adenauer richtete. Die Bundesrepublik sollte großem politischen Ehrgeiz absagen, nicht dem Gedanken einer Wiederaufrüstung und einer politischen Revanche nachjagen. Wenn die Bundesrepublik die Neutralisierung Deutschlands erstrebe, schüfe sie eine Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands. Im Sinne dieser Idee lag auch eine Verständigung mit der Sowjetunion, eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und ein besseres Verhältnis zur Deutschen Demokratischen Republik.

In dem Programm des »Nauheimer Kreises« vom 10. September 1950 hieß es: »Wir wollen aber, daß dieses Westdeutschland seine innere Festigung nicht als Schaffung eines ›Bollwerks gegen den Osten auffaßt‹, sondern als Schaffung eines durch innere Kräfte hinreichend ausgefüllten Verbindungslandes zwischen West und Ost, das seiner selbst gewiß ist.«

Der Eintritt in die NATO wurde abgelehnt, ebenso auch alle deklamatorische Politik jeder Art. Der »Nauheimer Kreis« trat für ein friedliches Kleineuropa ein und propagierte die Kriegsdienstverweigerung.

Der »Nauheimer Kreis«, in welchem sich die Freunde Noacks konstituierten, gewann einige Zeit starke Beachtung. In den Zeitungen wurde er vielfach erwähnt. Da sein politisches Programm der Bonner Politik in die Quere kam, wurde Noack von deren Anhängern nicht nur bekämpft, sondern – wie es der Art Dr. Adenauers entsprach – auch ungeniert als sowjethörig verleumdet.

Im Juli 1949 berührte ich auf einer Vortragsreise die Stadt Würzburg. Ich besuchte Professor Noack, der im Leopoldkrankenhaus eine kleine Wohnung innehatte. Er empfing mich sehr interessiert, wir tranken Kaffee, welchen seine Sekretärin, die zugleich seine aktive Mitarbeiterin war, gastfreundlich zubereitete. Er setzte mir ausführlich seine politischen Ansichten auseinander. Ich stellte Fragen, brachte Einwände vor, und zuletzt schieden wir in bestem Einvernehmen.

Noack, ein hochgewachsener Mann, machte den Eindruck eines gewandten Weltmannes. Dem Anscheine nach drängte es ihn mehr zur Politik als zur Wissenschaft. Die Wissenschaft – er war Historiker – bot ihm, so schien es, Argumente für seine Politik. Bemerkenswert war, wie neben ihm seine Sekretärin sich als antreibender Motor seiner politischen Tätigkeit wirksam zeigte und wie er sie in ihrer sprudelnden Betriebsamkeit gewähren ließ. Seine Kultiviertheit nahm für ihn ein; seine politische Tätigkeit entsprang of-

fensichtlich weniger seiner Vitalität und seinem Temperament als seiner Geistigkeit.

Meinen Einwirkungen auf die Leitung der »Nationalen Front« war es zuzuschreiben, daß Noack eine Einladung für die letzten Augusttage nach Weimar erhielt, wo in Verbindung mit einer Goethefeier der neugeschaffene Nationalpreis zum erstenmal verliehen werden sollte. Noack kam nach Weimar und machte die Bekanntschaft verschiedener politischer Persönlichkeiten. Ulbricht bat mich, eine Aussprache zu organisieren und ihr vorzustehen. Dies tat ich denn auch, und so kam es in diesem Kreise zu einer Auseinandersetzung, welche sich insbesondere zwischen Ulbricht selbst und Noack abspielte. Ulbricht polemisierte gegen die bürgerlich-ideologischen Elemente des Programms des »Nauheimer Kreises« und wollte Noack dazu überreden, das außenpolitische Programm der Deutschen Demokratischen Republik zu akzeptieren. Noack verteidigte sich und bestand auf den Eigenheiten seiner programmatischen Auffassungen.

Im Anschluß an die Weimarer Tagung erhielt Noack die Erlaubnis, in verschiedenen Städten der Deutschen Demokratischen Republik Vorträge zu halten; in einigen thüringischen Städten, auch in Leipzig, geschah dies. In den Diskussionen, die sich an seine Vorträge anschlossen, ließ es sich nicht vermeiden, daß er da und dort und dann und wann sich gegen eine zu enge Bindung an die Sowjetunion verwahrte und den Pazifismus nachdrücklicher betonte, als es der SED genehm war. Die SED gab zu verstehen, daß sie Bedenken trage, Noack weiterhin zu protegieren. Auch Noack selbst lag daran, sich von der DDR zu distanzieren, um den heftigen Anwürfen aus dem Wege zu gehen, die sich in westdeutschen Zeitungen gegen ihn häuften.

Im nächsten Jahre, 1950, kam ich noch einmal nach Würzburg. Es war dort eine öffentliche Diskussion zwischen Noack und mir angesetzt worden. Noack hatte seine Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik völlig abgebrochen und begonnen, in seinen Nachrichtenblättern gegen sie zu polemisieren. Ich bemühte mich, noch Möglichkeiten einer freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Noack und der Deutschen Demokratischen Republik aufzuzeigen. Indes wurde ich von Noack mißverstanden. Er war zur öffentlichen Aussprache mit der Voraussetzung gekommen, daß ich sein Gegner sei, und ließ sich, um einige meiner Einwände abzuwehren, zu gehässigen antibolschewistischen Äußerungen hinreißen, so wie sie in der Polemik der Bonner Parteien gegen den

Osten üblich waren. Man sah, er wollte den Boden eines gemeinsamen Einverständnisses zerstören.

Später wurde Noack bezichtigt, von der Deutschen Demokratischen Republik oder gar der Sowjetunion Geld angenommen zu haben. Er strengte einen Beleidigungsprozeß gegen die Verleumder an, in welchem er obsiegte. Er hätte mich als Zeugen benennen können, da ich die Verbindungsfäden zwischen ihm und der DDR geknüpft hatte und mit der Entwicklung seines Verhältnisses zur Deutschen Demokratischen Republik vertraut war. Da er mich aber fälschlicherweise zu seinen Gegnern rechnete, verzichtete er darauf, mich zu der Verhandlung laden zu lassen.

In den nachfolgenden Jahren wurde es um Noack still; der »Nauheimer Kreis« mochte noch fortbestehen, doch spielte er keine Rolle mehr.

Sechzigster Geburtstag

Es gab etliche Anzeichen, denen ich entnehmen konnte, daß mein 60. Geburtstag nicht unbemerkt vorbeigehen sollte. Als er herangenaht war, nahmen verschiedene Zeitungen und Zeitschriften davon Kenntnis und brachten freundliche Wünsche und Grüße. Aus Nürnberg war mein Freund Drexel gekommen, um diesen Tag mit mir zu verbringen. Der Kulturbund hatte einen Empfang angesetzt, zu dem verschiedene bedeutende Persönlichkeiten, insbesondere Professoren, erschienen. Die Geburtstagsrede hielt der Präsident der Akademie der Wissenschaften, Professor Dr. Stroux. Er entledigte sich seiner Aufgabe mit bezauberndem Charme. An einer Stelle seiner Rede meinte er, für mich sei es kennzeichnend, meinen eigenen Kopf zu haben und meinen eigenen Weg zu gehen. Er nehme an, daß ich mich kaum ändern werde. Impulsiv rief ich dazwischen, dessen dürfe er sicher sein.

Unter den Gästen waren Minister Wandel, Professor Dr. Theodor Brugsch, der angesehene Arzt, die Philosophin Lieselotte Richter, der Dekan der philosophischen Fakultät, Professor Meusel, der Dramaturg Ihering, aber auch mein einstiger Leidensgenosse, der sächsische Landtagspräsident Otto Buchwitz. * Eine schöne, packende Rede, die mit Erinnerungen an die kämpferische Vergangenheit erfüllt war, hielt mein Freund Dr. Drexel. Er ließ die Vergangenheit aufblitzen und unterstrich in diesem Kreise, wie sich die

* Vgl. E. Niekisch, a. a. O., S. 358 f.

Widerstandsbewegung einst in ihrem Kampf gegen Hitler verdient gemacht hatte. Dann nahm Graf Stenbock-Fermor das Wort und würdigte die Rolle, die meine frühere Zeitschrift »Widerstand« gespielt habe.

Auch Buchwitz sprach. Er erzählte davon, wie wir ein dreiviertel Jahr lang im Krankenhaus des Zuchthauses Brandenburg eine Zelle gemeinsam bewohnt hatten. Viele Bücher hätte ich damals herbeischaffen lassen, und seine Aufgabe sei es gewesen, sie mir vorzulesen. Schwere philosophische Literatur habe er zu bewältigen gehabt. Wenn er gelegentlich aufbegehrte, hätte ich mich dann und wann mit einem Roman einverstanden erklärt. Aber ehe er es sich versehen habe, sei ich wieder mit philosophischen Wälzern angerückt, und ihm sei nichts anderes übriggeblieben, als sich damit herumzuschlagen. Humorvoll hatte Buchwitz über diese vergangenen Begebenheiten geplaudert und damit die warme, gemütvoll menschliche Stimmung schöner Kommunikation vertieft.

In meiner Dankesrede warf ich einen Blick auf die Vergangenheit wie auf die politischen Forderungen der Gegenwart.

Professor Brugsch sagte mir nach Jahren, jener Empfang habe zu den schönsten gehört, die der Kulturbund veranstaltet habe. Nach dem Empfang habe er mit Wandel gesprochen. Wandel habe geäußert, alles sei schön und gut, aber meine politische Linie gebe zu Bedenken Anlaß. So tauchten bereits wieder alle jene Vorzeichen auf, die darauf schließen ließen, daß ich Anstoß erregte und infolgedessen neuen Konflikten zutrieb.

Der Nationalpreis

Im Jahre 1949 führte die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik einen Nationalpreis ein. Die Intelligenz sollte ermuntert und belohnt werden, aber auch die Arbeiterschaft sollte mit ihren Aktivisten in den Kreis derer, denen eine Ehrung mit klingendem Lohne zuteil wurde, einbezogen sein. Der Nationalpreis sah drei Preisstufen vor: der erste Preis war mit einem Betrag von 100 000 Mark, der zweite mit 50 000 Mark, der dritte mit 25 000 Mark ausgezeichnet.

Der Nationalpreis sollte eine große Angelegenheit sein. Die Nationalpreisträger erhielten außer der ausgesetzten Summe noch Sonderausweise, die ihnen jene Vorteile sicherten, die auch den Volkskammerabgeordneten zuteil wurden. »Nationalpreisträger«

wurde dem Namen als ehrender Titel beigefügt. Der Preis konnte auch kollektiv verteilt werden, so daß etwa ein Schauspieler-, ein Arbeiter-, ein Ingenieurkollektiv in den Besitz der zugeordneten Summe kommen konnte und den Betrag unter sich zu verteilen hatte.

Eine Kommission wurde eingesetzt, welche die Kandidaten, die für die Preisverteilung in Betracht kamen, auswählen sollte. Die Entscheidung allerdings lag nicht bei dieser Kommission, sondern beim ZK der SED.

Die erste Preisverleihung fand im Anschluß an die Goethefeier am 28. August 1949 in Weimar statt. Man hatte eine Liste der verdientesten Künstler, Wissenschaftler und Techniker der Deutschen Demokratischen Republik zusammengestellt.

Eine heftige Diskussion rief nur eine Preisverleihung hervor. Die Frage war aufgetaucht, welcher Dichter den 100 000-Mark-Preis mit Recht verdient hätte. Bertolt Brecht hatte sich, aus der Emigration zurückgekehrt, in der Deutschen Demokratischen Republik niedergelassen. Zwar hatte er die österreichische Staatsangehörigkeit erworben, wählte aber doch seinen Wohnsitz in Ost-Berlin. Alle Einsichtigen und Urteilsfähigen waren sich darin einig, daß er in erster Linie der Dichter sei, der dieses Preises würdig war.

Die Partei war anderer Meinung. Sie hatte sich für Johannes R. Becher entschieden. Becher nahm nicht Anstoß daran, sich Brecht vorgezogen zu sehen. Man erzählte, Brecht sei sehr verbittert gewesen. Der Umstand, daß Brecht hinter Becher zurückgesetzt worden war, beeinträchtigte von vornherein das Ansehen der ganzen Einrichtung. Es war gewissermaßen sichtbar geworden, daß die Preisverleihung weniger nach der Qualität der Leistung als nach den Verdiensten für die Partei fragte.

Es gab Ausgezeichnete, die sich schon in dieser Zeit heimlich mit dem Gedanken trugen, die Deutsche Demokratische Republik zu verlassen. Sie wurden durch die Auszeichnung in große Verlegenheit gesetzt. Es ging das Gerücht, der Generalmusikdirektor Keilberth aus Dresden habe seinen Preis mit 100 000 Mark absichtlich verloren. Eine Schauspielerin war zu der ersten Preisverleihung gar nicht erschienen.

In der Folgezeit wurde die Verleihung mit dem Geburtstag der Deutschen Demokratischen Republik, dem 7. Oktober, verknüpft. Es gelang nicht, den Tag der Preisverleihung zu einem »großen Tag« zu erheben.

Am 29. Oktober 1949, es war ein Sonnabend, besuchte mich unerwartet eine Sekretärin der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft und eröffnete mir, daß am Montag, dem 31. Oktober abends, eine deutsche Delegation nach Moskau reise. Ich sei als Teilnehmer dieser Delegation vorgesehen. Diese Mitteilung kam mir überraschend; aber in solch plötzlicher Weise setzten die Russen in der Regel ihre eingeladenen Gäste in Marsch. Ich wandte ein, daß ich außerstande sei, allein zu reisen; ich könnte die Reise nur in Begleitung meiner Frau unternehmen. Eine Einladung für meine Frau, antwortete die Sekretärin, habe sie nicht. Ich zuckte mit den Achseln und meinte, dann müsse ich eben von der Reise Abstand nehmen. Die Sekretärin stellte in Aussicht, noch Erkundigungen einziehen zu wollen. Am Montag in der Frühe erhielt ich einen Anruf, daß die Einladung auf meine Frau ausgedehnt sei. Abends acht Uhr traf sich die Delegation im Haus der deutsch-sowjetischen Freundschaft. Sie umfaßte etwa 22 Personen; darunter der Volkskammerpräsident Dr. Dieckmann, der Rektor der Freiburger Bergakademie Professor Diepschlag, die spätere Justizministerin Hilde Benjamin, der thüringische Ministerpräsident Eggerath, der Theaterintendant Hellberg, verschiedene Aktivisten und »Helden der Arbeit«. Zum Führer der Delegation wurde ein Funktionär des Zentralvorstandes der SED, Sindermann, bestellt. Es wurden verschiedene Anweisungen für die Reise gegeben. Nach einem kleinen Imbiß fuhr die Reisegesellschaft auf den Flugplatz Schönefeld. Die Unterkunft dort war luxuriös. Meine Frau und ich erhielten ein Appartement mit zwei Zimmern und Bad. Am nächsten Tag gegen neun Uhr standen zwei Flugzeuge für die Delegation bereit. Der Tag ließ sich herrlich an, es war windstill und sonnig; der Kurs ging geradewegs nach Moskau. Nach etwa sechsstündigem Flug landeten wir auf dem Moskauer Flughafen. Eine Gruppe von Menschen kam auf uns zu und bewillkommnete uns. Die Führerin der Empfangsgruppe war eine etwa dreißigjährige klug und gut aussehende Frau, die während unseres Aufenthaltes in der Sowjetunion die Leitung unserer Delegation übernahm. Sie war die Frau eines sowjetischen Diplomaten, Tamara Solowjew, sprach hervorragend Deutsch und erzählte mir einmal, sie sei während der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse als Dolmetscherin tätig gewesen. Die Paß- und Gepäckkontrolle war rasch erledigt. Ein leichter Regen ging über die Stadt nieder. Im Wagen fuhren wir

in das riesige Hotel Metropol. Schon bei dieser Fahrt durch die Stadt beobachtete ich, wie groß die Veränderungen waren, die sich seit meinem Besuch in Moskau im Jahre 1932 vollzogen hatten. Die Straßen waren von einem Lichtermeer erfüllt, ein ungeheurer Autoverkehr belebte sie.

Das Hotel Metropol beherbergte Delegationen fast aller Völker der Erde. Da waren Chinesen, Koreaner, Inder, Perser, Türken und Neger, ebenso Engländer und Franzosen.

Es begann eine Periode üppiger Mahlzeiten. Die Delegationsmitglieder nahmen von Tag zu Tag an Körperfülle zu. Den Frauen paßten alsbald die Kleider nicht mehr. Am zweiten Tag unseres Moskauer Aufenthaltes wurde das Programm entwickelt. Es geschah in den Räumen der VOKS, der Organisation zur Pflege kultureller Auslandsbeziehungen. Direktor dieser Organisation war Professor Denisow. Im Laufe der Unterhaltung rühmte er die neuen Verhältnisse in der Sowjetunion: so sei er einst Schlosser gewesen, nunmehr aber amtiere er als Professor der Jurisprudenz. Diese Erklärung hatte eine folgenschwere Wirkung. Es meldete sich der thüringische Ministerpräsident Eggerath zu Wort und erklärte stolzerfüllt, auch er sei einst Schlosser gewesen. Das kitzelte den Ehrgeiz des Intendanten Hellberg. Er gab bekannt, auch er habe in seiner Jugend das Schlosserhandwerk gelernt. Professor Denisow mochte wohl fürchten, daß noch eine ganze Reihe anderer Delegierter in ihrer Vergangenheit graben und auch eine Beziehung zur Schlosserei entdecken könnten. Er bat, diese Bekenntnisse abzuberechnen. Professor Diepschlag fragte mich über den Tisch herüber schuldbewußt, ob es sehr schlimm sei, nicht Schlosser gewesen zu sein.

Bei der Aufstellung des Programms wurde unseren Wünschen weitgehend Rechnung getragen. Vormittags wie nachmittags gab es Besichtigungen. Man ging in die Gemäldegalerie, in das Lenin-Mausoleum, in den Kreml, man besprach sich mit Juristen, mit Beamten der kirchlichen Abteilung des Innenministeriums. Man fuhr aufs Land und besichtigte ein Sanatorium, abends lagen Karten für die Oper und verschiedene Theater bereit. Die Eindrücke, die man empfing, waren stark und positiv.

Die Moskauer Bevölkerung zeigte sich gut gekleidet und wohlgenährt. Die Läden waren auf das reichste mit Waren und Lebensmitteln ausgestattet. Auffallend waren die vielen Straßenhändler, aber alle trugen weiße Wäsche, und ihre Waren lagen vor dem Staub der Straße geschützt in Glaskästen. Wo wir als Deutsche er-

kannt wurden, wurden wir mit Aufmerksamkeit und Freundlichkeit behandelt. Bemerkenswert war die Disziplin der Bevölkerung an den Autobus-Haltestellen; niemand drängte sich vor, jeder-mann stellte sich geduldig an. Ähnlich ruhig und geordnet war das Verhalten in den Garderoben der Theater. Für uns war es beinahe beschämend, daß man uns sogleich den Vortritt ließ. Auffallend war die Sauberkeit auf der U-Bahn. Die Bevölkerung schien stolz auf diese technische Leistung zu sein. An jedem U-Bahnhof hatte ein besonderer Architekt seine Phantasie verschwendet. Die Bahnhöfe wirkten wie unterirdische Feenpaläste voll orientali-scher Pracht.

Es war vorgesehen, daß sich die Delegation an den Feiern des 7. November beteiligte. Es war ein kalter schöner Novembertag, ungeheure Menschenmassen waren auf den Beinen. Für uns waren Plätze auf den Tribünen an der Kreml-Mauer reserviert. Die so-wjetischen Würdenträger standen auf dem Dach des Lenin-Mau-soleums. Von dort aus wurden auch die Ansprachen gehalten. Der militärische Vorbeimarsch dauerte etwa eine Stunde; Fußtruppen, Artillerie, Panzer, Kavallerieregimenter defilierten an den Regie-rungsmännern vorbei. Über den Platz flitzten Düsenjäger. Dann folgte der Vorbeimarsch der Arbeiter, der Bauern und der Kom-somolzen. Er war endlos und dauerte bis spät in die Abendstunden hinein. Manche reizende Beobachtung war auf den Tribünen zu machen. Neben uns stand ein höherer Offizier in Uniform mit einem kleinen Jungen. Der Junge wurde mit Schokolade gefüttert, dabei verschmierte er sein Gesicht. Dies wurde ihm lästig; er wollte die klebrige Masse loswerden und fing verzweifelt an zu weinen. Kurz entschlossen nahm ihn der Vater auf den Arm und küßte ihm den ganzen Brei von Mund und Wangen.

Es war schwierig, durch die verstopften Straßen in unser Hotel zu-rückzugelangen. Obwohl der Rote Platz nur etwa zehn Minuten vom Hotel entfernt war, brauchten wir, um wieder dorthin zu ge-langen, über zwei Stunden. Auf jedem freien Fleck tanzten Män-ner und Frauen.

Nach den beiden Feiertagen wurde es uns erlaubt, die Stalinwerke zu besuchen. Sie bilden fast eine kleine Stadt mit Grünflächen und Alleen. Am Fließband erlebten wir in kürzester Frist die Ent-stehung eines Lastwagens. Wir sahen die praktische Auswirkung der Gleichberechtigung der Frau. In den hitzeerfüllten Gießereien, vor den ungeheuren Dampf-hämmern verrichteten Frauen die gleiche Arbeit wie die Männer. Selbstverständlich waren sie dementspre-

chend in der Verwaltung des Betriebes mit gleichen Rechten ausgestattet.

Ein anderer mir wichtiger Besuch führte mich in die Universität. Wir saßen mit Professoren zusammen und erbaten Auskünfte über Organisation und wissenschaftliche Arbeit an der Hochschule. In ein interessantes und lebendiges Sondergespräch wurde ich mit den Geschichtsprofessoren Tarlé und Jerussalimski verwickelt. Es ergaben sich zwischen uns Meinungsverschiedenheiten über die Gestalt Bismarcks. Die beiden Russen bezichtigten Bismarck der aktiven gehässigen Feindschaft gegen das Zarenreich; er habe Rußland völlig vernichten wollen. Ich bestritt dies und behauptete, für Bismarck sei Rußland ebenso nur eine politische Karte im Spiel gewesen wie England und Frankreich. Er habe nur gefragt, wo und wann ihm Rußland nutzen könne und wo es ihm Schaden bringe; demgemäß habe er seine Politik Rußland gegenüber eingerichtet.

Studenten tauchten auf und wollten die deutsche Delegation mit Beschlag belegen. Um mich sammelte sich eine kleine Gruppe, an deren Spitze eine hochintelligente und sehr kenntnisreiche Studentin stand, die zu allem vorzüglich Deutsch sprach. Es zeigte sich, daß sie ihre festen Ansichten über Deutschland hatte, an denen sie zähe festhielt, auch wenn ich versuchte, sie zu korrigieren. Viele Studenten und Studentinnen sprachen Deutsch; auch als Führer waren uns Studenten zugeteilt, die ihre deutschen Sprachkenntnisse vervollkommen wollten.

Wir besaßen naturgemäß kein russisches Geld. Auf eine recht taktvolle Weise wurde uns die Möglichkeit geschenkt, uns solches zu verschaffen. Wir wurden eingeladen, am Moskauer Rundfunk für ein Honorar zu sprechen. Ich wurde einmal zu einer solchen Sendung veranlaßt. Wir verwendeten das Geld zu Einkäufen russischer Spezialitäten.

In der Nähe von Moskau lag ein wunderschönes Schloßchen, das einst ein Bojare durch seine Leibeigenen hatte bauen und einrichten lassen. Es war ein Schmuckkästchen, das sorgfältig erhalten wurde. Überhaupt war, auch im Kreml, zu bemerken, mit welcher Sorgfalt die überlieferten historischen Erinnerungen gepflegt wurden. Die bolschewistische Revolution hatte hier wenig zerstört. Während wir das kleine Schloßchen besichtigten, meinte ein Deutscher, er verstehe nicht, warum es nicht zu sozialen Zwecken verwendet werde. Frau Tamara sah ihn mit großen Augen an und belehrte ihn, daß man seine geschichtlichen Überlieferungen achten und ehren müsse. Es entwickelte sich eine kleine Auseinanderset-

zung, die damit abgeschlossen wurde, daß man sich verständigte, diese Frage am Abend in einer Diskussion weiter zu behandeln. Zu dieser Diskussion war auch der Schriftsteller Alfred Kurella erschienen. Kurella war als deutscher Ingenieur in die Sowjetunion gekommen, seine Frau war dort als Ärztin tätig. Beide versicherten, sich in der Sowjetunion sehr glücklich zu fühlen.

In der Aussprache bestand Frau Tamara darauf, daß ein Volk seine Traditionen pflegen müsse. Die Deutschen wandten ein, wie sie es dann mit Friedrich dem Großen und ähnlichen Gestalten halten sollten. Ich sagte, die Sowjetunion stehe bereits so fest, daß sie es sich leisten könne, Iwan den Schrecklichen und Peter den Großen objektiv zu würdigen. So fest stehe die Deutsche Demokratische Republik noch nicht. Die Erinnerungen an Bismarck und Friedrich könnten einer Reaktionsbewegung als Waffe dienen. (Später, vom Jahre 1952 an, wurde auch in der Deutschen Demokratischen Republik das Gedächtnis an Preußische Kriegstaten und Kriegshelden wiederbelebt.)

Unsere Delegation hatte den Wunsch geäußert, auch den Kaukasus besuchen zu dürfen. Mehrere Tage gingen hin, während deren es ungewiß war, ob uns Flugzeuge zur Verfügung gestellt werden könnten. Immer wieder wurde mitgeteilt, das Flugwetter sei schlecht, die sowjetische Regierung wolle sich nicht auf das Risiko einlassen, die Delegierten zu gefährden. Endlich wurde bekanntgegeben, die Fahrt in den Kaukasus sollte mit der Eisenbahn angetreten werden. Pünktlich fuhr der D-Zug von einem der Moskauer Bahnhöfe ab. Es war ein langer Zug, dem für unsere Delegation zwei Wagen angehängt worden waren. Jeder von uns hatte darin seinen Schlafplatz. Die Wagen wurden während der Fahrt von Komsomolzen-Mädchen peinlich saubergehalten. Wenn wir in den Speisewagen gingen, kamen wir in freundliche und heitere Berührung mit den Passagieren. Selbst als wir durch die zerstörte Ukraine fuhren, war nichts von Ressentiments gegen uns Deutsche zu spüren. Übrigens war zu beobachten, daß allerorts die Aufbautarbeiten in Angriff genommen waren.

Nachdem wir den Don überquert hatten, näherte sich der Zug dem Asowschen Meer. Ganz nahe bewegte er sich an dessen Ufer entlang. Schließlich traf er das Schwarze Meer. Auf der linken Seite erhoben sich die majestätischen Berge des Kaukasus. Rechts dehnte sich das Meer, nur schmal war der Küstenstreifen, in welchem sich auf Abhängen und der Straße entlang zahlreiche Städte angesiedelt hatten. Bis Rostow etwa war das Wetter trüb und rauh.

Jetzt, in der zweiten Hälfte des November, wurde es sommerlich warm. Die warme Kleidung wurde geradezu lästig. Auf dem Küstenstreifen wuchsen Palmen und andere tropische Pflanzen. Die Kaukasusberge waren von dichten Wäldern besetzt. Längeren Aufenthalt hatten wir in Sotschi. Die Delegierten stiegen aus, kauften Orangen und Mandarinen, ließen sich unter Palmen fotografieren und erfreuten sich dieser Landschaft, die in jeder Hinsicht an die Riviera erinnert.

Im südlichen Teil des Kaukasus zeigten sich schreckliche Folgen der Waldverwüstung. Dort hatte der Wind die Humuserde von den Bergen hinweggeweht. Nicht nur völlig kahl, sondern vollkommen vegetationslos starrten die Bergrücken zum Himmel. Es war gewissermaßen eine chaotische Urlandschaft.

Der Zug bog von der Schwarzmeerküste ab und fuhr nach Osten; das Ziel war Tiflis. Nach 69 Stunden Fahrt langten wir dort an. Autos warteten am Bahnhof und brachten uns in ein vornehmes Hotel. Auch Tiflis war zu einer modernen Großstadt geworden, die sich zu beiden Seiten der Kura auf Abhängen hinzieht. Nach dem Essen wurden wir abgeholt, um uns im Heilbad mit seinen heißen Schwefelquellen zu erfrischen. Der leitende Arzt war ein charmanter Georgier, der sich bemühte, alle medizinischen Fragen sachkundig zu beantworten. Dann begaben wir uns in ein Kulturhaus, in welchem Lehrstunden abgehalten wurden, obschon es Sonntag war. Ein etwa fünfzehnjähriges Mädchen fiel uns auf, das eine goldene Medaille an der Brust trug. Man erzählte, das Mädchen habe als praktische Biologin 15 verschiedene Teesorten entwickelt und sei dafür ausgezeichnet worden. In einem Lehrraum hörten wir 16–17jährige Jungen Vorträge über physikalische und mathematische Probleme halten. Noch in der Nacht fuhren wir von Tiflis zu einer Station, in deren Nähe Kolchosen lagen, die uns gezeigt werden sollten. Im Zentralgebäude einer Kolchose hörten wir einen Vortrag über die Kolchosenwirtschaft an.

Auf diesen Kolchosen wurden Tee und mancherlei Zitrusfrüchte, vor allem Mandarinen, angebaut. Die Kolchosbauern schienen alle wohlhabend zu sein; viele besaßen Autos. Die Bergbauern, die ihre Wagen selbst fuhren, waren waghalsige Gesellen. Sie nahmen die Höhen und Kurven mit höchster Geschwindigkeit; an gefährlichen Abgründen ging es in Windeseile vorbei. Auf einer Höhe wurde einmal ein kurzer Halt gemacht; bei einem Wagen versagte die Bremse. Er begann rückwärts zu rollen, dem Rande eines Abgrunds zu. Die Fahrgäste fürchteten schon den Sturz in die

Tiefe; der Fahrer stellte seine Bemühungen, das Fahrzeug zu halten, ein und bekreuzigte sich. Jemand war hinzugesprungen, und es gelang im letzten Augenblick, den Wagen noch zum Stehen zu bringen.

Die Bauern wohnten zum Teil in großen Holzhäusern. Diese Häuser waren von dichten Mandarinhainen umgeben. Wir wurden aufgefordert, uns selbst zu bedienen; es war eine Lust, sich an den kernlosen reifen Mandarinen zu erquicken. Das Mittagessen war üppig; die Gastfreundschaft der Georgier ist berühmt. Am späten Nachmittag waren wir zu einer großen Festlichkeit auf einer Kolchose eingeladen. Die Tische bogen sich wieder unter der Last der Speisen. Der Kolchosvorsitzende stellte als Gesetz auf, jeder Gast sei verpflichtet, auf das Wohl der Internationale ein riesiges Ochsenhorn mit Wein gefüllt in einem Zug zu leeren. Bei dem einen Horn blieb es nicht, eines nach dem anderen kam. Man versteht, daß die meisten Teilnehmer total betrunken waren. Auffallend war die Stellung der Frauen. Noch war ein Anklang an orientalische Bräuche zu beobachten. Frauen, auch die Hausfrauen, saßen nicht mit zu Tisch. Sie standen mitten im Zimmer und überwachten den Ablauf der Mahlzeit. Wenn man ihnen zutrank, erwiderten sie mit Zurückhaltung, ohne freilich sich eines alkoholischen Getränkes zu bedienen.

Noch in der Nacht bestiegen wir wieder Autos und fuhren zu der Station, von der aus wir unsere Expedition angetreten hatten. Von dort aus gelangten wir in einer Nachtfahrt nach Gori. In Gori sollten wir Stalins Geburtshaus besichtigen. Dieses Geburtshaus ist eine armselige Holzhütte, die heute durch einen prachtvollen Marmorbau überdacht und geschützt ist. Von Gori kehrten wir in Wagen nach Tiflis zurück.

Mehrere Stunden hindurch fuhren wir auf einer schönen Autostraße durch das Tal der Kura. Die Kaukasusberge erhoben sich links des Flusses, und auf der anderen Seite dehnte sich ein weitgestrecktes Hügelland aus.

Nach einigen Besichtigungen in Tiflis bestiegen wir wieder den D-Zug nach Moskau.

Wir waren nun über vier Wochen in der Sowjetunion gewesen und traten die Heimreise an. Wegen des schlechten Wetters benutzten wir die Bahn. Während der ganzen Reise hatte alles mustergültig geklappt; das Programm war ohne alle Zwischenfälle abgelaufen. Zum Schluß aber gab es doch ein kleines Malheur. Die Sowjets hatten es übersehen, uns das Durchreisevisum durch Polen zu be-

sorgen. Bei der Einreise in polnisches Gebiet wurde dies von seiten der Paßkontrolle nicht bemerkt. Erst auf der Grenzstation, kurz vor Frankfurt (Oder), wurde es festgestellt. Der polnische Beamte verzichtete darauf, uns aus dem Wagen zu weisen, aber er erlaubte nicht, daß der fahrplanmäßige Zug weiterfahre, bevor der Sachverhalt geklärt sei. Es wurde nach Warschau telefoniert, und erst nach zweistündigem Bemühen wurde uns gestattet, Polen zu verlassen.

Zur Frage der Emigration

Die Emigration hat eine uralte Geschichte; wechselfoll ist die Bewertung, die sie erfuhr. Das Altertum überliefert uns die Namen von Männern, welche ihr Vaterland oder ihre Vaterstadt verlassen mußten, wenn sie ihr Leben retten wollten. Politische Meinungsverschiedenheiten und soziale Gegensätze waren Ursache solcher Emigrationen. Die griechischen Stadtstaaten kannten die Zwangsemigration in der Gestalt der Verbannung: Ein unliebsamer Mitbürger wurde dazu verurteilt, den Staub der Heimat von den Füßen zu schütteln.

Im Hintergrunde der freiwilligen oder zwangsweisen Emigration innerhalb der griechischen Antike stand der Gegensatz zwischen Demokratie und Aristokratie. Die Patrizier, die sich in Athen entmachtet fühlten, begaben sich gern in das aristokratische Sparta, in welchem sie ihr gesellschaftliches Paradies erblickten. Man fand in jener Zeit nichts dabei, wenn ein Emigrant in die Dienste des Feindes seiner Vaterstadt trat. Die Emigration hatte nur ans Licht gebracht, daß er ein Feind seiner Vaterstadt war, und so fand man es ganz in der Ordnung, daß er sich als solcher betätigte. Zuweilen erlaubte man dem Emigranten wieder die Rückkehr und verzieh ihm die feindselige Betätigung, die er von der Ferne her ausgeübt hatte. Sowohl Themistokles wie Alkibiades genossen solche Vergabung.

Solcher Art war auch die Emigration italienischer Stadtstaaten im Mittelalter. In den italienischen Stadtstaaten kämpften ebenfalls Demokraten und Aristokraten um die Macht; die Demokraten scharten sich als Guelfen um den Papst, die Aristokraten als Ghibellinen um den deutschen Kaiser. Nicht selten fanden in den Städten blutige Kämpfe zwischen den beiden Parteien statt; die führenden Männer der besiegten Partei mußten in der Regel nach ihrer Niederlage die Stadt verlassen. Der berühmteste Emigrant jener

Zeit war Dante, der als Ghibelline aus Florenz entweichen mußte; er erfuhr, wie bitter das Brot der Fremde mundet. Erst in dem ghibellinisch gesinnten Ravenna fand er einige Ruhe und schließlich sein Grab. Als die französische Monarchie den Feudalismus, mit dem sich der Protestantismus verbündet hatte, niederkämpfte, verließen zahlreiche Aristokraten und Protestanten das Land – dies war die hugenottische Emigration.

Im Zeitalter der bürgerlichen Revolution nahm die Emigration großen Umfang an. Unter dem Druck der spanischen Herrschaft in den Niederlanden gab es die niederländische Emigration; es waren Bürger, die gegen die spanische Krone rebellierten. Zur Zeit der Cromwell-Revolution flohen die Monarchisten nach Frankreich und intrigierten von dort aus gegen das parlamentarische England. Nach der Restauration des englischen Königtums flohen viele Cromwellianer nach Holland; in den englischen Puritanern, welche nach Amerika auswanderten, muß man Emigranten erblicken, die sich dem Zwang der wiederhergestellten englischen Monarchie nicht unterwerfen wollten. Eine breite monarchische Emigration gab es während der Französischen Revolution. Wie im Altertum und Mittelalter betrachteten es diese Emigranten als ihr Recht, im Ausland militärische Kräfte zu mobilisieren, mit deren Hilfe sie ihre verlorenen gesellschaftlichen Positionen zurückerobern wollten.

Seit dem Siege der Französischen Revolution gewinnt allmählich das Problem der Emigration ein neues festumrissenes Gewicht. Europa scheidet sich in zwei Lager: hier das Lager der bürgerlichen Revolution, deren Vormacht Frankreich ist, dort das Lager der feudalen absolutistischen Restauration, das sich in der Heiligen Allianz konstituiert. Gegen dieses Lager der Heiligen Allianz setzt sich, je länger, desto deutlicher, auch das liberale England zur Wehr. Der typische Emigrant des 19. Jahrhunderts ist der liberale oder der demokratische Bürger, der innerhalb der mittel- und osteuropäischen Mächte keine Daseinsmöglichkeit besitzt, der dort mundtot gemacht, verfolgt, eingekerkert wird, der aber nicht kapitulieren will. Er geht nach Paris, nach Brüssel, nach Amsterdam oder nach England, zuweilen auch nach Amerika. Silvio Pellico, Mazzini, Karl Marx, Alexander Herzen, Carl Schurz waren solche Emigranten. Dort verfährt der Emigrant nun nicht so, wie der Emigrant des Altertums oder des Mittelalters verfuhr: Er sucht die Regierung, welche ihm Aufnahme bewilligt hat, nicht zum Krieg gegen sein Vaterland zu bewegen; nur in ganz seltenen Fällen tritt

er zu der fremden Regierung überhaupt in ein Verhältnis. Er hat ganz andere Wirkungsmöglichkeiten und macht von diesen Wirkungsmöglichkeiten Gebrauch.

Er ist gewöhnlich ein gebildeter Bürger, nicht selten schriftstellerisch begabt, wie etwa Herzen, Mazzini oder Heine. Er fühlt sich als Exponent des um seine Freiheit ringenden Bürgertums seines Vaterlandes. Den Freiheitskampf innerhalb der restaurativen, in der Heiligen Allianz vereinigten Macht organisiert nur eine dünne Schicht hochstehender, reicher, liberaler, bürgerlicher Honoratioren. Es kommt darauf an, diese Honoratiorenschicht zu ermuntern, in ihrem Kampf gegen Monarchen und Aristokraten nicht zu erlahmen. Die großen Ideen der bürgerlichen Revolutionen müssen immer wieder in Erinnerung gebracht werden, die rückständigen Verhältnisse der Heimat sind zu beleuchten und unter dem Gesichtspunkt der revolutionären Ideen zu kritisieren. Die Emigranten schreiben Flugblätter, schreiben Broschüren, lassen sie im Ausland drucken, schmuggeln sie in ihr Vaterland ein, was sich deshalb noch verhältnismäßig leicht durchführen läßt, weil die Absperrung der Grenzen mangelhaft ist und die Zahl der Polizeikräfte beschränkt bleibt. Die zündenden Flugschriften aus der Ferne werden zu Hause unterderhand verbreitet, sie werden klopfenden Herzens gelesen und gewinnen der Sache der bürgerlichen Revolution immer neue Anhänger und Kämpfer. Der Emigrant ist – die Stellung Mazzinis und Alexander Herzens war von solcher Art – der Revolutionsstratege, der von außen her die revolutionäre Bewegung seines Heimatlandes leitet; er steht in enger geistiger Verbindung mit den führenden revolutionären bürgerlichen Schichten seines Vaterlandes; er hat eine große Aufgabe. Der Ideenkampf war über ein Jahrhundert hindurch die einzige Form, in der das mittel- und osteuropäische Bürgertum sich organisieren und Fortschritte machen konnte. Der Emigrant als Ideenträger und Ideenverkünder, der die Feuerbrände aus der Fremde in die Heimat schleuderte, war durchaus gerechtfertigt, wenn er sich in Sicherheit brachte und von jenseits der Grenze her sein Untermienerwerk vorantrieb.

Der Glanz, der das Emigrantenwesen lange Zeit umstrahlte, rührte aus jenen Verhältnissen her, in denen der bürgerliche Emigrant seine hohe Funktion erfüllte.

Stellung und Funktion eines sozialistischen Emigranten waren anfänglich von der gleichen Beschaffenheit, wie Stellung und Funktion des bürgerlichen Emigranten gewesen waren.

Noch war es weit dahin, bis eine proletarische Massenbewegung entstand.

Die sozialistischen Ideen lebten erst in wenigen Köpfen. Man mußte gewissermaßen eine Körperschaft sozialistischer Führer und Apostel schaffen, man mußte aktive Persönlichkeiten für den Sozialismus gewinnen, die dann unter die Arbeiter gingen, um diese zu organisieren. Die Bücher und Flugschriften, die Marx und Engels in Paris, Brüssel und London verfaßten, wandten sich ursprünglich ebenso an reine Intelligenzschichten, wie sich die Bücher und Flugschriften der liberalen Emigranten an Intelligenzschichten gewandt hatten. In den Anfängen bewegte sich die sozialistische Agitation noch durchaus im liberalen Raum. Es war bereits eine große Sache, vom Ausland her sozialistische Ideen in gedruckter Form über die Grenze zu schmuggeln und in der Heimat zu verbreiten. Auch das sozialistische Emigrantendasein erfüllte seinen Sinn und seinen Zweck, wenn es sich in dieser Ideenverbreitung erschöpfte. Man stand an der Spitze und in vorderster Front der revolutionären Bewegung, wenn man als Emigrant dazu beitrug.

Emigrant in diesem Sinne war auch noch Lenin zwischen 1905 und 1917 gewesen. Eine russische proletarische revolutionäre Massenpartei bestand nicht; sie war erst zu schaffen. Lenin rechnete mit einer Eliteschicht, die aufzuklären war und deren Aufgabe es zu sein hatte, Massen hinter sich zu bringen. Ausdrücklich sprach er von der Gruppe der Berufsrevolutionäre, der Avantgarde, die zu bilden und zu schulen sei. Sie hungerte nach Ideen und Druckschriften, welche solche Ideen verkündeten. Unter diesen Umständen war es sogar noch sinnvoll, wenn Lenin in Zürich Flugblätter mit unsichtbarer Tinte schrieb und nach Rußland schmuggelte.

Lenins weltgeschichtliches Glück war es, auf eine Situation zu treffen, in der ein großer Staat und eine ganze Gesellschaftsordnung durch den Ersten Weltkrieg aus den Fugen gerieten. Massen wurden aufgrund eines ungeheuren gesellschaftlich-politischen Zusammenbruchs frei und fielen anarchisch aus jeder Art Ordnung.

In diesem Augenblick war Lenin zur Stelle und gab scharfsichtig und tatkräftig mit Hilfe seiner Berufsrevolutionäre dieser freigesetzten Masse einen Kopf. Seine Losungen erwarben ihm über Nacht das Vertrauen der führerlosen Arbeiter und Bauern, und damit bekam er sie in die Hand. Es war geradezu ein Idealfall für

einen revolutionären Führer: er wurde aus einem Ideenverkünder zu einem Ordnungsstifter. Die Größe Lenins bestand darin, daß er die Chance der Situation begriff und ergriff. So wurde Lenin zum Gründer eines neuen Staates und Stifter einer neuen Ordnung. Aber indem Lenin als erfolgreichster Typus des überlieferten Emigranten seine Stunde wahrnahm, schloß er die Epoche ab, in der dieser Typus des Emigranten noch Sinn und Daseinsrecht besaß. Die Welt hatte sich gewandelt: hier, in West- und Mitteleuropa, erhoben sich liberaldemokratische, kapitalistische Staaten, dort, in Osteuropa, hatte sich ein proletarisch-diktatorischer Staat gebildet. Feindselig standen sich diese beiden verschiedenen Ordnungswelten gegenüber.

Seit der Oktoberrevolution 1917 ist das Emigrantenproblem in ein völlig neues Licht gerückt. Eine russische Emigration überschwemmte die Welt. Sie rekrutierte sich aus geflüchteten Offizieren, Großgrundbesitzern, Industriellen, Adligen, Bürgern, Intellektuellen; es waren Verjagte, die sich in die neue bolschewistische Ordnung nicht fügen, die die alten Zustände, unter denen es ihnen so gut ergangen war, wiederherstellen wollten. Vom Standpunkt des bolschewistischen Regimes aus waren sie »gewesene Menschen«, Überlebter, gesellschaftlicher Kehricht. Sie waren von der Art jener französischen aristokratischen Emigranten, die sich nach 1789 vor allem am Rhein, in und bei Koblenz breit machten und von der deutschen Bevölkerung als Ungeziefer empfunden wurden. Wie diese wollten sie, um ihren Eigennutz wieder zu befriedigen, die Welt in Brand stecken. Die russischen Emigranten, die Emigration der »Weißrussen« war ein internationaler Herd der Intrige, der Anzettelungen gegen das bolschewistische Rußland; in diesen Weißrussen fanden die West- und Mittelmächte immer willige Kreaturen, wenn sie einen Anschlag auf die Sowjetunion durchführen wollten. Diese Emigranten waren keine Avantgardisten, keine Bahnbrecher der Zukunft; sie gehörten zu jenen armseligen Narren, welche nicht davon lassen wollten, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Diese Emigranten sind immer nur Verschwörer gegen den unaufhaltsamen Gang der Ereignisse; sie möchten ihr persönliches Pech wiedergutmachen, indem sie die geschichtliche Notwendigkeit ihrem persönlichen Kommando unterstellen. Sie vermessen sich, geschichtliche Lawinen, die verheerend zu Tal gegangen sind, wieder den Abhang hinaufwälzen zu können. Sie sind Gespenster, welche von der Gegenwart keine Kenntnis nehmen und verbohrt die Schatten der Vergangenheit als die

eigentliche und wahre Wirklichkeit behandeln. Die antibolschewistische Bewegung war ihre Lebensluft, in ihr gediehen sie, und mit deren Scheitern waren zugleich auch sie bankrott. Sie dienten nicht dem Fortschritt; ihr Ziel war die Restauration der alten Verhältnisse.

Eine neue, besondere Emigration schuf das Aufkommen des Faschismus und vor allem der Sieg des Nationalsozialismus. Sie war an sich nicht einheitlich, sie umschloß einerseits liberale, andererseits kommunistische Elemente. Die liberalen Elemente waren bloße geschichtliche Nachhut; im gesamtliberalen Europa hatte der Liberalismus einige Stellungen verloren; die Besatzung mußte, soweit sie nicht kapitulieren wollte, Fersengeld geben und sich zum liberalen Gros – ins liberale Ausland – zurückziehen. Dort konnte sie abwarten, ob der verlorene Boden wieder zurückzugewinnen war. Diese liberalen Elemente waren Verteidiger einer Sache, deren letztes Stündlein noch nicht geschlagen hatte, mochte sie sich gleich auf dem absteigenden Aste befinden. Sie gehörten in die große liberale Bewegung des 19. Jahrhunderts, nur daß diese jetzt aus ihrem aggressiven Stadium in ihr defensives eingetreten war.

Ganz anders lag der Sachverhalt für die kommunistischen Revolutionäre. Die mitteleuropäischen Kommunisten waren Außenposten, »Fünfte Kolonnen der bolschewistischen Sowjetunion«, sie waren Soldaten der Weltrevolution, sie hatten eine Sendung, durch welche sie zu unermüdlichem Angriff verpflichtet wurden. Diese Sendung stellte Ansprüche an sie – auch nach dem Siege des Faschismus; ja, nun war eigentlich erst der Augenblick gekommen, in welchem sie zeigen mußten, was an ihnen war.

In Mitteleuropa war die Arbeiterbewegung schon längst zu einer Massenbewegung angeschwollen; große Massenorganisationen waren geschaffen, eine langjährige Erziehungsarbeit war unter der Arbeiterschaft geleistet worden. Die Arbeiterbataillone, Regimenter, Brigaden und Divisionen standen. Ideen zu verbreiten war hier überflüssig, überholt, bloße Betriebsamkeit. Jetzt brauchte man Kommandeure, welche die durch den Faschismus zerschlagenen Arbeiterkader im Untergrund wieder sammelten, die auseinandergesprengten Bataillone neu formierten, die einen pausenlosen Partisanenkrieg mobilisierten. Propaganda und Agitation vom Ausland her war hier um so mehr Leerlauf, als sie angesichts der totalitären Staatsmaschinerie die Arbeiterschaft im Inland gar nicht erreichten und diese Arbeiterschaft mit ihrer Tradition nicht

mehr aufzuklären, sondern in Aktion zu setzen war. Wer ins Ausland entwich, floh vom Schlachtfeld; er kämpfte nicht mehr, sondern brachte sich in Sicherheit. Er überließ dem faschistischen Gegner die Stellungen. Die kommunistische Emigration hatte grundsätzlich keine Rechtfertigung für sich; bestenfalls war der Unterhalt eines kleinen Generalstabs jenseits der Grenze erlaubt. Allein in den Betrieben und im »Untergrund« war der Platz für kommunistische Kämpfer; ihre Emigration war Desertion.

Konstellationsgewinnler

Die Stellung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland im allgemeinen Spiel der Kräfte zeigte zeitweise, was in der Weltpolitik Konstellationen bedeuten. Die Bundesrepublik war an sich ein Staatswesen von kaum erheblichem Gewicht. Nichtsdestoweniger war Frankreich schon seit längerer Zeit auf die Bundesrepublik eifersüchtig. Nicht nur in Paris fand man, daß die Bundesrepublik auf dem besten Wege sei, eine wichtigere Macht zu werden, als es Frankreich war. Wenn auch noch nicht in aller Förmlichkeit, so war es nach dem Ausbruch des Koreakriegs 1950 doch tatsächlich an dem, daß die Bundesrepublik als ein Bundesgenosse der Vereinigten Staaten von Amerika in Erwägung gezogen wurde. Man befaßte sich mit ihr, nahm auf sie Rücksichten, die sie lange Zeit hindurch nicht gewöhnt war, und sie konnte es sich auch schon erlauben, Ansprüche zu stellen und Forderungen zu erheben.

Wie war dies zu erklären?

Es hing ausschließlich mit dem zusammen, was man »kalten Krieg« nannte. Die Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion waren aufs äußerste gespannt. England und Frankreich waren in größte Abhängigkeit von den USA geraten. Die Einkreisungspolitik der USA gegen Sowjetrußland machte immer weitere Fortschritte. Die Amerikaner wollten europäische Soldaten, die ihnen im Kriegsfall den Sowjets gegenüber die Kastanien aus dem Feuer holten. In dieser Hinsicht waren ihnen die Deutschen äußerst wichtig. Trotz aller Verträge ließen Engländer wie Franzosen erkennen, wie wenig es sie gelüstete, sich für amerikanische Interessen ins Feuer schicken zu lassen. Sie bremsten, sie überhörten die amerikanischen Wünsche. Hier sah nun Dr. Adenauer eine politische Chance. Wenn die Amerikaner europäische Soldaten brauchten: wohlan, er war bereit, sie zur Verfügung zu stellen. Er

hatte Generale und Unteroffiziere, hatte auch Infanteristen und Panzersoldaten in großer Anzahl zu liefern. Aber natürlich gab er diese Ware nur her, wenn man ihm etwas dafür bot. Die Verzögerungen beim Abschluß des Europapaktes konnten ihm, so ungeduldig er sich auch zuweilen stellte, gar nicht so übermäßig unangenehm sein: Je länger die Amerikaner warten mußten, um zu ihren deutschen Soldaten zu kommen, desto kostbarer wurden diese, desto bereiter mußten die Amerikaner sein, auf erhöhte Bonner Preisforderungen einzugehen. So hatte sich die Bonner Regierung infolge des kalten Krieges zu einem ansehnlichen politischen Machtfaktor erhoben.

Um zu seinem Ziele zu kommen, mußte Adenauer alles anstellen, das Ende des kalten Krieges zu verhindern, dessen Fortdauer zu garantieren, die weltpolitischen Spannungen zu verschärfen. So vermied er jede Aussöhnung mit der Sowjetunion, so tat er im Gegenteil alles, um die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu vergiften und die Zwietracht zwischen dem Westen und Moskau zu steigern. Um sich jedem Verdacht zu entziehen, unterderhand mit den Sowjets Fühlung aufgenommen zu haben, wurde er immer kecker in der Anmeldung deutscher Ansprüche auf das Gebiet jenseits der Oder-Neiße-Linie. Da ihn die Amerikaner brauchten, waren sie nachsichtig und, obwohl sie in Jalta diese Gebiete den Polen zugesichert hatten, fingen damit an, Adenauer in seinen Hoffnungen zu bestärken. Durch die Adenauersche Politik wurden die deutschen Gemüter erhitzt; um so leidenschaftlichere Soldaten mußten sie gegen den Osten sein. Der kalte Krieg: Dies war die große Situation Adenauers, in ihm und durch ihn stieg er zur Höhe. Wäre Frieden geschlossen worden, so wäre die Bedeutung der Bundesrepublik mit einem Schlag ins Nichts zurückgefallen. Die Rolle der Bundesrepublik war derjenigen verwandt, die Polen zwischen 1920 und 1935 spielte. Polen beutete damals den westöstlichen Gegensatz ähnlich aus, wie dies nunmehr Adenauer tat. Vorübergehend hörte man auf die polnische Stimme, aber die Konstellationsbedingtheit der polnischen Stellung enthüllte sich sofort, als die Konstellation, aus der Polen Nutzen gezogen hatte, zu Ende ging. Da wurde die innere Schwäche Polens sichtbar, es blieb nichts von ihm übrig, es zeigte sich, daß es nicht aufgrund eigener Kraft, sondern nur aufgrund der Funktion, die es für andere spielte, zu Ansehen gelangt war.

Der Aufsatz von Ackermann »Der deutsche Weg« schien darauf hinzudeuten, daß die Sowjets das Gefühl hatten, vor einem besonderen Problem zu stehen. Die Frage drängte sich 1945 überhaupt auf: Welche Pläne haben die Sowjets mit ihrem Besatzungsgebiet? Haben sie in der Tat besondere Pläne, oder wollen sie die deutschen Verhältnisse möglichst unangetastet lassen? Da die Sowjets von ihrem Ursprung her die Idee der Weltrevolution verfolgten, schien es möglich zu sein, daß sie von der Absicht beherrscht waren, die deutschen Ostgebiete in die weltrevolutionäre Umwälzung hineinzuziehen. Zwar waren jene Bestimmungen der Potsdamer Beschlüsse, daß der Großgrundbesitz aufzulösen und die industriellen Konzerne zu zerschlagen seien, nicht unmittelbar als bolschewistische Maßnahmen gedacht; nichtsdestoweniger konnten sie als solche gedeutet und durchgeführt werden. Längere Zeit hindurch schienen die Sowjets zu schwanken. Es fehlte ihnen nicht an der Empfindung dafür, daß die deutsche Bevölkerung nun einmal von dem Geiste der Französischen Revolution berührt worden war, daß sie in bürgerlichen Rechtsvorstellungen dachte, daß ihr die Rechte des Individuums, die Menschenrechte überhaupt, daß ihr die Freiheitsrechte heilig waren. Hier lag ein großer Unterschied zwischen dem Denken und Fühlen des deutschen und demjenigen des russischen Volkes.

Das russische Volk erlitt Jahrhunderte hindurch den Druck des Despotismus. Achtung vor der menschlichen Würde und Persönlichkeit war hier nicht vorhanden. Der Trieb der Selbstbestimmung war unentwickelt. Selbsttätigkeit war nicht gepflegt worden. Es fehlten die Voraussetzungen für einen bürgerlichen Rechtsstaat um so mehr, als noch 1917 die bürgerliche Schicht in Rußland zahlenmäßig wenig umfangreich war. Die Kerenskij-Revolution vom März 1917 hätte sich nur behaupten können, wenn die Westmächte dieser bürgerlichen Regierung mit Geld und wohl auch mit Bajonetten beigesprungen wären. Rußland wäre unvermeidlich in Einflußzonen aufgeteilt, die Unabhängigkeit Rußlands wäre zerstört worden.

Der Gegenstoß der Oktoberrevolution 1917 rettete die Unabhängigkeit und die Einheit des russischen Reiches. Aber die Revolution mußte, wenn sie Erfolg haben wollte, mit der geschichtlich geprägten Wesensart der russischen Bevölkerung rechnen. Noch waren Millionen von Analphabeten vorhanden, die es gewohnt

waren, der Obrigkeit blind zu gehorchen. Das russische Dorf war rückständig in geistiger wie in wirtschaftlicher Hinsicht. Die Bildung von Parteien, Wahlkämpfe und Wahlen hätten einflußreichen Geldmännern und Klerikern, Reaktionären jeder Art breite Betätigungsmöglichkeiten geschenkt. Die bolschewistischen Führer mußten eine Diktatur errichten, wenn sie die großen Massen der Bevölkerung nicht restaurativen Bewegungen anheimfallen lassen wollten. Rußland war kein Boden für die parlamentarische Demokratie; diese hätte zu einer Zerreißung des russischen Volkes und des russischen Landes geführt. Die bolschewistische Diktatur setzte die zaristische Despotie fort. Wenn die bolschewistischen Führer es mit dem russischen Volke gut meinten, mußten sie ihre Aufgabe als eine Erziehungsaufgabe in Angriff nehmen und durchführen. Sie haben dies zweifellos anfänglich mit vollem Bewußtsein getan.

Ihre Diktatur war um so sicherer gegründet, wenn sie im äußeren Dasein des russischen Volkes mit Fortschritten aufwarten konnten. Obschon lange Jahre hindurch die Industrialisierung und Aufrüstung des Landes die Entwicklung der Konsumgüterindustrie hemmten, war doch nicht zu leugnen, daß sich die Lebenslage des russischen Bauern und wohl auch diejenige des russischen Arbeiters in vieler Beziehung besserte. Kulturelle Anregungen wurden auf das flache Land hinausgetragen, und auch in den Betrieben erwiesen sie sich als fruchtbar. Man konnte von Fortschritt und Aufstieg sprechen, die das russische Volk der bolschewistischen Revolution verdankte. Eben dieses Erlebnis eines Fortschritts und Aufstiegs band das russische Volk an die bolschewistische Revolution und die bolschewistischen Führer.

Das deutsche Volk hatte eine andere Tradition und eine andere Geschichte. Hier war der Despotismus überwunden; er war keine Gewöhnung mehr, man war glücklich gewesen, ihn los zu sein. Die Zeit des Hitlerregimes war als unglückselige Episode, als Traditionsbruch empfunden worden. Ein Regierungssystem nach russischem Muster, das wiederum despotische Züge trug, erschien als Wiederkehr des absolutistischen Polizeistaates oder der Hitlerzeit. Die Planwirtschaft, wie sie jetzt in der Ostzone eingeführt wurde, mußte längere Zeit hindurch an Kinderkrankheiten leiden; es war unvermeidlich, daß sie der Gütererzeugung abträglich war. Im Zusammenhang mit den Auswirkungen des verlorenen Krieges und den geforderten Reparationslieferungen war es nicht zu umgehen, daß der Lebensstandard der deutschen Ostbevölkerung

sinken mußte. Wenn aber das bolschewistische System in einem Teil Deutschlands eine Senkung des Lebensstandards mit sich brachte, forderte es die Kritik heraus und verfiel zwangsläufig weitgehender Ablehnung durch die Bevölkerung.

Mit solchen Schwierigkeiten hatten die Russen zu rechnen, und zögernd nur beschritten sie den Weg der »Bolschewisierung«, der zugleich auch ein Weg der Russifizierung sein mußte. Die zurückgekehrten deutschen Emigranten, die sich Rußland zu großem Danke für die Gastfreundschaft während der Hitlerzeit verpflichtet fühlten und die sich auch während ihrer Emigrationszeit den deutschen Verhältnissen tief entfremdet hatten, waren von Anfang an geneigt, russischen Wünschen entgegenzukommen. Sie besetzten alle politischen Posten innerhalb der sowjetischen Besatzungszone und waren eifrig darauf bedacht, die Russen nicht zu enttäuschen und nicht zu erzürnen. Ihre Dienstwilligkeit ermunterte die Russen dazu, ihre Forderungen an das deutsche Volk zu steigern. Während im großen und ganzen bis zum Jahre 1949 die Russen eine behutsame Vorsicht walten ließen, begannen sie gegen Ende des Jahres, die Bolschewisierung und Russifizierung ihrer Besatzungszone systematisch und nachdrücklich vorwärtszutreiben. Die Umwandlung der SED in eine »Partei neuen Typus«, ihre Umgestaltung also nach dem Vorbild der sowjetischen Kommunistischen Partei, war ein deutlich sprechendes Symptom. Die SED sollte keine deutsche, sie sollte eine Partei nach sowjetischem Muster werden und ausschließlich als eine Apparatur arbeiten, die sowjetische Wünsche erfüllte.

Wohl hatte die Durchführung der Potsdamer Beschlüsse zu einer Änderung der überlieferten Wirtschaftsstruktur geführt. Aber da nunmehr diese Änderung der Wirtschaftsstruktur als Brücke zur Gründung von volkseigenen Betrieben diente, wurde eine Kluft zwischen der Wirtschaft des deutschen Ostens und derjenigen des deutschen Westens aufgerissen.

Schriftstellerkongreß

An anderer Stelle wurde davon berichtet, wie sich im Jahre 1932 der Syndikus der westdeutschen Schwerindustrie, Kruckenberg*, bemühte, die deutsche Intelligenz zu kaufen. Sie war, wie sich am

* Vgl. E. Niekisch, a. a. O., S. 209 f.

Verhalten Kolbenheyers und anderer zeigte, durchaus bereit, sich kaufen zu lassen. Durch die Machtergreifung Hitlers war es der Schwerindustrie erspart worden, Geld ausgeben zu müssen, um den Geist in ihre Dienste zu nehmen; Hitler selbst besorgte das Geschäft, die Intelligenz schwerindustriellen Zwecken gefügig zu machen.

Man darf wohl vermuten, die Schwerindustrie sei zu ihrem Unternehmen durch amerikanisches Vorbild angeregt gewesen. Upton Sinclair erzählt in seinem Roman »Das Geld schreibt«, wie die amerikanische Hochfinanz die Feder in ihre Dienste zu nehmen verstanden hatte.

Nun waren die Amerikaner auf deutschem Boden selbst, und sie schickten sich an, sich auch der schreibenden deutschen Intelligenz zu versichern.

Im Jahre 1947 hatte in Berlin ein deutscher Schriftstellerkongreß getagt, auf welchem sich west- und ostdeutsche Schriftsteller einmütig zusammengefunden hatten. Man hatte sich im allgemeinen der Erörterung kitschiger Punkte enthalten, doch konnte man nicht vermeiden, das Problem der Freiheit anzuschneiden. Mehr oder weniger provozierend wurde gelegentlich angedeutet, es stehe mit der schriftstellerischen Freiheit in der sowjetischen Besatzungszone bedenklich. Die versteckten Angriffe, die mehr als einmal vorgetragen wurden, reizten mich. Auch ich ergriff das Wort. Da schon mehr als einmal auf Ortega y Gasset Bezug genommen worden war, knüpfte ich an diesen an. Ich legte dar, wie die Verachtung der Massen, die in dem Buche »Der Aufstand der Massen« hervorbreche, klar erkennen lasse, wie Ortega y Gasset nur auf die Bedürfnisse des gebildeten und besitzenden Bürgertums Rücksicht nehme, wenn er von Freiheit spreche; er schätzte die Masse viel zu gering, um sich über deren Freiheitsanspruch den Kopf zu zerbrechen. Im Grunde vertrete Ortega y Gasset doch auch nur eine Spielart des Faschismus.

Wütend wurde ich daraufhin von Frau Birkenfeld angefallen, der Gattin jenes Schriftstellers Birkenfeld, der später im Rundfunk des amerikanischen Sektors (RIAS) eine nicht unerhebliche Rolle spielte.

Offenen Streit suchte Melwin J. Lasky. Lasky war in Krakau geboren, war aber nach Amerika ausgewandert und gab sich ostentativ als Amerikaner. Er war gegen die Sowjetunion haßgeladen und verzichtete auf keine Gelegenheit, diesen Haß aggressiv zur Schau zu tragen. Er hatte die Zeitschrift »Der Monat«, gegründet und

war deren Redakteur geworden. Zweifellos war »Der Monat« eine Zeitschrift von hohem Niveau. Lasky zahlte hohe Honorare, und so fiel es ihm leicht, die glänzendsten Publizisten als Mitarbeiter zu gewinnen. Es war amerikanisches Geld, das ihm zur Verfügung stand.

Durch eine haßgeladene Rede machte Lasky den Versuch, den Schriftstellerkongreß zu sprengen. Der sowjetische Schriftsteller Fadejew, der nach Lasky das Wort ergriff, meinte, es sei ihm ein großes Glück widerfahren; immer habe er sich danach gesehnt, einen wirklichen Kriegshetzer aus Fleisch und Blut zu sehen. Dieser Wunsch sei ihm beim Anblick Laskys erfüllt worden.

Lasky nun trat als Einberufer jenes Kongresses westlicher Intellektueller auf, der im Juli 1950 in Berlin tagte. Dieser Kongreß erklärte der ostdeutschen Intelligenz den Krieg. Renegaten wie Arthur Koestler führten das Wort und gaben ihm das Gepräge. Gemäßigtere Geister, wie Adolf Grimme, suchten sich von Koestler zu distanzieren, indem sie ihn als Konvertiten bezeichneten. In der Atmosphäre, welche diesen Kongreß umgab, fühlten sich sogar Männer wie Eugen Kogon unbehaglich.

Einige ostdeutsche Intellektuelle, Universitätsprofessoren und Schriftsteller, nahmen die Herausforderung an, die von jenem Kongreß ausging. Sie wollten in eine Diskussion mit Kongreßteilnehmern eintreten und mieteten in einem Hotel am Zoo einen Saal, in welchem die Aussprache stattfinden sollte. Etwa 50 Intellektuelle des Ostens, darunter verschiedene Professoren der Humboldt-Universität, stellten sich diesem »Kampf der Geister«. Indes wurden sie bitter enttäuscht: Von allen Teilnehmern des Kongresses erschien nur ein einziger, der Journalist Erich Kuby aus München. Der Zweck der Veranstaltung war verfehlt, wenschon die Aussprache mit dem spritzigen Kuby recht angeregt und sogar fruchtbar war.

Die Professoren Hollitscher und Havemann verweilten noch im Lokal, nachdem alle übrigen enttäuscht weggegangen waren. Verspätet stellte sich Lasky und der amerikanische Professor Sidney Hook ein. Statt sich für ihr Fernbleiben zu entschuldigen, benahmen sie sich rüpelhaft; so etwa fragte Lasky Havemann, einen Professor für Chemie, ironisch, was er von Stalin als Chemiker halte. Es war nicht zu verkennen: Der Kongreß der westlichen Intelligenz verfolgte den Zweck, Zwietracht zwischen den deutschen Intellektuellen zu säen und auch ihre Reihen unüberbrückbar zu spalten.

Während der langen Kriegsjahre hatten die kapitalistischen Mächte Amerika und England eng mit der bolschewistischen Sowjetunion zusammengearbeitet; die Feindschaft gegen Hitlerdeutschland hatte sie zusammengeschmiedet. Es fehlte nicht an Differenzen zwischen den Verbündeten; nie aber kamen diese Differenzen zu offenem Ausbruch. Freilich konnten sie einen Hinweis auf untergründige Interessenverschiedenheiten geben, die möglicherweise eines Tages, wenn die Kriegsnotwendigkeiten nicht mehr ihre zusammenfassende Kraft erwiesen, zu offenem Austrag hinzutreiben vermochten. Hitler und Himmler hatten auf die Chance, die sich ihnen hier zu bieten schien, spekuliert. Aber der Gedanke, den sie gegen Ende des Krieges erwogen, gemeinsam mit Amerika und England gegen die Sowjetunion zu marschieren, mutete in jenen Tagen unmittelbar vor dem Zusammenbruch Deutschlands phantastisch an.

Wahr aber ist, daß sich fast noch am Tage des Zusammenbruchs selbst sowohl der amerikanische Präsident Truman als auch der englische Premierminister Winston Churchill ihres Gegensatzes zur Sowjetunion bewußt wurden und sich sogleich anschickten, eine Politik einzuleiten, die vom Gefühl dieses Gegensatzes bestimmt war. Die Sowjetunion hatte – mit ihrer Hilfe – in Mitteleuropa Fuß gefaßt. Dies widersprach den angelsächsischen Interessen, die es nicht zulassen wollten, daß der größte Teil Europas ihrem Einflußbereich entglitt. Angelsächsische Machtbedürfnisse standen gegen die sowjetische Machterweiterung auf. Dieser Konflikt, der als offene Machtfrage sich anmeldete, wurde verstärkt und verschärft aus sozialen Gründen. Die Sowjetunion, die Verkörperung der bolschewistischen Revolution, hatte innerhalb ihrer Grenzen die kapitalistischen Machtstellungen und Institutionen zertrümmert, hatte die kapitalistische Klasse ausgerottet, und ihre Grundtendenzen waren darauf ausgerichtet, den Kapitalismus auch in der übrigen Welt zu zerstören. Amerika und England aber waren die ausgesprochensten kapitalistischen Weltmächte. Der Zweite Weltkrieg war unter der Losung geführt worden: hie Humanismus, hie Faschismus, hie Zivilisation – hie Barbarei. Mit großzügiger Toleranz war die Sowjetunion, da man ihres Beistandes bedurfte, der Front des Humanismus und der Zivilisation zugerechnet worden. Nachdem das Hitlerreich gestürzt war, hatte die alte Kampflosung ihre Kraft verloren. Eine neue Losung kam auf,

die Losung – hie Imperialismus, hie Bolschewismus. Sie war nicht eigentlich neu, unter ihren Fahnen war einst schon Hitler in die Höhe gekommen. In dem Maße freilich, in welchem er den imperialistischen Mächten gefährlich wurde, rückten die imperialistischen Mächte von ihm ab und rückten sogar ihren Gegensatz zum Bolschewismus in den Hintergrund. Aus der Kampfstellung Hitlers gegen den Bolschewismus konnten sie keinen Nutzen ziehen; für den Augenblick erschien ihnen Hitlers Faschismus gefährlicher als der Bolschewismus. So waren sie zu dem Brückenschlag bereit, der sie einige Jahre mit dem Bolschewismus verband. Nachdem aber Hitler von der Bühne verschwunden war, wurden sie sich wieder ihres Gegensatzes zum Bolschewismus mit voller Wucht bewußt. Über Nacht förmlich entwickelte sich eine neue Frontstellung. Wenn Amerika und England als imperialistische Staaten in der bolschewistischen Sowjetunion ihren Feind sahen, so lag es für sie nahe zu prüfen, inwieweit das entmachtete Deutschland, welches von antibolschewistischen Instinkten bis zum Grunde hin aufgewühlt war, zum neuen Freund werden könnte. Es empfahl sich sogar, diesem zerschlagenen Deutschland, wenn es nur den antibolschewistischen Kurs beibehielt, wieder vorsichtig auf die Beine zu helfen. Das Bündnis Amerika, England, Rußland gegen Deutschland ließ sich in ein Bündnis Amerika, England, Deutschland gegen Rußland umwandeln. Wie auf dem Wiener Kongreß 1815 die Koalition England, Österreich, Rußland gegen Frankreich zusammengebrochen und durch die andere, England, Österreich, Frankreich gegen Rußland, ersetzt worden war, so deutete sich noch auf der Potsdamer Konferenz 1945 ein tiefreichender Wandel der Machtkonstellation an.

Stalin hatte seinen imperialistischen Bundesgenossen niemals vertraut; immer war er von Mißtrauen gegen sie erfüllt und sah in ihnen den präsumtiven Feind von morgen. Aber daß der Wandel sich so rasch vollziehen würde, wie er sich wirklich vollzog, mochte auch er nicht erwartet haben.

Selbst die militärischen und administrativen Apparate Amerikas und Englands waren offensichtlich auf einen solch plötzlichen Wandel nicht eingestellt. Sie fungierten anfänglich noch in jener Richtung, die auf die Zusammenarbeit mit Rußland und die Feindschaft mit Deutschland eingespielt war. Die Umerziehung des deutschen Volkes, die Tolerierung der neuerstehenden kommunistischen Partei in Deutschland durch die amerikanischen und englischen Behörden entsprachen dem gewohnten Verhältnis, das

man bisher zur Sowjetunion gepflegt hatte. Es brauchte Zeit, bis sich die Intentionen von der Spitze bis in die unteren Ränge der Apparate durchgesetzt hatten. Als dies geschehen war, gab es kein Zögern mehr: Immer ausgeprägter wurde die Zusammenarbeit Amerikas und Englands mit dem bürgerlichen Deutschland gegen die Sowjetunion.

Das deutsche Bürgertum erfaßte mit feiner Witterung die Chance, die sich ihm bot. Der Westen und Süden Deutschlands waren von Amerika und England besetzt, der französischen Besatzung war im ursprünglich angelsächsischen Bereich Platz geschaffen worden. Mit Ungestüm warf sich das deutsche Bürgertum den angelsächsischen Mächten in die Arme; es sah sein Heil und seine Rettung in diesem neuen freundschaftlichen Verhältnis. Es konnte nicht im Zweifel darüber sein, welchen Preis es dafür zu zahlen hätte. Die amerikanisch-sowjetische Gegnerschaft schloß als äußerste Konsequenz die Möglichkeit eines Krieges in sich ein. Nach der alten Sitte großer Imperien suchte Amerika sich für einen solchen kommenden Krieg mit Landsknechten zu versorgen. Deutschland hatte sich als ein gutes Soldatenland erwiesen: Wenn Amerika mit dem deutschen Bürgertum paktierte, dann geschah es nur unter der Bedingung, daß Deutschland, wenn die Stunde reif war, für amerikanische Zwecke Soldaten lieferte.

Ohne irgendein Widerstreben ging das deutsche Bürgertum auf diesen Handel ein. Als Amerika und England von der Gefügigkeit des deutschen Bürgertums überzeugt waren, gaben sie Anweisungen, einen deutschen Teilstaat, die Bundesrepublik Deutschland, zu gründen, der ihnen Gewähr bot, ein bedingungslos gehorsames Instrument westlicher imperialistischer Politik zu werden. Dieser deutsche Teilstaat wurde vollkommen in den amerikanisch-englischen Machtbereich einbezogen; man stärkte seine Stellung und sein Prestige, indem man ihn völkerrechtlich als die Stellvertretung Deutschlands, als das eigentliche Deutschland behandelte.

Die Politik der beiden angelsächsischen Mächte begegnete allerdings noch immer einer Klippe, die ihr im Wege stand und die sie nicht aus der Welt zu schaffen vermochte. Der östliche Teil Deutschlands war von der Sowjetunion besetzt, und diese zeigte keine Neigung, das Land, welches sie in Obhut genommen hatte, zu räumen. Nur mit Mißbehagen nahm sie von der Wendung der Politik ihrer einstigen Kriegsverbündeten Kenntnis; ihre politischen Züge mußten notgedrungen Reaktionen und Antworten auf die feindselige Politik ihrer alten Freunde sein. Auch die Grün-

derung der Bundesrepublik verlangte eine Entgegnung. Diese bestand in der Errichtung der Deutschen Demokratischen Republik. Während aber die zahlreichen kapitalistischen Länder, die von Amerika subventioniert wurden, keinen Anstand nahmen, die Bundesrepublik diplomatisch anzuerkennen, weigerte sich die ganze westliche Welt, von Amerika dirigiert, der DDR, dem sowjetischen Schützling, die Anerkennung zu gewähren. Die Deutsche Demokratische Republik war in den sowjetrussischen Machtbereich einbezogen; sie wurde unvermeidlich ein Opfer der feindseligen Maßnahmen und Handlungen, welche die imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion in Gang brachten. Die Beziehungen zwischen den imperialistischen Mächten und der Sowjetunion spitzten sich bis an den Rand eines Krieges zu; der amerikanische Außenminister Dulles bekannte offen, daß er gegen die Sowjetunion eine Politik treibe, die ständig am Rande des Abgrunds entlangführe. Ein »kalter Krieg« brach 1948 zwischen Amerika und seinem Einflußbereich auf der einen Seite und der Sowjetunion und ihrem Machtbereich auf der anderen Seite aus. Es wurde nicht mit Granaten geschossen, doch wurde die Sowjetunion mit einem Hagel moralisch-psychologischer Giftpfeile überschüttet. Die Presse, der Rundfunk, Agenten und Spione eiferten, die sowjetische Machtsphäre von innen her zu zersetzen; das sowjetische Machtssystem zum Einsturz zu bringen war das erklärte Ziel der Dullesschen Weltpolitik.

Ein bevorzugter Schauplatz dieses »kalten Krieges« wurde Deutschland. Die Bundesrepublik, deren sich Amerika sicher zu fühlen begann, wurde mit Anleihen, mit »Marshallplangeldern«, mit Konsumgütern und Krediten reichlich ausgestattet. Die Sowjetunion war durch Kriegseinwirkungen, durch die Untaten der deutschen Heere zu großen Teilen verwüstet worden, hatte Mühe, sich von solchen Kriegsverwüstungen zu erholen und war infolgedessen nicht fähig, gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik ebenso splendid zu sein, wie es Amerika gegenüber der Bundesrepublik war. Während die Bundesrepublik dank der amerikanischen Unterstützung ein Bild des Wohlstands bot, bot die Deutsche Demokratische Republik ein Bild der Armut. Es lag natürlich eine bewußte Absicht darin, die Bundesrepublik verlockend erscheinen zu lassen; den Einwohnern der Deutschen Demokratischen Republik sollte sinnfällig vor Augen geführt werden, wie sehr es sich lohne, unter amerikanischer Vormundschaft zu stehen. Die westlichen Organisatoren des »kalten Krieges«

rechneten damit, die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik könnte sich gegen die sowjetische Besatzungsmacht eines Tages erheben, um sich unter amerikanischer Schirmherrschaft mit ihren »deutschen Brüdern« zu vereinigen; der 17. Juni 1953 war ein durchaus in diesem Sinne vorbereitetes Unternehmen. Freilich kam man nicht zum Ziele, da die Sowjetkräfte auf der Hut waren und dem Aufstand rechtzeitig Grenzen setzten.

Zwei deutsche Staaten waren entstanden; jeder behauptete von sich, »souverän« zu sein. In der Tat aber handelte es sich dabei unverkennbar um bloße Scheinsouveränitäten. Unter der Maske dieser Scheinsouveränitäten war Deutschland tatsächlich zwischen Amerika und der Sowjetunion aufgeteilt. Das Verlangen nach deutscher Wiedervereinigung verdünnte sich zu einer vagen Illusion. Unter amerikanischer Anweisung tat die Bundesrepublik alles, um die wirkliche Wiedervereinigung zu blockieren. Sie trat dem Atlantikpakt bei und demonstrierte damit, daß sie in der gegen die Sowjetunion gerichteten amerikanischen Kampfgenossenschaft stehe. Da aber Wiedervereinigung unter diesen Umständen bedeutet hätte, daß auch die Deutsche Demokratische Republik in diese Kampfgenossenschaft überzuwechseln hätte, war es den Sowjets unmöglich, ihre eigene Macht zu schwächen, indem sie ein Glacis – denn dies war in Wahrheit die Deutsche Demokratische Republik – dem amerikanischen Gegner preisgab. Verantwortungslos und frevlerisch spielte der deutsche Bundeskanzler Dr. Adenauer das amerikanische Spiel, das darauf hinzielte, die kommende Abrechnung zwischen Amerika und der Sowjetunion auf deutschem Boden abrollen zu lassen.

In dieser Situation war nun Berlin eine ganze eigene Rolle zugefallen. In einer Anwandlung von Vertrauen zu den Kriegsverbündeten hatte die Sowjetunion einer gemeinsamen Besetzung Berlins zugestimmt. Die Stadt war in vier Besatzungszonen aufgeteilt, über die Zugangswege selbst war nichts ausdrücklich vereinbart worden; man dachte nicht daran, daß es zwischen den Besatzungsmächten zu Zwistigkeiten kommen könnte. Als nun die beiden Teilstaaten eingerichtet worden waren, wurde auch die Stadt Berlin von der Spaltung erfaßt. Die Stadt fiel in zwei Stadtverwaltungen auseinander; in West-Berlin gab Amerika den Ton an, Ost-Berlin war der Sowjetunion zugewandt. Die Spaltung in der Stadt wurde bald so tief, wie es die Spaltung des deutschen Landes selbst war. Sogar zwei Währungen waren in der Stadt eingeführt.

Bald trat das Verkrampfte und Verkünstelte dieser Berliner Exi-

stanz in Erscheinung. West-Berlin fühlte sich der Bundesrepublik zugehörig. Es gehorchte deren politischen Intentionen und fühlte sich ganz und gar als ein Organ der amerikanischen Politik. Es nahm den psychologischen Kampf gegen Ost-Berlin, die Deutsche Demokratische Republik, ja die Sowjetunion selbst auf, zahllose Geheimdienste und Spitzelorganisationen siedelten sich mit behördlicher Duldung an. Von West-Berlin aus wurde im großen die Abwerbung von Fachkräften aus der Deutschen Demokratischen Republik organisiert; und die Fluchtbewegung aus der Deutschen Demokratischen Republik nach West-Berlin wurde nach Kräften angefacht. Es störte die Wirtschaft und die politische Ruhe des ganzen Sowjetblocks; wie ein vergiftender Splitter saß es im Fleische des sowjetischen Machtbereichs. Absichtlich vermied es jede diplomatische Rücksichtnahme auf die Gefährdetheit seiner Stellung. Mit keckem Übermut provozierte es ständig Konflikte. Es war wie eine Zündschnur, mit deren Hilfe der ganze Erdball in die Luft gesprengt werden konnte; stolz genoß es seine Bedeutung, jederzeit einen furchtbaren Weltbrand entfachen zu können.

Konnte die Sowjetunion auf die Dauer sich mit dieser Funktion West-Berlins abfinden? Konnte sie es zulassen, daß durch und über das Territorium der Deutschen Demokratischen Republik West-Berlin mit Antrieben und Materialien für seine provokatorische Mission erfüllt wurde?

Die Erklärung des »kalten Krieges« an die Sowjetunion wurde schon in der Stuttgarter Septemberrede des amerikanischen Staatssekretärs des Äußeren, Byrnes, vorbereitet. Hier rückte Amerika von der Sowjetunion erkennbar ab und deutete den Willen zur Annäherung an das bürgerliche Deutschland an. Offen verkündete der amerikanische Präsident Truman die Kriegserklärung, als er die These von der Eindämmung der bolschewistischen Expansion proklamierte. Diese These war noch so formuliert, als ob es sich um eine Defensivmaßnahme handele, als ob man sich gegen die sowjetischen Ausdehnungstendenzen zur Wehr setzen müsse. In der Tat war es seit Jahrzehnten das russische Bestreben gewesen, den ganzen Balkan der russischen Einflußsphäre einzuverleiben; da der Balkan vor den Grenzen des russischen Riesereiches lag, war es ein russisches Lebensinteresse, die übrigen Großmächte von diesem Bereich fernzuhalten. England aber hatte immer wieder angesetzt, auf dem Balkan Fuß zu fassen, und noch während des Zweiten Weltkrieges wollte Churchill das große Angriffsunternehmen statt an der atlantischen Küste an der Mit-

telmeerküste Griechenlands in Gang bringen. Durch die großen Blutopfer, welche die Sowjetunion gebracht hatte, fühlte sie sich nunmehr berechtigt, das alte panslawistische Ideal zu verwirklichen, alle Slawen – auch der Balkan war von Slawen besiedelt – in einem großen Reiche zu vereinigen. Wenn die Sowjetunion Vorsorge dagegen treffen wollte, daß sich nicht fernerhin Engländer, Franzosen oder Amerikaner auf dem Balkan breitmachen durften, so war diese Vorsorge durchaus legitim.

Amerika warf bald den Schleier der Defensive, der über der Formel von der Eindämmung lag, selbst ab, offen verkünderte es als neue Zielsetzung das »Rollback«, die Zurückdrängung. Der offensive Charakter der amerikanischen Politik trat unverblümt in Erscheinung.

Amerika entwickelte ein ganzes System offensiver Maßnahmen gegen die Sowjetunion. Die Einkreisung der Sowjetunion durch die NATO, die amerikanische Stützpunktpolitik waren direkt militärischen Charakters. Moralisch-psychologischer Art war der Ausbau zahlloser Sender, die um die Grenzen der Sowjetunion gruppiert wurden und von denen aus die sowjetische Bevölkerung zum Aufruhr aufgerufen wurde. Amerika organisierte russische Emigrantengruppen und ermunterte sie, auf ihre Heimat Einflüsse der Zersetzung auszuüben. So konnte es geschehen, daß zeitweise Dulles geradezu den Sturz des bolschewistischen Regimes ankündigen durfte.

Es war ein wahres Trommelfeuer psychologischer, moralischer, diplomatischer, propagandistischer, politischer und militärischer Eingriffe, mit deren Hilfe Amerika einen Umsturz in der Sowjetunion zustande bringen wollte.

Diese Maßnahmen des »kalten Krieges« betrafen aber ebenso sehr auch die Verbündeten der Sowjetunion, die Volksdemokratien und die Deutsche Demokratische Republik. Der Prager Regierungswechsel im Jahre 1948 und die russische Intervention in Ungarn im Jahre 1956 waren Abwehrunternehmungen der Sowjetunion gegen amerikanische Umsturzversuche.

Es stand sowohl die sowjetische Politik wie auch die Politik der Ostblockstaaten, wie auch schließlich im besonderen Maße die Politik der Deutschen Demokratischen Republik unter dem dauernden Druck der fortgesetzten Angriffsveranstaltungen Amerikas. Die Oststaaten lebten angesichts des ununterbrochen geführten »kalten Krieges« im ständigen Notstand; sie mußten sich von Tag zu Tag der heimtückischen, unterirdischen, wühlerischen

Aggressionen der von Amerika inspirierten Politik erwehren, sie kamen aus dem Kriegszustand nie heraus. Es blieb ihnen nichts anderes übrig, als die innerpolitischen Konsequenzen daraus zu ziehen.

Ostorientierung

Die Politik Bismarcks war ganz auf den europäischen Horizont abgestimmt, und nur innerhalb dieses Horizontes konnte sie die Erfolge erringen, die ihr zuteil wurden. Deutschland, das Land der Mitte, stieg zur Großmacht empor; doch setzte der Fortbestand dieser Großmacht voraus, daß die europäischen Nachbarn, von denen Deutschland umgeben war und die auf die deutschen Grenzen drückten, sich in Schach hielten. Diese Nachbarn mußten sich gegenseitig in Schach halten; nie durfte es dazu kommen, daß sie sich zusammenschlossen, um gemeinsam gegen die europäische Mitte, gegen die Großmacht Deutschland, vorzugehen. Nicht einfach durfte die deutsche Politik sein; es gab kein eindeutiges Rezept, an welches sie sich halten konnte, das immer und unter allen Umständen wirksam war. Mit fünf Kugeln spielte Bismarck; als seinen Nachfolgern dieses Spiel zu kompliziert wurde und sie es infolgedessen vereinfachten, ging es mit der Großmacht Deutschland zu Ende. An eine Grundnotwendigkeit allerdings war Deutschlands Großmachtspolitik gebunden. Schon Friedrich der Große hatte auf sie in seinen politischen Testamenten hingewiesen. Immer sollte Preußen, dies war der Rat, den Friedrich seinen Nachfolgern gab, auf gute Beziehungen mit Rußland achten. Bismarck hielt diesen Rat für so wichtig, daß er ihn auch für sein Reich nutzbar machte. Der Draht nach Petersburg durfte nicht abreißen, wenn die deutsche Machtstellung nicht erschüttert werden sollte. Gegen England, Frankreich und auch Österreich ließ sich jederzeit die russische Karte ausspielen, wenn verhindert werden mußte, daß ein geschlossener Ring um Deutschland zustande kam. Als die russische Karte den deutschen Händen entglitten, als der Zweibund entstanden und gar die Triple-Allianz ins Leben getreten war, war die deutsche Lage aussichtslos geworden. Der Ring um Deutschland war geschmiedet, und im August 1914 setzten die Verbündeten zu dem Druck auf die deutschen Grenzen an, dem die Großmacht Deutschland unvermeidlich erliegen mußte.

Die Weimarer Republik war nicht mehr bloß wie das Hohenzollernreich in den europäischen Horizont hineingestellt. Ganz neue

weltpolitische Probleme waren entstanden, als sich Amerika und Japan zu Großmächten emporgeschwungen und Rußland sich als eine dynamisch-revolutionäre Macht konstituiert hatte. Deutschland hatte Großmacht werden können im Rahmen des europäischen Horizonts. Die Weimarer Republik aber hatte mit Konstellationen ganz anderer und neuer Art zu rechnen. Im Rahmen des Welthorizontes war es dem Deutschen Reich nicht mehr möglich, isoliert stark zu sein; mit einer Weltmacht mußte es sich verbünden. Wieder lag es nahe, den Blick auf Rußland zu werfen. Dieses revolutionäre Rußland war freilich in den Jahren nach 1920 noch schwach. Doch gehörte nicht viel politischer Weitblick dazu, um zu erkennen, daß dieser Staat in die Höhe strebte und daß er genug Voraussetzungen in sich barg, auch in der Tat in die Höhe gelangen zu können. Näherte sich die Weimarer Republik diesem Rußland, dann hatte sie das deutsche Schicksal mit einer Tendenz verknüpft, die nach oben führte; Hand in Hand mit Rußland durfte die deutsche Republik einer großartigen Zukunft entgegenblicken.

Nun aber machten sich in der Weimarer Republik Umstände geltend, die diese daran hinderten, ihre Chancen zu ergreifen. Es zeigte sich, daß der bürgerliche Mensch und die bürgerliche Ordnung Deutschland zum Verhängnis gereichen mußten. Aus Gründen bürgerlicher Selbsterhaltung, aus bürgerlicher Sozialangst hielt sich die Weimarer Republik Rußland fern, sie mied das Bündnis mit Rußland. Die ganze deutsche politische und geschichtliche Zukunft wurde preisgegeben, um die bürgerliche Ordnung auf deutschem Boden zu erhalten. Ganz reibungslos freilich ging dies nicht: Ein Jahrzehnt hindurch kam der Kampf um die außenpolitische Orientierung auf deutschem Boden nicht zum Schweigen.

Schließlich aber fiel die Entscheidung doch endgültig zugunsten der Westorientierung. Stresemann hatte diese Entscheidung in Locarno vorbereitet; getroffen wurde sie alsdann von Hitler.

Wie naturwidrig sie für Deutschland war, trat erschreckend darin zutage, daß sie zugleich auch völlig sinnlos wurde. Das nationalsozialistische Deutschland warf Rußland den Fehdehandschuh hin, bezog die antirussische, die antibolschewistische Position, ohne sich gleichzeitig des Rückhalts im Westen, für den es sich prinzipiell entschieden hatte, zu sichern. Ja mehr noch, es brachte das Unwahrscheinliche zustande, zu dem allerdings schon die deutsche Politik zwischen 1890 und 1914 ein Vorbild gegeben hatte, die

Westmächte mit ihrem prinzipiellen Gegenpol Rußland in einer Front zu vereinigen. Das antibolschewistische Deutschland kämpfte nicht nur gegen Rußland, sondern zugleich auch gegen dessen grundsätzliche Feinde England, Frankreich und Amerika. Dies war der Gipfel der Verrücktheit, in dem sich offenbarte, in welche Geistesverirrung das deutsche Volk geraten war. Im Wirbel solchen Wahnsinns mußte Deutschland unaufhaltsam zugrunde gehen. Nach 1945 konnte es nicht dem Schicksal vorbeugen, von den beiden großen Weltmächten aufgeteilt zu werden. Alle Voraussetzungen zu einer eigenen Politik waren dahingeschwunden. Westdeutschland zog die Konsequenz jener bürgerlich bestimmten Westorientierung der Weimarer Republik. Es warf sich vorbehaltlos in die Arme des Westens; es wollte sich unter amerikanischen Schutz stellen, es wollte von westlichen Gruppen besetzt bleiben. Es sagte bewußt dem deutschen Patriotismus ab und wollte ihn durch einen »europäischen Patriotismus« ersetzen. Die Impulse einer deutschen Politik waren restlos erdrosselt; man wollte keine deutsche Politik mehr.

Das Grundanliegen einer deutschen Politik wäre in erster Linie die Wiedervereinigung Deutschlands gewesen. Das deutsche Bürgertum hatte auch das einheitliche Deutschland im Herzen abgeschrieben. Die Politik, welche die Bundesrepublik im Einverständnis und im Benehmen mit den Westmächten trieb, richtete einen Damm nach dem anderen gegen die deutsche Wiedervereinigung auf. Das westdeutsche Bürgertum beschwichtigte dabei sein Gewissen damit, daß es das alte Karolingerreich erneuern, daß es das »Abendland«, für welches die Gebiete östlich der Elbe nur unwesentliches Kolonialland waren, zu neuer Blüte erwecken wolle.

In meinen früheren politischen Bemühungen und Entwürfen hatte ich stets vorausgesetzt, daß sich Deutschland als gleichberechtigte und gleichgewichtige Macht mit Rußland freundschaftlich ins Benehmen setze. Wie ganz anders war dies nun seit 1945 geworden! Alle weltpolitischen Chancen, welche Deutschland an Rußlands Seite besessen hätte, waren durch Hitler verspielt und vertan worden. Deutschland war für Rußland kein gleichwertiger Partner mehr, und auch die Deutsche Demokratische Republik war beim besten Willen nichts anderes als ein armer Schlucker, der ausschließlich von der Gnade Rußlands lebte.

Aber eben indem dies so war, wurde sie vor dem Schicksal bewahrt, Amerika anheimzufallen. Aus dem Umkreis der amerikanischen

Macht gab es kein Entrinnen mehr, in der Wohlstandssicherung, die dort winkte, erstarb schlechthin der Wille zu einem eigenen deutschen Dasein. Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik war demgegenüber infolge ihrer inneren Ablehnung der russischen Überfremdung dagegen gefeit, widerstandslos mit der östlichen Schutzmacht zu verschmelzen. Zwar erschien es auch ihr verlockend, im Bannkreis der amerikanischen Macht, wie die westdeutsche Bevölkerung, selbstvergessen unterzutauchen. Indessen waren ihr Lebensgefühl und ihre Wertmaßstäbe, ohne daß sie sich dessen bewußt geworden war, in den gesellschaftlichen und politischen Institutionen der Deutschen Demokratischen Republik doch so geformt und zurechtgebogen worden, daß sie den amerikanischen Lebensstil, wäre sie plötzlich in ihn hineingeraten, als fremdartig und unangemessen empfunden hätte. Dies war es nicht, so etwa hätte sie sich selbst eingestehen müssen, was sie eigentlich gesucht hatte. Verhärtete bürgerliche und großbäuerliche Schichten gab es in der Deutschen Demokratischen Republik nicht mehr – schon längst waren sie in die Bundesrepublik abgewandert, für den Arbeiter und Kleinbürger aber war die amerikanisierte Gesellschaftsordnung des Westens kein Zuhause. Vielleicht ist die Deutung erlaubt, daß ein heimlicher, bisher verdeckter preußischer Protest sich in den Herzen dieser Menschen wieder geregt hätte.

Es wäre der Anfang eines – täuschen wir uns nicht – langen und schweren Weges, aber ein Anfang, eine Hoffnung gewesen.

Der Weg an der Seite Amerikas hingegen war zwar eine gegenwärtige Erleichterung, doch war er ohne Zukunft; er führte für Deutschland zu einem geschichtlichen Ende.

Erst recht ist seit 1945 der Westen für Deutschland die verhängnisvolle Versuchung zur Selbstaufgabe; der Osten ist die opferreiche Prüfung zur Selbstbehauptung. Der deutsche Westen ist der Versuchung bereits erlegen. Die bange Frage erhebt sich, ob der deutsche Osten seine Prüfung bestehen wird. Die vielen Republikflüchtigen sind Bürger, die der Prüfung entlaufen sind; sie waren ihr nicht gewachsen.

Schulung

Das russische Volk war bildungsmäßig weit hinter Europa zurückgeblieben; das Analphabetentum war verbreitet; die Zahl jener, die lesen und schreiben konnten, war verhältnismäßig gering. Es

ist der große Erfolg der bolschewistischen Revolution, den Analphabetismus überwunden zu haben; das ganze Volk wurde von einer Bildungsleidenschaft ohnegleichen erfaßt. Die bolschewistischen Führer unternahmen sogar den kühnen Versuch, literarische Werke von Weltgeltung jener Bevölkerung nahezubringen, die seit Jahrhunderten keinen Zugang zur Literatur gehabt hatte. Die großen russischen Schriftsteller wie Puschkin, Gogol, Tolstoi wurden in riesigen Auflagen gedruckt und im Volke verbreitet; aber auch deutsche, französische und andere ausländische Klassiker wurden übersetzt und in Volksausgaben herausgebracht.

Die Leidenschaft der Schulung griff auch auf das gesellschaftswissenschaftliche Gebiet über. Der einzige Bildungsstoff des Volkes war bisher religiös-kirchlicher Natur gewesen. Das einfache Volk wurde mit der Bibel und dem Katechismus vertraut gemacht; sonst hatte es keinen Zugang zur geistigen Welt. Dieser religiös-kirchliche Bildungsstoff galt nunmehr als überlebt. Er wurde verdrängt von jenem gesellschaftswissenschaftlichen Stoff, durch welchen sich das herrschende Regime legitimierte. Marx und Engels, Lenin und später Stalin übernahmen die Rolle, welche bisher Moses und die Propheten, die Evangelisten und Kirchenväter innegehabt hatten. Sie wurden popularisiert und sollten die Köpfe und Herzen des ganzen Volkes erfüllen.

Überall, in den Betrieben und Ämtern, in Gemeinden, Städten und Dörfern, wurden gesellschaftswissenschaftliche Schulungskurse eingerichtet. Die Grundlagen und Grundlehren des Marxismus-Leninismus wurden vorgetragen, Schulungshefte, die in ihrer Form an Katechismen erinnerten, wurden den Kurssteilnehmern ausgehändigt, damit sie sich für die Lehrstunden vorzubereiten vermochten. Sogar Prüfungen wurden eingeführt, für welche der Lehrstoff in Fragen aufgeteilt worden war, die es erleichterten, den Stoff zu gliedern und dem Gedächtnis einzuprägen.

Das russische Vorbild sollte auch in der Deutschen Demokratischen Republik nachgeahmt werden. Zwischen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und dem russischen Volke bestand allerdings ein großer Unterschied. Hier gab es keinen Analphabetismus zu überwinden, hier war in einem reichgegliederten Schulsystem auch den einfachsten Menschen ein gewisser Zugang zur geistigen Welt eröffnet worden. Allerdings war die Bevölkerung bürgerlich erzogen und von bürgerlichem Denken erfüllt. So ließ sich die Einführung des Schulungswesens damit rechtfertigen, daß auch hier Anstalten getroffen werden mußten,

um die Köpfe mit dem marxistisch-leninistischen Gedankengut vertraut zu machen.

Demgemäß wurde im Jahre 1950 auch in den Betrieben und Ämtern der Deutschen Demokratischen Republik die gesellschaftswissenschaftliche Schulung eingeführt. Wöchentlich, in der Regel am Mittwoch, wurden zwei Stunden dafür bestimmt. Während dieser Zeit waren die Ämter geschlossen, Dienst und Arbeit ruhten.

Neben diese Kurse traten Unterrichtsveranstaltungen höheren Grades. Abendschulen auf gemeindlicher, bezirklicher und zentraler Grundlage entwickelten sich; in den Universitätsstädten wurden Abenduniversitäten gegründet. Funktionäre oder Funktionärsanwärter hatten die Pflicht, diese Kurse zu besuchen. Nur hohe Funktionäre wurden zur Abenduniversität zugelassen, Funktionäre mittleren Grades wurden an die Bezirksschulungskurse, Funktionäre unteren Grades an die Kreis- oder Gemeindegeschulungskurse verwiesen. Am Abschluß dieser Schulungskurse standen ebenfalls Prüfungen; Zeugnisse über den Erfolg der Schulung wurden ausgestellt.

Freilich litt diese ganze Schulungsarbeit unter einem mißlichen Umstand. Es fehlte an zulänglichem Lehrpersonal. Irgendwelche Angestellte wurden damit betraut, den Kursus zu leiten. Personen, welche Parteischulen besucht hatten, Gewerkschaftsfunktionäre, Angestellte von Konsumvereinen wurden anfänglich herangezogen; indessen reichten auch sie nicht aus. Kursusteilnehmer wurden reihum mit der Abhaltung von Lehrstunden beauftragt. Zeitungsartikel wurden vorgelesen und waren Ausgangspunkt für oft recht kümmerliche Auseinandersetzungen. Schließlich wurden für jeden Schulungstag Themen festgesetzt. Aber alles dies konnte nicht verhindern, daß die Schulungsstunden einen höchst langweiligen und dilettantischen Charakter annahmen. Der Mangel an Lehrpersonal machte sich sogar an den Abenduniversitäten geltend. Hohe Parteifunktionäre hielten Referate, die aber keineswegs dem Niveau der mitunter anspruchsvoller gebildeten Hörschaft entsprachen. Angesichts dieser Umstände ließ sich nicht vermeiden, daß sich häufig die komischsten Zwischenfälle ereigneten. Zu dem Schulungskursus innerhalb meines Instituts wurden auch die Putzfrauen hinzugezogen. Eine Lehrperson entwickelte einmal das Problem des Mangels an wichtigen Rohstoffen, der innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik bestehe. Sie fragte eine der Putzfrauen im barschen Tone, welcher wichtiger Roh-

stoff in der Deutschen Demokratischen Republik fehle. Verzweifelt suchte die arme Frau eine Antwort auf diese unerwartete Frage. Dann blitzte ein Einfall in ihr auf. Stolz und selbstbewußt antwortete sie: »Bohnenkaffee«. Empört zischte sie der Lehrer an: »Wolfram ist es, was fehlt.«

Im Jahre 1953 wurde dieser Schulungsbetrieb wieder eingestellt. Das Versäumnis so vieler Arbeitsstunden, die sich in der ganzen Deutschen Demokratischen Republik aus dem Verlust von wöchentlich zwei Arbeitsstunden ergab, schien allmählich untragbar zu werden.

Die Überprüfung

Ende 1949 wurde von der Notwendigkeit gesprochen, die Partei zu einer »Partei neuen Typus« umzuprägen. Die »Partei neuen Typus« war darauf angelegt, die Parteibürokratie allmächtig zu machen, den Mitgliedern die demokratische Selbstbestimmung zu beschneiden. Die Partei wurde zur höchsten Autorität; von ihr wurde gesagt, daß sie alles wisse und daß man ihr blinden Gehorsam schuldig sei. Freilich war dann diese Partei im Grunde genommen das Zentralkomitee, das Politbüro, die höchste Schicht der Parteifunktionäre.

Im Jahre 1950 wurde eine Überprüfung der Parteimitglieder angeordnet. Bei dieser Überprüfung sollte festgestellt werden, ob die Parteimitglieder einige Kenntnisse Leninscher und Stalinscher Schriften besaßen und ob sie erwarten ließen, sich dem strengen autoritären Geiste der Stalinschen Theorie anzupassen. Besonders sollte erforscht werden, ob alte Mitglieder der Kommunistischen Partei nicht kommunistischen Abspaltungen angehört hätten, gegen welche eine besondere Abneigung vorhanden war.

Die Überprüfung begann im Februar 1951. Besondere Kommissionen wurden gebildet, vor welchen die Mitglieder der Partei zu erscheinen hatten. Die Überprüfung sollte unter Wahrung bestimmter feierlicher Formen vor sich gehen. Bilder von Marx, Engels, Lenin und Stalin waren aufgehängt, auf einem Tisch lagen Schriften dieser Männer. An einem anderen Tische saßen die Kommissionsmitglieder, welche die Aufgabe hatten, die Gewissen zu erforschen und die Prüflinge auf Herz und Nieren zu durchleuchten.

Für die Universitätsprofessoren war eine besondere Kommission gebildet worden, der u. a. die Gattin des Staatssekretärs für das

Hochschulwesen, Frau Harig, angehörte. Frau Harig war lange in der Sowjetunion gewesen und hatte dort Dienst als Lehrerin getan.

Für mich war es eine ausgemachte Sache, daß ich mich der Kommission nicht stellen werde. Ich empfand schon den Gedanken, mich dergestalt ausforschen zu lassen, als demütigend, und mit einer gewissen Verachtung blickte ich auf jene Professoren, die keinen Anstoß daran nahmen, vor der Kommission zu erscheinen. Ein Termin wurde mir bekanntgegeben. Ich antwortete in einem ausführlichen Schreiben, in welchem ich darlegte, ich hätte den Eindruck, daß der Partei nicht viel an mir liege. Dann führte ich die Tatsachen an, die diesen Eindruck bei mir hervorgerufen hatten, brachte Beschwerden vor und meinte, es hätte für mich keinen Sinn, mich der Überprüfung zu unterwerfen.

Ein paar Tage darauf erhielt ich die kurze Nachricht, die Überprüfung könne mir nicht erlassen werden; ein neuer Termin würde mir bekanntgegeben.

Ich erwiderte, an der Sachlage hätte sich nichts geändert; mein Beschluß, nicht zu erscheinen, bleibe bestehen.

Ich war überzeugt, aus den Listen der Partei gestrichen zu werden, und wartete darauf, von dieser Tatsache unterrichtet zu werden.

Eines Tages wurde ich angerufen; am Telefon war ein Parteimitglied, Karl Sauer. Mit diesem Sauer war ich während meiner Tätigkeit im Bezirksamt Wilmersdorf bekannt geworden. Dort war er Leiter der Kunstabteilung gewesen. Während des Hitlerreiches war er, ein mäßiger Maler, nach der Sowjetunion emigriert. Einmal war er durch die deutschen Kampflinien geschlüpft und hatte in München irgendeine Mission ausgeführt. Unversehrt hatte er sich wieder in die Sowjetunion durchgeschlagen. Er war sicher ein gutmütiger, zugleich aber recht naiver Mensch. Den Sowjets und seiner Partei war er bedingungslos ergeben. Er war ein Mann, der einen Befehl rücksichtslos und bedenkenlos ausführte. Zu meiner Überraschung erfuhr ich jetzt, daß Sauer im Zentralkomitee der Partei sitze und dort eine gewichtige Funktion ausübe. Er sagte mir, er habe mit mir etwas Wichtiges zu bereden, ich solle ihn in den nächsten Tagen besuchen. Er empfing mich in seinem Amtszimmer. Außer ihm war eine Sekretärin und ein zweiter Sekretär anwesend.

Sauer fragte mich, ob ich glaube, mit der Darlegung meiner Beschwerden und der Begründung meines Fernbleibens von der Überprüfung recht gehandelt zu haben. Er wollte wissen, ob ich

mich noch mit Schriften von Lenin und Stalin befasste. Dies liege ja auch, antwortete ich, im Rahmen meines Lehramtes. Fast etwas schüchtern erkundigte er sich, ob ich mich noch als Sozialist fühle. Ich hätte, entgegnete ich, keinen Anlaß gegeben, dies zu bezweifeln.

Während dieses Gesprächs schrieb die Sekretärin auf der Schreibmaschine. Jetzt erfuhr ich zu meiner Überraschung, daß das Gespräch, das ich eben mit Sauer geführt hatte, meine Überprüfung gewesen war. Wie sich erwies, war Sauer der oberste Leiter des Überprüfungswesens.

Einige Monate später wurde mir das neue Parteidokument ausgehändigt.

Dr. Eugen Schiffer

Im Hause meines Freundes, des Ministerialdirigenten Dr. Gentz, machte ich etwa im Jahre 1950 die Bekanntschaft Dr. Eugen Schiffers.

Schiffer war noch im Kaiserreich Reichsminister, Exzellenz, gewesen; während der Weimarer Republik war er ein führender Mann der Demokratischen Partei und mehrmals ebenfalls Minister. In den Tagen des Kapp-Putsches blieb er als einziger Minister der Reichsregierung in Berlin und half bei der Liquidierung des Staatsstreichs. Obschon Jude, überstand er das Hitlerregime. Er genoß offenbar irgendeinen mir nicht bekannten höheren Schutz. Nach 1945 übernahm er das Justizwesen innerhalb der sowjetischen Besatzungszone; nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik wurde er Justizminister.

Gerade seine politische Vergangenheit empfahl ihn den Russen. Als er freilich Anstalten traf, rechtsstaatliche Grundsätze zu verteidigen, wurde er unbequem und pensioniert.

Als ich ihm das erste Mal begegnete, stand er kurz vor seinem 90. Geburtstag. Er war noch in gutem körperlichen Zustand. Geistig war er von geradezu wunderbarer Frische. Sein Gedächtnis war ungewöhnlich; als Causeur blendete er noch immer, wie er ehemals geblendet haben mochte. Das Sehvermögen war beeinträchtigt, das Gehör aber war vorzüglich. Über seinen Schädel ging mitunter ein nervöses Zucken. Da ich mit der Geschichte der neuesten Zeit aufs beste vertraut war, hatten wir eine Plattform, von der aus wir uns im Gespräche nahekomen konnten. Es schien, daß er mich ebenso als verständnisvollen Zuhörer wie als fruchtbaren

Gesprächspartner schätzte. Er nahm lebendigen Anteil an dem politischen Geschehen, zumeist zeigten wir in der Beurteilung der Ereignisse weitgehende Übereinstimmung. Der Volkskammer gehörte er noch als Mitglied an. Man bestimmte ihn zum Vorsitzenden des Verfassungsausschusses. Ich war sein Stellvertreter. In der konstituierenden Ausschußsitzung erregte er durch seine programmatischen Ausführungen Anstoß. Er wolle, so sagte er, daß der Ausschuß ein wirklicher Hüter der Verfassung werde; er kündigte an, jeder Verfassungsbeschwerde ernsthaft nachzugehen. Die Sozialistische Einheitspartei war erschrocken und verhinderte, daß der Ausschuß nochmals zusammentrat. Bei den nächsten Volkskammerwahlen wurde Schiffer nicht mehr als Kandidat aufgestellt.

Trotz seines hohen Alters schrieb er noch ein kleines Erinnerungsbuch. Darin bewährte er sich als amüsanter Plauderer, der seine politische Vergangenheit in anziehender Form noch einmal vor Augen stellte.

Ich besuchte ihn etwa jeden Monat. Mitunter kam er auch zu mir in Begleitung seiner Tochter, die sich rührend für ihren alten Vater aufopferte. An den politischen Parteien der Bundesrepublik übte er herbe Kritik. Er verübelte es ihnen, daß sie unter amerikanischem Einfluß die Deutsche Demokratische Republik immer mehr in die Arme der Sowjetunion trieben. Seine ehemaligen Parteifreunde aber verziehen ihm nicht, daß er einige Zeit innerhalb der sowjetischen Besatzungszone mitgearbeitet und daß er auch das Amt des Justizministers vorübergehend bekleidet hatte. Sie setzten Zweifel in seinen Charakter, einen Zweifel, den er nicht verdiente. Er hatte einen solch lebhaften Begriff von der unglückseligen Lage, in welcher sich Deutschland befand, daß er es für geboten hielt, auch nach den ungewöhnlichsten Mitteln zu greifen, um zu versuchen, die Wiedervereinigung Deutschlands vorzubereiten. Mit der Zeit resignierte er und gab der Befürchtung Raum, daß die Aufteilung Deutschlands endgültig sei.

Bei einem meiner Besuche war es, daß ich zum erstenmal den Plan einer »Konföderation« entwickelte. In Anbetracht dessen, daß Amerika am Bestand der Bundesrepublik und die Sowjetunion am Bestand der Deutschen Demokratischen Republik interessiert seien, müsse man äußerst bescheiden sein, wenn man die deutsche Wiedervereinigung ins Auge fasse. Sollte diese Wiedervereinigung auf friedlichem Wege erfolgen, so sei nicht daran zu denken, daß sich die Deutsche Demokratische Republik einfach durch freie

Wahlen der Ordnung der Bundesrepublik Deutschland unterwerfe. Selbst die Errichtung eines deutschen Bundesstaates sei mehr, als man für den Augenblick erwarten dürfe. Nur ein ganz lockerer Staatenbund sei im äußersten Falle erreichbar. Man müsse an den Wiener Kongreß zurückdenken, der im Jahre 1815 den »Deutschen Bund« ins Leben gerufen habe. Im Rahmen des Deutschen Bundes hätten sich Preußen nach Rußland, Hannover nach England, Bayern und Württemberg nach Frankreich, Österreich-Ungarn ebenfalls nach England orientiert. Die inneren Verhältnisse der Bundesstaaten hätten sich dem Eingriff der zentralen Instanz des Bundestags weitgehend entzogen. Könnten die Bundesrepublik und die Deutsche Demokratische Republik im Rahmen einer Konföderation zusammengebracht werden, dann sei diese ein erster Schritt, der den Einheitsgedanken für eine ferne Zukunft wieder anklingen lasse. Ein engeres Zusammenwachsen der beiden Gebilde könnte erhofft und angestrebt werden.

Dr. Schiffer überlegte lange Zeit, dann stimmte er dem Gedanken zu. Bei unseren folgenden Begegnungen kamen wir immer wieder auf diesen Plan zurück. Schiffer war zuletzt vollends für ihn gewonnen.

Als ich später diese Konzeption meinem Freund Drexel vortrug, leuchtete sie ihm sofort ein. Anfänglich glaubte er, die Atmosphäre in der Bundesrepublik erlaube nicht, den Gedanken in seiner Zeitung zu veröffentlichen. Um die Jahreswende 1954/55 hielt er die Zeit für gekommen, um ihn in einem Aufsatz darzulegen.

Wenn im Jahre 1957 die Sowjetunion und die Deutsche Demokratische Republik mit der Konzeption der Konföderation aufwarteten, so geschah es natürlich nicht aufgrund der Anregung Drexels in den »Nürnberger Nachrichten«. Der Gedanke der Konföderation lag in der Luft, die politischen Machtverhältnisse strebten ihm zu; er bot sich förmlich aus der Lage der Sache und der Umstände selbst an.

Im Sommer 1954 verfiel Schiffer einem Schwächezustand, den er nicht mehr zu überwinden vermochte. Er wurde nicht eigentlich krank. Langsam und allmählich verlöschte er.

Vor der Beisetzungsfierlichkeit – Schiffer wurde eingeäschert – sprach mich der Beauftragte der Evangelischen Kirche bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Propst Grüber, an und sagte in bekümmertem Tone: der weiseste Mann dieser Zeit sei dahingegangen. Er, der Propst, habe häufig Schiffer aufgesucht, wenn er eines Rates bedürftig gewesen sei.

Etliche Jahre hindurch luden der Staatspräsident Wilhelm Pieck und der Ministerpräsident Otto Grotewohl eine Anzahl von Schriftstellern, Künstlern, Wissenschaftlern, die der SED nahestanden, zu Aussprachen in die »Möwe« ein. Die »Möwe« war als ein Klublokal etwa 1946 gegründet worden; nur Künstler hatten hier Zutritt. In der Zeit der Lebensmittelknappheit fanden sie dort in der »Möwe« eine markenfreie ausreichende und nicht zu teure Verpflegung. Bei den Veranstaltungen, zu welchen Pieck und Grotewohl einluden, gab es Kaffee, Kuchen und Spirituosen. Aktuelle Probleme wurden erörtert. Die versammelten Intellektuellen konnten ihre besonderen Anliegen vortragen, von ihren Nöten sprechen und um Auskünfte bitten. Pieck und Grotewohl legten Wert darauf, wie Gleiche unter Gleichen zu erscheinen und in einen menschlich warmen Kontakt mit den Gästen zu gelangen. Hier wurde zuerst der Entwurf zu jener Verordnung erörtert, mit der eine bevorzugte Förderung der Intelligenz gesetzlich festgelegt werden sollte. Gelegentlich kam es zu Diskussionen über Kunstfragen. Ich selbst erstattete einmal einen Bericht über die Zusammenkunft in Imshausen.

Bei zwei Gelegenheiten freilich trat in Erscheinung, daß man den Intellektuellen nicht nur schenkte, sondern daß man von ihnen auch etwas verlangte.

Das erste Mal geschah es in der Zeit des Kampfes, welcher gegen den »Formalismus« eröffnet wurde. Soeben war der Artikel in der »Täglichen Rundschau«, der mit »Orlow« gezeichnet, in Wirklichkeit von einem gewissen Magritz geschrieben war, erschienen.

Es lag in der Luft, daß über diesen Aufsatz in der »Möwe« debattiert werde. Es mochten über 100 Persönlichkeiten gekommen sein, die ganze Ostberliner geistige Prominenz war anwesend. Die Führung des Gesprächs lag wie üblich bei Grotewohl. Neben ihm hatte Pieck Platz genommen. Zuerst wurden nebensächliche Dinge beredet. Empört fragte mich die Schauspielerin Helene Weigel, die neben mir saß, ob denn niemand den Mut habe, das brennende Problem des Tages anzuschneiden. Sie brauchte nicht lange zu warten. Der Vorsitzende der Sektion Malerei in der Akademie der Künste, Otto Nagel, war von einer Sitzung gekommen, in der sich die Künstler enttäuscht und erbittert über den Aufsatz von Magritz ausgesprochen hatten. Er war beauftragt worden, die Sorgen der Künstler dem Präsidenten Pieck vorzutragen. Er tat es in einer ge-

schickten und tapferen Weise, sprach von den lähmenden Auswirkungen des Zeitungsaufsatzes, griff den Verfasser des Artikels an, bezweifelte dessen Kunstverständnis, lehnte es ab, Maler wie Theo Otto verurteilen zu lassen, ironisierte die Forderung, nur in hellen, optimistischen Farben zu malen. Der Beifall, den er erhielt, war ungewöhnlich; in ihm drückte sich ein unzweideutiger Protest gegen die Kunstpolitik aus, die sich durchsetzen wollte. Magritz ergriff selbst das Wort, ohne sich freilich zur Verfasserschaft des Artikels zu bekennen. Im allgemeinen wiederholte er den Inhalt des Artikels, der die Unruhe hervorgebracht hatte. Helene Weigel erklärte, sie müsse auf der Bühne zum Stil des Hoftheaters zurückkehren, wenn, wie es geschehen war, Feuerbach für die Malerei als Richtschnur aufgestellt werde. Die meisten Redner sprachen liebedienerisch zugunsten des Aufsatzes. Nur einige opponierten. Sie wiesen darauf hin, daß Form eine Erscheinungsweise des Geistes sei. Im Kampf gegen den Formalismus könne man zugleich einen Kampf gegen die Macht des Geistes erblicken. Der Chemiker Professor Heinrich Franck betonte, sein Vater sei ein führender Impressionist gewesen. Er könne es nicht ohne Widerspruch hinnehmen, daß über den Impressionismus der Stab gebrochen werde. Nagel kündigte an, die Künstler würden sich in einer öffentlichen Erklärung gegen die »Tägliche Rundschau« wenden. Da erhob sich Präsident Pieck und sagte nachdrücklich, ja drohend, dies dürfe unter keinen Umständen geschehen. Wenn es erfolge, müsse die Regierung wirksame Maßnahmen gegen die öffentlich Protestierenden ergreifen.

Man verstand ihn und sah die Grenzen, die auch dem schöpferischen Künstler gezogen waren. Der Widerspruch verstummte. Die öffentliche Debatte dauerte noch einige Zeit an; im großen und ganzen kamen freilich nur die Gegner des Formalismus zu Wort. Kein einziger wirklich sachkundiger und überlegener Verteidiger des Formalismus zeigte sich auf dem geistigen Kampfplatz.

Eine zweite Diskussion ähnlichen Charakters entwickelte sich in der »Möwe« nach der Erstaufführung der Oper von Bertolt Brecht »Das Verhör des Lukullus« mit der Musik von Paul Dessau. Merkwürdige Vorgänge spielten sich ab, bevor diese Oper zur Aufführung gelangte. Der innere Geist der Oper ist durchaus pazifistisch. Der Heldenverehrung wird das Wasser abgegraben. Der Krieg wird aufs heftigste verurteilt. Lukullus kann vor dem Totengericht nicht bestehen. Ihm wird das Urteil entgegengeschleudert: »Ins Nichts mit ihm.«

Der Text wurde vom Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei beanstandet. War durch ihn nicht auch der »Vaterländische Krieg der Sowjetunion« der Verurteilung ausgeliefert? Wenn die Heldenverehrung prinzipiell abgelehnt wurde, waren damit nicht auch alle Ehrungen fragwürdig geworden, die man den Führern der bolschewistischen Revolution erwies? Man veranstaltete eine Probeaufführung. Dazu lud man Mitglieder der Freien Deutschen Jugend, der Volkspolizei, der Gewerkschaften ein, die man instruiert hatte, ihre Empörung über das Stück zum Ausdruck zu bringen. Indes kam es anders, als man gerechnet hatte. Die Zuhörer wurden von dem Stück so tief ergriffen, daß sie, statt zu pfeifen, stürmisch Beifall klatschten. Ich war zur Generalprobe eingeladen gewesen und fand den Text wie die Musik hervorragend. Die öffentliche Aufführung der Oper in dieser Form wurde verboten. Angesichts der Verehrung, die Bertolt Brecht wie der Komponist Paul Dessau genossen, erregte dieses Verbot großes Aufsehen. Das war den regierenden Männern der Deutschen Demokratischen Republik peinlich. Ein Ministerrat trat zusammen; Brecht, Dessau und verschiedene Künstler wurden dazu geladen. Nach längeren Auseinandersetzungen erklärte sich Brecht zu einigen Änderungen bereit. Sie bestanden, wie ich bei einer späteren Aufführung feststellte, darin, daß ein Unterschied zwischen einem Angriffs- und einem Verteidigungskrieg gemacht wurde. Lukullus wurde ins Nichts geworfen, weil er Angriffskriege geführt hatte; das Totengericht erwies einem despotischen König durch Erheben von den Sitzen eine Ehrung, weil dieser in einem Verteidigungskrieg gegen Lukullus seinen Mann gestanden hatte. Die Korrektur, die Brecht vorgenommen hatte, tat dem Wert seines Werkes Abtrag.

Als der Fall in der »Möwe« erörtert werden sollte, kam es freilich zu keiner eingehenden Diskussion. Auch jetzt hatte sich jener Professor Franck zu Worte gemeldet und provozierend bekannt, daß ihm die Oper gefallen habe. Die meisten der übrigen Gäste stimmten zu. Eben aus diesem Grunde schnitt Pieck alle weiteren Auslassungen ab. Er gab bekannt, welches Ergebnis die Besprechungen im Ministerrat gehabt hatten. Brecht habe eine Änderung verheißen. Man tue jetzt am besten, zu schweigen und abzuwarten. Schroff warnte er davor, das Stillschweigen über die Behandlung der Sache in der »Möwe« zu brechen; die Veranstaltungen in der »Möwe« würden sonst eingestellt werden.

Es blieb nichts übrig, als sich zu fügen. Aber es bestand kein Zwei-

fel darüber, daß die meisten Anwesenden für die ursprüngliche Fassung des »Lukullus« Partei ergriffen hatten. Dies war die letzte Zusammenkunft in der »Möwe«, an welcher ich teilnahm.

PEN-Zentrum

Dem Deutschen PEN-Zentrum gehörten ursprünglich außer westdeutschen auch ostdeutsche Schriftsteller an; bemerkenswert unter den letzteren waren Bertolt Brecht, Arnold Zweig, Anna Seghers, Friedrich Wolf und Johannes R. Becher. Seitdem Deutschland in zwei Teile auseinandergebrochen war, gab es westdeutsche Schriftsteller, die es peinlich empfanden, mit ihren ostdeutschen Kollegen in einer Organisation zusammenarbeiten zu müssen. Am liebsten hätten sie die ostdeutschen Schriftsteller ausgeschlossen mit der Behauptung, diese müßten notwendigerweise in der Deutschen Demokratischen Republik die Grundbestimmungen der Charta des PEN-Clubs verletzen.

Auf einer PEN-Tagung in Düsseldorf waren die ostdeutschen Schriftsteller in größerer Anzahl erschienen als die westdeutschen; sie konnten infolgedessen einen Beschluß durchsetzen, der bei den westdeutschen Schriftstellern Anstoß erregte. Er bot diesen einen Anlaß, den Deutschen PEN-Club aufzuspalten. Gestützt auf jenen Mehrheitsbeschluß, fühlten sich die ostdeutschen Schriftsteller befugt, sich als »PEN-Zentrum Deutschland« zu konstituieren. Sie waren um so selbstbewußter, als sich ihrer Gruppe eine Anzahl westdeutscher Schriftsteller anschloß, z. B. Günther Weisenborn und Hans Henny Jahnn. Eine der ersten Maßnahmen des PEN-Zentrums Deutschland war die Aufnahme gesinnungsmäßig verwandter ost- und westdeutscher Schriftsteller. Unter diesen Neuaufgenommenen war auch ich.

Die westdeutsche Gruppe, die nur dadurch in Düsseldorf in die Minderheit geraten war, weil jene Veranstaltung von ihren Mitgliedern schlecht besucht gewesen war, gab sich mit der neuen Lage nicht zufrieden. Sie rebellierte bei dem Präsidium des Internationalen PEN-Clubs in London und drang darauf, daß entgegen den Statuten in Deutschland zwei PEN-Zentren zugelassen würden, das eine für Westdeutschland, das andere für Ostdeutschland. Eine PEN-Club-Tagung in London entschied in diesem Sinne. Die deutsche PEN-Gruppe, die nach der Düsseldorfer Tagung unter

Führung des Ostens stand, mußte ihren Namen wechseln; fernerhin durfte sie sich nicht mehr PEN-Zentrum Deutschland nennen, sondern mußte sich zu dem Namen PEN-Zentrum Ost und West verstehen. Zwischen den beiden Gruppen wurden keine Beziehungen gepflegt; sie standen sich als feindliche Brüder gegenüber. Im Mai 1953 fand – es war noch vor der PEN-Tagung in London – eine Generalversammlung des »PEN-Zentrums Deutschland« in Berlin statt. Ursprünglich sollte sie nach München einberufen werden. Der Präsident Johannes Tralow hatte sich nach Bonn gewandt und dort die Zusicherung erhalten, daß den Mitgliedern aus der Deutschen Demokratischen Republik keine Schwierigkeiten gemacht würden. Über diese Zusicherung setzte sich der sozialdemokratische bayerische Ministerpräsident Hoegner hinweg. Zwar sprach er kein Verbot der Generalversammlung aus; noch war der Polizeistaat nicht so weit ausgebildet, um sich dergestalt über alle Grundrechte und verfassungsmäßig garantierten Freiheiten hinwegsetzen zu dürfen. Aber der bayerische Innenminister machte zur Auflage, daß die Generalversammlung ohne die Gäste aus der DDR durchgeführt werden müsse. Da über die Hälfte der Mitglieder der Deutschen Demokratischen Republik entstammte, bedeutete dies praktisch die Verhinderung der Generalversammlung.

An der Generalversammlung, die nach West-Berlin verlegt worden war, mochten etwas über 20 Mitglieder teilgenommen haben. Nach dem Bericht des Vorsitzenden wurde die Frage einer möglichen Wiedervereinigung mit dem West-PEN-Club diskutiert. Alle Debattenredner bekannten sich zu dem Anliegen, an der Einheit der deutschen Literatur festzuhalten und alles zu tun, ihre Zersplitterung zu überwinden. Schon das Vorhandensein zweier PEN-Zentren in Deutschland widerspräche, so wurde festgestellt, der PEN-Charta. Ein PEN-Zentrum Deutschland sei in Ordnung, ein PEN-Zentrum deutsche Bundesrepublik sei der Ausdruck einer Politisierung, die im Grunde von der PEN-Charta abgelehnt werde. Die Rede kam auf persönliche Dinge; man wies darauf hin, daß sich in der Westgruppe des PEN Männer befänden, die allem Östlichen mit Haß gegenüberstünden.

Die Sache war um so schlimmer, als diese Westgruppe, wie es hieß, von offizieller Seite finanziert wurde. Diese Abhängigkeit von der Bundesregierung stand ebenfalls im Widerspruch zu der PEN-Satzung.

Während der Aussprache war die Frage aufgeworfen worden,

warum Weisenborn nicht mehr dem PEN-Zentrum Deutschland angehöre. Es wurde festgestellt, daß er nie ausgetreten war, sondern sich nur passiv verhalte, weil Becher Präsident sei. Auch in Hinsicht auf andere westdeutsche Persönlichkeiten wurde berichtet, daß für sie Becher ein Stein des Anstoßes sei. Becher erklärte, der Westen könne nicht vorschreiben, durch wen sich der Osten vertreten lassen wolle. Indes habe er die Absicht, sich nicht mehr zur Wiederwahl zu stellen.

Bei der Wahl wurde Bertolt Brecht anstelle Bechers Präsident. Man gab der Meinung Ausdruck, vor Brecht müßten die Angriffe sowohl des westlichen wie des internationalen PEN verstummen; jedenfalls könne sich in Westdeutschland kein PEN-Mitglied an Bedeutung mit Brecht messen.

Auf der nächsten Generalversammlung des PEN-Zentrums Deutschland, das sich nunmehr in PEN-Zentrum Ost und West umgetauft hatte, im März 1954, kam eine Resolution zur Sprache, durch welche alle Vertragsbrüche, die Schriftstellern gegenüber begangen würden, verurteilt wurden. Auch Regierungen und Parlamente, die solche Vertragsbrüche begünstigten, wurden der Unmenschlichkeit bezichtigt.

Gegen diesen Wortlaut wandte sich Brecht. Er wurde, während er sprach, sehr erregt, ja, er schlug mit den Händen auf den Tisch. Man müsse, meinte er, sich daran erinnern, wie 1945 fast das gesamte deutsche Volk nazistisch gewesen sei. Wieder könne eine nazistische Mehrheit zustande kommen. Ihr dürfe man sich nicht fügen und unterwerfen; man müsse sie im Gegenteil mit Gewalt unterdrücken. Gewalttätige Maßnahmen gegen ein Schrifttum nazistischer Färbung billige er durchaus.

Es war eine Erklärung, die nach meiner Meinung Brecht sicher sehr geschadet hätte, wenn sie in breiteren Kreisen bekanntgeworden wäre.

Der Text der Resolution wurde so abgeändert, daß er nicht gegen die Praktiken der Deutschen Demokratischen Republik ausgespielt werden konnte.

Professor Theodor Brugsch

Ein bedeutender Repräsentant der Intelligenz, der dem System durch seine Persönlichkeit ein großes Prestige verschaffte, ohne sich doch zugleich ihm auf Gedeih und Verderb auszuliefern, war

der große Mediziner Theodor Brugsch. Seine medizinischen Bücher waren weit verbreitet, und seine medizinische Zeitschrift hatte großes Ansehen. Auf seiner hochgewachsenen Gestalt saß ein charakteristischer Kopf; sein Profil war »hohenzollerisch«. Es erinnerte an das Friedrich des Großen. Der Vater, Brugsch Pascha, war ein berühmter Ägyptologe. Er hatte den Sohn mit der Luft der großen Welt vertraut gemacht. Brugsch war vielseitig gebildet. Literarische, philosophische und ästhetische Interessen fesselten ihn; trotz seiner intensiven Berufsarbeit fand er immer noch Zeit, in Neuerscheinungen Einblick zu nehmen. In seinem Umgang war er ein souveräner Grandseigneur und zugleich ein faszinierender Causeur.

Das Hitlerregime hatte ihn zurückgesetzt. Es gereichte ihm zum Vorwurf, daß seine Ehe vor den Rassegesetzen nicht völlig unanfechtbar war. So ließ er sich nach 1945 sogleich finden, als ihm ein großes Angebot gemacht wurde. Er organisierte in Berlin das Universitätswesen neu und war ein sehr sachkundiger Mitarbeiter des Volksbildungsministers Wandel. Im Kulturbund wurde er stellvertretender Vorsitzender an Bechers Seite. Als der Klub der Kulturschaffenden gegründet worden war, trat Brugsch an dessen Spitze. Wo es galt, das Kulturleben der Deutschen Demokratischen Republik würdig und eindrucksvoll zu repräsentieren, wurde Brugsch herbeigerufen, und niemals versagte er. In der Nationalen Front war ihm eine führende Rolle zugeordnet; auch saß er als Abgeordneter in der Volkskammer. Es war natürlich, daß er mit allen Ehren und Preisen im Laufe der Zeit ausgezeichnet wurde.

Einige Jahre befand ich mich in seiner ärztlichen Behandlung. Liebenswürdig stand er immer bereit, wenn ich ihn bat, sich meiner anzunehmen. Im persönlichen Gespräch war er dem System gegenüber durchaus kritisch; er war gegen dessen Mängel nicht blind und scheute nicht herbe Worte. Den Kampf gegen den Formalismus, Objektivismus und Kosmopolitismus verurteilte er ohne Vorbehalt. In der Öffentlichkeit freilich ließ er von seinen Vorbehalten nichts merken. Er solidarisierte sich dort ohne Einschränkung mit dem System. Innerlich und im privaten Kreise bewahrte er sich die Freiheit seines Denkens; er war weitherzig genug, zu gleicher Zeit öffentlich Zustände zu verantworten, die ihm innerlich gegen den Geschmack und seine bessere Einsicht gingen. Er war ein über siebzigjähriger Herr, von dem man wohl nicht verlangen konnte, als Kämpfer aufzutreten und die Rolle des Märtyrers

zu spielen. Er trat dem System einen Teil des Glanzes seiner Persönlichkeit ab und war befriedigt, die Möglichkeit zu erhalten, eine großartige und angesehene Existenz führen zu dürfen.

Erster Kulturkongreß

Der deutsche Kulturkongreß, der im Mai 1951 in Leipzig stattfand, wurde von etwa 1200 Gästen besucht. Über 200 Teilnehmer trafen aus der westdeutschen Bundesrepublik ein. Nur wenige westdeutsche Besucher hatten von den Behörden der Bundesrepublik die erforderlichen Ausweispapiere erhalten; die Mehrzahl kam – oft unter abenteuerlichen Umständen – »schwarz« über die Grenze. Noch fühlte man sich im deutschen Westen mit dem deutschen Osten verbunden; diese Beteiligungsziffer zeigte, wie es die Westdeutschen noch immer zum Osten zog. Westdeutsche Behörden hielten es für nötig, Maßnahmen zu treffen, um diesen Zug nach dem Osten zu unterbinden. Westdeutsche Schriftsteller erschienen, obschon sie sich in der Bundesrepublik keinem geringen moralischen Druck ausgesetzt sahen. In ihren heimischen Zeitungen war zu lesen, daß alle »Ostfahrer« als bolschewistische Agenten zu betrachten seien, daß man sich ihre Namen – so wurde gedroht – wohl merken werde.

In Leipzig waren sorgfältige Vorbereitungen zum Empfang und zur Unterkunft der Gäste getroffen worden.

Freilich blieb der Kongreßleitung eine Enttäuschung nicht erspart. Die prominentesten Schriftsteller aus Westdeutschland waren durchweg ausgeblieben. Es lagen Entschuldigungsschreiben vor, in welchen eingeladene Schriftsteller mitteilten, sie würden keine Zeile mehr in einer westdeutschen Zeitung oder Zeitschrift unterbringen, sie würden zum Hungertode verurteilt sein, falls sie es wagten, nach Leipzig zu reisen. Verleger fürchteten für den Absatz ihrer Bücher, Künstler für das Schicksal ihrer Werke. Es fehlte nicht an Sarkasmen dieser dergestalt Terrorisierten über die westdeutsche »Freiheit«. Die eingelaufenen Sympathieerklärungen der Ferngebliebenen waren freilich nur ein schwacher Ersatz für die ausgefallene unmittelbare persönliche Anwesenheit.

Eingeleitet wurde der Kongreß, den der Schriftsteller Bodo Uhse eröffnete, durch ein Referat Johannes R. Bechers. Im Mittelpunkt der Becherschen Ausführungen stand der Ruf nach einem gesamtdeutschen Gespräch, das die Wiederherstellung der deutschen

Einheit und die Sicherung des Friedens vorbereiten sollte. Mit einigem Unbehagen wurde das Verdammungsurteil angehört, durch welches Becher die Werke Kafkas und Graham Greenes verwarf. Bechers Rede wirkte matt; es gereichte ihr auch zum Nachteil, daß sie reichlich präzeptoral vorgelesen wurde.

In der Diskussion sprach zuerst Arnold Zweig. Leider enttäuschte er. Man liebte die spritzigen geistvollen Aperçus, mit denen er in der Regel seine Ausführungen delikate zu machen verstand. Nun umriß er, zu lehrhaft, wenn auch zweifellos gedankenreich, das Wesen des Soldatentyps; er sprach als Politiker, wozu er ohne Begabung war – nicht als Künstler. Bertolt Brecht, der eingestandenmaßen ohne Redegabe war, las einen schönen Essay über die Bedrohung des Theaters und der Bühnenkunst durch den Krieg vor.

Ein eigentliches Gespräch kam im weiteren Fortgang nicht zustande. Die Redner betraten mit sorgfältig vorbereiteten Manuskripten das Rednerpult. Man weiß, daß eine Rede keine Schreibung sein soll. Es fehlte der zündende Funke, es fehlte die alle verbindende Atmosphäre. Das Monologisieren verhinderte die Entwicklung von Spannungsmomenten.

Der zweite Tag gestaltete sich lebendiger. Etliche Westgäste deuteten kritische Bedenken an; sie erklärten, sich nicht auf eine bestimmte Weltanschauung, den dialektischen Materialismus, festlegen lassen zu wollen. Ihnen wurde erwidert, daß Weltanschauungsdifferenzen angesichts der großen Anliegen der Friedenserhaltung und der Wiedervereinigung Deutschlands nur noch wenig zu bedeuten hätten.

Intimer wurden die Gespräche in den einzelnen Kommissionen des Kongresses. Die Kommission Literatur beanstandete die Geringschätzung, welche Johannes R. Becher Franz Kafka hatte angedeihen lassen.

In der Kommission Musik hielt der Komponist Hanns Eisler ein bedeutendes Referat. Bemerkenswert war, daß er ausdrücklich feststellte, die Arbeiterschaft könne nicht nach einem ersten Anhören über die Qualität einer Komposition urteilen; ihre Ohren müßten dafür allmählich geschult werden.

Die Kommission Theater schnitt kritisch die Angelegenheit »Lukullus«, welche auch in der westdeutschen Presse hohe Wellen geschlagen hatte, an. Ausführlich gab Bertolt Brecht Antwort. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik habe 400 000 Mark für die Aufführung des »Lukullus« aufgewandt. Die allge-

meine Kritik, welche sich um den »Lukullus« angesponnen habe, sei zu begrüßen. Er habe viel daraus gelernt. Wo gebe es auch ein Land, in dem das Kabinett in einer langen Sitzung mit einem Dramatiker debattiere? Er habe nichts geändert, er habe nur ergänzt, um Mißdeutungen seines Werkes jeglichen Boden zu entziehen. Demnächst werde »Lukullus« wieder zur Aufführung gelangen. Er und seine Mitarbeiter, so betonte er, erhielten die stärkste Unterstützung von seiten der Regierung.

Scharfe kritische Gänge wurden in der Kommission »Bildende Kunst« ausgefochten. Westdeutsche Künstler brachten Einwände gegen Kunstschöpfungen der Deutschen Demokratischen Republik vor und hatten an dem Kampf gegen den Formalismus vielerlei auszusetzen.

Sämtliche Kommissionen beschlossen, auf ihren Fachgebieten gesamtdeutsche Zeitschriften zu gründen; die Entschiedenheit, mit der diese Absicht ins Auge gefaßt wurde, war ein schönes Zeugnis für den gesamtdeutschen Willen, der in jener Zeit noch lebendig war.

Ein Ausdruck dieses gesamtdeutschen Willens war auch der Beschluß, durch einen Koordinierungsausschuß die westöstliche Zusammenarbeit zu pflegen und zu erreichen, einen gesamtdeutschen Kulturkongreß in der Bundesrepublik zustande zu bringen. An die Regierungen in Berlin und Bonn wurden Telegramme gerichtet, in welchen gebeten wurde, den Plan eines zweiten Kongresses zu fördern.

Zu diesem zweiten gesamtdeutschen Kulturkongreß kam es allerdings nicht; die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hintertrieb ihn.

Ein wirkliches Gespräch, dies ist bei einem Rückblick auf den Verlauf des Kulturkongresses zu sagen, entwickelte sich nicht. Man war freundlich gestimmt, weil man sich rücksichtsvoll und höflich gegeneinander verhielt. Man war gut untergebracht und hatte reichlich zu essen; so etwas schafft stets eine warme Atmosphäre. Am ersten Tage sehnte man sich geradezu nach einem kleinen Skandal, und manche erwogen schon, wie ein solcher zu organisieren sei. Der Skandal blieb aus, aber man war schon glücklich über etliche kleine Meckereien, welche die tödliche Einmütigkeit harmlos störten.

Das Hauptgebrehen des Kongresses ließ sich allerdings kaum verdecken. Es war keine maßgebende westdeutsche Intelligenz gekommen; kein Prominenter hatte sich hinter den »Eisernen Vor-

hang« gewagt. So fehlten die Voraussetzungen für die westöstliche Diskussion. Der Osten sprach nur mit einer »Attrappe« des Westens – da konnte nicht viel herauskommen. Die Attrappe klang hohl und flach. Der gute Wille der Veranstalter des Kongresses war anerkennenswert.

Bertolt Brecht

Im Arbeiter- und Soldatenrat Augsburg saß im November 1919 ein schwächlicher und zarter Mann, der die Uniform eines Sanitäts-soldaten trug. In den Verhandlungen des Arbeiter- und Soldatenrats trat er nicht hervor; doch bekundete er großes Interesse an den Vorgängen, die sich in jenen Tagen abspielten. Dieser junge Mann erregte bald danach Aufsehen durch eine dramatische Dichtung, die im Augsburger Stadttheater aufgeführt wurde und einigen Erfolg hatte. Dieser Erfolg war für die spießbürgerliche Stadt merkwürdig genug. Der junge Mann hieß Bertolt Brecht und seine Dichtung »Trommeln in der Nacht«.

Um das Jahr 1924 organisierte ich für die Gewerkschaftsjugend in Berlin zuweilen Kulturveranstaltungen. Auf Vortragsabenden rezitierte der Schauspieler Alfred Baierle mit großer Leidenschaft und Hingabe aufreizende Gedichte Brechts. Mit Begeisterung nahm die Jugend »Das Lied vom toten Soldaten« oder Stücke aus dem »Baal« auf. Der revolutionäre Schwung dieser Verse, ihr provokanter Zynismus rührte diese Jugend an. In ihr selbst lebte etwas von der Stimmung, welcher Brecht Ausdruck verliehen hatte.

Es mag im Jahre 1925 gewesen sein, als mich mein Freund Ernst Toller zu einem orgiastischen Verlagsfest des unternehmungslustigen Verlegers Gustav Kiepenheuer nach Potsdam mitnahm. Auf diesem Verlagsfest begegnete ich wieder Bertolt Brecht. Er genoß die Freuden, die Kiepenheuer zu bieten hatte, und erwies sich als unermüdlicher Tänzer. Brecht galt als revolutionärer Feuergeist. Das Gefühl war lebendig, er sei ein ganz besonderer Mann und man habe von ihm Großes zu erwarten.

Kurze Zeit danach schlug er die Öffentlichkeit durch seine »Dreigroschenoper« in Bann. Für diesen Mann gab es im Dritten Reich keinen Platz. Als Emigrant lebte er in Dänemark, in der Sowjetunion und schließlich in Amerika. Als er 1947 nach Deutschland zurückkehrte, entschied er sich für die Ostzone und zog nach Berlin. Seltsamerweise traf er eine Reihe von Veranstaltungen, durch

die er sich merkbar von seiner neuen Heimat distanzierte. Während der Hitlerzeit war auch er naturgemäß ausgebürgert worden. Jetzt bewarb er sich keineswegs aufs neue um die deutsche Staatsbürgerschaft; er ließ sich in Österreich naturalisieren. Da seine Frau, Helene Weigel, eine hervorragende Schauspielerin, gebürtige Österreicherin war, gelang es ihr, durch ihre Beziehungen, insbesondere nach Salzburg, die Einbürgerung ihres Mannes in den Donaustaat zu erreichen. Bemerkenswert war ferner, daß Brecht nicht der Sozialistischen Einheitspartei beitrug. Durch zahlreiche Kundgebungen ließ er keinen Zweifel daran, daß er ihr nahestehe; doch vermied er es immer, sich mit ihr zu identifizieren.

Die Deutsche Demokratische Republik war sich bewußt, welchen Gewinn sie an Bertolt Brecht hatte. Er genoß viele Privilegien. Man richtete ihm ein eigenes Theater ein, das Berliner Ensemble, und finanzierte es. Jeder Wunsch, den er aussprach, wurde ihm erfüllt.

Trotzdem blieben ihm manche Schwierigkeiten nicht erspart. Die SED hatte sich auf ein Kunstprogramm festgelegt; der »sozialistische Realismus« sollte gepflegt werden, durch den der Arbeiter als Held in den Mittelpunkt gerückt und proletarische Werte mit dreister Parteilichkeit im hellsten Lichte erstrahlen sollten. Die Kunst sollte sich ganz in den Dienst der Partei stellen. Die Künstler sollten für die Ehren und Einkünfte, welche ihnen großzügig zuteil wurden, bezahlen, indem sie sich als Hallelujasänger bewährten. Für diese Rolle war Bertolt Brecht nicht geeignet. Er war kein Parteimann und weigerte sich, sich geistig vergewaltigen zu lassen. In dem uralten Kampfe zwischen den Armen und den Reichen hatte er von allem Anfang an seinen Platz gewählt; Fürsprecher der Sache der Armen, der Unterdrückten, der »Erniedrigten und Beleidigten« wollte er sein und war es auch. Über die Reichen, die Satten, die Unterdrücker und Erpresser übte er unerbittliches Gericht. Den Glanz, in dem sie sich zu präsentieren liebten, zerriß er mit seinem Zynismus ohne alle Gnade:

»Denn die einen sind im Dunkeln,
und die andern sind im Licht.

Und man siehet die im Lichte,
die im Dunkeln sieht man nicht.«

Brecht focht seinen Kampf auf seiten der Armen durch, ohne sich in eine Parteischaablone pressen zu lassen; er war für ihn ein Anliegen reiner, tiefer Menschlichkeit. In den Dichtungen Brechts trat zutage, daß sie nicht zur engagierten Kunst gehörten. Sie ließen,

für das Urteil der Funktionäre, die Parteilichkeit vermessen, man rechnete sie deshalb zur »formalistischen Kunst«. Über formalistische Kunst aber war das Anathema ausgesprochen.

So kam es, daß einige Jahre Brechts Stücke in der Deutschen Demokratischen Republik überhaupt nicht aufgeführt wurden, obschon Brecht der Leiter eines Theaters war. Ein offener Konflikt schien sich anzukündigen, als sich die Staatsoper anschickte, das »Verhör des Lukullus« aufzuführen. Wie ich bereits erzählte, verstand sich Brecht schließlich zu einem Kompromiß.

Im Jahre 1950 war Brecht im Ostseebad Ahrenshoop, als ich mich ebenfalls dort befand. Mit meinem Freund Drexel stattete ich ihm einen Besuch ab. Im Verlaufe des Gesprächs betonte Brecht mit Nachdruck, wie einig er mit der Regierung gehe und wie er nicht daran denke, den Opponenten, den Wühlern und Zersetzern die Stange zu halten. Wir kamen auch auf die Bayerische Räterepublik zu sprechen. Mich überraschte die Einschätzung, die Brecht diesem Ereignis zuteil werden ließ. Die Bayerische Räterepublik, so sagte er, sei eines der wichtigsten geschichtlichen Geschehnisse des Jahrhunderts gewesen. Hier habe sich eine große, für Deutschland notwendige Revolution angekündigt. Er lehne es ab, die Räterepublik zu bagatellisieren, und wolle entschieden deren historische Bedeutung betonen.

Bertolt Brecht war zum Präsidenten des PEN-Zentrums Ost und West gewählt worden. Bei Veranstaltungen dieses Zentrums begegnete ich ihm des öfteren. Seine politischen Gedanken sprach er jedesmal mit unzweideutiger Präzision aus; jede Verschwommenheit und Verwaschenheit vermied er aufs peinlichste.

Bertolt Brecht hatte sich auf einen eigentümlichen Haarschnitt festgelegt; ebenso hielt er auf eine ganz charakteristische Einfachheit seiner Kleidung. Auch im Äußeren sollte auf den ersten Blick zu sehen sein, daß man es bei Brecht mit einer prägnanten Gestalt zu tun hatte. Er lebte als ein Genie nach seinem eigenen Gesetz. Solange er noch wirkte, zeigte sich Westdeutschland beflissen, sich der Macht seines Genies zu entziehen. Nach seinem viel zu frühen Tode allerdings brach sich dieses Genie unaufhaltsam auch im Westen Bahn. Der ungebildeten Einfalt des Außenministers von Brentano, der es gewagt hatte, den Namen Brecht mit Horst Wessel in einem Atemzuge zu nennen, schämte sich bald auch ganz Westdeutschland. Aber auch über die Grenzen Westdeutschlands hinaus feierte der Geist des Toten Triumphe in England, in Frankreich, in der ganzen Kulturwelt.

Bei irgendeiner festlichen Gelegenheit wurde ich persönlich mit Semjonow bekannt, der damals die Stellung eines Beraters des Oberkommandierenden der sowjetischen Streitkräfte in der Deutschen Demokratischen Republik, General Tschuikow, innehatte. Das Gespräch beschränkte sich auf wenige konventionelle Worte.

Im Januar 1951 war ich zu einem Empfang beim Staatspräsidenten Pieck geladen. Die Räumlichkeiten in dem Niederschönhauser Schlöbchen, in welchem Pieck residierte, waren beschränkt; sie konnten die Zahl der Anwesenden kaum fassen. Die Gäste standen eng gedrängt in Gruppen beisammen; es kostete etwas Mühe, seinen Platz zu wechseln. Da wurde ich darauf aufmerksam gemacht, daß sich neben mir eine Gruppe gebildet hatte, in welcher sich Semjonow und General Tschuikow befanden. Semjonow erkannte mich und näherte sich mir. Kurz zuvor hatte die Regierung Grotewohl wiederum eine Aufforderung zu gemeinsamen Verhandlungen an die Bonner Regierung gerichtet. Semjonow fragte mich, wie ich die Aussichten dieses politischen Schrittes beurteile. Ich zuckte zweifelnd mit den Achseln, was Semjonow zu der Bemerkung veranlaßte, ich scheine an einen Erfolg nicht recht zu glauben. Dies treffe durchaus zu, meinte ich. Wie ich zu solcher Skepsis komme, fragte er. Ohne mir weiterhin Zurückhaltung aufzuerlegen, sagte ich, man beurteile innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik die Verhältnisse in der Bundesrepublik völlig falsch. Semjonow wollte wissen, wie ich das zu begründen vermöge. Innerhalb der Bevölkerung der Bundesrepublik bestehe zweifellos, meinte ich, eine Abneigung gegen den Krieg und ein starkes Bedürfnis, den Frieden aufrechtzuerhalten. Ebenso möchte die Bevölkerung der Bundesrepublik die deutsche Einheit so bald wie möglich wiederhergestellt sehen. Aber dies bedeute keineswegs, daß die westdeutsche Bevölkerung der Regierung der DDR gegenüber Sympathie empfinde. Diese Bevölkerung sei privatkapitalistisch und bürgerlich gesinnt; die sozialistische Grundstruktur der DDR widerspreche ihren Interessen und beunruhe sie. Alle Annäherungsversuche, mit denen ihr die DDR nahetrete, betrachte sie nur mit Mißtrauen; sie fürchte, daß man ihr das System der DDR aufdrängen wolle.

Inzwischen war General Tschuikow auf unser Gespräch aufmerksam geworden, wandte sich von seiner Gruppe ab und trat zu uns

beiden. Semjonow wandte ein, daß doch viel günstigere Berichte über die Bundesrepublik vorlägen.

Ja, bemerkte ich, hier liege ein Krebschaden. Beauftragte der Deutschen Demokratischen Republik reisten nach Westdeutschland, die gar keine Eignung für ihre Mission besäßen. Sie stießen die westdeutsche Bevölkerung durch die Bekenntnisse ihrer Weltanschauung und durch ihre Schönfärbereien über die Zustände in der Deutschen Demokratischen Republik viel stärker ab, als daß sie Anhänger für sie gewannen. Schon öfter hätte ich erlebt, wie westdeutsche Bekannte, die ich zu einer positiven Beurteilung der Deutschen Demokratischen Republik gebracht hätte, später durch propagandistisch tätige Beauftragte erst stutzig und dann abspenstig gemacht worden seien. Hier und da träfen diese Emissäre wohl auf einen Menschen, der ihnen bereitwillig zuhöre und ihnen für den Augenblick zustimme. Dann werde sogleich berichtet, man hätte große Erfolge gehabt und einen Einbruch in die westdeutsche Bevölkerung erreicht. So ergäbe sich ein völlig falsches Bild. Wenn die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sich bei ihren Handlungen an falsche Bilder solcher Art halte, dann greife sie notwendigerweise fehl. Die westdeutsche Bevölkerung sei an die Vorstellungen von Rechtsstaatlichkeit und individueller Freiheit gewöhnt; sie glaube, in der DDR würden diese Vorstellungen nicht geteilt, und das nehme sie gegen die Deutsche Demokratische Republik ein.

Semjonow schien über meine Bemerkungen nicht erfreut zu sein. Er schwieg kurze Zeit, meinte dann, er habe den Eindruck, daß ich doch zu schwarz blicke, und verabschiedete sich mit etlichen unverbindlichen Worten.

Semjonow war sicherlich ein gebildeter und diplomatisch gewandter Mann. Er sprach gut Deutsch, war zurückhaltend und legte offensichtlich jedes Wort auf die Waagschale.

Diskussion

Die Diskussion setzt keineswegs, wie man zuweilen behaupten hört, eine gemeinsame grundsätzliche Plattform voraus. Ihr Klima ist Toleranz im Geistigen, ein beiderseitiger Wille, den anderen verstehen und auf ihn eingehen zu wollen. Gegner, deren verschiedene Standpunkte völlig unüberbrückbar sind, können, wenn sie der Duldung fähig sind, in die interessantesten Auseinandersetzungen

zungen geraten: Gerade in ihrer Situation ist es möglich, daß der Geist sprüht und daß Funken stieben. Erst dort, wo der Fanatismus seine Hände im Spiel hat, hört die Diskussion auf. Man sieht, daß die Diskussion nur in der liberalen Luft gedeiht. In den liberalen Ländern England und Frankreich zeigten sich Geister, deren Standorte weitentfernt auseinanderlagen, hinreißender, oft großartiger Diskussion fähig. In Deutschland war die Diskussion weniger heimisch; hier stieß man häufig auf eine Unduldsamkeit, die nicht begreifen, sondern gleich verdammen wollte.

Erst in den Jahren zwischen 1918 und 1930 erblühte auch auf deutschem Boden die Diskussion. Diese Zeit umschloß die freiesten Jahre, die es im geistigen Sinne jemals auf deutschem Boden gab. In dem Maße, in welchem die Nationalsozialisten hochkamen, wurde die Diskussion wieder zuerst eingeengt, dann gewaltsam abgewürgt. In den nationalsozialistischen Versammlungen kam kein Gegner zu Wort; er mußte für seine Gesundheit, ja für sein Leben fürchten, wenn er ein abweichendes Wort wagte. Ein Gesinnungsterror ohnegleichen griff um sich; seine besondere Meinung zu haben war bereits Verbrechen.

Nach dem Zusammenbruch von 1945 schien es einen Augenblick, als ob auch in Deutschland wieder die Diskussion freien Raum gewinnen könne. Man hoffte, ein Mann mit eigenen Auffassungen brauche fernerhin nicht zu befürchten, verketzert und in Verruf gebracht zu werden. Auch in der sowjetischen Besatzungszone glaubte man, sich solchen Erwartungen hingeben zu dürfen.

Der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands wurde geradezu ins Leben gerufen, um die verschiedenartigsten geistigen Strömungen zusammenzufassen und ihnen ein Forum zu geben, auf welchem sie sich aneinander messen konnten. Voraussetzung war nur eine fortschrittliche Grundeinstellung; ausgeschlossen sollte nur die nationalsozialistische Geisteshaltung sein. In der Tat übte der Kulturbund anfänglich eine derartige Funktion aus. Der spätere westdeutsche Bundespräsident Heuss kam im Kulturbund zu Wort. Auch die bürgerlichen Parteien sollten nicht das Gefühl haben, vergewaltigt zu werden. Alle Probleme wurden in gemeinsamer Beratung der Parteien im Block erörtert. Dabei wurde streng darauf geachtet, daß sich keine Partei überstimmt fühlen sollte; ein freies Einvernehmen wurde erstrebt. In diesem Sinne und in dieser Haltung wurde am Ende auch die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik beraten und angenommen.

Allmählich freilich änderten sich – kaum merkbar – die Verhältnisse. Es begann damit, daß es zu einem Anliegen der Vorsitzenden sowohl des Kulturbundes wie auch des Blocks wurde, die vermutlichen Gegner irgendeiner Sache oder eines Vorschlages zu beschwichtigen oder hinters Licht zu führen. Wie mache ich es den Gegnern schmackhaft? – So fragten sich in vielen Dingen diese Vorsitzenden, die durchweg Mitglieder der SED waren. Die Opposition sollte zwar nicht mundtot gemacht werden, aber sie sollte sich nur in sehr engen Grenzen bewegen, nie grundsätzlichen Charakter tragen und nur recht milde zum Ausdruck kommen dürfen. Je länger, desto ausgesprochener traten Bestrebungen ans Licht, abweichenden Auffassungen die Luft abzuschneiden. »Unverbesserliche Oppositionelle« zogen die Konsequenzen; sie verließen die bürgerlichen Parteiamter oder traten aus dem Kulturbund aus. Es gab schließlich keine echte Diskussion mehr. In der Volkskammer hat eine solche schlechthin niemals stattgefunden. Den einführenden Worten der Parteivorsitzenden oder der maßgebenden Berichterstatter war sogleich zu entnehmen, welcher Plan verwirklicht, welche Ansicht zur Herrschaft gebracht werden sollte. Man hatte das unbehagliche Gefühl, es sei nicht ganz ungefährlich, hier zu widersprechen. Die einen bequemen sich unter solchen Umständen zur bedingungslosen Zustimmung, die anderen gewöhnten sich an das Schweigen, die dritten verließen die Sitzungen vor der Abstimmung. Die Diskussion schwand völlig dahin, man war einstimmig immer der Meinung, die vom Vorstandstisch aus vorgetragen worden war. Trat einmal ein unvorhergesehener Widerspruch auf, so war jedermann nicht nur überrascht, sondern oft auch entsetzt, weil man vorhersah, daß der Opponent aufs Korn genommen und eines Tages erledigt werde. Zwar kam das Wort von der »Kritik und Selbstkritik« auf. Indessen handelte es sich bei der »Kritik« immer nur um eine Kritik, die von oben gewünscht und erlaubt worden war. Jede echte Diskussion hätte unvermeidlich sogleich die Grundlagen des ganzen Systems in Zweifel ziehen und anfechten müssen. Mit dem Verschwinden des liberalen Geistes war auch die Diskussion erstorben.

Rückblickend kann ich wohl sagen, daß mir in allen Gremien, in welchen ich tätig war, unbehaglich zumute war. Ich hatte das Gefühl, in einer Atmosphäre zu atmen, die mir nicht angemessen war, die mich beengte. Man stieß auf ungeschriebene Gesetze, die jedermann stillschweigend beachtete, man lebte unter dem Eindruck, einer Fable convenue zu begegnen, die man nicht antasten

durfte, man sah sich von Tabus umstellt, die man zu ehren und heiligzuhalten hatte. Ergriff man das Wort, so unterstand man sogleich dem Zwang, sich auf vorgeschriebenen Bahnen bewegen, eingefahrene Geleise benutzen, eingebürgerten Wertschätzungen Reverenz erweisen und ganz im Sinne der »maßgebenden Autoritäten« Stellung nehmen zu müssen. Kritisierte man, durfte dies nur im Nebensächlichen geschehen. Man hatte dabei sein schlechtes Gewissen zu bekunden und die Bereitschaft zu zeigen, sich gutwillig eines Besseren belehren zu lassen.

Nie durfte man sich an die Sprache der Tatsachen halten. Die Färbung allein, in welche die Tatsachen durch die obersten Autoritäten gerückt worden waren, war wichtig und entscheidend. Im gleichen Lichte mußte auch der Kritiker sie sehen. Vor unbequemen Tatsachen hatte man sich blind zu stellen; man durfte sie einfach nicht wahrnehmen und mußte sie vor allen Dingen mit Stillschweigen übergehen. Fiktiven Tatsachen, die als bedeutungsvoll proklamiert worden waren, hatte man seine Anerkennung zu zollen; man bewegte sich alles in allem in einer Welt von Fiktionen und Schiefheiten und war aus der Welt von Tatsachen, von Wirklichkeiten verbannt.

Dunkel spürte ich, daß ich, wenn ich das Wort ergriff, eine Katastrophe heraufbeschwören würde. Mit wenigen Sätzen würde ich die ganzen Grundlagen und Voraussetzungen der Diskussion erschüttern. Es würde an den Tag kommen, daß ich die sanktionierten Grundeinstellungen nicht teilte, daß ich die Fiktionen beiseite schob, daß ich eine ganz andere Werthaltung pflegte, daß ich nicht in den Kreis dieser »verschworenen Gemeinschaft« gehörte. Beteiligte ich mich unter solchen Umständen an der Diskussion, so mußte unvermeidlich jedes Wort, das ich sagte, ein Keulenschlag sein. Ohne daß ich es beabsichtigte, würde mein Beitrag eine Kampfansage, eine Kriegserklärung sein.

Da mir nicht daran lag, den Kriegszustand zu eröffnen, zog ich das Schweigen vor. Nicht verhindern konnte ich freilich, daß dieses Schweigen richtig verstanden wurde: es war ein beredtes Schweigen. Jedermann wurde deutlich, daß ich mich mit diesem Schweigen distanzierte.

Ein solches Schweigen übte ich nicht nur im Präsidialrat des Kulturbundes, im Präsidium der Nationalen Front, in der Volkskammer, in zahlreichen Sitzungen. Auch auf den Fakultätssitzungen lag der Druck der Verpflichtung zum Konformismus.

Im Sommer 1951 hatte mein Freund Drexel mich und meine Familie nach Bayern eingeladen. Eine Woche lang nahmen wir unser Standquartier in Nürnberg. Von dort aus machte ich gemeinsam mit Drexel einen Ausflug nach Schwaben. Über Ulm fuhren wir nach Wilflingen, einem abgelegenen Dorf im Hohenzollernschen. Dorthin hatte sich Ernst Jünger zurückgezogen, so, als wolle er für seine Person das Rezept praktizieren, das er in seinem Büchlein »Waldgang« verordnet hatte. In Wilflingen befand sich ein Herrensitz des Grafen Stauffenberg, eines nahen Verwandten des Mannes, der das Attentat auf Hitler verübt hatte. Unmittelbar gegenüber dem Herrenhaus stand die alte Oberförsterei. Darin hatte Jünger, von Stauffenberg begünstigt, Wohnung genommen.

Bei Jünger tat als ergebener Bewunderer Dr. Armin Mohler einige Sekretärdienste. Mohler, ein Schweizer Bürger, hatte sich Ernst Jünger angeschlossen und – als er Lektor des Heliopolis-Verlages war – Ernst Jüngers Roman »Heliopolis« dort untergebracht. Inzwischen hatte ihn Graf Stauffenberg mit Verwalterdiensten in Wilflingen beauftragt. Das geschah wohl zu dem Zwecke, Ernst Jünger einen geistigen Gehilfen zu verschaffen. So gründlich sich Mohler mit dem deutschen Nationalismus beschäftigt hatte, so schwer war es ihm doch gefallen, sich in dessen eigentümlichen Geist hineinzuleben. In einem Büchlein: »Die konservative Revolution in Deutschland 1918–1932« hatte er mich den revolutionären Konservativen zugeordnet; so nur hatte er sich die Freundschaft zwischen Jünger und mir erklären können. Im Konservatismus glaubte er die Basis dieser Freundschaft zu erkennen.

Zuerst begaben wir uns in den Vorraum zu Jüngers Arbeitszimmer im ersten Stock. Der Jüngersche Aristokratismus, seine Abkehr von der politischen Realität mußte sich weit von meiner politischen Situation entfernt fühlen. Ich mußte den Versuch machen, ihn vieles verstehen zu lehren, was er ganz und gar mit den Augen des Westens betrachtete und beurteilte.

Jünger hatte sich in seiner Abgeschlossenheit in manchen seltsamen Betrachtungsweisen festgefahren. Okkultistische, ja astrologische Neigungen traten bei ihm hervor; er meinte außerdem, die Bundesrepublik habe die Möglichkeit, als eine eigengesetzliche Kraft wieder emporzukommen, sobald sie über Waffen verfüge. Er wertete den Umfang und die Konsequenzen der deutschen Niederlage von 1945 nicht so schwer, wie ich es tat.

Während eines kleinen Imbisses im unteren Stockwerk setzten wir im Kreise seiner Familie das Gespräch fort. Hier zeigte sich Frau Greta, die treffliche Hausfrau und Betreuerin ihres Mannes, politisch recht aggressiv. Sie warf die Kriegsgefangenenfrage auf und wies auf die Rechtsunsicherheit der Deutschen Demokratischen Republik hin. Wenn ich versuchte, die Dinge objektiv richtigzustellen, pflegte Jünger immer wieder meine Entgegnung zu bestätigen, indem er sagte: »Dies ist richtig.« Allmählich schmolz das Eis, und die Beziehungen erwärmten sich. Nach etwa einer Stunde brachen wir auf und fuhren durch die abendlichen Wälder der Schwäbischen Alb nach Reutlingen. Anderntags kehrten wir über Stuttgart wieder nach Nürnberg zurück.

Drexel hatte in Seebruck am Chiemsee Zimmer gemietet; dort wollten wir gemeinsam 14 Tage verbringen. Von Seebruck aus machten wir mit unserem Wagen Ausflüge ins Gebirge. Einmal wählten wir als Ziel Berchtesgaden. Es war von Amerikanern überschwemmt. Auf den Ausflug zum Königssee verzichteten wir, weil dort Kontrolle durch amerikanische Posten zu erwarten war. Dagegen suchten wir den Obersalzberg auf. Die ungeheuerlichen Kontrollveranstaltungen, die Hitler dort einst hatte einrichten lassen, waren zerstört. Noch standen die Mauern der SS-Kaserne, des riesigen Gästehauses, seiner Villa und der Wohnhäuser von Göring und Bormann. Man hatte den Eindruck, sich inmitten eines befestigten Räubernestes zu bewegen; wie ausgebrannte Raubritterburgen blickten diese Häuserreste in das Salzburger Land hinüber. Unmittelbar vor dem Eingang in das Wohnzimmer Hitlers lag ein großer Kuhfladen; Kühe machten sich im Vestibül des Hauses breit, in welchem einst Hitler seine Gäste empfangen hatte. Die ganze Herrlichkeit des Dritten Reiches war vernichtet, so wie das Deutsche Reich selbst in Trümmer gesunken war. Immer hatte ich das Schicksal der Berliner Reichskanzlei als symptomatisch empfunden: Hinweggefegt war Bismarcks einstiger Amtssitz, das kleine niedrige Palais in der Wilhelmstraße. Hinweggefegt war Brünings Anbau, das Reichskanzleramt der Weimarer Republik. Nur ein Schutthaufen war übriggeblieben, wo Hitlers prunkvoller Palast sich erhoben hatte. So gründlich hatte Hitler mit dem Bismarckreich, mit der Weimarer Republik und dem Dritten Reich aufgeräumt.

Ähnlich symbolisch erschien mir das Ruinenfeld auf dem Obersalzberg zu sein. Dieser »Führer des Deutschen Volkes« hat wahrhaft ganze Arbeit geleistet, sein Werk war totale Vernichtung.

Bei der Rückfahrt zum Chiemsee berührten wir das ehemalige Konzentrationslager, in welchem die armen Menschen eingepfercht gewesen waren, die den steilen Obersalzberg hinauf Steine zu schaffen und die Bauten zu errichten gehabt hatten.

Joseph Drexel

Mein Freund Joseph Drexel ist ein Mann von vielen Gaben. Er hatte – nachdem er den Ersten Weltkrieg als Fliegeroffizier überstanden hatte – bei Max Weber Nationalökonomie studiert. Anfänglich freilich glaubte er, nicht zum Wirtschaftsmann geboren zu sein. Er entdeckte in sich den Schriftsteller, und in der Tat gibt es Schöpfungen von ihm, die bezeugen, daß in ihm ein echter Poet steckt. Die Literatur bedeutete ihm mehr als seine Wissenschaft. Einige Zeit gab er dem Hang zum Leben eines »freien Geistes« nach; er trat in einem Münchener Kabarett nicht ohne Erfolg als Conférencier auf. In der Tat eignet ihm auch ein starkes schauspielerisches Talent.

Im Verlaufe seines Lebens freilich bewährte er sich als ein umsichtiger, gewandter und geschickter Geschäftsmann. Er war vor 1933 Syndikus verschiedener industrieller Unternehmungen und schließlich Prokurist einer großen Versicherungsgesellschaft.

Wie ich mit ihm in Berührung kam, wurde schon erzählt. * Im Jahre 1926 hatte er sich meiner Widerstandsgruppe genähert. In dieser Gruppe lebte das Gefühl für die politische Gesetzmäßigkeit des deutschen Daseins; sie war von der Erkenntnis durchdrungen, wie sehr das deutsche Volk stets von der Gefahr bedroht war, geschichtliche Irrwege einzuschlagen. Der große Verführer war bereits in der Gestalt Adolf Hitlers auf der Bühne erschienen.

Im Jahre 1933 gab sich das deutsche Volk, allen Warnungen zum Trotz, seinem Verderber Hitler hin.

Für Drexel kamen schwere Jahre der Erprobung. Fest und unerschütterlich hielt er dem Druck des Dritten Reiches stand, den es auf alle ausübte, denen seine Greuelthaten Abscheu einflößten. Mehr noch, er gehörte zu der kleinen Zahl der Wagemutigen, die vom ersten Tage der Gründung des Dritten Reiches an dessen Sturz vorzubereiten suchten. Ihn erfüllten die Unmenschlichkeiten des Dritten Reiches mit leidenschaftlicher Empörung; mit ihnen

* Vgl. E. Niekisch, a. a. O., S. 59, (385)

fand er sich nicht ab, es gab für ihn nur einen unversöhnlichen Kampf gegen ihre Urheber. Freilich war er sich dessen bewußt, daß der Kampf gegen das Dritte Reich nur ein zäher Kampf sein konnte, der lange Jahre dauern mußte. Er wich ihm nicht aus, er nahm ihn tapfer auf, wie aussichtslos er gleich zu sein schien. Drexel gehört zu den seltenen Menschen, die keinen Augenblick zu einem faulen Kompromiß mit dem Hitlerreich sich verstanden, die sich nicht anpaßten, die nie den Trennungsstrich verwischten, den sie gegen den Nationalsozialismus gezogen hatten.

Er fiel der Gestapo auf und wurde am 22. März 1937 mit vielen seiner politischen Freunde verhaftet. In der Haft war er schrecklichen Mißhandlungen ausgesetzt, die freilich seinen Mut nicht brechen konnten. Im Januar 1939 stand er gemeinsam mit mir vor dem Volksgerichtshof und wurde wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Strafe verbüßte er in Amberg. Nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus wurde er sofort wieder in Gestapohaft genommen und anschließend aus Bayern ausgewiesen. Er lebte zuerst bei Freunden in Innsbruck, bis er auch dort wieder ausgewiesen wurde. Schließlich nahm er Stuttgart zum Aufenthaltsort, wo er bis zu seiner zweiten Verhaftung unter erschwerten polizeilichen Auflagen lebte.

Nach dem 20. Juli 1944, aufs neue verhaftet, wurde er in das Konzentrationslager Mauthausen bei Linz gebracht. Seine Personalpapiere trugen den Vermerk: »R. u.« – Rückkehr unerwünscht. Durch den Vermerk war er als Todeskandidat gekennzeichnet. Seine Zelle lag unmittelbar neben dem Krematorium, in dem die Leichen der Ermordeten verbrannt wurden. In der schauerlichsten Weise wurde ihm körperlich zugesetzt; es war darauf abgesehen, ihn langsam zu ruinieren.

Da gelang es Freunden, eine einflußreiche Verbindung herzustellen und für den Gefährdeten nutzbar zu machen. Er wurde von Mauthausen in das Konzentrationslager Flossenbürg überstellt und überraschend im Januar 1945 nach Nürnberg entlassen.

Nach dem Zusammenbruch waren jene Publizisten eine Seltenheit, die eine saubere Vergangenheit besaßen. So wurde ihm die Lizenz für die Neugründung einer Nürnberger Tageszeitung erteilt. Jetzt war der rechte Mann an den rechten Platz gelangt. Der Journalist war vorgebildet in jener Zeit, als er Mitarbeiter meiner Monatschrift »Widerstand« war; seine Aufsätze verrieten damals eine leichte Feder und besaßen jenes Spritzige, das den Mann von Geist zu verraten pflegt.

Mit überlegener wirtschaftlicher Umsicht bewältigte er die Verlagsgeschäfte, die in jenen Tagen zahllose Schwierigkeiten bereiteten. Gewiß genoß seine Zeitung anfänglich eine Monopolstellung; aber sein Verdienst war es, die Chance, die ihm in den Schoß gefallen war, weitschauend auszunutzen. Nach wenigen Jahren stand sein Unternehmen unabhängig auf eigenen Füßen.

Neben dem erfolgreichen Geschäftsmann stand der erfolgreiche Verleger und Publizist. In seinen Aufsätzen, die er für seine und andere Zeitungen schrieb, erhob er sich in seinen besten Leistungen zu dem Niveau großer weltläufiger und weltgültiger Journalistik. Seine Zeitung wurde zu einem der angesehensten süddeutschen Tagesblätter; ihre politische Haltung ragte durch ihr selbständiges Urteil und ihre Unbeeinflußbarkeit rühmlich hervor.

So wurde Drexel die Stellung, die sich ihm im Jahre 1945 eröffnete und die er mit Geschick und Erfindungskraft umfassend ausbaute, zu einer Gelegenheit, die ihm zuteil gewordenen Gaben seiner Natur reich zu entfalten. In seinem verantwortungsvollen Geschäftsbetrieb verkümmerte jedoch nicht das musische Element seines Wesens. Die Liebe zur Literatur blieb lebendig, und vor allem entwickelte sich sein Sinn für die schönen Künste. Sein Verlagshaus und vor allem sein bezaubernder Wohnsitz Stauf wurden zur Sammelstätte wertvoller Werke zeitgenössischen künstlerischen Schaffens.

Eine heitere schaffensfrohe Menschlichkeit scheint sich in diesem Manne unbefangen und ursprünglich auszuleben. Er entwickelte eine hinreißende Gabe, andere Menschen in den Bann heiterster Geselligkeit zu ziehen. Aber nicht zu übersehen ist, daß diese Heiterkeit aus dem Grunde einer tiefen Schwermut aufsteigt. Diese Schwermut ist nicht nur Nachklang der schauerlichen Leiden, die ihm das Dritte Reich zugefügt hatte; sie deutet auf ein heimliches Ungenügen hin, das sich in den letzten Gründen seiner Existenz verbirgt.

Die reichen Kräfte dieser Natur sind von der Sehnsucht nach künstlerischer Verdichtung in einem runden und vollendeten Werk beherrscht; in einem solchen hätten sie doch erst ihre eigentliche Bestimmung gesehen. Da er in seinem Herzen immer eine ungestillte Sehnsucht trägt, ist er nie am Ende, ist er nie an seinem Ziele, ist er zu keiner Zeit saturiert. Aus dieser nie endenden Sehnsucht fließt ihm eine ungebrochene Spannkraft zu, ein unversieglicher Mut, oft ein wahrer Wagemut zu immer neuen Anfängen.

Aber indem sich nun diese geheimen Kräfte seines Innern in gesellige Kommunikationen ergießen und sich dort blitzend und funkelnd verschwenden, verbreiten sie eine Atmosphäre froher Munterkeit, die sich der Umwelt mitteilt und für ihn selbst am Ende eine heilsame Tröstung bedeutet.

Diese weitsichtige Aufgeschlossenheit für geistige und künstlerische Werte, diese Hilfsbereitschaft menschlichen Nöten gegenüber, diese Gabe der Tröstung, die seinem Humor gegeben ist, dieser zuverlässige Ernst, ja diese Pedanterie in der Erledigung seiner Geschäfte und der Dinge, die zu besorgen er sich entschlossen hat, diese Umsicht und Weitsicht, mit der er alles anfaßt, was er zu verantworten hat, diese Empfindsamkeit, mit der alles Menschliche ihn berührt: dies alles macht Joseph Drexel zu einer Persönlichkeit, die ihn weit über seinen unmittelbaren Wirkungsbereich hinaushebt. Seine natürliche Bescheidenheit hindert ihn daran, sich in Szene zu setzen oder setzen zu lassen.

In den langen Jahren unserer Verbindung mit ihren schweren Erlebnissen und Prüfungen war er immer ein treuer, ergebener und opferbereiter Freund. Niemals war diese Freundschaft durch Stimmungen oder Mißverständnisse getrübt oder gestört. Dauernd standen wir im Briefverkehr, wöchentlich mehrmals tauschten wir schriftlich unsere Gedanken und Auffassungen aus. Wenn man je von einem engen und erprobten Freundschaftsverhältnis sprechen darf, so war es dieses.

Wiesbaden

Das deutsche Richtertum hat sich während des Dritten Reiches so erschütternd befleckt, daß es sich in einem Jahrhundert nicht mehr von dem Makel reinwaschen kann, den es auf sich geladen hat. Insbesondere gilt dies von der politischen Justiz. Die politischen Urteile hatten mit Recht und Gesetz nichts zu schaffen, sie waren durchweg strafwürdige Verbrechen, die allerdings bis zum heutigen Tage noch nicht gesühnt sind.

Die meisten Richter, die Hitler gefügig gewesen waren, wurden von der Bundesrepublik übernommen. Niemand kann aus seiner Haut heraus, und Menschen bessern sich nicht; dementsprechend behielt die Justiz der Bundesrepublik im großen und ganzen ihren faschistischen Charakter bei; Urteile, die in einem wirklichen Rechtsstaat unerhört sein würden, waren an der Tagesordnung. Die nazistischen Verbrecher erfuhren eine erstaunliche Milde.

Unvergessen bleibt der Freispruch Huppenkothens, des vielfachen Mörders von Flossenbürg, vor dem Münchner Schwurgericht. Hätte das internationale Gericht in Nürnberg Hitlers Spießgesellen, Göring, Keitel und die anderen, nicht abgeurteilt, so würden sie vor einem deutschen Gericht sicher glimpflich behandelt worden sein. Die deutschen Gerichte verstiegen sich sogar dazu, die Farce von Standgerichten als legal anzuerkennen; in einem Würzburger Prozeß wurde dies ausdrücklich vom Gerichtsvorsitzenden festgestellt.

Dagegen waren die Gerichte gegen Naziopfer, wie der Münchner Prozeß gegen Auerbach zeigte, unerbittlich. Aus diesem Grunde wurde es in der Deutschen Demokratischen Republik üblich, in politischen Verfahren den Justizbehörden der Bundesrepublik keine Rechtshilfe zu leisten. Eine Erfahrung, die ich machte, bestätigte mir meine pessimistische und skeptische Auffassung der westdeutschen Justiz.

Im Dezember 1951 erhielt ich vom Landgericht Wiesbaden eine Vorladung als Zeuge in dem Prozeß gegen »Marx und Genossen« wegen Beihilfe zum Mord. Ich zog Erkundigungen ein und unterrichtete mich über den Gegenstand dieses Prozesses.

Im Jahre 1942 hatte das Reichsjustizministerium eine Verfügung erlassen, aufgrund deren »Zigeuner, Juden, asoziale Elemente und politische Verbrecher, deren Strafe mehr als sechs Jahre betrug«, der Gestapo ausgeliefert wurden. * Die Auslieferung bedeutete für die Betroffenen den Tod. In verschiedenen Lagern verrichtete die SS an den Gefangenen ihr Mörderhandwerk. Auch ich gehörte zu denen, welche für die Auslieferung vorgesehen waren. Wie mir dieses Schicksal erspart blieb, habe ich bereits im ersten Band meiner Erinnerungen »Gewagtes Leben« berichtet. Viele Tausende von Menschen gingen auf diese Weise als Opfer der Gestapo zugrunde.

Nunmehr standen die für den Erlaß verantwortlichen Beamten des Reichsjustizministeriums vor dem Wiesbadener Schwurgericht. Unter den Angeklagten befand sich außerdem noch ein Regierungsrat aus der Reichskanzlei, der einst als Amtswalter die für den Tod Vorgesehenen ausgewählt hatte. Am 10. Januar 1952 wurde ich vor dem Schwurgericht Wiesbaden als Zeuge vernommen. Meine Frau hatte mich begleitet und saß als Zuhörerin im Saal. Der Vorsitzende machte einen konzilianten Eindruck; ein Beisitzer al-

* Vgl. Niekisch, a. a. O., S. 354

lerdings ließ vermuten, innerlich auf der Seite der Angeklagten zu stehen.

Ich schilderte meine Feindschaft gegen Hitler, meine Erfahrungen während meiner Brandenburger Jahre und erzählte, wie auch ich einen Fragebogen »für politische Verbrecher« auszufüllen gehabt hatte. Daraufhin sei der katholische Pfarrer bei mir erschienen, ich hätte ihm sogleich auf den Kopf zugesagt, daß er beauftragt sei, mich daraufhin zu prüfen, ob ich als »asoziales Element« betrachtet werden müsse. Der Pfarrer habe seinem bedrängten Herzen Luft gemacht, habe selbst seinen Abscheu gegen die Aktion geäußert, bei welcher er mitwirken müsse, und sei am Ende von mir als mein Freund geschieden. Dann verlebendigte ich den Vorgang in meiner Zelle, als mir der Besuch eines Amtswalters angekündigt worden war und wie der Arzt und der Vorsteher mit Erfolg bemüht waren, ihn mir vom Leibe zu halten.

An dieser Stelle unterbrach der Vorsitzende die Vernehmung und wandte sich an den angeklagten Regierungsrat mit den Worten: »Und dieser Amtswalter, das waren Sie?« Kleinlaut gab dies der Gefragte zu.

Um klarzustellen, daß der Pfarrer den Zweck der Auslieferung der Gefangenen an die Gestapo durchaus kannte, schlug ich dem Gericht vor, auch meine anwesende Frau zu vernehmen. Das Gericht ging auf meinen Vorschlag ein, und meine Frau mußte bis zu ihrer Vernehmung den Saal verlassen. Daraufhin setzte ich auseinander, wie auch die Hauptwachtmeister den Sinn der Aktion kannten, mir sogar ihre Gewissensbedrückungen gestanden. Wenn diese Beamten sich im klaren über den Sinn des Vorgangs gewesen waren, dann konnten die Beamten des Reichsjustizministeriums erst recht nicht darüber im Zweifel gewesen sein.

Mein Freund, der Ministerialdirigent Dr. Gentz, hatte mir erzählt, daß einer der Angeklagten, in dessen Hand sogar die Durchführung der Aktion gelegen hatte, sein Hausnachbar gewesen sei. Diesem Manne habe er einmal warnend gesagt, er solle ja auf seiner Hut sein; er laufe Gefahr, für die Verbrechen, die hier geschähen, zur Verantwortung gezogen zu werden. Auch dies teilte ich dem Gericht mit.

Die Anklage wurde von zwei Staatsanwälten geführt, die den Angeklagten eine empörende Nachsicht zuteil werden ließen. Ein Rechtsanwalt suchte meine Ausführungen zu entkräften, indem er fragte, ob ich Professor an der »Humboldt-Universität« sei. Ich bejahte und wandte mich darauf an den Vorsitzenden mit der

Bemerkung, ich hoffte, diese Frage sei nicht gestellt worden, um meine Aussage zu diskreditieren.

Meine Frau sagte aus, wie der katholische Pfarrer bei einem Besuche, den sie diesem einmal abgestattet hatte, bedrückt gewesen sei; er könne nicht mehr ruhig schlafen und frage sich unausgesetzt, ob man so leichthin jemanden als »asoziales Element« abstempeln dürfe.

Die günstige Einstellung des Gerichts für die Angeklagten war schon darin zutage getreten, daß sämtliche Angeklagten trotz der schweren Beschuldigung auf freiem Fuß gelassen worden waren. Dementsprechend fiel auch das Urteil aus. Es lautete auf »Freisprechung wegen Mangels an Beweisen«. Die Angeklagten hatten behauptet, von dem Zweck der Auslieferung der Gefangenen an die Gestapo nichts gewußt zu haben. Es war eine faule Ausrede, aber das Gericht bemühte sich, ihr Glauben zu schenken.

17. Juni 1953

Der Tag der unvorhergesehenen Demonstrationen in der Deutschen Demokratischen Republik, der vielberufene 17. Juni, hat seine Vorgeschichte. Vor allen Dingen wurde er vorbereitet durch die Beschlüsse der zweiten Parteikonferenz der SED, die vom 9. bis 12. Juni 1952 stattgefunden hatte. Damals wurde eine große Schwenkung der Politik eingeleitet. Hatte man bisher noch weitgehend die besonderen deutschen Eigentümlichkeiten beachtet und war nur zaghaft und schüchtern an den Aufbau einer sozialistischen und kollektiven Ordnung herangegangen, so sollte sich dies nunmehr rasch ändern. Die Sozialistische Einheitspartei hatte erklärt, eine Partei neuen Typus werden zu wollen. Worin bestand dieser neue Typus? Bisher war sie im allgemeinen noch immer nach den Grundsätzen alter Parteibildungen organisiert gewesen. Der Vorstand ging aus Wahlen hervor, wie sehr diese Wahlen auch gelenkt sein mochten. In den Mitgliederversammlungen konnte Kritik geübt. Unzufriedenheit ausgesprochen werden, und zumindest pflegte man noch den Anschein, daß die Mitglieder irgend etwas mitzureden hätten. Das wurde jetzt anders. Die Parteiführung wurde autoritär. Sie betrachtete sich als eine unfehlbare Instanz, deren Beschlüsse als Dogmen geachtet sein sollten, gegen deren Befehle es keinen Widerspruch gab. Die Partei wurde eine Art militanter Körperschaft, in deren Reihen unbedingter Gehorsam zu

herrschen hatte. Es war eine Ehre, zur Partei zugelassen zu werden; einen freiwilligen Austritt sollte es nicht mehr geben. Man konnte nur ausgeschlossen werden. Diese Partei neuen Typus war die eigentliche Trägerin der Staatsmacht; ihre Führung nahm alle staatliche Gewalt in ihre Hand.

Diese Partei neuen Typus behauptete von sich, im Sinne und Geiste Lenins gebildet zu sein. Sie war der »revolutionäre Vortrupp«, die revolutionäre Sturmabteilung förmlich, welche der kapitalistischen Ordnung ein Ende machen und mit dem Aufbau der sozialistischen Ordnung beginnen sollte.

Für diese Aufgabe mußte eine Intelligenz bereitgestellt werden, welche in zuverlässigem sozialistischen Geiste zu wirken bereit war. Das Zentralkomitee der SED arbeitete die Richtschnur aus, nach welcher von nun an die Wissenschaftler zu forschen, die Philosophen zu denken, die Komponisten zu komponieren und die Künstler zu malen und zu bilden hatten. Dem Wissenschaftler wurde auferlegt, parteilich zu sein; der Objektivismus wurde in Verruf gebracht. Der Wissenschaftler hatte angesichts jeder Tatsache und jeden Sachverhalts zu prüfen, ob diese der sozialistischen Entwicklung nutzten. So wie einst die Nationalsozialisten von einer »kämpfenden Wissenschaft« gesprochen hatten, wurde nunmehr von einer »parteilichen Wissenschaft« geredet. Die Parteilichkeit war kein Fehler; die parteiliche Wissenschaft war eine scharfe Waffe, welche die bürgerlichen Gegner geistig zu erledigen hatte. Der Objektivismus wurde ein Laster, durch das der Wissenschaftler, der es pflegte, gebrandmarkt wurde.

Diese geistige Einstimmung war darauf berechnet, die praktischen Maßnahmen schmackhaft zu machen, die man, vermutlich auf sowjetisches Verlangen, durchführen wollte. Laut und feierlich proklamierte Walter Ulbricht den »Aufbau des Sozialismus«. Systematisch sollte von nun an die Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik kollektiviert werden. Mit Energie sollte dies zuerst auf dem Dorfe in Angriff genommen werden. Die Einzelwirtschaften sollten abgebaut und in Produktionsgenossenschaften zusammengefaßt werden. Da man Widerstand von seiten der größeren Bauern voraussah, wurde sogleich ein bössartiger Feldzug gegen diese in Gang gebracht. Man sprach in gehässiger Weise von den »Großbauern«, deutete damit an, daß sie das Schicksal verdienten, das in der Sowjetunion einst den Kulaken widerfahren war. Betont redete man von einem »Klassenkampf auf dem Dorf«, den man mit Härte und Entschlossenheit durchzu-

fechten willens sei. Zwar wurde davon gesprochen, daß der Eintritt in die Produktionsgenossenschaften freiwillig sei; indes wurden Anstalten getroffen, den Bauern, der den Beitritt verweigerte, zum Klassenfeind zu stempeln und zu ruinieren. Man erhöhte das Ablieferungssoll der Widerspenstigen, durchforschte ihre Bücher, stellte Steuerrückstände fest und unterstellte, wenn das Soll nicht erfüllt war, strafwürdige Sabotageabsichten. Scharenweise wurden Bauern verhaftet und von willfährigen Gerichten zu drei und noch viel mehr Jahren Zuchthaus verurteilt. Solche Zuchthausurteile waren stets mit Enteignung verknüpft. Die Frauen und Kinder der Verurteilten wurden auf die Straße gesetzt, ihre Möbel, ihre Wäsche und Kleidung beschlagnahmt.

Ähnlich ging man gegen Gewerbetreibende vor. Auch diese wollte man zwingen, Produktionsgenossenschaften zu bilden. Mit Leichtigkeit wurden auch bei ihnen Steuerrückstände aufgedeckt, die dann ebenfalls mit Zuchthausurteilen und Enteignung gesühnt wurden.

Besondere Maßnahmen wurden gegen Inhaber von Fremdenpensionen an der Ostsee und im Mittelgebirge durchgeführt, in Orten also, in denen die Gewerkschaften ihre Mitglieder zur Erholung unterzubringen gedachten. Diese Pensionsinhaber wurden ebenfalls beschuldigt, mit Steuern im Verzug zu sein. Auch sie wurden verhaftet und außer mit Zuchthaus mit Enteignung bestraft. Es war ein wahrer Vernichtungsfeldzug gegen alle irgendwie noch selbständigen Existenzen. Aber auch die Arbeiterschaft wurde unter Druck gesetzt. Der »Aufbau des Sozialismus« begriff den beschleunigten Ausbau der Schwerindustrie in sich ein. Die Konsumgüterindustrie lag brach, die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern war infolgedessen völlig unzureichend. Der rasche Ausbau der Schwerindustrie stellte hohe Anforderungen an die Arbeiterschaft. Ihre Arbeitsnormen wurden erhöht, was bedeutete, daß die Löhne gekürzt wurden. Um für die Entwicklung der Schwerindustrie flüssiges Geld zu beschaffen, wurden die Preise der Handelsorganisation erhöht, so daß praktisch die Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung empfindlich gesenkt wurde. Die Gewerkschaften waren schamlos genug, die Preiserhöhungen als »Verbesserung der Lebenshaltung« zu bezeichnen. Die Folge in den großen Betrieben war eine heftige Mißstimmung der Arbeiterschaft gegen die Regierung, eine Mißstimmung, die sich da und dort zu unverhüllter Feindseligkeit steigerte. Diese Feindseligkeit wurde verschärft, weil die Versorgung mit Lebensmitteln von

Woche zu Woche mehr zu wünschen übrigließ. Die Bauern begannen Haus und Hof zu verlassen. Sie flüchteten ebenso aus der Republik, wie es die Gewerbetreibenden schon seit einiger Zeit taten. An manchen Tagen waren es über 2000 Menschen, die ihre Habe im Stich ließen und in West-Berlin um Aufnahme baten. Wochenlang trieben die Dinge dergestalt, ohne daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik irgend etwas unternahm. Sie sah nicht, wie diese Massenflucht sowohl die Landwirtschaft als auch das Gewerbe zerrüttete und wie sich die Deutsche Demokratische Republik dabei um alles Ansehen brachte. Die Deutsche Demokratische Republik schien geradezu einem Auflösungsprozeß verfallen zu sein.

Dies mochte die Sowjets dazu bewogen haben, einen Kurswechsel zu befehlen. Hatte doch in der Sowjetunion selbst ein Kurswechsel stattgefunden. Nach Stalins Tod waren verhaftete jüdische Ärzte wieder freigelassen und eine heftige Kritik an den Maßnahmen des NKWD geübt worden. Die sowjetische Regierung hatte angekündigt, fernerhin auf strenge Gesetzlichkeit zu achten. Am 9. Juni setzten sich die Auswirkungen der Moskauer Kursänderung auch in der Deutschen Demokratischen Republik durch. Nachdem zuerst das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei getagt hatte, erließ die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik Verordnungen, welche den Vorschlägen des Zentralkomitees Gesetzeskraft verliehen. Der Fünfjahresplan sollte abgeändert werden; die Schwerindustrie sollte fernerhin nicht mehr so forciert werden, wie es bisher geschehen war. Die Konsumgüterindustrie sollte zu größerem Recht kommen. Die Bauern sollten nicht mehr gezwungen werden, den Produktionsgenossenschaften beizutreten.

Den Gewerbetreibenden wurde in Aussicht gestellt, die Kollektivierung höre auf, und sie könnten wieder als unabhängige Handwerker ihren Geschäften nachgehen. Die Steuerrückstände wurden erlassen, Verurteilte, die ein Strafmaß bis zu drei Jahren erhalten hatten, wurden auf freien Fuß gesetzt. Die Enteignungen von Bauernhöfen und Gewerbebetrieben wurden rückgängig gemacht. Die Wissenschaftler und Künstler sollten in Zukunft freier atmen und schaffen können.

Dies war ein neues Programm. Der Aufbau des Sozialismus wurde nicht nur gestoppt, sondern das, was in der letzten Zeit forciert aufgebaut worden war, sollte wieder abgebaut werden. Die Regierung ging so weit, sich selbst vieler Fehler zu bezichtigen. Es wäre natur-

gemäß gewesen, daß die Regierung, die solche Fehlschläge reumütig eingestand und das Scheitern ihrer Politik einräumte, zurücktrat und einer neuen Regierung zu neuen Taten Platz machte. Eben dies geschah nicht. Die Urheber aller Schwierigkeiten und Mißlichkeiten wollten bleiben und verlangten Vertrauen, daß sie in Zukunft alles besser machen würden, als sie es in der Vergangenheit getan hatten.

Soviel die Regierung auch rückgängig machte, eines sollte unangestastet bleiben: die Erhöhung der Arbeitsnormen; denn die bessere Versorgung der Bevölkerung mit Waren, die Erhöhung des Lebensstandards erforderten nicht nur einen ungestörten Fortgang der Produktion, sondern deren Steigerung. Viele Arbeiter fanden sich überanstrengt; sie waren der Meinung, man fordere zu viel von ihnen. Die Schwächung der Regierungsautorität, die dadurch hervorgerufen worden war, daß die Regierung das Büberhemd angezogen hatte, gab den Arbeitern Mut, sich gegen die als unangemessen empfundene Normenerhöhung zu wehren. Am 16. Juni zog eine Gruppe von Bauarbeitern von der Stalinallee zum Haus der Regierung. Sie wollte eine Herabsetzung der Normen verlangen. Sicher war es ungewöhnlich, daß Arbeiter sich zu einer Demonstration gegen die Regierung entschlossen, aber als sie sich in Marsch setzten, waren sie kaum von eigentlichen politischen Absichten bewegt. Auf ihrem Marsch indes schlossen sich andere Arbeitergruppen an, auch Passanten reihten sich ihrem Zuge ein, und politische Forderungen wurden plötzlich laut. Die Volkspolizei hielt sich zurück, man weiß nicht, ob dies auf einem Befehl beruhte. Etliche tausend Demonstranten versammelten sich vor dem Haus der Regierung; ein Sprecher der Regierung, der Minister für Erzbergbau und Hüttenwesen, Selbmann, der beschwichtigen wollte, wurde niedergeschrien. Grotewohl und Ulbricht ließen sich nicht blicken.

Noch am selben Abend gaben Westberliner Sender die Losung aus, die Demonstrationen anderntags fortzusetzen. Ein Westberliner Gewerkschaftsführer goß Öl ins Feuer; der Strausberger Platz wurde von ihm als Sammelplatz für Demonstranten genannt. Dies war eine Mobilmachung Westberliner Elemente, ein an diese gerichteter Aufruf, in Ost-Berlin in Funktion zu treten. Unbegreiflicherweise unternahm die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik keinen Schritt, den Westberliner Zuzug abzdämmen. Schon in der Frühe des 17. Juni kamen größere Massen aus West-Berlin in den Berliner Osten, um an den

Demonstrationen teilzunehmen und ihnen eine Wendung zu geben, durch die sie zum offenen Aufruhr wurden. Viele zweifelhafte Gestalten trieben sich auf den Ostberliner Straßen umher, hetzten die in Bewegung geratenen Massen auf, legten Feuer an, plünderten Geschäfte, zerrissen Transparente und Plakate, verteilten vorbereitete Flugblätter. Volkspolizisten gingen zu den Demonstranten über, wirksame Maßnahmen der Volkspolizei gegen die Demonstranten unterblieben.

Inzwischen war die sowjetische Besatzungsmacht alarmiert worden. Panzerabteilungen rückten in Ost-Berlin ein. Dabei ergab sich etwas Seltsames: Die Demonstranten wollten an den Ernst der Lage schlechthin nicht glauben. Die Tatsache, daß ihnen bisher noch keine wirksame Abwehr entgegengetreten war, verführte sie zu dem Fehlschluß, sie wären Herr der Lage und ihre revolutionäre Erregtheit sei stärker als die Waffen. Demonstranten bewarfen die sowjetischen Panzer mit Steinen, rissen Antennen von diesen herunter, schmähten und beschimpften die Sowjetsoldaten. Vor den Augen sowjetischer Soldaten wurde die rote Fahne vom Brandenburger Tor heruntergeholt. In der Nähe des Brandenburger Tors hatten sich britische und amerikanische Offiziere in Zivil versammelt und beobachteten die Vorgänge. Westberliner Fotografen nahmen Bilder des Aufstandes auf.

Alle Herausforderungen wurden von den Sowjets ruhig hingenommen. Um 13 Uhr verkündete der sowjetische Befehlshaber den Ausnahmezustand. Die Straßen nach West-Berlin wurden abgedichtet, nirgends durften mehr als drei Menschen zusammenstehen. Von abends 21 Uhr bis früh 4 Uhr durfte sich niemand mehr auf der Straße zeigen. Noch aber waren die Straßen voll der Demonstrierenden. Diese wollten sich nicht bewegen lassen, ihre Züge aufzulösen und ihre Kundgebungen abubrechen. Die Angriffe der Demonstranten auf die Sowjets wie auf die Volkspolizisten wurden fortgesetzt, und so wurden die Soldaten wie die Volkspolizisten am Ende dazu gezwungen, von ihrer Waffe Gebrauch zu machen. Tote und Verletzte blieben auf der Straße liegen. Nichtsdestoweniger mußte am Ende eingeräumt werden, daß sich die Sowjets wie auch die Volkspolizisten äußerste Zurückhaltung auferlegt hatten. Ein Westberliner Arbeiter, ein offenkundiger Provokateur, wurde von den Sowjets ergriffen, vor ein Standgericht gestellt, zum Tode verurteilt und erschossen.

Als die Kunde von den Berliner Vorgängen in die Städte und Dörfer der Deutschen Demokratischen Republik drang, wurde auch

dort die Bevölkerung von der Flamme des Aufruhrs ergriffen. Arbeiter verließen ihre Betriebe, es kam zu Kundgebungen gegen die Regierung, deren Rücktritt wurde gefordert, und selbstverständlich wurde auch hier verlangt, daß die Normen abgebaut werden sollten. In einigen Städten wurden Gefängnisse gestürmt und recht dunkle Elemente in Freiheit gesetzt. Auch hier wurde der Ausnahmezustand verhängt.

Die Verhängung des Ausnahmezustandes führte dazu, daß die Demonstrationen am 18. Juni unterblieben. Doch dauerte es mehrere Tage, ehe sich die Arbeiterschaft wieder beruhigte. Da und dort flammten kleine Streiks auf, erregte Diskussionen fanden in den Betrieben statt. Die Regierung verhielt sich seltsam schweigsam. Es war, als ob die Zügel ihren Händen entglitten seien.

Wenige Tage nach dem 17. Juni erklärte Justizminister Fechner in einem Interview, der Streik sei verfassungsmäßig, und die Streikleitungen dürften nicht verhaftet werden, wenn sie sich an keinen Ausschreitungen beteiligt hätten. Diese Auffassung wurde von Walter Ulbricht schroff zurückgewiesen; Ulbricht meinte, in einem sozialistischen Staate schnitten sich die Arbeiter ins eigene Fleisch, wenn sie zu der Waffe des Streiks griffen.

Die Vorgänge des 17. Juni waren eine Weltsensation. In der Bundesrepublik und in Amerika zeigte man sich äußerst aufgeregt. Man behauptete, die Arbeiterschaft der Deutschen Demokratischen Republik hätte den Kampf um ihre Freiheit begonnen, Arbeiter seien für die Freiheit gestorben, hätten sich zugleich auch gegen die sowjetische Besatzungsmacht empört. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik stellte dagegen die Vorgänge in einer ganz anderen Sicht dar. Zwar konnte sie nicht ableugnen, daß sich Arbeiter an den Demonstrationen beteiligt hätten; indes behauptete sie, es seien westliche Provokateure und Agenten gewesen, die den Aufstand in Gang gebracht hätten, um den Amerikanern gefällig zu sein. So einseitig der Westen die Vorgänge als eine reine Tat der Arbeiterschaft darstellte, so einseitig schob die Deutsche Demokratische Republik alle Geschehnisse auf Provokateure. Daß die Vorgänge vom 17. Juni nicht nur eine Bloßstellung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik waren, sondern zugleich auch einen Prestigeverlust für die Sowjetunion bedeuteten, stand außer Zweifel.

Die Amerikaner hatten schon viele Millionen in die Propaganda gegen die Deutsche Demokratische Republik gesteckt. Ihre psy-

chologische Kriegführung operierte nach einem genau ausgeklügelten System. Die Ostbüros der westdeutschen Parteien hatten überall in der Deutschen Demokratischen Republik Stützpunkte; man konnte zweifellos von einer »Untergrundbewegung« innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik sprechen. Die impulsive elementare Bewegung vom 16. Juni war vermutlich den Regisseuren dieser Untergrundbewegung zu früh gekommen. Beiseite aber konnten und wollten sie nicht stehen, und so erreichten sie nicht das große Ziel, das sie im Auge gehabt hatten: den allgemeinen Umsturz in der Deutschen Demokratischen Republik.

Wie tief sie aber für diesen Vorgang engagiert waren, zeigte sich nachher, als sie darangingen, ihn auszumünzen. Überall, wo der Dollar rollte, wurden die Männer des 17. Juni als große Freiheitshelden gefeiert. Die Toten und Verletzten waren Märtyrer. Hier sprach Bundespräsident Heuss sentimental, dort Dr. Suhr pastoral und pathetisch, und Adenauer kam gar persönlich nach West-Berlin, um zu bezeugen, wie sehr ihm die Freiheit und die Einheit Deutschlands am Herzen liege und welches Mitgefühl für die Erschossenen er empfinde. Auch die Sozialdemokratie war mit jener ehrlichen Entrüstung zur Stelle, die jede Erinnerung an 1918/19 und den »Bluthund« Noske vergessen hatte, der als Arbeiterführer gegen aufständische Arbeiter gewütet hatte. Der 17. Juni wurde als ein Tag von weltgeschichtlicher Bedeutung bezeichnet; die Bundesrepublik erklärte ihn zum nationalen Feiertag. Man hatte so viel Geld in das Unternehmen gesteckt, daß man wenigstens einige moralische Erfolge in Sicherheit bringen wollte. Wahrscheinlich stand die Welt am 17. Juni vor dem Abgrund des Dritten Weltkrieges. Es gab verwegene Abenteurer, die damit rechneten, daß sich die ganze Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik erhebe, daß die Volkspolizei und die Sowjets versagten, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik verjagt werde, daß die Amerikaner in die Deutsche Demokratische Republik einmarschierten und daß auf diese Weise die Deutsche Demokratische Republik liquidiert werde. Die Haltung der Sowjets vereitelte alle diese Pläne und rettete auf solche Weise den Weltfrieden.

Aber immerhin war die Deutsche Demokratische Republik bei einem Schwächeanfall ertappt worden. Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik hatte das Erlebnis gehabt, daß der Diktatur die Zügel entfallen waren; sie war dadurch

selbstbewußt geworden und dazu ermutigt, sich nicht mehr alles schweigend und widerstandslos gefallen zu lassen. Es war ihr gut bekommen, opponiert, ja rebelliert zu haben. Sie war nicht mehr die gefügige, alles erdulde Masse, die sie bisher gewesen war. Sowohl die Sozialistische Einheitspartei als auch die Regierung zeigten sich dieser Situation nicht gewachsen. Der milde Kurs wurde beibehalten, aber alles, was im weiteren geschah, trug den Stempel der Halbheit an sich.

Dies wiederum war für die Feinde der Deutschen Demokratischen Republik eine willkommene Gelegenheit, zu neuen Operationen der psychologischen Kriegführung anzusetzen. Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik wurde eingeladen, sich in West-Berlin unentgeltlich Lebensmittel abzuholen. Es wurde schlechthin behauptet, in der Deutschen Demokratischen Republik bestehe eine Hungersnot. Gewöhnlich setzt sich der Mensch sofort in Bewegung, wenn er durch irgendeine kostenlose Gabe in Versuchung geführt wird. »Freibier«, ein Stück Brot, ein Pfund Fett erregen seine Gier; einfach, weil ihm hier etwas geschenkt wird, kommt er gelaufen. So war es denn auch in diesem Falle. Hunderttausende strömten aus Ost-Berlin und der Deutschen Demokratischen Republik nach West-Berlin, ließen sich dort registrieren, um in die Kartei der Unzufriedenen aufgenommen zu werden, die man später mit hetzerischen Flugblättern versorgen konnte, warteten stundenlang auf die Abfertigung, ertrugen Reise Strapazen und scheuten sich nicht, in der Rolle des Bettlers zu erscheinen. Diese große Wanderung nach dem Schmalzpaket war zugleich eine Protestaktion gegen die Regierung und die Partei, die man beide los sein wollte.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik stand dieser großen oppositionellen Demonstration hilflos gegenüber. Schikanierte sie die Paketabholer, dann steigerte sie die Abneigung der Bevölkerung zum Haß; sowohl die Amerikaner als auch die westdeutschen politischen Führer erreichten damit ihr Ziel. Verzichtete aber die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auf solche Schikanen, dann wurde der ganzen Welt vor Augen geführt, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik keine Massenbasis mehr besaß und sich nur mit Hilfe sowjetischer Bajonette an der Macht halten konnte.

Die Ereignisse des 17. Juni hatten die Herrschaft der SED stark angeschlagen. Das Selbstgefühl der Führungsschicht war erschüttert. Versprechungen wurden gegeben, die Zügel zu lockern, und Maßnahmen wurden getroffen, die erregte Arbeiterschaft zu beschwichtigen. Auch der Intelligenz wurde ein Köder vorgesetzt. Damals erfolgte eine ungewöhnliche Erhöhung der Gehälter geistiger Berufe.

Wenn freilich in den aufgeregten Tagen die Forderung laut geworden war: »Der Spitzbart muß weg«, so wurde sie nicht erfüllt. Ulbricht war der Mann, auf den sich die Sowjets am zuverlässigsten stützen konnten.

Von der Mißstimmung der Bevölkerung gegen Ulbricht und die Regierung fürchtete ich Schlimmes. Meine Befürchtungen legte ich in einer Denkschrift nieder, die ich am 5. Juni 1953 für den sowjetischen Hochkommissar Semjonow ausgearbeitet hatte. Das Schreiben, das ich nach dem 17. Juni absandte, lautete:

»Ich wende mich an Sie, sehr verehrter Herr Hochkommissar, weil ich den Ausbruch der Unzufriedenheit, der am 16. und 17. Juni 1953 sich vollzog, seit langem vorhergesehen habe. Am 5. Juni hatte ich eine Denkschrift abgeschlossen, die ich Ihnen zusenden wollte und in der ich alle die Punkte behandelte, die nach meinem Dafürhalten geeignet waren, Explosionsstoff innerhalb der Arbeiterschaft der Deutschen Demokratischen Republik anzuhäufen. Die Denkschrift wurde durch die Ereignisse überholt. Doch scheint es mir nichtsdestoweniger nötig, Ihnen noch einige meiner Gedanken und Erfahrungen vorzutragen. Ich sehe den großen Prestigeverlust, den die Deutsche Demokratische Republik erlitten hat und der in irgendeiner Hinsicht auch die Sowjetunion nicht völlig unberührt lassen kann. Es ist die Sorge um das Schicksal der Deutschen Demokratischen Republik, die mich veranlaßt, hervorzutreten und Sie zu bitten, sich mit meinen Darlegungen zu beschäftigen.

Von vornherein sei offen und aufrichtig gesagt: Ich betrachte es als einen Krebschaden, daß sich in maßgebenden Stellungen der Deutschen Demokratischen Republik Persönlichkeiten befinden, die vom politischen Standpunkt aus gesehen Utopisten, Illusionisten und Doktrinäre sind, denen politisches Fingerspitzengefühl ebenso mangelt wie realistischer Sinn.

Ausgangspunkt einer unvoreingenommenen Betrachtung der Dinge muß das Wesen der Bevölkerung innerhalb der Deutschen

Demokratischen Republik sein. Zwar hat das deutsche Volk nie eine eigentlich bürgerliche Revolution aktiv durchgeföhrt; aber im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts wurde es doch tief vom bürgerlichen Geiste erfaßt und durchdrungen. Der Durchschnittsdeutsche ist seinem Wesen nach heute ein Bürger, der auf die bürgerlichen Ideale, das Recht des Individuums, den Wert der Persönlichkeit, die Garantie der Rechtssicherheit, die Rechtsstaatlichkeit, die Unantastbarkeit des Privateigentums und in gewissem Umfange die staatsbürgerliche Freiheit Gewicht legt. Wennschon er sich aufgrund seiner Traditionen in mancher Hinsicht von dem westeuropäischen Bürger unterscheidet, so ändert dies doch nichts daran, daß er sich der bürgerlichen Welt zugehörig fühlt. Dies gilt auch für den Arbeiter. Die Sozialdemokratie ist deshalb noch heute eine so große und starke Partei, weil sie sich zu einer linksgerichteten kleinbürgerlichen Partei umgebildet hat; der deutsche Arbeiter will weniger eine grundsätzlich neue Ordnung, er erstrebt vielmehr, selbst ein kleiner Bürger zu werden. Er fühlt sich nicht als Proletarier, der alles, was er hat, in seinem Taschentuch unterbringen kann; ihn verführt die gute Stube, das Vertiko, das Eigenheim und das kleine Gärtchen um sein Häuschen. Wenn vor 1933 die Kommunistische Partei in Deutschland so mächtig angeschwollen war, so bedeutete dies keineswegs, daß Millionen deutscher Arbeiter ihre bürgerliche Grundausrichtung preisgegeben hätten; in der Kommunistischen Partei versammelten sich damals lediglich die Opponenten gegen die großbürgerliche Form der Staatlichkeit, welche sich im Rahmen der Weimarer Republik immer deutlicher ausgeprägt hatte.

Das bürgerliche Gesamtbewußtsein der deutschen Arbeiterschaft belebte sich nach 1945 wieder aufs neue angesichts der unmittelbaren Begegnung mit den bolschewistischen Gesellschafts- und Ordnungsgedanken, die im östlichen Teile Deutschlands sinnfällig in Erscheinung traten. So unzufrieden der westdeutsche Arbeiter mit der Entwicklung der westdeutschen Bundesrepublik sein mag, so will er diese doch keineswegs zerschlagen; er hält an der Form der bürgerlichen parlamentarischen Demokratie fest und wehrt sich innerlich verzweifelt dagegen, sie gegen die proletarische Demokratie auszuwechseln. Nur so ist zu verstehen, daß die Kommunistische Partei in der westdeutschen Bundesrepublik keine Erfolge zu erzielen vermag und sich in zunehmendem Maße rückläufig entwickelt.

Angesichts ihres bürgerlichen Grundcharakters kann die Bevölke-

Die Deutschen Demokratischen Republik kein positives Verhältnis zu den Grundprinzipien und Gesellschaftsformen der Deutschen Demokratischen Republik gewinnen. Verlangend blickt sie nach Westdeutschland; das politische und wirtschaftliche System der westdeutschen Bundesrepublik scheint ihr gemäßer zu sein als das System der Deutschen Demokratischen Republik.

Diese Situation wird durch das Dasein West-Berlins noch verschärft. West-Berlin ist eine im Herzen der Deutschen Demokratischen Republik liegende völlig bürgerlich bestimmte Insel; hier begegnet der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik unmittelbar die westliche bürgerliche Lebensform. Diese westliche bürgerliche Lebensform übt auf die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik eine ungeheuer verführerische Wirkung aus; sie ist das Ziel ihrer heimlichen Sehnsucht.

Würde man heute nach den Grundsätzen der bürgerlichen formalen parlamentarischen Demokratie in der Deutschen Demokratischen Republik wählen, so würden vermutlich die Parteien, welche als Träger des politischen und wirtschaftlichen Systems der Deutschen Demokratischen Republik gelten, kaum viel mehr als 10 Prozent erreichen, wobei diese Schätzung immer noch als reichlich optimistisch gelten darf. Dies ist eine Tatsache, die man nicht dadurch aus der Welt schafft, daß man sie ignoriert.

Nun muß ausdrücklich bemerkt werden, daß die wirtschaftliche Umformung, die sich auf die Potsdamer Beschlüsse stützt, die Aufteilung des Großgrundbesitzes und die Zerschlagung der Konzerne, keineswegs die Abneigung der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik hervorgerufen hat. Die Aufteilung des Großgrundbesitzes hat sicher im großen und ganzen den Beifall der Bevölkerung gefunden, und auch die Zerschlagung der Konzerne ist nur einem winzigen Bruchteil der Bevölkerung anstößig gewesen. Mit der sozialen und wirtschaftlichen Strukturveränderung, die durch diese beiden Maßnahmen hervorgerufen wurde, fand sich die Bevölkerung unschwer ab.

Ich war in den Jahren 1947, 1948 und 1949 im Auftrag der Nationalen Front häufig in Westdeutschland, sprach mit vielen meiner Bekannten, hielt Vorträge und wurde in oft leidenschaftliche öffentliche Diskussionen verwickelt. Immer wieder stellte ich damals fest, daß die westdeutsche Bevölkerung sich über die Verhältnisse der Ostzone nicht im klaren war, daß sie ihr endgültiges Urteil darüber noch nicht gebildet hatte, daß sie begierig war, über deren Zustände aufgeklärt zu werden. Eine Abneigung oder gar eine

Feindschaft gegen die Ostzone war nicht vorhanden. In mancher Hinsicht berührte den Westdeutschen die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, die sich in der Ostzone vollzog, sympathisch. Man räumte ein, daß es bedenklich sei, sich Amerika gegenüber zu tief zu verschulden; man war der Meinung, daß die Ostzonenbevölkerung nach dem verlorenen Krieg ›ehrlicher lebe‹ und daß es würdiger sei, sich wieder ›emporzuhungern‹, als sich von den Amerikanern füttern zu lassen. Man sah auch voraus, daß die amerikanischen Dollars nicht umsonst gegeben wurden, sondern daß man eines Tages mit deutschem Blut dafür bezahlen müsse. Innerlich sträubte man sich dagegen, jemals für Amerika Landsknechtsdienste leisten zu müssen.

Einige Punkte allerdings wurden immer wieder als Einwände gegen die Ostzone vorgebracht. Diese Punkte waren: der Aufbau der Volkspolizei, die Straflager, die Kriegsgefangenenfrage, die Frage der Oder-Neiße-Grenze, das Problem der geistigen Freiheit. Bemerkenswert aber war, daß mit einigem Geschick alle diese Einwände beschwichtigt und entkräftet werden konnten. Man leugnete nicht, amerikanische Angriffsabsichten wahrzunehmen, gegen welche sich die Ostzone vorbereiten müsse. Man verstand auch, daß ehemalige Nazis noch in Lagern festgehalten wurden. Unter keinen Umständen wollte man durch den Streit um die Oder-Neiße-Linie einen neuen Krieg heraufbeschwören; eine Verständigung mit Polen hielt man für möglich und war dazu bereit. Daß der Zusammenbruch von 1945 sich in Kunst und Literatur auswirken müsse, wurde zugestanden. Man war willens, in den geistigen Fragen den besonderen Umständen der Ostzone Rechnung zu tragen. Ich war eben in München bei einer Pressekonferenz, als die Nachricht verbreitet wurde, daß die Sowjetunion die Kriegsgefangenen zu entlassen gedenke. Die Wirkung war ungeheuer; man sprach sich dahin aus, daß man die ›Hetze‹ gegen den Osten einstellen müsse.

So kann man sagen, daß bis gegen Ende 1950 innerhalb der westdeutschen Bevölkerung noch eine starke Verständigungsbereitschaft vorhanden war und daß man sich innerlich gegen die feindselige Propaganda führender Politiker der Westzonen zur Wehr setzte.

Dies wurde anders, nachdem in der inzwischen entstandenen Deutschen Demokratischen Republik von der Umwandlung der SED in eine Partei neuen Typus gesprochen wurde und als man wahrnehmen konnte, daß die Umbildung der gesellschaftlichen

und wirtschaftlichen Struktur innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik mit rücksichtsloser Entschiedenheit in Angriff genommen wurde. Jetzt wurde die Empfänglichkeit für die amerikanische Propaganda gegen die Deutsche Demokratische Republik von Tag zu Tag wirksamer in Westdeutschland.

Nicht zu leugnen ist, daß bei der Durchführung der neuen Politik eben der bürgerliche Charakter auch der ostdeutschen Bevölkerung völlig aus dem Auge gelassen worden war. Infolgedessen wehrte sich die Bevölkerung gegen viele Maßnahmen und verließ zu Tausenden die Deutsche Demokratische Republik. Da man immer das Gefühl hatte, daß die führenden Männer der Deutschen Demokratischen Republik den Zusammenhang mit den wirklichen Zuständen und Umständen verloren hatten, und da man beobachtete, daß viele Pläne, die proklamiert worden waren, scheiterten, entstand auch die Auffassung, es handle sich bei zahlreichen Funktionären der unteren wie der mittleren und der oberen Stufen um »Dilettanten«, die ihren Aufgaben nicht gewachsen seien. Die Abneigung gegen die Deutsche Demokratische Republik nahm infolgedessen wie innerhalb der ostdeutschen Bevölkerung, so erst recht auch in Westdeutschland zu.

Hieran konnte auch die Westagitation, die von seiten der Deutschen Demokratischen Republik betrieben wurde, wenig ändern. Die nach Westdeutschland entsandten Propagandisten waren zudem in der Regel ungeschickt; sie hatten kein Verständnis für die bürgerliche Psychologie der westdeutschen Bevölkerung. Sie verhielten sich so, als hätten sie es nur mit Kommunisten zu tun oder doch wenigstens mit Menschen, welche innerlich schon bereit waren, Kommunisten zu werden. Wenn irgendein bürgerlicher Außenseiter ihnen Gehör schenkte, so triumphierten sie und feierten ihren Erfolg. Sie nahmen diesen Außenseiter fälschlicherweise als ein Symptom, von dem aus auf die Stimmung breiter Schichten geschlossen werden dürfe. Dies war jedesmal ein Fehlschluß, der zu großen Enttäuschungen führen mußte. Die Berichte der meisten Westpropagandisten färbten die Dinge, sie entwickelten Wunschbilder, die in den wirklichen Verhältnissen des Westens keine Grundlage besaßen. Das ZK der SED sowohl wie die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hielten sich an diese irreführenden Darstellungen; so beurteilten sie in der Regel die westlichen Verhältnisse falsch, und wenn sie aufgrund dieser falschen Vorstellungen handelten, griffen sie fehl. Sie täuschten sich auch vollkommen in Hinsicht auf die Einschätzung der Resonanz,

die ihre politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen im deutschen Westen auslösten.

Der Umstand, daß der größte Teil der Bevölkerung der DDR im Herzen bürgerlich geblieben war und infolgedessen vielen Maßnahmen der Regierung heimlichen Widerstand entgegenstellte, forderte die Regierung heraus, ihren Willen mit mehr oder weniger Druck durchzusetzen. Die Regierung machte geltend, den ›Klassenfeind‹ niederkämpfen, die Saboteure vernichten, die Staatsfeinde bestrafen zu müssen. Die Gesetze wurden härter, das Strafmaß überstieg das Übliche.

Schon immer hatte es schweren Anstoß erregt, daß Verhaftungen vorgenommen wurden, ohne daß richterliche Haftbefehle vorlagen und ohne daß die Angehörigen über das Schicksal der Verhafteten etwas erfahren konnten. Daß Menschen plötzlich verschwinden und auf unabsehbare Zeit festgehalten werden, daß sie ihre Freiheit verlieren, ohne daß ein kontrolliertes Rechtsverfahren gegen sie durchgeführt wurde, daß ihr Schicksal den Angehörigen gegenüber im dunkeln gelassen wird, das sind Vorgänge, an denen der europäische Bürger Anstoß nimmt. Eben solche Vorgänge hatten ihn einst gegen den fürstlichen Absolutismus empört; um sie abzustellen, hatte er Revolution gemacht; um vor ihnen in Zukunft bewahrt zu werden, hatte er den Rechtsstaat geschaffen. In solchen Vorgängen erblickt er den Ausdruck von Mißachtung, ja Verachtung des Menschen; sie sind ihm unerträgliche und unverzeihliche Verstöße gegen die Humanität. In diesem Punkte reagiert der bürgerliche Mensch mit Heftigkeit.

Die Auffassung, daß innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik Willkür und Rechtlosigkeit herrsche, wurde dadurch bestärkt, daß auch der Verfassung nur geringe Achtung entgegengebracht wurde. Grundrechte der Verfassung wurden fortgesetzt verletzt: Im Widerspruch zur Verfassung wurde eine Zensur eingeführt, gegen die Verfassung wurde die Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit unterdrückt, gegen die Verfassung wurden auch Abgeordnete verhaftet, deren Immunität verfassungsmäßig geschützt ist. Es war bestürzend zu sehen, daß die Obrigkeit selbst die Verfassung mißachtete. Wie sollte da der Staatsbürger zur Ehrfurcht vor der Verfassung erzogen werden?

Ein wichtiger Gesichtspunkt ist hier in Betracht zu ziehen. Hitler hatte einst ganz bewußt eine Reihe von staatlichen Herrschafts- und Verwaltungsformen wie auch von Einrichtungen, die sich in der Sowjetunion bewährt hatten, nachgeahmt. Dort waren sie den

Umständen und Verhältnissen entsprungen und durchaus gerechtfertigt. Unter den ganz anderen deutschen Verhältnissen nun wurden diese Formen und Institutionen als fremdartig empfunden. Die deutsche Bevölkerung wurde während der Hitlerzeit dieser Formen und Institutionen überdrüssig und war glücklich, im Jahre 1945 von ihnen befreit worden zu sein.

Die zurückkehrenden Emigranten, die teilweise die Regierungsgeschäfte der Deutschen Demokratischen Republik übernahmen, besaßen nicht das Erlebnis jenes Überdrusses; sie machten sich, ohne aus den Erfahrungen während des Dritten Reiches Lehren gezogen zu haben, ans Werk und griffen zu jenen Formen und Einrichtungen, die in der Hitlerzeit aufs schwerste kompromittiert worden waren.

Gerade derjenige, der mit der Sowjetunion sympathisierte, litt am schmerzlichsten unter den zahllosen Mißgriffen der politischen Führung.

Man kann die Frage aufwerfen, ob es nicht die Aufgabe der deutschen politischen Führer gewesen wäre, so zu regieren, daß es zu jener Abneigung der Bevölkerung gegen die Deutsche Demokratische Republik einfach nicht hätte kommen können.

Eines der wichtigsten und bedeutsamsten Anliegen jeder Politik muß sein, moralische Eroberungen zu machen. Die moralischen Eroberungen, welche die Deutsche Demokratische Republik gemacht hätte, wären ohne weiteres auch der Sowjetunion zugute gekommen. Aber gerade hier liegt der schwächste Punkt der Politik der Deutschen Demokratischen Republik. Innerhalb der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik ist keine Rede davon, daß die Regierung moralische Eroberungen erzielt hätte; es versteht sich, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auch gegenüber den bürgerlichen Kreisen Westdeutschlands keine moralischen Eroberungen zu machen verstand. Aber daß sie auch der Arbeiterschaft Westdeutschlands gegenüber ohne jede Wirkung blieb, ist eine Tatsache, welche zu den ernstesten Gedanken Anlaß geben muß. Der Rückgang der kommunistischen Stimmen in Westdeutschland weist darauf hin, daß die westdeutsche Arbeiterschaft die Politik der Deutschen Demokratischen Republik innerlich ablehnt. Nach 1917 galt die Sowjetunion in den breitesten deutschen Arbeiterkreisen, auch in den sozialdemokratischen, als das eigentliche Vaterland des Proletariats. Davon zog die Sowjetunion größten politischen Nutzen. Es wäre natürlich, daß innerhalb der gesamtdeutschen Grenzen die

Deutsche Demokratische Republik als das wahre Vaterland des deutschen Proletariats empfunden würde. Davon kann indes keine Rede sein; sie hat nicht einmal die eigene Arbeiterschaft für sich gewonnen.

Dies eben charakterisiert die Lage, daß die Politik der Sozialistischen Einheitspartei keine wirkliche Stütze in den Massen mehr besitzt. Die politische Führung schwebt in der Luft. Alle Veranstaltungen, die sie inszeniert und die den Beweis der Verbundenheit mit den Massen erbringen sollen, kommen nicht aufgrund freiwilliger Teilnahme der Massen zustande; nur indem Zwang ausgeübt wird, stellen sich Arbeiter und Angestellte als Teilnehmer der Veranstaltungen ein.

Dieser Sachverhalt muß in seiner ganzen Tragweite richtig gewürdigt werden. In der Republikflucht wurde sichtbar, wie unzulänglich in Wahrheit die Politik der Deutschen Demokratischen Republik war.

So kam es denn dazu, daß sich zuletzt Teile der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik den Amerikanern enger verbunden fühlten als den Sowjets oder der eigenen Regierung. Sie wünschten den Untergang ihres Regierungssystems. Dies waren die Menschen, die sich gern und bereitwillig zu ›Agenten-, Spionage- und Sabotagediensten‹ zur Verfügung stellten. Zum Teil waren sie Verzweifelte, die glaubten, jedes Mittel sei in ihrem Kampf gegen die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erlaubt. Da diese Bereitschaft zu Agenten-, Spionage- und Sabotagediensten aus den Umständen selbst herauswuchs, war wenig dagegen auszurichten; auch die schärfsten Gewalturteile schreckten nicht ab.

In dieser Situation propagierte die Deutsche Demokratische Republik weiterhin den Gedanken der deutschen Wiedervereinigung. Es gehört zu den erschütterndsten Erfahrungen, daß sie mit allen Bekenntnissen zur deutschen Wiedervereinigung keine Wirkung zu erzielen vermochte. Doch hatte dies seine verständlichen Gründe. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Deutschen Demokratischen Republik zielte in der Tat auf eine sozialistische Ordnung, also auf eine soziale Strukturänderung, hin. In dem Maße, in dem sich die Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung der Deutschen Demokratischen Republik dem sowjetischen Vorbild annäherte, wurde die Kluft zwischen West- und Ostdeutschland breiter und tiefer. Da die Deutsche Demokratische Republik mit äußerster Intensität die Strukturänderung betrieb, glaubte man ihren

Versicherungen nicht, daß sie es auf eine Wiedervereinigung Deutschlands absehe. Ihre Taten widersprachen ihren Worten. Die Taten aber redeten eine sehr deutliche Sprache: Kein westdeutscher Bürger spürte das Verlangen, einem sowjetähnlichen System Vorschub zu leisten. Die Folge der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Deutschen Demokratischen Republik war, daß sie die westdeutsche Bevölkerung tatsächlich immer stärker von sich abstieß. Die nationalen Parolen, welche die Deutsche Demokratische Republik ausgab, wurden als hohle und leere Phrasen betrachtet und überhört.

Es versteht sich, daß die Sowjetunion Wert darauf legt, vertrauenswürdige Sachwalter an der Spitze der Deutschen Demokratischen Republik zu wissen. Aber solche Sachwalter müssen nicht bloß das Vertrauen der Sowjetunion, sie müssen auch dasjenige der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik genießen. Darüber hinaus müssen sie geschickt sein, die Sache, die ihnen anvertraut ist, gut und erfolgreich zu führen.

In dieser Hinsicht haben einige bekannte Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik vollkommen versagt. Sie tragen die Verantwortung für die Zerrüttung der Landwirtschaft, für die Republikflucht, für das Mißtrauen, das die Bevölkerung der Rechtsprechung und vielen Verwaltungsmaßnahmen der Regierung entgegenbringt. Bleibt die Stellung dieser durch ihre Mißerfolge bloßgestellten Persönlichkeiten unerschüttert, dann wird die Deutsche Demokratische Republik allen politischen Kredit, alles politische Prestige verlieren. Das Ansehen der gegenwärtigen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist außerdem in den Augen des Westens so schwer geschädigt, daß man sie überhaupt nicht mehr ernst und gewichtig nimmt und, wenn Bonn es ablehnt, sich mit ihr an einen Tisch zu setzen, auch den Beifall wohlgesinnter und gutmeinender Schichten der westdeutschen Bevölkerung gewinnt. Um der Sache willen ist es unvermeidlich, jene durch ihre Mißerfolge kompromittierten Persönlichkeiten in den Hintergrund zu schieben.

Die Lebensmittelverteilung, die von West-Berlin vorgenommen wurde, war gewiß eine Beleidigung, ja eine Herausforderung der Deutschen Demokratischen Republik. Indes, sie hatte einen unbestreitbaren Erfolg. Hunderttausende von Bürgern der DDR strömten nach West-Berlin, um ihr Schmalzpaket in Empfang zu nehmen. Die Abholung dieser Gabe war eine Demonstration gegen die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und

zugleich eine Sympathiekundgebung für die westdeutsche Bundesrepublik. Dahin hatte es die Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gebracht, daß Bürger, Bauern und Arbeiter in ungenierter und provokatorischer Weise der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik eine unmißverständliche, offenkundige Absage erteilten. Man kann sogar davon sprechen, daß geradezu die innere Auflösung der Deutschen Demokratischen Republik dabei in Fluß gekommen war; es zeigte sich, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik schlechthin keine Massenbasis, keinen Rückhalt im Volke mehr besaß.

Recht unglücklich gestaltete sich das Verhältnis zur Intelligenz. Soviel wurde wohl erkannt, daß eine Gesellschaft ohne die Beihilfe der Intelligenz nicht bestehen kann. Die Aufgabe der Intelligenz ist es, einer Gesellschaftsordnung die geistige Legitimation zu verschaffen, sie vernünftig und notwendig erscheinen zu lassen, die Köpfe für sie zu gewinnen.

Nun ist der größte Teil der deutschen Intelligenz wie der größte Teil der deutschen Bevölkerung überhaupt bürgerlicher Herkunft und bürgerlicher Einstellung. Es war nicht zu erwarten, daß diese Intelligenz aus dem eigenen Inneren heraus von heute auf morgen zum Sozialismus überschwenke. Auch der Intelligenz gegenüber war es nötig, mit äußerster Vorsicht zu verfahren, ihr die Zeit zu schenken, sich mit den neuen Ideen vertraut zu machen, sie von deren Richtigkeit und Zeitgemäßheit zu überzeugen. Es sei offen gesagt, daß die Mittel, die angewandt wurden, um die Intelligenz zu gewinnen, zuweilen recht grob und plump waren. Man suchte mit Hilfe von besserer Ernährung und Bezahlung, mit materiellen Vorrechten also, auf sie Eindruck zu machen. Aber eben in dem, was ihr Eigentlichstes ausmacht, wurde sie beleidigt und verletzt.

Die Atmosphäre, die einzig und allein der Intelligenz zuträglich ist, ist die Atmosphäre geistiger Freiheit. Der schöpferische Geist kann nur denken und künstlerisch produzieren, wenn er dies in aller Freiheit zu tun vermag. Dies bedeutet keineswegs grundsätzlich geistige Ungebundenheit überhaupt. Jeder Denker und Künstler steht im Rahmen einer bestimmten gesellschaftlichen Ordnung. Er muß ihr zugehören und sich zugehörig fühlen. So hat er den engsten Zusammenhang mit der inneren Lebensgesetzlichkeit und dem geheimsten Wesen dieser Gesellschaftsordnung. Was er hier denkt und künstlerisch gestaltet, denkt und gestaltet er aus der

zwingenden Daseinsnotwendigkeit dieser gesellschaftlichen Ordnung heraus. Infolgedessen denkt er tiefer und gestaltet er zwingender, als jedes übrige Mitglied dieser gesellschaftlichen Ordnung hätte denken und gestalten können. Bindet man aber den schöpferischen Geist an zwingende Vorschriften, so fühlt er sich nicht nur vergewaltigt, sondern das Werk, das er auf solche Weise schafft, muß flach, phrasenhaft, unecht werden. Der schöpferische Geist ist eben das, was er ist, weil er tiefer sieht und echter empfindet als der Durchschnittsmensch. Eben deshalb kann man sagen, dem schöpferischen Geist haften etwas Seherisches an.

Ist auch nicht jeder Intellektuelle ein schöpferischer Geist, so regt sich doch in der Regel irgend etwas von diesem Bedürfnis nach Freiheit des Schaffens in ihm. Wird diese Freiheit des Schaffens beeinträchtigt, fühlt er sich unglücklich und im innersten gestört. So etwa ist es völlig unmöglich, daß das Zentralkomitee einer Partei Regeln und Anweisungen ausarbeitet, durch die vorgeschrieben wird, wie gedacht und künstlerisch gestaltet werden soll. Würde Lenin dem Beschluß eines solchen Zentralkomitees im Jahre 1902 unterworfen gewesen sein, hätte er nie seine Schrift ›Was tun?‹ schreiben können und veröffentlichen dürfen. Die Mitglieder des ZK sind weder Fachleute in geistigen Dingen, noch sind sie schöpferische Geister. Sie sind unzuständig, in geistigen und künstlerischen Dingen mitzureden, wie sehr sie dies immerhin in politischen und wirtschaftlichen Dingen sein mögen. Ihre Beschlüsse auf kulturellem Gebiet sind Kompetenzüberschreitungen und bedeuten praktisch eine Verknechtung der schöpferischen Intelligenz. Dies hält aber kein schöpferischer Geist aus.

Nun kann man freilich fragen, ob man Denker und Künstler gewähren lassen darf, die noch nicht in innerem lebendigen Zusammenhang mit der sozialistischen Ordnung stehen? Selbst wenn sie auch noch durch eine Nabelschnur mit der bürgerlichen Gesellschaft verbunden sind, können sie trotzdem den Zersetzungsprozeß der bürgerlichen Ordnung vorwärtstreiben. Man sollte sie darin nicht stören, denn sie sind in solcher Funktion Schuttabräumer, die das Feld bereinigen und den Bauplatz ebnen, auf dem die sozialistisch gebundene Intelligenz eines Tages schaffen kann. Die wirklich schöpferischen Geister werden, wenn man ihnen Befehle erteilen will, die Republik verlassen.

Ohne alles Verständnis für die reale politische Lage war die Behandlung der protestantischen Kirche. Die Bundesrepublik Deutschland kann ihrer inneren Tendenz nach als ein katholisches

Staatswesen gekennzeichnet werden. Man übertreibt nicht, wenn man behauptet, Adenauer verzichte deshalb auf den deutschen Osten, weil dieser zuviel Protestanten enthalte. Er will kein Deutschland mit protestantischer Mehrheit. Er erkennt auch, daß der deutsche Protestantismus innerhalb der deutschen Bundesrepublik, wenn er vom ostdeutschen Protestantismus abgeschnitten ist, zur Sekte entarten und verdorren muß. Männer wie Niemöller haben das seit Jahren gefühlt. So wäre eigentlich die protestantische Kirche ein natürlicher Bundesgenosse der Deutschen Demokratischen Republik gewesen. Zuweilen schien es auch, als ob es zu diesem Bündnis käme. Die erbittertsten Feinde der Deutschen Demokratischen Republik konnten keinen heißeren Wunsch hegen als den, einen Zwist zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der protestantischen Kirche hervorzubringen. Denn damit verlor die Deutsche Demokratische Republik heimliche Bundesgenossen und den aus den Verhältnissen selbst entsprungenen Resonanzboden innerhalb der Grenzen der deutschen Bundesrepublik. Jener heißeste Wunsch der Feinde der Deutschen Demokratischen Republik ist inzwischen erfüllt worden. Der Streit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der protestantischen Kirche brach aus. Es ist sehr wohl möglich, daß der schlaue, ganz westlich orientierte und deutschnational gesinnte Bischof Dibelius auf diesen Kampf hingearbeitet hat. Aber die Deutsche Demokratische Republik hat es ihm, wenn er solche Absichten verfolgte, leichtgemacht, zu seinem Ziel zu gelangen. Mit aller Bestimmtheit sei betont, daß ich mich als Gegner der kapitalistischen Ordnung und Vorkämpfer einer sozialistischen Ordnung fühle. Aber ich bin der Meinung, daß man den Sozialismus kompromittiert, wenn man ihn unter widerstrebenden Umständen und mit verfehlten Mitteln gewalttätig durchsetzen will. So richtig die Enteignung des Großgrundbesitzes und der Konzerne war, so bedenklich war die Beschleunigung des Tempos, das bei der Umbildung der kleinen und mittleren Privatwirtschaft in eine kollektive Wirtschaft eingeschlagen wurde. Der Schaden, der durch dieses hastige Tempo angerichtet wurde, war unermeßlich; Nutzen wurde dadurch schlechthin nirgends gestiftet. Es rächte sich, daß der gesellschaftliche und wirtschaftliche Umbau der Deutschen Demokratischen Republik nicht aufgrund einer elementaren Revolution, sondern von oben her auf dem Verwaltungswege in Angriff genommen wurde. Wäre dieser Umbau Sache einer revolutionären Masse gewesen, würde er in den Her-

zen dieser Masse (wie dies in der Sowjetunion der Fall ist) verwurzelt sein. Als Angelegenheit der Staatsbürokratie aber hat er keine gewinnende Macht; der 17. Juni bewies sogar, daß er einen großen Teil der werktätigen Masse geradezu gegen sich hat.

Unter einer Bevölkerung von bürgerlicher Denkart kann man nur vorwärtskommen, wenn der Übergang zu einer kollektiven Wirtschaft, zu ländlichen oder gewerblichen Produktionsgenossenschaften freiwilligen Entschlüssen überlassen bleibt. Sicherlich wäre dies ein Weg, der Zeit und Geduld erforderte, aber es wäre ein erfolgreicher Weg. Es nützt auch nichts, wenn die politischen Führer mit Worten und Proklamationen, die den Tatsachen offen ins Gesicht schlagen, das Vorhandensein einer Begeisterung behaupten, die tatsächlich nicht vorhanden ist. Man hat oft den Eindruck, als ob diese politischen Führer sich an Illusionen und Fiktionen berauschten, die sich weltenfern von aller Wirklichkeit bewegen. Ihre Politik hat auch in der Tat in dem Augenblick Bankrott gemacht, in welchem der ›Neue Kurs‹ verkündet wurde. Vermutlich würden die Arbeiter am 17. Juni nicht auf die westdeutschen Provokateure hereingefallen sein, wenn sie nicht den Eindruck gehabt hätten, einer Führung von Bankrotteuren ausgeliefert zu sein.

Gerade wer es mit dem Sozialismus und der DDR ernst meint, muß anstreben, daß sich eine Politik durchsetzt, welche sich an die Tatsachen hält und sich streng und unbeirrbar auf dem Boden der Wirklichkeit bewegt.«

Unmittelbar vor dem 17. Juni war das Gerücht aufgetaucht, die Sowjets planten, Ulbricht fallenzulassen und das Zwangsregime überhaupt zu mildern. Wenn solche Absichten je bestanden hätten, so wurden sie jetzt aufgegeben. Ulbricht mußte gehalten werden, um das sowjetische Prestige zu retten. Sein Abgang wäre als sinnfällige Kapitulation der Sowjetmacht gedeutet worden. blieb Ulbricht und befestigte er gar noch seine Stellung, so war dies eine Demonstration, die den unerschütterlichen Fortbestand der sowjetischen Machtstellung in Deutschland der Welt vor Augen führte.

Es kam wohl zu Veränderungen im Kabinett, aber sie waren mehr ein Symptom für die verstärkte Stellung Ulbrichts als für deren Schwächung. Am hervorstechendsten trat dies im Wechsel der Leitung des Justizministeriums hervor. Fechner wurde abgesetzt; an seine Stelle trat Hilde Benjamin. Sie war die Vertreterin eines scharfen Kurses und einer unerbittlichen Justiz. Die Prozesse, die

nach dem Aufstand vom 17. Juni eingeleitet wurden, waren von ihrem mitleidslosen Geiste erfüllt.

Auch in den einzelnen Organisationen war der 17. Juni nicht ohne Spuren verlaufen. Kritik am System erhob sich; es meldeten sich Männer zu Wort, die freimütig die begangenen Fehler verurteilten und eine Änderung der Verhältnisse verlangten.

Auch im Präsidialrat des Kulturbundes wurden die Ereignisse des 17. Juni besprochen. Auf der Tagesordnung stand eine Resolution, deren Zweck es war, die Tätigkeit des Kulturbundes auf den neuen politischen Kurs abzustimmen. Der Kulturbund räumte ein, sein Ziel nicht erreicht zu haben, als eine »überparteiliche Organisation« die gesamte Intelligenz der Deutschen Demokratischen Republik zu erfassen. Er gab zu, daß die Einmischung von Verwaltungsinstanzen in die kulturellen Angelegenheiten schädlich gewesen sei. Becher hielt eine kurze Einleitungsrede, in welcher er bekanntgab, daß er in Budapest von den Berliner Vorgängen erfahren habe. Ihm sei sofort klar gewesen, daß es sich um eine von den Amerikanern angestiftete Provokation gehandelt habe. Sogleich sei ihm die Parallele mit den Vorgängen in Korea bewußt geworden. Die Aufgabe des Kulturbundes sei es, um neues Vertrauen für die gute und große Sache der Deutschen Demokratischen Republik zu werben.

Die Diskussion, die sich dann entfaltete, war ausgedehnt und durchwegs auf den Ton der Kritik abgetönt. Meistens sprachen Universitätsprofessoren. Professor Brugsch war sehr bewegt und meinte, den »Neuen Kurs« hätte er schon längst ersehnt. Die Berliner Universität sei zu einer »russischen Universität« geworden, in den Gesellschaftswissenschaften würden völlig unzulängliche Dozenten eingesetzt, während fähige Männer kaltgestellt worden seien.

Bei dieser Gelegenheit hielt ich es für angebracht, wieder einmal in die Debatte einzugreifen. Ich führte ungefähr folgendes aus: Das Bild, das man nun von den Vorgängen des 17. Juni entwerfe, beruhe auf einer irreführenden, ja geradezu gefährlichen Interpretation. Sicher sei es richtig, an Syngman Rhee zu erinnern, sicher spielten auch Provokateure eine unheilvolle Rolle. Aber darüber dürfe man doch nicht als das Wesentliche aus dem Auge verlieren, daß sich ein elementarer Ausbruch innerhalb der Arbeiterschaft abgespielt habe. Den regierenden Kreisen wäre jede Fühlung mit der Bevölkerung verlorengegangen. Ein hoher Staatsfunktionär hätte mir vor längerer Zeit einmal stolz erklärt, seit 1945 sei er nie-

mals mehr mit der Eisenbahn gefahren. Ein anderer Mann, der nach dem Westen entsandt worden war, habe sich bei mir darüber beklagt, seine realistischen Berichte über Westdeutschland hätten nur Unwillen erregt. So stünden die führenden Parteien und Regierungskreise in keinem Verhältnis mehr zu den wirklichen Tatsachen. So sei ihnen auch verborgen geblieben, daß die »Grundbefindlichkeit« der meisten Menschen der Deutschen Demokratischen Republik Angst sei. Auch Kafka sei aktuell. Jedermann fühle sich hier unausgesetzt schuldig. Diese dauernde Angst hänge mit der Rechtsunsicherheit zusammen. Es sei unerträglich, daß Menschen verhaftet würden, ohne daß ihre Angehörigen je etwas von dem Festgenommenen erführen. Ich hätte selbst bei zwei im Kampf gegen Hitler bewährten Freunden erlebt, was der Mangel an Rechtssicherheit bedeute. Sogar die Verfassung werde mißachtet. Ich sei im Verfassungsausschuß gewesen und habe an der Verfassung mitgearbeitet. Mit Schrecken beobachtete ich, wie leicht sich selbst die Obrigkeit über die Verfassung hinwegsetze. So sei es etwa vorgekommen, daß Abgeordnete, die unter dem Schutze der Immunität stünden, verhaftet worden seien, ohne daß zuvor ihre Immunität aufgehoben worden sei. Entgegen den Bestimmungen der Verfassung werde auch eine Zensur gehandhabt; ich selbst sei eines ihrer Opfer. Den treuherzigen Glauben an die Volkskammer teile ich nicht; ich möchte nur hoffen, daß die Volkskammer zu größerem Gewicht gelange als bisher. Mit wenigen Worten wolle ich, so sagte ich, auch das spezielle geistige Problem streifen. Blicke man auf viele Aufsätze im »Neuen Deutschland« über künstlerische und literarische Fragen, so greife man sich verzweifelt an den Kopf. Man sehe, daß die Menschen, die sich hier äußerten, keine Ahnung vom Wesen und den Bedürfnissen geistig-schöpferischer Tätigkeit hätten. Ich wisse, welch kitzlige Frage ich anschnitte, wenn ich mit einigen Worten auf das Problem des Formalismus zu sprechen käme. Sicher gäbe es einen Formalismus, der es rechtfertige, ihn abzulehnen. Aber man dürfe doch nicht vergessen, daß in der Polarität Form und Stoff die Form das geistige Prinzip bedeute. Der Kampf gegen den Formalismus habe oft den Eindruck erweckt, ein Kampf gegen den Geist überhaupt zu sein. Horst Stempel sei einer der begabtesten Künstler der Deutschen Demokratischen Republik gewesen, man habe ihm das Leben mit Vorwürfen über seinen Formalismus so schwer gemacht, daß er, am Ende ebenfalls von Angst ergriffen, nach West-Berlin gegangen sei. Das seien

Zustände, gegen welche der Kulturbund sich mit aller Kraft einsetzen müsse. In Hinsicht auf die Universität sei gewiß wahr, daß das russische Vorbild vielleicht mehr nachgeahmt würde, als es dem deutschen Gefühl angemessen sei. In Hinsicht auf die Gesellschaftswissenschaften sei es erforderlich, mit Delikatesse zu verfahren. Junge Menschen ohne Überlegenheit und ohne Sachkenntnis seien als Dozenten eingesetzt; daraus könne nur Unheil erwachsen. Unerträglich sei es auch, daß FDJ-Mitglieder davor warnten, die Vorlesungen eines Professors zu besuchen, der als nicht ganz linientreu angesehen werde.

Man müsse ganz durchdrungen sein von der Einsicht, daß geistig-schöpferische Tätigkeit nur fruchtbar sei im Element der geistigen Freiheit.

Pfarrer Kleinschmidt brachte Tatsachen vor, aus denen hervorging, welches Unheil die Willkür der unteren Verwaltungsinstanzen und die verfehlte Rechtsprechung anrichteten. Ein Pfarrer hätte zu ihm gesagt, die Angst sei wohl jetzt weg, wirksam aber sei immer noch der Haß. Die führenden Kräfte müßten in einen viel engeren Zusammenhang mit den Massen gelangen.

Professor Rienäcker betonte, es sei nicht genug, wenn Gesetzes- und Verfassungsverletzungen festgestellt worden seien. Wer die Gesetze und die Verfassung verletzt habe, müsse bestraft werden, und zwar nicht zu glimpflich. Dies sei eine Forderung breiter Kreise der Bevölkerung.

Dem Präsidialrat des Kulturbundes gehörte ein Arbeiter aus Hennigsdorf an. Dieser berichtete darüber, wie in Hennigsdorf die Arbeit impulsiv niedergelegt worden sei. Doch sei dies unter gewerkschaftlichen Parolen geschehen. Seit etwa einem Vierteljahr seien 22 Arbeiter in das Werk geschleust worden, die sich bisher nicht bemerkbar gemacht hätten. Jetzt plötzlich seien sie aktiv geworden und hätten die Erregung der Arbeiterschaft ausgenutzt, indem sie Losungen ausgaben, wie etwa Sturz der Regierung, an die die Arbeiter bisher nicht gedacht hätten. Er habe diese 22 als Agenten betrachtet; sie seien auch verhaftet worden.

In seinem kurzen Schlußwort griff Becher mich an, weil ich von einem »elementaren Ausbruch« gesprochen hätte. Ich herrschte ihn an, ich hätte auch von den Provokateuren gesprochen und verbäte mir seine Unterstellung.

Während der ganzen Verhandlung schwiegen die Sekretäre des Kulturbundes. Sie hatten wahrscheinlich den Auftrag, den Verlauf der Debatte genau zu beobachten und sich nicht einzumischen. Der

Resolution, die schließlich angenommen wurde, wurde noch ein Punkt angefügt, in welchem Herstellung der Rechtssicherheit gefordert wurde.

Faschismus und Bolschewismus

Nicht selten geschah es in den letzten Jahren, daß der Bolschewismus in eine gewisse Verbindung mit dem Faschismus gebracht wurde, so, als ob es sich dem Wesen nach bei beiden um gleichgertete Erscheinungen handle. Man hielt sich an äußerliche Formen und übersah den fundamentalen Unterschied, der ihnen zugrunde liegt. Durch die Ähnlichkeit der äußerlichen Formen hatte man sich irreführen lassen, obschon sich beide bei der konkreten Begegnung als die schärfsten und unversöhnlichsten Feinde erwiesen hatten. Für den Nationalsozialismus war der Bolschewismus der Feind; der Kampf, der zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus tobte, war ein Kampf bis aufs Messer. Unter den Opfern des Nationalsozialismus waren die Mehrzahl Kommunisten; die meisten Köpfe, die der Nationalsozialismus »rollen« ließ, waren kommunistische Köpfe.

Jene Ähnlichkeit in den äußerlichen Formen rührte nicht zum wenigsten daher, daß der Nationalsozialismus mit Bewußtsein kommunistische Kampfmethoden übernommen, ihnen dann aber eine ganz andere Wendung, einen ganz anderen Gehalt und schließlich auch einen ungewöhnlichen Zusatz von Fanatismus gegeben hatte.

Dem Bolschewismus ist eigentümlich, dem Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung zugewandt zu sein; er will die bürgerlich-kapitalistische Ordnung zerstören und einer kollektiv-wirtschaftlichen Ordnung den Weg bereiten. Diese Tendenz zur kollektiv-wirtschaftlichen Ordnung beruft sich – oberflächlich gesehen – auf sozialpolitische Gesichtspunkte. Der alte soziale Urgegensatz von arm und reich klingt hier an; er erscheint in dem Bild des Kampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus; durch das Kollektiveigentum soll die Armut zum Verschwinden gebracht, soll der Üppigkeit und dem Übermut des Reichtums ein Ende bereitet werden. Die Arbeiter, die Proletarier, treten als Arme »zum letzten Gefecht« gegen die Kapitalisten, die Reichen, an. In solchem Sinne hatte Bertolt Brecht sich selbst als Bolschewist verstanden. Indem sich die revolutionäre Bewegung des Sozialismus so ausdeutet, glaubt

sie die höchsten Werte der Ethik auf ihrer Seite zu haben, sieht sie sich sogar in der glücklichen Lage, sich auf die Grundlehren der Evangelien berufen zu dürfen. In Wahrheit aber liegt dieser modernen Tendenz zur kollektiven Ordnung etwas viel Wirksames und Unwiderstehlicheres zugrunde. Die Entwicklung der Technik treibt zur Ballung der Massen, zur Auslöschung der Individualität; die ungeheure technische Apparatur ordnet die Menschen umfassenden Anordnungen, Anweisungen, Befehlen und Gesetzen ein, die Maschinerie läßt der Individualität keinen Spielraum; der Mensch beherrscht nicht die Maschine, sondern er bedient sie, und indem er sie bedient, unterwirft sie ihn sich und ihrer Regel. Innerhalb der modernen Industriewirtschaft wird der Mensch zum Rädchen, das einer durchgreifenden und unwiderstehlichen Planmäßigkeit unterliegt.

In dem Grade nun, in welchem der Arbeiter solcher Planmäßigkeit unterworfen wird, entsteht eine dünne Schicht, welche die Pläne aufstellt, die Apparatur, die Maschinerie beherrscht. Im Rahmen der alten kapitalistischen Welt sind diese Herren des Planes und der Apparatur mit Allmacht ausgestattete Privatpersonen. Der revolutionäre Sinn der sozialistischen Bewegung besteht nun darin, an die Stelle dieser Herren, dieser Monopolisten und Konzernkönige Funktionäre, Berufsrevolutionäre zu setzen, die aus der Arbeiterschaft emporgestiegen sind und sich auf den Willen dieser Arbeiterschaft berufen können.

Die Funktionäre ringen darum, den ganzen Industrieapparat in ihre Hand zu bringen. Die Macht, deren sie dazu bedürfen, soll ihnen der Rückhalt bei der Arbeiterschaft, bei den proletarischen Massen verschaffen. Sie wollen als Sprachrohre, als Treuhänder dieser proletarischen Massen erscheinen; durch deren Zustimmung wollen sie sich legitimieren.

Dabei stoßen sie freilich auf eine große Schwierigkeit. Auch breite Arbeiterschichten innerhalb der Staaten mit kapitalistisch-bürgerlicher Ordnung stehen in deren Bann, denken und fühlen bürgerlich. Die These der Funktionäre ist, diese bürgerlich-kapitalistisch denkenden und fühlenden Arbeiterschichten seien noch nicht zum »Klassenbewußtsein« erwacht. Ihre Aufgabe sehen sie darin, jene Arbeiterschichten zum Klassenbewußtsein zu erwecken. Ihr Anliegen muß es sein, sich des Industrieapparates und der politischen Führerstellung zu bemächtigen. Ist dies geschehen, haben sie nach zwei Fronten hin zu kämpfen. Mit aller Hast müssen sie den Versuch unternehmen, die Erweckung zum Klassenbewußtsein zu

forcieren, die noch »rückständigen Arbeitermassen« aufzuklären und sie zu überzeugen, daß ihr wahres Wohl in der Obhut der Funktionäre liege. In dem Maße, in welchem die Aufklärungsarbeit Fortschritte macht, verstärkt sich die »Massenbasis« der Funktionäre. Mit der Verstärkung der Massenbasis steigt das Selbstgefühl und die Selbstsicherheit der Funktionärsschicht.

Die zweite und viel wichtigere feindliche Front ist für die Funktionäre die Front der Verteidiger der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung. Hier ist die entscheidende Schlacht zu schlagen. Hier wird nicht mit Deklamationen, mit der Verkündung ethischer Prinzipien und Forderungen gefochten; hier geht es auf Gedeih und Verderb, hier ist die Frage von Sein und Nichtsein aufgeworfen. Der Machtkampf, der hier ausgetragen wird, darf keine Schwäche zeigen, ist rücksichtslos zu führen und kann nur mit Sieg oder Niederlage enden. In diesem Machtkampf werden die Formen und Methoden ausgebildet, die den Bolschewismus kennzeichnen. Sie sind hart, grausam, unerbittlich; jedes Mittel ist hier recht und wird gutgeheißen. Das Ziel ist, den gesamten Produktionsapparat, die ganze Produktionsmaschinerie für die Funktionärsschicht zu erobern.

Die harten Kampfmethoden richten sich dann freilich im Ablauf der Auseinandersetzungen auch gegen jene Arbeiterkreise, die noch im Banne der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung stehen und handeln, die sich gegen das Welt- und Ordnungsbild der Funktionäre in ihrer »Rückständigkeit« zur Wehr setzen. Auch sie werden mit furchtbarer Faust »zur Räson gebracht«. Die harten unerbittlichen Kampfformen und Kampfmethoden sind allerdings kein Selbstzweck. Es wird verheißen, sie zu lindern, sobald der »Sieg errungen« ist. Die beherrschende Fiktion bleibt lebendig, daß die Funktionärsschicht nur in Vollmacht der gesamten Arbeiterschaft handelt, daß sie nur als Organ des Proletariats fungiert. Jedenfalls aber steht hier die Geburt einer neuen Sozialordnung in Frage; die Schmerzen, die sie bereitet, gelten als die Geburtswehen einer neuen Gesellschaft. Ihre Rechtfertigung empfangen die Schmerzen eben daraus, daß sie sich als solche ausweisen können.

Ganz anders indes steht es um das Gewaltregime des Faschismus. Dieses Regime zielt nicht auf die Geburt einer neuen Sozialordnung. Es ist eine Verteidigungsveranstaltung der alten bürgerlich-kapitalistischen Ordnung. Die alte bürgerliche Welt kämpft mit dem Mute der Verzweiflung um ihren Bestand und scheut

keine Mittel, ihn zu behaupten. Die Methoden des Bolschewismus werden nachgemacht und übernommen, um dem Angriff der neuen kollektiven Gesellschaftsordnung gewachsen zu sein. Die Monopolisten und Konzernkönige können nicht ins Feld führen, von den »proletarischen Massen« bevollmächtigt zu sein, die Produktionsmaschinerie zu dirigieren. Durch Finten und Täuschungsmanöver müssen sie glaubhaft zu machen versuchen, daß auch die proletarischen Massen unter ihrer Leitung auf ihre Rechnung kämen. Die Erweckung eines »falschen Bewußtseins« bei den proletarischen Massen ist eine der dringlichsten Maßnahmen in diesem Verteidigungskrieg, den die bürgerlich-kapitalistische Ordnung führt. Dies erzeugt jene heuchlerische und verlogene Atmosphäre, innerhalb deren sich der faschistische Kampf abspielt.

Mehr als je und mehr als anderswo gilt hier die Wahrheit: Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. Da die kollektive Gesellschaftsordnung im Zuge der Technisierung des Produktionsapparates liegt, hat sie die Umstände und die sachlichen Bedürfnisse für sich; sie darf für sich in Anspruch nehmen, der »Fortschritt« zu sein. Die faschistische Verteidigung indes wendet sich gegen den »Zug der Zeit«, sie verfißt die Sache des Rückschritts. Nun liegt es in der menschlichen Natur, die Sache des »Fortschritts« immer mit moralischem Pathos auszustatten, die Sache des Rückschritts hingegen mit schlechtem Gewissen zu belasten. Aus diesem Grunde ist der Bolschewismus in den Stand gesetzt, vor der »Weltgeschichte« und der »Menschheit« ein gutes Gewissen zur Schau tragen zu können.

Der Faschismus entstand als Notverfassung der bürgerlichen Gesellschaft. Da eine Wendung dieser Not bisher nicht eingetreten ist und wohl nie mehr eintreten kann, kommt die bürgerliche Gesellschaft nie mehr aus dem faschistischen Zustand heraus. Seit dem Jahre 1945 ist eine Periode des verschleierte[n], des demokratisch getarnten Faschismus eingetreten; unter Führung der Vereinigten Staaten von Nordamerika zeigen sich aber seitdem sämtliche bürgerliche Staaten von dem Prozeß der Faschisierung ergriffen.

Da die bürgerliche Gesellschaft mit der Losung der Freiheit ins Dasein getreten war, die sich mit dem faschistischen Zustand sachlich nicht vereinbaren läßt, liegt über der bürgerlichen Gesellschaft seitdem eine Atmosphäre der Heuchelei und der Verlogenheit. Der liberale Schein soll noch aufrechterhalten werden, und nie hat die bürgerliche Gesellschaft krampfhafter und häufiger von Frei-

heit gesprochen als seit dem Zeitpunkt, da sie vom Krebs des Faschismus ergriffen worden ist.

Dies unterscheidet den Faschismus vom Bolschewismus, daß dem letzteren erspart bleibt, sich in ein heuchlerisches Licht setzen zu müssen. Am Beginn der sozialistischen Bewegung steht die Idee der »Diktatur des Proletariats«. Schlank- und rundweg wird hier der liberalen Idee abgesagt; als Ziel wird proklamiert: eine echte strenge Diktatur. Man weiß also von vornherein, worauf es abgesehen ist und wohin die Dinge treiben werden. Der Sozialdemokratie ist angesichts dieses Sachverhalts stets unbehaglich gewesen, und sie versucht immer wieder, die Idee der »Diktatur des Proletariats« zu verharmlosen. Schließlich hat sie diese Idee in aller Offenheit verworfen, ist also von Karl Marx völlig abgerückt. Die russischen Bolschewisten haben sich weiterhin an Marx gehalten. So liegen die Dinge für sie völlig klar, und niemand kann ihnen vorwerfen, daß sie der Lehre des Meisters, zu welchem sie sich seit Jahren bekannt haben, untreu geworden sind.

Otto John

Am Abend des 20. Juli 1954 erzählte mir Graf Hardenberg, der Verwalter des Hohenzollernschen Hausvermögens, von den Feiern, die tagsüber zu Ehren der Hinterbliebenen und Angehörigen der »Opfer des Faschismus« vom 20. Juli 1944 veranstaltet worden waren. Er bemerkte, auch der Prinz Louis Ferdinand sei in diesem Kreise erschienen. Dann fragte er mich, ob es mir angenehm wäre, mit dem Prinzen bekannt zu werden. Er wolle, meinte er, den Prinzen dazu bestimmen, mir einen Besuch abzustatten.

Ich unterbrach das Gespräch, um durch den Rundfunk die neuesten Nachrichten zu empfangen. Gleich die erste Nachricht war eine Sensation. Sie verkündete, der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Otto John, sei in die Deutsche Demokratische Republik übergelaufen.

Noch einige Stunden zuvor war Graf Hardenberg mit John im Kreise der Opfer des 20. Juli zusammen gewesen. Kein Anzeichen habe darauf hingedeutet, mit welcher Absicht John umgegangen sei. Da auch John zu den Bekannten des Prinzen gehöre, müsse man nun freilich von dem Plan Abstand nehmen, den Prinzen mit mir zusammenzubringen; man dürfe den Prinzen keiner Mißdeutung aussetzen. Ich teilte diese Meinung.

Mehrere Monate später, am 9. Mai 1955, wurde ich auf der Schiller-Feier in Weimar persönlich mit Otto John bekannt. Es war am Abend des gleichen Tages, an welchem Thomas Mann seine bewunderungswürdige Gedächtnisrede auf Friedrich Schiller gehalten hatte. John machte einen gelösten Eindruck; er schien sich in seiner Umgebung durchaus wohl zu fühlen. Wir vereinbarten eine Begegnung in Berlin.

Zwischen John und mir kam es in der Folgezeit in wöchentlichen Abständen zu regelmäßigen Zusammenkünften. Sie fanden im Presseklub am Bahnhof Friedrichstraße statt.

Nach meiner Beobachtung wußten die Machthaber der Deutschen Demokratischen Republik nicht recht zu schätzen, welcher Vogel ihnen da ins Garn gegangen war. Wohl ließen sie es nicht an Veranstaltungen fehlen, in denen John die Bundesrepublik angriff und Anklagen gegen die Wiederbelebung des Faschismus im deutschen Westen öffentlich erhob. Indes ließen sie außer acht, daß der Ehrgeiz Johns sich nicht damit zufriedengab, dann und wann als Propagandist verwendet zu werden. Ihm genügte auch nicht, in öffentlichen Versammlungen und in Betriebskonferenzen seine Beschwerden gegen die Bundesrepublik vorzubringen. Er fand sich auch nur kümmerlich beschäftigt, als eine Zeitungskorrespondenz gegründet worden war, die wöchentlich einmal erschien und von ihm geleitet und verantwortet wurde. Wenig nur wurde er beansprucht; besondere Leistungen erwartete man von ihm nicht. Für seine Untätigkeit hatte er ein großes Einkommen. Niemals habe er, so sagte er mir einmal, so viel Geld gehabt wie in jenen Tagen. So war er in der Regel um die Mittagsstunde aller Verpflichtungen ledig und begab sich in den Presseklub, um seine übrige Zeit schlecht und recht zu verbringen. Immer traf er dort Gesellschaft an, Ost- und Westdeutsche, auch ausländische Journalisten erschienen, um ihn auszufragen, seine Ansichten zu hören und über seine Pläne mit ihm zu sprechen.

Ich fand mich in meinen persönlichen Beziehungen zu John bald enttäuscht. Er war ein stark gefühlsbetonter Mensch, ein verschwommener Kopf mit unpräzisen Ansichten und romantisch-schwärmerischen Vorstellungen. Sein Wirklichkeitssinn war schwach entwickelt; seine Überzeugungen und Urteile waren entscheidend durch sein Wunschdenken bestimmt. Ich wunderte mich, daß sich John so lange im Amte des Verfassungsschutzpräsidenten halten können. Er war dorthin durch den Einfluß seiner politischen Freunde und vor allen Dingen der Engländer gelangt, die

ihm nicht die Dienste vergaßen, die er gegen Ende des Krieges der englischen Politik geleistet hatte. Nach dem 20. Juli 1944 war es ihm gelungen, seiner Verhaftung zu entgehen, indem er in einem Flugzeug der Lufthansa, deren Direktor er war, nach Spanien floh. Von Spanien aus war er nach England gelangt und dort in nahe Beziehungen zu Sefton Delmer getreten. Wheeler-Bennet hatte einen Teil des Materials, das er in seinem Buch »Die Nemesis der Macht« verarbeitete, von John bekommen. Der Bundeskanzler Adenauer schätzte John nicht und sann offensichtlich darauf, diesen loszuwerden. John fühlte die unfreundliche Gesinnung, die der Bundeskanzler ihm gegenüber hegte, und man geht wohl nicht fehl in der Vermutung, John sei zu seinem Übertritt in die Deutsche Demokratische Republik neben anderen Gründen durch die Besorgnis veranlaßt worden, von Adenauer eines Tages in die Wüste geschickt zu werden.

John war in einem schönen Landhaus in der Nähe von Zeuthen untergebracht. Ein Wagen war ihm zur Verfügung gestellt worden, und zu seinem Schutze begleiteten ihn immer zwei Mann. Wenn er im Presseklub saß, warteten diese zwei Begleiter auf dem Autoparkplatz auf seine Rückkehr. Man kann also nicht sagen, er sei auf Schritt und Tritt beobachtet worden; bei seinen Zusammenkünften mit Journalisten und anderen Persönlichkeiten war er völlig ungestört.

Einmal besuchte ich ihn in seinem Heim. Ich glaube mich kaum getäuscht zu haben, daß in unserem Gespräch sich eine gewisse Vertraulichkeit einstellte. Er erzählte die Geschichte seines Übertritts. Schon lange, so sagte er, habe er Anstoß an dem Einfluß genommen, den ehemalige Nationalsozialisten in Ämtern der Bundesrepublik zurückgewonnen hätten. Überall, wohin man greife, stieße man auf ehemalige Parteigenossen. Sogar in die Veranstaltungen der Opfer des Faschismus hätten sie sich eingeschlichen. Bei der Feier des 20. Juli 1954 sei ihm – auch dort hätten sich ehemalige Nationalsozialisten breitgemacht – »der Kragen geplatzt«. Impulsiv habe er sich entschlossen, in die Deutsche Demokratische Republik zu gehen.

Mit keinem Worte behauptete er, er sei gewaltsam entführt und unter Druck in der Deutschen Demokratischen Republik zurückgehalten worden. Seinen Übergang in die Deutsche Demokratische Republik ließ er als eine Tat seines freien Entschlusses erscheinen.

Ich gab ihm bald zu verstehen, welche kritischen Bedenken gegen

die Deutsche Demokratische Republik in mir lebendig waren. Auf seine Bitte hin hatte ich ihm mein Buch »Europäische Bilanz« gegeben. Er las es mit Eifer und betonte wiederholt, wie sehr er sich in seinen Auffassungen mit denjenigen meines Buches verwandt fühle. Girnus, dessen Presseangriff auf die »Europäische Bilanz« die Verbreitung des Buches in der Deutschen Demokratischen Republik unterbunden hatte, war ebenjener Funktionär, der Otto John zu betreuen hatte.

Er habe, mit dieser Mitteilung überraschte mich John eines Tages, meine »Europäische Bilanz« einem Herrn der Sowjetbotschaft zur Lektüre geliehen. Er halte es für wichtig, daß die Russen mit Anschauungen solcher Art bekannt gemacht würden. Mir war interessant, dieser Bemerkung Johns entnehmen zu können, daß er auch Beziehungen zur Sowjetbotschaft pflegte.

Mir tat Otto John leid; die Stellung, die er einnahm, fand ich seiner unwürdig. Er hatte Staatsrecht studiert. Ich regte ihn an, sich darum zu bemühen, einen Lehrauftrag für Staatsrecht an der Humboldt-Universität zu bekommen. In der Tat unternahm er Schritte, dieses Ziel zu erreichen.

Des öfteren war bei meinen Begegnungen mit John im Presseklub ein dänischer Journalist Bonde-Hendriksen anwesend. Das Verhältnis zwischen John und Bonde-Hendriksen schien recht eng zu sein und auf die Zeit um 1944 zurückzugehen. Bonde-Hendriksen bekannte sich als Monarchist, insbesondere als Anhänger der Hohenzollern. In der Tat wurde Bonde-Hendriksen später vom Prinzen Louis Ferdinand mit dem Kreuz des Hohenzollernschen Hausordens ausgezeichnet.

In diesem Kreis wurde mehrmals die Frage erörtert, welches Schicksal John wohl zu erwarten hätte, wenn er nach Westdeutschland zurückkehrte. Es gab Juristen, die der Auffassung waren, John würde nichts geschehen. Ein Hoch- und Landesverratsverfahren sei gegen ihn nicht eingeleitet, ein Steckbrief gegen ihn nicht erlassen. Ich selbst teilte diese optimistische Meinung nicht, sondern äußerte meine Zweifel, ob John im Falle einer Rückkehr so leichten Kaufs davonkommen werde. Sein Schritt habe in der ganzen Welt größtes Aufsehen erregt; es liege in ihm für Bonn etwas höchst Blamables. Ich würde mich sehr irren, wenn man sich dort die Gelegenheit entgehen ließe, sich an ihm zu rächen.

Mit keiner Silbe deutete John mir gegenüber an, daß er mit Bonde-Hendriksen schon den Plan beredet habe, die Deutsche Demokratische Republik wieder zu verlassen. Wollte er dieses tun,

so war ihm durch keine ernstliche Schwierigkeit der Weg verlegt. Es kostete ihn wenig Mühe, vom Presseklub unbegleitet den Bahnhof Friedrichstraße zu erreichen, den Zug zu besteigen und nach West-Berlin zu fahren. Benutzte er einen Wagen, so brauchte er die oberflächliche Kontrolle am Brandenburger Tor nicht zu fürchten. Wenn Bonde-Hendriksen später die Fahrt Johns nach dem Westen als ein Abenteuer darstellte, so war dies unbillig übertrieben. Jedenfalls tauchte John plötzlich, von Bonde-Hendriksen behütet, in West-Berlin auf und flog von dort nach Bonn zurück.

Es kam so, wie ich gemutmaßt hatte: John wurde vor den Bundesgerichtshof gestellt. Dort verfocht er mit törichtem Eigensinn die These, gewaltsam nach dem Osten entführt worden zu sein, jene These, an der er auch später in dem Prozeß gegen seinen früheren Freund Dr. Wolfgang Wohlgemuth immer noch festhielt. Seine ganze Verteidigung war ungeschickt und stand auf schwachen Füßen. Die große Chance, die John hatte, vor dem Bundesgerichtshof als beredter und leidenschaftlicher Ankläger gegen die Renazifizierung der Bundesrepublik aufzutreten, ließ er bedauerlicherweise ungenutzt.

John wurde zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, nach zwei Jahren aber durch den Bundespräsidenten Heuss begnadigt. Er machte verzweifelte Anstrengungen, ein Wiederaufnahmeverfahren seines Falles durchzusetzen und für seine These, er sei gegen seinen Willen nach Ost-Berlin verschleppt worden, Glauben zu finden.

Wiedergutmachung

Die Opfer des Nationalsozialismus aller politischen Richtungen hatten sich noch im Sommer 1945 organisiert. Im Laufe der Jahre freilich spaltete sich diese Organisation auf; ein Teil der Sozialdemokraten und Bürgerlichen ging seinen eigenen Weg und glaubte, die Gemeinschaft mit den Kommunisten nicht mehr aufrechterhalten zu können. Zweck der Organisationen war vor allen Dingen, eine Wiedergutmachung in Gang zu bringen. Viele der Opfer waren völlig verarmt oder gesundheitlich schwer geschädigt. Lange Jahre hindurch waren sie in Konzentrationslagern, Gefängnissen und Zuchthäusern ihrer Freiheit beraubt und fürchterlichen Mißhandlungen durch die Geheime Staatspolizei und die SS ausgesetzt gewesen. So war es verständlich, daß sie nach Wiedergutmachung

drängten. Ihre Existenz war vielfach vollkommen zerrüttet; sie wollten wieder sicheren Boden unter die Füße bekommen. Die Behörden erkannten grundsätzlich die Wiedergutmachungspflicht an. Dem föderativen Charakter Deutschlands in den ersten Jahren nach dem Kriege entsprechend wurden mannigfaltige Gesetze erlassen. Innerhalb der britischen Zone war das Verfahren anders geregelt als innerhalb der amerikanischen und französischen; in der sowjetischen Besatzungszone wurde von einer eigentlichen Wiedergutmachung ganz abgesehen. Hier wurden zwar Renten bewilligt, ausgesprochene Entschädigungszahlungen jedoch nicht gewährt.

Nach der Gründung der Bundesrepublik wurden zwischen den Ländern der bisherigen Trizone Verhandlungen geführt, um innerhalb ihres Rahmens eine einheitliche Regelung des Wiedergutmachungsverfahrens zu erreichen. Es kam zu dem Bundesentschädigungsgesetz vom 20. März 1950. Dieses setzte fest, wer als Verfolgter des Nationalsozialismus anerkannt werden sollte; neben die politisch Verfolgten traten die Verfolgten aus religiösen oder rassistischen Gründen. Die Entschädigungsämter hatten die eingereichten Anträge zu prüfen. Die Prüfung geschah aufgrund von ausgefüllten Fragebogen, die vorzulegen waren. Bei Ablehnung eines Antrages konnte man sich ursprünglich beschwerdeführend an eine Gütebehörde wenden. Wurde man dort auch abgewiesen, stand der Weg zum Landgericht, dann zum Oberlandesgericht – in Berlin zum Kammergericht – und schließlich in besonderen Fällen zum Bundesgerichtshof offen. Bei allen diesen Gerichten waren besondere Kammern zur Behandlung der Entschädigungsfälle eingerichtet.

Die Entschädigungsämter standen unter dem Einfluß der Finanzministerien. Die Finanzämter hatten die Tendenz, so wenig Geld wie möglich für die Verfolgten auszuwerfen. Ihrem Druck nachgebend, entwickelten die Entschädigungsämter schikanöse Praktiken. Die Antragsteller hatten nicht nur Dokumente aller Art beizubringen – was im Hinblick auf die Beschlagnahmen der Gestapo und die Zerstörungen des Krieges oft kaum möglich war – und hatten nicht nur Beweise bis in die kleinste Einzelheit zu führen, sondern wurden nicht selten in die Situation von lästigen Bittstellern oder gar Angeklagten gedrängt.

Im Entschädigungsgesetz gab es einen Artikel, den Artikel 2, Absatz 1, Ziffer 4, der Handhabe bot, viele der Geschädigten abzuweisen. Von der Entschädigung ausgeschlossen sollte sein, wer

die freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpft und wer einer »Gewaltherrschaft Vorschub geleistet« habe. Hierdurch sollten nicht etwa ehemalige Nationalsozialisten getroffen werden; sie wurden durch einen besonderen Absatz des gleichen Artikels ausgeschlossen. Hier war an Kommunisten oder an Personen gedacht, die den Kommunisten nahestanden. Der Kommunistischen Partei oder einer den Kommunisten nahestehenden Organisation anzugehören wurde als Vorschub leisten einer Gewaltherrschaft ausgedeutet. Praktisch hieß das, daß kommunistische Gesinnung bestraft wurde. Diese Handhabung des Gesetzes verstieß unbestreitbar gegen Bestimmungen des Grundgesetzes. Doch störte dies die Richter wenig; die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes war ihrer Kompetenz entzogen. Der politische Gegner der herrschenden Macht durfte in der Bundesrepublik nicht darauf rechnen, den Schutz der Verfassung zu genießen. Als Kriterium für »einer Gewaltherrschaft Vorschub leisten« galt allein die kommunistische Gesinnung. So begann die Bundesrepublik damit, die politische Gesinnung Andersdenkender zu verfolgen. Die Art und Weise, in der dies geschah, nahm im Laufe der Zeit bürgerkriegsmäßige Züge an. Es gab doppeltes Recht. Von Rosa Luxemburg stammt das Wort »Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden«. In diesem Sinne bestand in der Bundesrepublik keine Freiheit. Mit einer Gehässigkeit sondergleichen spürte das Entschädigungsamt in Berlin Andersgesinnte und Andersdenkende auf, um sie ihres Rechtes auf Wiedergutmachung zu berauben. Es legte dem gesetzlichen Fragebogen noch einen Ergänzungsfragebogen bei, in dem der Antragsteller anzugeben hatte, welchen Organisationen er nach 1952 angehört habe. Bekannte er sich zur Kommunistischen Partei oder einer ihrer sogenannten »Tarnorganisationen«, so wurde er ohne viel Federlesens von der Entschädigung ausgeschlossen. Das Bekenntnis zu solcher Organisationszugehörigkeit hatte zur Folge, daß man in eine Kategorie eingereiht wurde, die einen hors la loi, außerhalb des Gesetzes, stellte. Die Jagd auf die Gesinnung erinnerte an den Geist und die Verhältnisse des Dritten Reiches.

Bei der Verschleppung der Wiedergutmachung spielte die Zahlungsunlust der staatlichen Behörden gewiß eine große Rolle. Zuweilen konnte man geradezu behaupten, das Verfahren selbst mit seinen Formalitäten, Prozeduren, Einwendungen sei nur ein Weg gewesen, dem Staat Vorwände zu liefern, um sich seine Entschädigungspflicht vom Halse schaffen zu können. Viele der

Beamten, die im Zuge des Verfahrens in Anspruch genommen werden mußten, waren ehemalige Nationalsozialisten oder hatten doch mit dem Nationalsozialismus sympathisiert. Nur mit innerer Unlust arbeiteten sie daran mit, den Opfern des Nationalsozialismus Genugtuung zu verschaffen. In Kommunisten gar sahen sie auch gegenwärtig noch Feinde; der Antikommunistenkomplex, der ihnen von Hitler eingepflichtet worden war, lebte in ihnen fort. Am 2. November 1951 stellte ich beim Entschädigungsamt Berlin den Antrag auf Wiedergutmachung. Am 3. Februar 1953 wurde mein Antrag auf Entschädigung abgelehnt. Die Begründung lautete:

»Gemäß § 2 Abs. 1 Ziff. 4 EntschGes. sind von der Entschädigung Personen ausgeschlossen, die als Anhänger eines totalitären Systems die demokratische Staatsform bekämpfen. Ausweislich des von dem Antragsteller ausgefüllten Zusatzfragebogens ist er Mitglied

der Sozialistischen Einheitspartei
des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung
Deutschlands
des Volkskongresses
des Volksrates
der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft
der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
und der Nationalen Front.

Unzweifelhaft muß der Antragsteller heute als ein bedeutender Verfechter und Lehrer der östlichen Ideologie angesehen werden. Er übt im Rahmen seiner Mitgliedschaften leitende Funktionen im sowjetzonalen Regime aus, so daß die Voraussetzungen des § 2 Abs. 1 Ziff. 4 EntschGes. auf ihn zutreffen. Der Antrag war daher abzulehnen.«

Gegen die Ablehnung konnte bei der Gütebehörde Einspruch eingelegt werden. Ich setzte mich mit dem mir bekannten Nürnberger Rechtsanwalt Dr. Bergold ins Benehmen. Dieser spielte eine führende Rolle in einem Verband, der sich zum Ziel gesetzt hatte, die Bürgerrechte zu wahren. Dr. Bergold arbeitete eine Schrift zur Begründung meines Einspruchs aus. In diesem Einspruch bestritt ich die Behauptung, daß ich Anhänger eines totalitären Systems sei und daß ich die Demokratie bekämpft habe oder bekämpfe. Ich bot den Beweis dafür an, daß die Behauptung des Entschädigungsamtes sachlich unrichtig sei. Keine Handlung hätte ich begangen, aus der geschlossen werden dürfe, daß ich die Demokratie bekämpft

hätte. Meine Organisationszugehörigkeit erlaube äußerstenfalls einen Schluß auf meine Gesinnung. Ein Schluß aber auf eine entsprechende Gesinnung könne nicht meine Entrechtung begründen; die Verfassung setze ausdrücklich fest, daß niemand wegen seiner politischen Anschauungen benachteiligt werden dürfe. Die Behauptung, ich müsse heute als ein bedeutender Verfechter und Lehrer der östlichen Ideologie angesehen werden, treffe nicht zu.

Nachdem ich die ganze Unbill, die mir vom Dritten Reich zugefügt worden war, dargestellt hatte, erklärte ich: »Zugleich aber stelle ich fest, daß mir jetzt durch den abweisenden Beschluß des Entschädigungsamtes Berlin allein wegen meiner Anschauungen (nicht wegen geschehener Handlungen) ähnlich unduldsam Unbill, Unrecht und – in Rücksicht auf die Ignorierung meiner schweren Gesundheitsstörungen – neue Unmenschlichkeit widerfahren soll.«

Am 23. April 1953 fand die Verhandlung vor der Gütebehörde statt; ein Landgerichtsrat Jonen führte den Vorsitz. Er war ein bemerkenswert wohlwollender Mann. Der Vertreter des Senats erwies sich als engstirniger, fanatischer Kopf, der unter dem heimlichen Einfluß eines Komplexes gegen die Deutsche Demokratische Republik und die Opfer des Nationalsozialismus stand. Mit meinem Vertreter Dr. Bergold hatte ich vereinbart, daß er zur Verhandlung nicht zu erscheinen brauche, sondern daß ich meine Sache selbst führen werde.

Die Verhandlung begann damit, daß der Vorsitzende eine knappe Zusammenfassung des Inhalts gab, den das Schreiben des Rechtsanwalts Dr. Bergold enthielt. Diese Zusammenfassung primitivierte die Darlegungen des Schriftsatzes.

Der Vorsitzende betonte, daß ich nach den Entscheidungen des Kammergerichts kaum Aussicht auf Erfolg hätte.

Die Gütebehörde könne sich nicht über die Beschlüsse des Kammergerichts hinwegsetzen. Wenn ich den juristischen Kampf um mein Recht aufnähme, würde ich sicher keinen finanziellen Erfolg haben, vielleicht aber, so fügte er merkwürdigerweise hinzu, einen moralischen. Er sähe durchaus ein, daß mein Fall besonders liege, aber von der allgemeinen Linie könne er trotzdem nicht abweichen. Die Verhandlung müßte demgemäß als gescheitert betrachtet werden.

Am 15. Mai 1953 legte Rechtsanwalt Dr. Bergold beim Landgericht Berlin Beschwerde gegen die Entscheidung des Entschädi-

gungsamtes ein. Der Kampf vor den Gerichten begann. Dabei ging es im Kern immer nur um eine einzige Frage: War meine Mitgliedschaft bei der SED, war meine Zugehörigkeit zur Volkskammer ein durchschlagender Beweis dafür, daß ich Anhänger eines totalitären Systems sei, daß ich die demokratische Grundordnung bekämpfte, daß ich einem Gewaltregime Vorschub geleistet hätte? Alle Gerichtsinstanzen bejahten diese Frage. Dabei setzten sie sich nicht mit der Frage auseinander, ob eine solche Entscheidung nicht gegen die Verfassung verstoße, die es verbot, die Staatsbürger aus Gründen ihrer politischen Gesinnung zu benachteiligen. Die Richter bogen die Bestimmungen des Artikels 3 der Verfassung so zu recht, daß sie sich mit meinem Ausschluß von der Wiedergutmachung vereinbaren ließen. Einer ernsthaften Erörterung der Verfassungsfrage wurde ausgewichen.

In der Begründung seines Einspruchs ging der Rechtsanwalt von dem Vorwurf des Entschädigungsamtes aus, daß ich »ein bedeutender Verfechter und Lehrer der östlichen Ideologie« gewesen sei. »Es bedarf keines Wortes«, sagte Dr. Bergold, »daß eine solche nicht begründete, nur dekretierende Behauptung den ernstesten Verstoß gegen die Gerechtigkeitspflicht darstellt, der gemacht werden kann, ja der geradezu in seiner Art und Weise als Kennzeichen autoritären Staats- und Rechtsdenkens angesehen werden muß.«

Bergold führte zahlreiche Dokumente an, aus denen die Unabhängigkeit meiner politischen Stellung und meines politischen Weges hervorging. Auch jene Aufzeichnungen zitierte er, in denen ich Rechenschaft über meine politische Entscheidung nach 1945 abgelegt hatte.

Dann prüfte Dr. Bergold die Frage, welche Kampfhandlungen gegen die Demokratie mir vorgeworfen werden könnten. Er kam zu dem Ergebnis, daß ich schlechthin keiner solchen Kampfhandlung beschuldigt werden könne.

Bergold fragte: »Soll wirklich in Deutschland nur der recht bekommen, der mit der jeweiligen (und doch wechselnden) Meinung der jeweils herrschenden Parteien konform geht? Soll Recht dem Konformismus gleichgestellt werden? Dann hätte die totalitäre Weltgesinnung auch im Westen gesiegt.«

Eingehend setzte sich dann Bergold mit der Verfassungsfrage auseinander und bekannte sich zu der Auffassung, daß der Ausschließungsparagraph des Entschädigungsgesetzes verfassungswidrig sei.

Am 15. September 1953 fand der Termin vor dem Landgericht statt. Ich war mit Rechtsanwalt Dr. Bergold erschienen.

Die Verhandlung vor dem Landgericht war eine reine Farce. Der Gerichtsvorsitzende stellte von vornherein fest, daß er sich an die Entscheidung des Kammergerichts gebunden fühle, aufgrund deren die bloße Zugehörigkeit zur SED als Beweis für aktive Unterstützung des Totalitarismus und für die Gegnerschaft gegen die Demokratie gelte. Infolgedessen hatte es nicht viel Zweck, die Verfassungswidrigkeit des ablehnenden Bescheides des Entschädigungsamtes zu beweisen oder darzutun, daß die Interpretation des Artikels 2 des Entschädigungsgesetzes durch das Kammergericht falsch und dem Sinne des Grundgesetzes widersprechend sei. Eigentlich erübrigte sich die weitere Verhandlung, nachdem ich bestätigt hatte, allen vom Westen als kommunistisch bezeichneten Organisationen anzugehören.

Der Verteidiger machte, der Sachlage entsprechend, keinen Versuch, die Verfassungswidrigkeit des Artikels 2 zu beweisen oder die mißbräuchliche Interpretation dieses Artikels 2 zu begründen. Vor dieser Instanz hatte in der Tat jede juristische Erörterung und Argumentation keinen Sinn.

Das Landgericht wies meine Beschwerde zurück. Es räumte ein, daß ich im Kampf gegen das Dritte Reich schwere Schädigungen erfahren habe, erklärte dann aber: »Trotzdem ist dem Antragsteller eine Wiedergutmachung zu versagen, weil er nach § 2 Abs. 1, Ziff. 4, Berl.EG von einer Entschädigung ausgeschlossen ist. Der Antragsteller hat nicht den Nachweis führen können, daß er trotz seiner Mitgliedschaft zu einer Reihe von politischen Organisationen, die die Errichtung eines totalitären Systems zum Ziele haben, nicht als deren Anhänger die demokratische Staatsform bekämpft.«

Gleichzeitig behauptete die Begründung des Urteils, daß durch die Entscheidung des Landgerichts der Gleichheitsgrundsatz der Verfassung nicht verletzt sei.

Mein Verteidiger Dr. Bergold war ein ungewöhnlicher Mensch. Er erzählte mir, daß er nie habe Jurist werden wollen, daß er aber durch eine List seines Vaters, eines erfolgreichen Rechtsanwalts, in die Juristerei hineingebracht worden sei.

Für die Berufung an das Kammergericht hatte ich den Rechtsanwalt gewechselt. Da es sich herausgestellt hatte, daß die Erörterung der Frage, inwieweit das Entschädigungsgesetz verfassungswidrig sei, zum Zentrum des ganzen Verfahrens geworden war, wollte

ich einen Vertreter, der stark in juristischen Deduktionen war. Meine Vertretung übernahm der Rechtsanwalt Dr. Karl. Er bereitete die Berufungsverhandlung sorgfältig vor. Seine Berufungsschrift zeigte Scharfsinn und behandelte das Problem mit großem Sachverstand. Für den 16. Dezember 1953 war der Termin für die Berufung angesetzt.

Gleich unmittelbar nach Eröffnung der Verhandlung hatte ich beim Anblick des Vorsitzenden einen unangenehmen Eindruck. Der Senatspräsident, der ein starkes Redebedürfnis an den Tag legte, schien ganz in alter nationalsozialistischer Mentalität befangen zu sein; einer der beiden Beisitzer zeigte den gleichen Typ. Angenehmer war der Berichterstatter, ein Jude.

Die Äußerungen des Vorsitzenden atmeten Voreingenommenheit, ja Haß gegen die Verfechter ihres Rechtes auf Wiedergutmachung; seine Meinungen über den Osten waren die Meinungen des amerikanischen Rundfunks.

Dieser mit anmaßendem, selbstgefälligem Amtsautoritätsbewußtsein vorgetragene politische Spießbürgerstumpfsinn machte es mir schwer, mich zu beherrschen. Es war schrecklich zu sehen, wie das Gefühl für das deutsche Gesamtschicksal erloschen, wie das Verantwortungsbewußtsein für Gesamtdeutschland erstorben war. Es kam hinzu, daß der Vorsitzende keine Ahnung von den politischen Geschehnissen und den politischen Persönlichkeiten der Vergangenheit zu besitzen schien. Lange Zeit hindurch befaßte er sich mit Otto Strasser; man konnte das Ressentiment eines ehemaligen Hitleristen gegen Otto Strasser aus seinen Worten heraushören. Wie verantwortungslos er dabei verfuhr, ging daraus hervor, daß er behauptete, Herr von Kleist-Schmenzin hätte mit Strasser in Verbindung gestanden.

Diese eingehende Befassung mit Strasser diente dem Zweck, zu erforschen, ob ich nach Artikel 2, Absatz 1, Ziffer 1 des Entschädigungsgesetzes, der ehemalige Nationalsozialisten von der Entschädigung ausschloß, überhaupt zu der Gruppe derer gehöre, die entschädigt werden sollen.

Nach den Auseinandersetzungen über diesen Punkt ging der Vorsitzende zu Artikel 2, Absatz 1, Ziffer 4 über. Hier schien er von vornherein zu unterstellen, daß ich aufgrund dieses Punktes aus der Reihe derer, die entschädigt werden, auszuschneiden hätte, da die Demokratie keinem Geld geben könne, der sie »mit Gewalt stürzen« wolle.

Als Berufungsinstanz, äußerte der Vorsitzende, wolle sich das

Kammergericht auf die Behandlung von Rechtsfragen beschränken und Tatfragen nicht mehr erörtern. In Hinsicht auf Rechtsfragen, meinte er, müsse geprüft werden, welcher Umfang dem Begriff des Vorschubleistens beigemessen werde, man könne ihn eng, man könne ihn aber auch sehr weit ausdehnen. Die Zugehörigkeit zu östlichen Organisationen könne unter Umständen schon Vorschubleistung bedeuten. Im übrigen bestehe für die Opfer des Faschismus kein Rechtsanspruch. Es sei ganz Sache des Gesetzgebers zu bestimmen, wem eine Entschädigung zufallen solle und wem nicht. Infolgedessen sei die Verfassungsfrage durch das Entschädigungsgesetz nicht berührt. Der Gleichheitsgrundsatz sei durch die Ausschließung einer Gruppe ehemaliger Opfer des Faschismus nicht verletzt; da ein Anspruch auf Entschädigung nicht bestehe, werde demjenigen, dem die Entschädigung versagt bliebe, nichts genommen.

Mehr als einmal wurde mir gegenüber die Frage aufgeworfen, warum ich nicht aus den Organisationen ausgetreten sei. Mein Verteidiger wies darauf hin, daß dies eine politische Frage sei, die mit dem juristischen Problem nichts zu tun habe. Die fraglichen Organisationen seien nicht verboten, also hätte ich das verfassungsmäßige Recht, ihnen anzugehören. Die Taktik meines Verteidigers lief darauf hinaus, darzutun, daß ich ein Sonderfall sei. Bei einer der wenigen Gelegenheiten, die mir der Vorsitzende einräumte, um selbst zu Wort zu kommen, betonte ich, die politische Konzeption, die mir vorschwebte, veranlasse mich, im Interesse Gesamtdeutschlands in Verbindung mit dem Osten zu verbleiben. Die Richter zeigten sich für einen Gesichtspunkt solcher Art völlig verständnislos.

Als ich dem Gericht versicherte, mir sei in der Deutschen Demokratischen Republik noch niemals eine Vorschrift darüber gemacht worden, was ich in meinen Vorlesungen vorzutragen habe, bemerkte nachher mein Verteidiger im persönlichen Gespräch mit mir, das Gericht werde meine Erklärung vermutlich so auslegen, ich gälte im Osten für so sicher, daß man mir keine Vorschriften zu machen brauche. Die Eröffnung einer solchen möglichen Auslegung meiner Worte erschütterte mich geradezu; ich war offenbar noch immer naiv genug anzunehmen, bei Richtern des Kammergerichts es mit Persönlichkeiten zu tun zu haben, bei denen man sich keiner Infamien zu versehen brauche. Übrigens scheute sich der Vorsitzende nicht anzudeuten, daß ich möglicherweise als ein für den Osten arbeitender Spitzel betrachtet werden könnte.

Der Vertreter des Senats war ein Flüchtling, der früher Generalstaatsanwalt in Magdeburg gewesen war. Er dampfte förmlich aus allen Poren Rachegefühle. Da der Vorsitzende es sichtlich darauf anlegte, die Verhandlung zu vertagen, kam dieser Vertreter des Senats der Stadt Berlin noch nicht ausführlich zu Wort.

Mein Verteidiger schlug sich ausgezeichnet. Er war bestrebt, sich ganz im Rahmen juristischer Argumentation zu bewegen, lehnte die Übergriffe des Vorsitzenden in das politische Gebiet ab, wies den Vorsitzenden mehr als einmal darauf hin, er habe völlig unjuristische Ausführungen gemacht, und bestritt mit Zähigkeit die Verfassungsmäßigkeit der bisherigen Rechtsprechung des Kammergerichts. Dabei blieb er immer ruhig und verbindlich, so daß er trotz seiner sachlichen Gegensätze gegen die Auffassungen des Gerichtsvorsitzenden jeden Konflikt vermied und keine Animosität gegen sich hervorbrachte.

Meine Frau, die der Verhandlung beiwohnte, behauptete, ich hätte anfangs längere Zeit hindurch den Eindruck erweckt, angesichts der Atmosphäre des Gerichts völlig sprachlos gewesen zu sein. In der Tat erinnerte mich dieses Gericht an meine Erlebnisse vor dem Volksgerichtshof. Der Vorsitzende ließ jede Spur von Achtung, die ich aufgrund meiner Vergangenheit beanspruchen zu dürfen glaubte, vermissen.

Der Vorsitzende gab mir auf, einige Schriften und Bücher von mir einzureichen. Er wollte in mehrere Hefte des »Widerstand«, in mein Buch »Das Reich der niederen Dämonen«, in meine Schrift »Hitler – ein deutsches Verhängnis«, auch in das Manuskript etlicher meiner Vorlesungen Einblick nehmen.

Mein Rechtsanwalt hatte meine Freunde Drexel und Fabian von Schlabrendorff als Zeugen dafür angeboten, daß ich kein Befürworter eines Gewaltregimes sei. Der Vorsitzende stellte anheim, diese beiden Persönlichkeiten zu schriftlichen, gutachtlichen Äußerungen zu veranlassen.

Die zweite Verhandlung vor dem Kammergericht war am 17. Februar 1954.

Beim Eintritt in die Verhandlung war zu bemerken, daß in der Stellung des Gerichts mir gegenüber eine kleine Wandlung eingetreten war. Die Bücher und Schriftstücke, die ich vorgelegt hatte, waren vermutlich nicht ohne Eindruck geblieben. Der Senatspräsident Naumann wollte entgegen seiner ursprünglichen Absicht die tatsächlichen Grundlagen des ganzen Verfahrens klären, ein Unternehmen, das eigentlich schon dem Landgericht obgelegen

hätte. Er erörterte mit mir meinen politischen Lebensweg seit 1917. Bei dieser Erörterung war freilich wahrzunehmen, daß er allzu gern Spuren einer antidemokratischen Einstellung aufgestöbert hätte. Auch die Broschüre »Hitler – ein deutsches Verhängnis« bemäkelte er. Von der ganzen Atmosphäre der Weimarer Zeit schien er keine rechte Vorstellung zu haben.

Trotz meiner Verurteilung durch den Volksgerichtshof forschte er, ob ich in der Tat nach 1933 gegen den Nationalsozialismus kritisch eingestellt gewesen sei. Ich mußte ihm auseinandersetzen, wie ich in Rundbriefen, in Geheimbesprechungen, in meinem Briefwechsel gewissermaßen täglich gegen das Hitlerregime angegangen sei. Dann suchte er sich über den Verlauf meines Prozesses vor dem Volksgerichtshof zu unterrichten. Jedenfalls trat in alledem die Absicht zutage, ein Bild meiner vergangenen Tätigkeit zu gewinnen.

Die Zeit nach 1945 berührte er zu meiner Verwunderung nur recht kurz. Er gab mehrmals zu, daß ich wohl eine Sonderstellung einnehme, daß ich nicht ohne weiteres mit der Politik der Deutschen Demokratischen Republik zu identifizieren sei und daß er an meiner Sorge um die Wiedervereinigung Deutschlands nicht zweifele. Diese Klarstellung des Tatbestands nahm drei Stunden in Anspruch.

Danach begab sich der Vorsitzende nochmals auf das rein juristische Gebiet. Er erging sich in langen Betrachtungen über den Artikel 1 des Entschädigungsgesetzes. Der Kreis der Anspruchsberechtigten sei ganz eng gezogen, meinte er. Wer bloß aufgrund seiner Überzeugungen oder seiner Rasse verfolgt worden sei, habe keinen Anspruch. Anspruch habe auch derjenige nicht, der gegen Gesetze verstoßen habe, die in jedem gesitteten Staat üblich seien. Wer also einen Mord begangen habe oder in Mordpläne verwickelt war, sei ausgeschlossen, denn Mord werde in allen Ländern bestraft. Hier machte er die beiläufige, höchst seltsame und aufschlußreiche Bemerkung, daß unter diese Ausschließung eigentlich auch die Männer des 20. Juli 1944 zu fallen hätten. Wer übermäßig bestraft worden sei, weil bei der Festsetzung der Strafhöhe noch ein krimineller Gesichtspunkt mitgespielt habe, scheidet ebenfalls aus. An diesem Punkte wollte der Vorsitzende von mir wissen, wie es zu meiner hohen Bestrafung mit lebenslänglichem Zuchthaus gekommen sei. Offenbar bemühte er sich, hier eine Belastung durch einen Attentatsplan zu entdecken, der Anlaß geboten hätte, mich auszuschalten. Ich erklärte ihm, ich sei als einer der gefähr-

lichsten Zersetzer des Dritten Reiches betrachtet und behandelt worden.

Der Vorsitzende sagte an einer Stelle: »Niemand entscheide mehr, als er müsse.« In diesem Zusammenhang deutete er an, es hätte schwere Konsequenzen, wenn das Kammergericht mir die Entschädigung zubillige. Er wolle, sagte er, wahrscheinlich die Revision an den Bundesgerichtshof zulassen, wo dann die ganze Frage grundsätzlich und für alle weiteren Fälle geklärt und entschieden werden könne. Endgültig würde meine Sache jetzt doch nicht zum Abschluß gelangen, weil der Berliner Senat sich sicher an den Bundesgerichtshof wenden würde, wenn das Kammergericht ein Urteil zu meinen Gunsten spräche. Der Berliner Senatsvertreter bejahte dies. Weder mein Anwalt noch der Vertreter des Berliner Senats wurden aufgefordert, Plädoyers zu halten.

Am 14. Juli 1954 entschied das Kammergericht, ohne zuvor noch eine mündliche Verhandlung angesetzt zu haben, »die Berufung des Klägers gegen den Beschluß des Landgerichts Berlin vom 15. September 1953 wird zurückgewiesen«.

In seiner Begründung sagte das Kammergericht, der Kläger habe aufgrund des Ausschließungsparagraphen keinen Anspruch auf Entschädigung, »weil er nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft einer anderen Gewaltherrschaft, nämlich dem in der sowjetisch besetzten Zone herrschenden SED-Regime, Vorschub geleistet hat und sogar heute noch Vorschub leistet«.

»Wenn der Kläger als Hochschulprofessor, als Publizist und als bekannte politische Persönlichkeit Mitglied in derartigen Organisationen ist, sich aktiv im Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands betätigt und dem Präsidialrat dieser Organisation angehört, so erhält seine Mitgliedschaft ein besonderes Gewicht und fördert in hervorragendem Maße die Ziele dieser Organisationen, die der Stärkung des SED-Regims dienen sollen.« Das Gericht kam zu dem Schluß: »Der Kläger hat also in weitgehendstem Maße an dem Aufbau der in der sowjetisch besetzten Zone bestehenden Gewaltherrschaft mitgewirkt und unterstützt diese Gewaltherrschaft heute noch durch seine Teilnahme an den der Aufrechterhaltung dieses Systems dienenden Einrichtungen.« Mit Ausführlichkeit wurde auch die Unterstellung erörtert, ich hätte die demokratische Grundordnung bekämpft; meine Zugehörigkeit zur Volkskammer wurde als Beweis dafür angesehen. »Der Kläger nimmt als Abgeordneter der Volkskammer an der

Willensbildung derselben und damit am Kampf gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung teil.«

Die verfassungsrechtlichen Darlegungen rückten den Gedanken in den Vordergrund, daß der Entschädigungsanspruch »kein echter Schadensersatzanspruch gegen den Staat« sei. Das Entschädigungsgesetz »gibt nicht allen, die durch den Nationalsozialismus geschädigt worden sind, einen Schadensersatzanspruch, sondern es gewährt nur einem bestimmten, eng umrissenen Personenkreis eine nach Grund und Höhe beschränkte Entschädigung. Der Gesetzgeber gibt nur, da nicht alles geschehene Unrecht gutgemacht werden könne, den Geschädigten einen billigen Ausgleich. Wenn dies aber der Sinn des Entschädigungsgesetzes ist, muß es der Gesetzgeber in der Hand haben zu bestimmen, wem er die beschränkten Mittel zuteil werden läßt.«

Das Gericht wehrte sich auch dagegen, daß der Grundsatz der Gleichheit verletzt sei. Es sagte: »Ebensowenig ist der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz verletzt. Diese Bestimmung sagt lediglich, daß Gleiches gleich, Verschiedenes nach seiner Eigenart zu regeln sei. Sie enthält nur ein Verbot der Willkür.«

Das Kammergericht hatte Revision beim Bundesgerichtshof zugelassen. Mein Freund Fabian von Schlabrendorff erbot sich, meine Sache vor dem Bundesgerichtshof zu führen.

Am 10. November 1954 reichte er seine Revisionschrift bei dem Bundesgerichtshof ein. Die Revision beschäftigte sich nicht mehr mit dem Tatbestand; allein rechtliche Gesichtspunkte konnten ins Feld geführt werden. Hier mußte alles Bemühen darauf gerichtet werden, die Verfassungswidrigkeit des Ausschlusses von der Wiedergutmachung nachzuweisen. Mit großem Scharfsinn hatte sich Schlabrendorff dieser Aufgabe unterzogen.

Die Verhandlung vor dem Bundesgerichtshof war auf den 20. April 1955 festgesetzt. Eine zahlreiche Zuhörerschaft hatte sich eingefunden. Zeitungen und Korrespondenzbüros hatten ihre Vertreter geschickt; außerdem waren verschiedene ehemalige Mitglieder meiner Widerstandsbewegung erschienen. Das große Publikum, das sich eingefunden hatte, hatte unter den Richtern einiges Aufsehen erregt. Schlabrendorff trug nach Eröffnung der Verhandlung den Inhalt seiner Revisionschrift vor.

Die Sache des Berliner Senats wurde durch einen Karlsruher Rechtsanwalt verfochten. Dieser machte es sich überaus einfach; mit wenigen Sätzen behauptete er, ich sei Verfechter eines Gewaltregimes gewesen, deshalb stehe mir eine Entschädigung nicht zu.

Der Gerichtsvorsitzende begann mit einer Erörterung der Rechtslage. Er stellte eine Frage, die sogleich erraten ließ, welchem Ziel der Senat zustrebe. Er fragte, ob ich immer noch Mitglied der Volkskammer sei. Die Art, in der er diese Frage stellte, ließ vermuten, daß er diese Zugehörigkeit als entscheidende Belastung empfinde.

Eine gewisse Rolle spielte die urkundliche Aussage meines Freundes Drexel über meine Erklärung im Präsidium des Kulturbundes nach dem 17. Juni 1953. Meine Erklärung war eine scharfe Kritik an dem System der Deutschen Demokratischen Republik gewesen. Aber eben diese Seite der Erklärung wurde vollkommen überhört. Sie wurde nur in Betracht gezogen als ein Beweis dafür, daß ich mir über den Charakter des Regimes klar gewesen sei.

In der Regel kommen vor dem Bundesgerichtshof nur Juristen zu Wort. Zur allgemeinen Überraschung aber forderte der Gerichtsvorsitzende mich auf, mich zur Sache zu äußern. Ich nahm Bezug auf einen Vortrag, den ich im Jahre 1948 vor westdeutschen Volkshochschulleitern in Bonn gehalten hatte und der unter dem Titel »Die politische Aufgabe der Volkshochschule« gedruckt worden war. In dem Vortrag hatte ich mich eindeutig zu rechtsstaatlichen Prinzipien bekannt. In die Volkskammer, sagte ich, sei ich als unabhängige Persönlichkeit gewählt worden. Es wären seinerzeit für die Wahlen zur Volkskammer sechs parteilich nicht gebundene, unabhängige Persönlichkeiten aufgestellt worden. In der Volkskammer selbst hätte ich mich keiner politischen Partei, sondern der Kulturbundfraktion angeschlossen. Seit 1945 sei meine gesamte politische Tätigkeit unter dem Gesichtspunkt gestanden, der deutschen Wiedervereinigung zu dienen. Die Volkskammer habe an der Zerreißung Deutschlands keine Schuld getragen. Die wahren Urheber der Spaltung Deutschlands seien die fremden Gewalten, seien die Siegermächte. Die Volkskammer hätte den Willen der Sowjetunion ebenso auszuführen wie der Bundestag denjenigen der Westmächte. Ich hätte meine Aufgabe darin gesehen, unter dem Druck, der auf der sowjetischen Besatzungszone lag, für das deutsche Interesse das zu tun, was irgendwie unter den bestehenden Umständen dafür getan werden konnte.

Die Beratung des Gerichtshofs dauerte über vier Stunden. Schlabrendorff behauptete, dies deute darauf hin, daß eine heftige Auseinandersetzung ausgetragen werde.

Dann wurde die Entscheidung verkündet: Die Revision wird zurückgewiesen.

In einer langen Begründung wurde dargetan, daß die Verweigerung einer Entschädigung der Verfassung entspreche. Bemerkenswert war vor allen Dingen, daß der Bundesgerichtshof jene Erklärung, die ich nach dem 17. Juni 1953 im Kulturbund abgegeben hatte, für seine Zwecke mißbrauchte. Er zitierte deren entscheidende Stellen und folgerte, ich hätte gewußt, welcher Natur das System sei, und hätte trotzdem noch mit ihm zusammengearbeitet.

Nachhutgefechte

Mit der Entscheidung des Bundesgerichtshofs war der Rechtsweg noch keineswegs erschöpft. Ich war entschlossen, ihn bis zu Ende zu gehen. Beim Bundesverfassungsgericht war die Individualklage zugelassen. Dies bot mir die Möglichkeit, eine Verfassungsbeschwerde bei ihm einzureichen. Fabian von Schlabrendorff, der die Niederlage vor dem Bundesgerichtshof noch nicht verwunden hatte, war Feuer und Flamme, meine Sache auch noch vor das Bundesverfassungsgericht zu bringen.

Am 4. Juli 1955 reichte er die Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht ein.

Das Bundesverfassungsgericht war durch Individualklagen überlastet. Es dauerte jahrelang, bis es die Verfassungsbeschwerden erledigte. Der Berliner Senat wurde zur Stellungnahme aufgefordert; seine Äußerung lief am 23. April 1956 in Karlsruhe ein. Der Senat verleumdete mich, wie bisher üblich, als Anhänger einer Gewaltherrschaft. Für mich hatte es einen gewissen Reiz, daß zwei Sozialdemokraten die gutachtliche Äußerung des Senats unterzeichnet hatten: der Regierende Bürgermeister Dr. Suhr und der Innensenator Lipschitz. Dr. Suhr kannte ich persönlich; er hatte mich, als ich noch in der Volkshochschule Wilmersdorf tätig war, besucht und mir seine Wertschätzung ausgesprochen.

Auch das Bundesfinanzministerium wurde vom Verfassungsgerichtshof zur Äußerung veranlaßt. Es schloß sich zwar den Rechtsauffassungen des Berliner Senats an, wies aber darauf hin, daß der Bundestag eben mit der Verabschiedung eines neuen Entschädigungsgesetzes beschäftigt sei, und warf die Frage auf, ob ich nicht unter den Bedingungen des neuen Gesetzes ein neues Verfahren anhängig machen wolle.

Am 29. Juni 1956 trat eine Neufassung des Bundesentschädigungsgesetzes in Kraft. Im September 1957 empfahl ein Richter

des Bundesverfassungsgerichts meinem Anwalt, die Verfassungsklage zurückzuziehen. Mein Anwalt tat dies im Oktober 1957. Im Anschluß daran reichte er für mich aufgrund des neuen Bundesentschädigungsgesetzes einen neuen Antrag auf Wiedergutmachung beim Entschädigungsamt Berlin ein.

Da eine langwierige Behandlung der Sache vor dem Verfassungsgerichtshof in Aussicht stand, riet mir – noch 1955 – ein mir bekannter Jurist, Dr. Wilhelm R. Beyer, mich mit einer Beschwerde an die Europäische Menschenrechtskommission beim Europarat in Straßburg zu wenden.

Bei Gründung des Europarats war in Aussicht genommen worden, einen Europäischen Gerichtshof einzusetzen, der darüber wachen sollte, daß innerhalb der Mitglieder des Europarats die Menschenrechte geachtet würden. Solange dieser Gerichtshof sich nicht konstituiert hatte, sollten seine Geschäfte durch eine »Menschenrechtskommission« erledigt werden. Freilich konnte diese Kommission keine bindenden Entscheidungen fällen, sondern mußte sich damit begnügen, Empfehlungen an die beklagten Regierungen auszusprechen.

Dr. Beyers Stärke lag auf theoretischem Gebiet; er war ein einfallsreicher Rechtsphilosoph. Seine philosophische Grundlage war die Hegelsche Philosophie. Er war Mitarbeiter an der angesehenen »Neuen Juristischen Wochenschrift« und war mit mehreren bedeutsamen Büchern an die Öffentlichkeit getreten.

Sein schäumendes Temperament trieb ihn zu wissenschaftlichen Experimenten. Er entwarf die Beschwerdeschrift und stand mir unermüdlich bei, wenn Rückfragen der Menschenrechtskommission zu beantworten waren.

Meine Beschwerde wurde am 14. Juni 1955 in Straßburg eingereicht. Das Generalsekretariat des Europarats sandte die Beschwerde an das Auswärtige Amt in Bonn. In einer umfangreichen Denkschrift behandelte dieses die Frage, ob ich den Rechtsweg bereits erschöpft habe. Dieser müsse erschöpft sein, bevor die Menschenrechtskommission zuständig sei. Das Auswärtige Amt bestritt die Zuständigkeit der Kommission in dem vorliegenden Stadium der Angelegenheit.

Auf diese Antwort des Auswärtigen Amtes entwarf Dr. Beyer ein eingehendes umfangreiches Gutachten »Doppelgleisigkeit des Grundrechtsschutzes bei gleichzeitiger Erhebung der Verfassungsbeschwerde nach §§ 90 ff. BVerfGG und der Individualbeschwerde nach Artikel 25 ff. der Europäischen Konvention zum

Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 (Römische Konvention)«.

Am 27. Dezember 1955 legte ich dieses Gutachten der Menschenrechtskommission vor. Das Auswärtige Amt ging auf dieses Gutachten vom 16. Februar 1956 ausführlich ein, bestritt seine Rechtsauffassung und hielt an seinem Standpunkt fest, daß die Menschenrechtskommission nicht zuständig sei, weil ich den Rechtsweg noch nicht erschöpft hätte. Die Entscheidung der Kommission fiel am 14. Juni 1956. Die Kommission fand, »daß im gegenwärtigen Stadium die Eingabe in Anwendung des Artikels 27, §3 der Vereinbarungen wegen Nichterschöpfung des internen Beschwerdeweges abgewiesen werden mußte«.

Innensenator Lipschitz

Die Erfahrungen, die ich während meines Kampfes um mein Recht vor den Instanzen der Bundesrepublik machte, hatten mich mit tiefsten Zweifeln an der Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik erfüllt. Diese pessimistische Auffassung wurde in mir noch bestärkt durch einen Vorgang, der sich nach dem Abschluß des Instanzenweges ereignete. Unter dem 17. August 1955 erhielt ich vom Entschädigungsamt Berlin folgendes Schreiben:

»In Ihrer Prozeßsache gegen uns sind Sie bis zum Bundesgerichtshof unterlegen. Lt. Urteil des Bundesgerichtshofs vom 20. 4. 1955 sind Sie verurteilt worden, die außergerichtlichen Kosten der Revisionsinstanz zu zahlen. Diese betragen ausweislich der anliegenden Kostenrechnung des Herrn Rechtsanwalt Dr. Krille 1695,98 DM. Da wir diesen Betrag unserem Anwalt bereits gezahlt haben, ersuchen wir Sie, diesen Betrag binnen einer Woche an die Landeshauptkasse Berlin – Postscheckkonto Nr. 58 beim Postscheckamt Berlin-West, einzuzahlen und auf den Postabschnitt folgenden Vermerk zu setzen: Buchungszeichen: B0500/133 Rückbuchung: Prozeßkosten in Sachen Niekisch ./.. Berlin (Entschädigungsamt).

Sollte der Betrag nicht fristgemäß zur Zahlung gelangen, wären wir leider gezwungen, die Kosten gerichtlich festsetzen zu lassen und sie von Ihnen im Wege der Zwangsvollstreckung einzuziehen, wodurch Ihnen nur unnötige, sehr erhebliche Mehrkosten entstehen würden.

Im Auftrage: gez. Schlüter«

Ich antwortete am 20. August 1955:

»Ich bestätige Ihnen den Eingang Ihres Schreibens vom 17. 8. 55. Als emeritierter Professor erhalte ich meine nicht allzu hohe Altersrente in Ostmark. Einen Lohnumtausch habe ich nicht. Meine Westgeldeinnahmen sind unerheblich. Mein durch das Naziregime verursachter gesundheitlicher Zustand ist so, daß ich pflegebedürftig bin. Die Auflage, als Ostgeldempfänger die hohe Summe von 1695,98 DM in Westgeld aufzubringen, ist angesichts des Umstandes, daß ich ein gesundheitlich zerrüttetes Opfer des Nazismus bin, zweifellos eine untragbare Härte. Ich kann die Forderung des Entschädigungsamtes nur in sehr mäßiger Ratenzahlung erfüllen. Ich bitte das Entschädigungsamt, mir eine solche zu gewähren.«

Auf meine Bitte um Ratenzahlung erhielt ich keinen Bescheid. Die Forderung des Entschädigungsamtes hatte mich so empört, daß ich es für ratsam hielt, mich persönlich an den sozialdemokratischen Senator des Inneren, Lipschitz, zu wenden. Es geschah in einem Briefe vom 20. August 1955:

»Anläßlich der Feiern zum 20. Juli hatten Sie warmherzige und verständnisvolle Worte für die Verfolgten des Naziregimes gefunden. Dies ermutigt mich, in meiner persönlichen Sache mich an Sie zu wenden.

Vermutlich wird Ihnen mein Name nicht völlig unbekannt sein. Ich gehörte in der Nazizeit zu den unversöhnlichsten Bekämpfern Hitlers. 1931 schon schrieb ich meine Broschüre: ›Hitler – ein deutsches Verhängnis‹ und das Manuskript meines 1953 bei Rowohlt erschienenen Buches ›Das Reich der niederen Dämonen‹ entstand in den Jahren 1935/1936. Ich hatte den Kampf gegen Hitler schon in einer Zeit aufgenommen, in der der größte Teil des deutschen Volkes noch hinter Hitler herlief und die Beamten und Richter, die in erheblichem Ausmaße heute wieder Dienst tun, noch seiner ›Gewaltherrschaft Vorschub leisteten‹. Während ich wegen meines entschlossenen Widerstandes gegen Hitler in der in- und ausländischen Publizistik anerkannt und gewürdigt werde (siehe z. B. Wheeler-Bennett, Die Nemesis der Nacht, 3. Teil, III. Kapitel, Abschnitt I), nahmen das Berliner Entschädigungsamt, die Berliner Gerichte und der Bundesgerichtshof davon überhaupt keine Notiz. In der Gefangenschaft verlor ich infolge einer Vergiftung durch die Gestapo mein Augenlicht (ich bin aufgrund einer durch das Sozialamt veranlaßten Untersu-

chung für 100% blind und pflegebedürftig erklärt worden). Gleichzeitig mit mir wurden auch meine Frau und mein Sohn gefangengesetzt und unsere wirtschaftliche Existenz restlos vernichtet.

Mein Entschädigungsanspruch wurde vom Entschädigungsamt Berlin wie durch alle nachfolgenden Instanzen, das Landgericht Berlin, das Kammergericht Berlin und schließlich von dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe abgelehnt. Ich empfinde diese Entscheidungen als unmenschlich; sie setzen die Behandlung fort, die mir unter Hitler zugefügt wurde. Das Entschädigungsamt Berlin zeigte bei der Behandlung meiner Sache einen geradezu fanatischen Eifer, die Wiedergutmachung der mir durch Hitler zugefügten gesundheitlichen und wirtschaftlichen Schädigungen zu verhindern. Selbstverständlich erkenne ich die gefällten Entscheidungen nicht als Rechtens an. Auch die nationalsozialistischen Gesetze verwandelten Hitlers Unmenschlichkeiten, die sich so als Gesetzesanwendung auslegen ließen, vor dem sittlichen Gewissen nicht in Recht.

Alle mir aber widerfahrere Unbill wurde gekrönt durch ein Schreiben des Entschädigungsamtes Berlin GeschZ. II/21, Reg. Nr. 24910 vom 17. 8. 55, das ich in Abschrift Ihnen beifüge. Der Ton dieses Schreibens ist wohl für eine Behörde, deren Aufgabe es sein sollte, geschehenes Unrecht gutzumachen, unziemlich. Hitler hat mich gesundheitlich und wirtschaftlich zugrunde gerichtet. Maßnahmen des Entschädigungsamtes zielen darauf ab, mich erneut wirtschaftlich zu ruinieren. Da ich als emeritierter Professor der Humboldt-Universität, der sich seit Jahren aus der Politik zurückgezogen hat, meine Altersrente nur in Ostmark beziehe, ich durch den Westberliner Senat vom Umtausch ausgeschlossen wurde – meine damals durch achtjährige Haft noch schwer zerrüttete Gesundheit erlaubte mir während der Blockade nicht, besondere Strapazen auf mich zu nehmen –, ich nur unerhebliche Westgeldeinnahmen habe und infolgedessen schon schwer zu kämpfen habe, um meine Existenz in West-Berlin aufrechtzuerhalten, bedeutet die Forderung, im Laufe einer Woche 1700,- Westmark (= 8500,- Ostmark) aufzubringen, für mich eine wirtschaftliche Katastrophe. Ich erlaube mir, Herr Senator, Sie zu fragen, ob Sie dies Verfahren billigen? Bei diesem Anlaß möchte ich gleich noch eine weitere Sache

zur Sprache bringen. Vom Landgericht Berlin wurde auch der Entschädigungsanspruch meiner Frau abgelehnt (Urteil liegt in Abschrift bei). Meine Frau war gleich mir eine entschiedene Gegnerin des Nationalsozialismus. Ihr Parteifreund, Herr Gustav Klingelhöfer, der in den Jahren 1933–1937 regelmäßig bei uns verkehrte und sich während meiner Zuchthaushaft freundschaftlich meiner Frau annahm, kann dies bezeugen. Nicht nur hatte sie als Verlegerin die Broschüre ›Hitler – ein deutsches Verhängnis‹ zu verantworten, sie vervielfältigte geheime Rundschreiben bis zu ihrer Verhaftung, schrieb das Manuskript des Buches ›Das Reich der niederen Dämonen‹, billigte, daß ich dem verfolgten und später hingerichteten Herrn von Kleist-Schmenzin in unserer Wohnung Unterschlupf gewährte. Vor dem Untersuchungsrichter sagte ich, um sie zu decken, sie habe aus Verbundenheit mit mir gehandelt. Von dieser Taktik machte auch sie Gebrauch. Ich finde es unerhört, daß das Landgericht Berlin diese Schutzbehauptung gegen sie ausmünzte und nicht den leisesten Versuch machte, den wahren Sachverhalt festzustellen. Allein aus West-Berlin vermag ich fünf Zeugen beizubringen, die in den Jahren 1933 bis zu unserer Verhaftung 1937 in unserem Hause aus- und eingingen und die bestätigen können, daß sie wie auch ich aus voller Überzeugung gegen Hitler kämpfte. In meinem Buche ›Das Reich der niederen Dämonen‹ habe ich aufgrund meiner Anschauung der Hitlerzeit dem deutschen Volke abgesprochen, einen natürlichen Rechtssinn, ein Verhältnis zur Gerechtigkeit überhaupt zu haben. Meine Erfahrungen im Kampfe um meine sittlich wohlfundierten Wiedergutmachungsansprüche haben mich zweifeln lassen, ob dieser Rechtssinn in Deutschland inzwischen lebendig geworden ist.

Vielleicht darf ich hoffen, daß Sie, Herr Senator, nicht mit Stillschweigen über meine Darlegungen hinweggehen.«

Unbekannt war mir dabei gewesen, daß einen Monat vorher, am 19. Juli 1955, Fabian von Schlabrendorff mit Lipschitz Rücksprache in meiner Sache genommen hatte. Schlabrendorff hatte die Fragwürdigkeit der Gerichtsentscheidung hervorgehoben und zur Erwägung gestellt, ob das Entschädigungsamt Berlin mir nicht auf dem Gnadenwege eine Wiedergutmachung angedeihen lassen wolle. Lipschitz hatte sich dieser Anregung gegenüber unzugänglich gezeigt.

Unter Bezugnahme auf das persönliche Gespräch, welches Schlabrendorff mit Lipschitz am 19. Juli 1955 geführt hatte, hatte sich Schlabrendorff noch einmal schriftlich an Lipschitz gewandt. Lipschitz war ungezogen genug, mein Schreiben vom 20. August nicht unmittelbar zu beantworten. Er erwiderte Schlabrendorff und benutzte dabei die Gelegenheit, auf meinen Brief vom 20. August 1955 einzugehen. Lipschitz schrieb:

»In Beantwortung Ihres Schreibens vom 25. August 1955 darf ich versichern, daß ich mich durchaus unserer Unterhaltung vom 19. Juli 1955 erinnere und wohl damals bereits unmißverständlich dargetan habe, daß ich zu einem irgendwie garteten Entgegenkommen gegenüber Herrn Niekisch keinerlei Veranlassung empfinde. Ich sehe mich daher auch zu meinem Bedauern nicht imstande, dem jetzt von Ihrem Mandanten geäußerten Wunsch zu entsprechen, da es ja letzten Endes nicht von dem Entschädigungsamt Berlin vertreten werden kann, wenn Herr Niekisch eine von Anfang an aussichtslose Angelegenheit im Berufungs- und Revisionsverfahren bis zum Bundesgerichtshof vorgetragen hat.

Zur Begründung dieses meines Standpunktes darf ich, gleichzeitig in Erwiderung des an mich gerichteten Schreibens des Herrn Niekisch vom 20. August 1955, ohne mich in Einzelheiten zu verlieren, folgendes bemerken:

Es ist – gelinde gesagt – eine Unverfrorenheit, wenn Herr Niekisch dem Entschädigungsamt zum Vorwurf macht, daß es sich ihm gegenüber unmenschlich verhalten und die Behandlung fortgesetzt habe, die Hitler ihm zugefügt habe. Wir müssen uns derartige Vorwürfe aus dem Munde eines Mannes verbitten, der mit seinem Namen und mit seiner Person an führender Stelle einem System bis in die jüngste Zeit gedient hat, das um keinen Deut besser ist als der Nationalsozialismus. Herr Niekisch war Mitglied der Volkskammer, einer durchaus nach Hitlerschem Muster gebildeten ›Volksvertretung‹, er gehörte an führender Stelle Organisationen an, deren Ziele genauso verbrecherisch sind wie die der Naziorganisationen, und er hat maßgeblich einem System gedient, zu dessen politischen Idealen Geheimpolizei, Konzentrationslager und Gesinnungsschnüffelei gehören. Wir würden dem Gedanken der Wiedergutmachung einen äußerst schlechten Dienst erweisen, wenn wir Antragstellern dieser Art etwa Entschädigungsleistungen gewähren würden. Wenn Herr Niekisch sich schließ-

lich mir gegenüber darauf beruft, daß das Entschädigungsamt darauf abziele, ihn wirtschaftlich zu ruinieren, dann muß man ihm wohl ins Gedächtnis rufen, daß es ihn offensichtlich nicht gestört hat, in den Jahren 1948 und 1949 auf der Seite derer propagandistisch gewirkt zu haben, die sich zum Ziel setzten, unschuldige Menschen, Kranke, Greise und Kinder durch eine unmenschliche Blockade nicht nur finanziell zu ruinieren, sondern auch darüber hinaus physisch zu schädigen, wenn nicht sogar zu vernichten.

Sie werden mir meine offenen Worte sicherlich nicht verübeln, aber gerade da ich Ihre stolze politische Vergangenheit, sehr verehrter Herr Rechtsanwalt, kenne, bin ich Ihrer Zustimmung sicher, wenn ich sage, daß Gegner der Freiheit und der Demokratie kein Recht darauf haben, an Leistungen teilzunehmen, wie die Wiedergutmachung eine ist.

Der Einfachheit halber habe ich Herrn Niekisch in Beantwortung seines an mich gerichteten Schreibens eine Kopie dieses meines Schreibens an Sie zugeleitet.«

Den Brief von Lipschitz beantwortete Schlabrendorff wie folgt:

»In der vorbezeichneten Angelegenheit bestätige ich hiermit den Empfang Ihres Schreibens vom 2. September 1955.

Erlauben Sie, daß ich zu Ihren Darlegungen folgendes bemerke:

- (1) Nach meiner juristischen Überzeugung war und ist der Entschädigungsanspruch des Professors Ernst Niekisch alles andere als eine aussichtslose Angelegenheit. Die Bestimmungen des Entschädigungsgesetzes, die einen gewissen Personenkreis wegen seiner politischen Gesinnung von den Wohltaten dieses Gesetzes ausschließen, halte ich für verfassungswidrig, weil Artikel 3 des Grundgesetzes es ausdrücklich verbietet, daß jemand wegen seiner politischen Anschauungen benachteiligt wird. Aus diesem Grunde habe ich auch gegen die Entscheidung des Bundesgerichtshofes im Falle des Professors Ernst Niekisch die Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht erhoben. Es bleibt abzuwarten, wie das Bundesverfassungsgericht entscheiden wird. Ich werde nicht verfehlen, Sie hierüber zu unterrichten.
- (2) Ich kenne den Professor Ernst Niekisch seit langen Jahren. Ich bin weder früher noch heute mit ihm in allen Punkten einig gewesen. Es sind mir aber nur wenig Menschen bisher begegnet, deren kompromißlose Charakterfestigkeit mir so viel

Achtung abgenötigt hat, wie dies bei Professor Niekisch noch heute der Fall ist.

Die Gesinnung und Handlungsweise des Professors Ernst Niekisch fließt aus lauterer Quellen. Das ist eine mir seit längeren Jahren gewordene Gewißheit.

- (3) Ich persönlich bin alles andere als ein Anhänger des Systems, das sich in der Deutschen Demokratischen Republik verkörpert. Ich glaube aber, daß das von allen Deutschen angestrebte Ziel der Wiedervereinigung eines Tages verwirklicht werden wird. Der Weg hierzu wird über eine Anerkennung der gegenwärtigen staatlichen Gebilde führen. So schwer dies sowohl dem Westen wie dem Osten fallen wird: Wenn dieser Tag kommt, werden wir uns im Westen aller Persönlichkeiten aus dem Osten mit Dankbarkeit und Freude erinnern, sofern diese Persönlichkeiten nichts anderes zum Ziele hatten als die Erhaltung des Deutschtums mit dem Ziele der Zusammenfassung von West und Ost. Eine solche Persönlichkeit ist nach meiner Überzeugung Professor Ernst Niekisch.

Ich schreibe Ihnen dies nicht, um Sie zu bitten, Ihren Bescheid vom 2. September 1955 einer Überprüfung zu unterziehen, sondern um Sie wissen zu lassen, daß ich nach meiner Überzeugung in Professor Ernst Niekisch einen Würdigen und keinen Unwürdigen vertreten habe und vertreten werde.«

Ohne daß mir vom Entschädigungsamt ein weiterer Bescheid zugegangen wäre, erschien am 24. Oktober 1955 in meiner Abwesenheit der Gerichtsvollzieher. Ich telefonierte das Entschädigungsamt an und beschwerte mich darüber, daß meine Bitte um Ratenzahlung nicht behandelt worden sei. Entrüstet erwiderte der Beamte, ich hätte mich an den Europarat gewandt und verdiente aus diesem Grunde keine besondere Rücksichtnahme.

Anderntags tauchte der Gerichtsvollzieher wieder bei mir auf; es war mir in der Zwischenzeit gelungen, den hohen Betrag aufzubringen, so daß die ganze Prozedur ein rasches Ende nahm.

Noch einmal Wiedergutmachung

Im Jahre 1957 verabschiedete der Bonner Bundestag eine neue Fassung des Bundesentschädigungsgesetzes. Bemerkenswert war darin eine Abänderung des Paragraphen, durch welchen eine Reihe von Geschädigten von der Wiedergutmachung ausgeschlossen

sen worden war. In der alten gesetzlichen Fassung sollte allen jenen die Entschädigung vorenthalten werden, die einem totalitären Regime Vorschub geleistet hatten. Die neue Fassung wollte nur jene entrichten, welche die freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpft hatten. Auch in der neuen Fassung war jene Ungeheuerlichkeit nicht beseitigt worden, daß Opfer des Faschismus bestraft werden sollten, weil sie gesinnungsmäßig nicht auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland standen.

Da ich im ersten Instanzenzug von den Gerichten jedesmal abgewiesen wurde, weil ich vorgeblich einem totalitären System Vorschub geleistet hätte, war mein Rechtsanwalt der Auffassung, daß ich unter der zweiten Fassung des Gesetzes meine Entschädigungsansprüche neuerdings anmelden solle. Ich war in dieser Meinung vom Verfassungsgerichtshof in Karlsruhe bestärkt worden. Der Verfassungsgerichtshof hatte bisher meine Beschwerde gegen die Entscheidung des Bundesgerichtshofes noch nicht erledigt. Nun riet er in einem Schreiben, das der Verfassungsrichter Heiland unterzeichnet hatte, die Beschwerde zurückzuziehen und unter den geänderten Umständen einen neuen Entschädigungsantrag einzureichen.

Mein Anwalt, Fabian von Schlabrendorff, hielt es für rätlich, vor Einreichung des neuen Gesuches mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, persönlich Fühlung zu nehmen. Er trug dem Regierenden Bürgermeister den Sachverhalt vor. Dieser empfahl, das neue Gesuch an ihn persönlich einzureichen; er wolle es alsdann auf den Dienstweg bringen. Mein Anwalt regte an, die Angelegenheit auf dem Vergleichswege zu erledigen. Der Regierende Bürgermeister griff den Gedanken auf und setzte für den 28. August 1959 eine Besprechung an. Er selbst leitete die Verhandlung und hatte zu ihr den damaligen Senatsdirektor Albertz, den Innensenator Lipschitz, einen Vertreter des Finanzsenators und meinen Anwalt eingeladen. Der Bürgermeister trug die Sache vor. Der Senatsdirektor Albertz meinte, wenn das Entschädigungsgesetz für jemanden zuständig sei, so sei ich es. Der Vertreter des Finanzsenators erhob keinen Einwand. Dagegen wandte sich der Innensenator Lipschitz mit Heftigkeit gegen den Vergleichsplan. Seit dem Jahre 1952 erwies sich Innensenator Lipschitz als mein Feind. Alle die Vorbringungen gegen mich waren an den Haaren herbeigezogen und aus der Luft gegriffen. Geradezu fanatisch machte mich Lipschitz für alle Maßnahmen der DDR verantwortlich. Ich empfand die Begründungen, mit denen

das ihm unterstehende Entschädigungsamt Berlin meine Anträge jedesmal abgelehnt hatte, als gehässige Verleumdungen. Eben die Verleumdungen brachte er auch bei dieser Gelegenheit vor.

Es gelang ihm nicht, bei seinen Zuhörern Gehör zu finden. Der Regierende Bürgermeister sprach gütlich auf ihn ein; als Lipschitz auf seinem Standpunkt beharrte, meinte Brandt, er wolle die Sache vor den Senat bringen. Eigensinnig bestritt Lipschitz die Zuständigkeit des Bürgermeisters, sich in dieser Angelegenheit an den Senat wenden zu können. Die Einschaltung des Senats in solchen Dingen liege allein beim Innensenator. Nachdem er erklärt hatte, er wolle sich die Angelegenheit nochmals überlegen, ging die Konferenz ergebnislos auseinander.

Schon wenige Tage später ging mir der ablehnende Bescheid des Entschädigungsamtes zu. Lipschitz' Überlegung hatte darin geendet, die alten Verleumdungen aufs neue aufzuwärmen.

Nun blieb nichts anderes mehr übrig, als noch einmal die Gerichte in Anspruch zu nehmen. Am 23. März 1960 war die Verhandlung vor dem Landgericht Berlin. In einem ganz vorzüglichen Plädoyer unterstrich Fabian von Schlabrendorff, daß der Vorwurf des Bekämpfens der freiheitlich-demokratischen Grundordnung von seiten des Entschädigungsamtes bewiesen werden müsse. Er betonte außerdem, ich wäre zeitlebens ein Einzelgänger gewesen, der unter keine Schablone zu bringen sei. Ich hätte das Dritte Reich unerschrocken bekämpft und infolgedessen auch gesundheitliche Schädigungen schwerer Art erfahren. Er bot auch Zeugen an, welche meine unabhängige Stellungnahme beweisen könnten.

Die sachkundigen Ausführungen des Anwalts machten auf das Gericht nur geringen Eindruck. Auf das Beweisangebot des Anwalts ging das Gericht nicht ein. Es beschloß die Verhandlung mit der Erklärung, die Entscheidung später bekanntgeben zu wollen.

Nach kurzer Zeit lehnte das Landgericht meine Entschädigungsansprüche ab. In der Begründung ging es auf den Unterschied des Bekämpfens der demokratischen Grundordnung und der Vorschubleistung eines totalitären Systems gar nicht ein; einzig in dem Umstand, daß ich in der DDR tätig gewesen sei, sei beschlossen, daß ich die freiheitlich-demokratische Grundordnung auch bekämpft habe.

Nun stand der Weg der Berufung zum Kammergericht offen. Am 3. November 1960 fand die Verhandlung vor dem Kammergericht Berlin statt. Gleich zu Beginn gab der Vorsitzende meinem Anwalt

zu erwägen, ob ich meine Berufung nicht zurückziehen wolle, weil anderenfalls die Belastung mit den Gerichtskosten möglicherweise auf mich zukomme. Diese Äußerung zeigte von vornherein, wie wenig ich bei dem Kammergericht zu erhoffen hatte. Wiederum trug von Schlabrendorff meine Sache in wirkungsvollen Ausführungen dem Gericht vor; wiederum war die Antwort des Vertreters des Entschädigungsamtes geradezu kläglich; wiederum wurde ich, wie schon vor dem Landgericht, mit keinem Worte zur Sache gehört.

Die Entscheidung des Kammergerichts nun übertraf meine schlimmsten Erwartungen. Ich wurde mit meiner Klage abgewiesen. Darüber hinaus wurde ich, weil meine Berufung rechtlich offenkundig unbegründet gewesen sei, mit den gerichtlichen Kosten der Verhandlung belastet. Die Revision vor dem Bundesgerichtshof wurde mir ausdrücklich verweigert.

Die Entscheidung des Kammergerichts schlug in der Öffentlichkeit hohe Wellen. In der Presse wurden Bedenken gegen sie laut. Die Berliner Zeitung »Der Tagesspiegel« nahm sich des Falles an und riet dem Senat, einen Vergleich mit mir einzugehen. Die Entscheidung des Kammergerichts rief um so stärkere Aufregung hervor, als zur gleichen Zeit bekannt wurde, daß der stellvertretende Justizminister während des Dritten Reiches, Schlegelberger, einen hohen Pensionsanspruch zugebilligt erhalten hatte. In einer Vorstellung, die in der Werkstattbühne (einem Nebentheater des Berliner Schiller-Theaters) stattfand, trug ein Schauspieler ein Couplet vor, in welchem mein Fall neben den Fall Schlegelberger beziehungsvoll gestellt wurde:

»Wer Deutschland gedient hat, kriegt keine Pension,
doch wer uns blamiert hat, der holt sie sich schon.

Dem Manne des Geistes, dem bleibt sie versagt,
vom Staatsfeind jedoch mit Erfolg eingeklagt.

Das ist für den Rechtsstaat nun mal ein Indiz,
er stützt sich dabei auf die Freie Justiz,

so macht man aus unsrem Gesicht einen Po,

na, da haperts, na, da haperts, na, da haperts doch wo . . .«

In Briefen sprachen zahlreiche führende Parlamentarier, wie z. B. Dr. Dehler und Dr. Arndt, ihr Bedauern über die Entscheidung des Kammergerichtes aus. Schriftsteller, die zu einem Kongreß nach Berlin gekommen waren, verfaßten eine Resolution, die sich gegen das Kammergericht wandte und für mich eintrat.

Die öffentliche Aufregung ging am Kammergericht nicht spurlos

vorüber. Die Justizpressestelle trat mit einer Erklärung hervor, in der dargetan wurde, daß das Gericht aufgrund des Gesetzes nicht anders habe entscheiden können, daß es aber auf einen Paragraphen des Entschädigungsgesetzes verweise, durch welchen »gnadenhalber« Entschädigungen erlaubt würden.

Was war nun zu tun? Die Revision war nicht zugelassen worden, doch blieb der Weg der Revisionsbeschwerde. Die Revisionsbeschwerde mußte beim Kammergericht eingereicht werden und wurde von diesem an den Bundesgerichtshof weitergegeben. Der Bundesgerichtshof hatte dann zu entscheiden, ob er die Revision doch noch nachträglich zulassen wolle.

Die Revisionsbeschwerde wurde eingereicht.

Am 26. April 1961 entschied der IV. Zivilsenat des Bundesgerichtshofes: »Die Revision gegen das Urteil des 17. Zivilsenats des Kammergerichts in Berlin vom 3. November 1960 wird zugelassen, weil der Begriff des Bekämpfens der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Paragraphen 6 Abs. 1 Nr. 2 BEG einer weiteren Klärung bedarf.« Mein Anwalt atmete auf. Er war der Überzeugung, daß die Revision nunmehr die besten Aussichten habe.

Am 15. November verhandelte der Bundesgerichtshof in Karlsruhe über die Revision. Die Verhandlung verlief durchaus sachlich; doch erregte es einige Verwunderung, daß der Senat keine Anstalten traf, den Begriff des Bekämpfens der freiheitlichen Grundordnung zu klären. Der Berliner Senat war durch einen Rechtsanwalt vertreten, der all die Verleumdungen aufzischte, mit denen bisher das Entschädigungsamt gegen mich gearbeitet hatte.

Die Entscheidung des Gerichts war, nach den Worten meines Anwalts, »niederschmetternd«. Kein Wort mehr von der Klärung des Begriffes des Bekämpfens. Nicht der mindeste Versuch war gemacht worden, den Tatbestand zu klären, und darüber hinaus verstieg sich der Bundesgerichtshof zu Behauptungen, die in keiner Weise sachlich begründet werden konnten, etwa, ich sei ein Gegner des Entschädigungsgesetzes: »Die umstrittene Ausschlußbestimmung ist schon aus der Erwägung heraus gerechtfertigt, daß ein Angriff auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik zugleich ein Angriff auf die Grundlagen der ihr durch Art. 74 Nr. 9 GG auferlegten Wiedergutmachungsaufgabe ist.« Phantasievoll folgerte der Bundesgerichtshof weiter: »Wer es unternimmt, die freiheitlich-demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik zu zerstören, gefährdet damit zugleich das Wie-

dergutmachungswerk.« Würde ich eine Entschädigung erhalten, so könnte ich das Geld dazu verwenden, die Kommunistische Partei zu unterstützen. »Bei aller Bereitschaft, das unter der Hitlerherrschaft im Namen des deutschen Volkes von den nationalsozialistischen Machthabern begangene Unrecht im Rahmen des Möglichen wiedergutzumachen, kann es der deutschen Bundesrepublik – gerade auch im Hinblick auf ihre Verantwortung für die Verwirklichung dieses Vorhabens – nicht zugemutet werden, einen Verfolgten, der die Grundlagen ihrer Wiedergutmachungspolitik – etwa im Dienste einer Gewaltherrschaft, die für ihren Machtbereich jede Wiedergutmachung ablehnt und unter Mißbrauch der ihm in der Bundesrepublik gewährten politischen Freiheit – zu zerstören sucht und womöglich entschlossen ist, auch die ihm gewährten Entschädigungsleistungen ganz oder teilweise im Dienst solcher Bestrebungen zu verwenden, bei der Entschädigung in gleicher Weise zu berücksichtigen wie diejenigen Verfolgten, deren politisches Verhalten mit dem Geist der Wiedergutmachung nicht in Widerspruch steht.«

Sogar mein Buch »Das Reich der niederen Dämonen« wurde neben dem anderen, »Europäische Bilanz«, dazu herangezogen, mich zu belasten. Aus diesen Büchern ging hervor, daß ich für eine politische Ostorientierung eingestellt sei. Es heißt in der Entscheidung des Bundesgerichtshofes: »Der Kläger hat nach dem Tatbestand des angefochtenen Urteils selbst vorgetragen, daß seine politische Tätigkeit ein einheitliches Ganzes bilde. Seit 1917 vertrete er bereits die Auffassung, eine deutsche Außenpolitik müsse die Verständigung mit Rußland suchen, und zwar auch mit einem kommunistischen Rußland.«

Schwer rechnete mir der Bundesgerichtshof meine ganze weltpolitische Konzeption, die ich im »Widerstand« vertreten hatte, an: »Der Kläger hat aber außerdem nicht nur den Gedanken einer außenpolitischen Verständigung mit Sowjetrußland vertreten. Sein gesamtes politisches Denken und Handeln war vielmehr von der Vorstellung bestimmt, daß die freiheitliche bürgerliche Ordnung des Westens keine Zukunft mehr habe, sondern einem verwesenden Organismus zu vergleichen sei. Die Zukunft gehöre vielmehr »dem Geist der Bindung und Ordnung«, der sich unter sowjetischer Führung im Osten machtpolitisch organisiert habe. Demgemäß wird die politische Ordnung des kommunistischen Ostens von ihm immer wieder anerkennend und verherrlichend, die Ordnung des Westens dagegen stets abfällig beurteilt (vgl. z. B.

›Das Reich der niederen Dämonen‹, S. 272; ›Europäische Bilanz‹, S. 388).«

Mein Anwalt hatte einige Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes vorgelegt, die zu meinen Gunsten sprachen. Der Bundesgerichtshof wischte diese Entscheidungen einfach unter den Tisch, indem er verkündete, das Bundesverfassungsgericht sei für West-Berlin nicht zuständig. Das einzige Entgegenkommen, das der Bundesgerichtshof mir erwies, war die Aufhebung der Kostenverurteilung, die das Kammergericht gegen mich hatte ergehen lassen.

Die Entscheidung des Bundesgerichtshofes war noch weitaus schlimmer, als die Entscheidung des Bundesgerichtshofes im ersten Instanzenzug gewesen war. Der Senator Albertz war inzwischen in der Nachfolge des verstorbenen Lipschitz Innensenator geworden. Mit ihm stand Schlabrendorff seit längerer Zeit in Verbindung, um doch noch eine Vereinbarung über meine Entschädigung zu erzielen. Nachdem der Innensenator die Entscheidung des Bundesgerichtshofes erhalten hatte, brach er die Verbindung mit Schlabrendorff brüsk ab und erklärte die Sache für endgültig zu meinen Ungunsten entschieden.

Die Frage war nun, ob überhaupt noch etwas geschehen könne. Mir selbst lag nichts mehr daran. Ich hatte mich schon längst mit den Ablehnungen, die ich ständig erfuhr, abgefunden; ich sah darin einen notwendigen Ausdruck des Umstandes, daß das innere Wesen der Bundesrepublik Deutschland noch immer nationalsozialistisch sei. Mein Rechtsanwalt wollte aber noch nicht kapitulieren. Er entschloß sich zu einer Beschwerde an die Menschenrechtskommission in Straßburg und ebenso zu einer Beschwerde an das Bundesverfassungsgericht.

Am 10. März 1962 reichte mein Anwalt die Verfassungsbeschwerde an den Bundesverfassungsgerichtshof in Karlsruhe ein. Darin wurde die Verletzung der Grundrechte in meinem Falle beanstandet. Unsicher war zuerst, ob der Verfassungsgerichtshof die Verfassungsbeschwerde überhaupt annehmen und behandeln wolle. Sie hatte einen kleinen Ausschuß zu passieren, der darüber zu entscheiden hatte, ob meine Verfassungsbeschwerde vor den erkennenden Senat gebracht werden dürfte. Dieser Ausschuß konnte sich nicht auf eine Verwerfung der Verfassungsbeschwerde einigen; der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts mußte deshalb noch einmal unter Berücksichtigung der Ausführungen des Beschwerdeführers zur Zulässigkeitsfrage Stellung nehmen.

Meine Verfassungsbeschwerde mutete dem Verfassungsgerichtshof zu, eine Reihe von prekären Fragen zu klären, insbesondere diejenige, wieweit der Verfassungsgerichtshof für West-Berlin zuständig sei. Gern wäre der Verfassungsgerichtshof dieser Klärung ausgewichen. Zu diesem Behufe richtete der Präsident des Verfassungsgerichtshofs, Dr. Gebhard Müller, am 9. Mai 1963 einen Brief an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, in dem er u. a. folgendes schrieb: »Die Problematik sowohl der Frage der Zulässigkeit als auch der Frage der Begründetheit der Verfassungsbeschwerde, aber auch das Schicksal und die Person des Beschwerdeführers legen meines Erachtens die Prüfung nahe, ob eine vergleichsweise Erledigung möglich erscheint. Der Bevollmächtigte des Beschwerdeführers hat mitgeteilt, daß er zu einer vergleichweisen Regelung bereit wäre.«

Damit hatte der höchste Richter der Bundesrepublik den Westberliner Senat aufgefordert, sich mit mir friedlich zu vereinbaren. Längere Zeit schwieg der Berliner Senat. Einige Abgeordnete des Abgeordnetenhauses, die von dem Briefe des Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs Kenntnis bekommen hatten, rieten eindringlich, mit mir einen Vergleich abzuschließen. Der Senat entschloß sich anders. Am 11. Juni teilte er dem Verfassungsgerichtshof mit, daß er aus grundsätzlichen Erwägungen auf den Vergleichsvorschlag nicht eingehe.

Nunmehr forderte der Bundesverfassungsgerichtshof den Berliner Senat, den Bundestag, den Bundesrat, die Bundesregierung zur Stellungnahme in meiner Streitsache auf und setzte bis zum 31. Dezember 1963 Frist. Diese Frist konnte nicht eingehalten werden und wurde bis zum 30. April 1964 verlängert. Vor Fristablauf arbeitete ich noch eine Erklärung aus, in der ich mich mit der Stellungnahme des Westberliner Senats auseinandersetzte:

Als das verwegene Abenteuer des deutschen Volkes, sich zur Weltmachtstellung emporzuschwingen, gescheitert war, als sich die kecke deutsche Politik als blankes Verbrechen enthüllt hatte, lag Deutschland zerschlagen und zertrümmert den Siegermächten zu Füßen. Wenn es auch schwerfiel, den bankrotten und wirren Ideen des Nationalsozialismus noch fernerhin offen anzuhängen, so gebot es doch die Klugheit, sie vorerst zu verbergen. Über Nacht verwandelte sich dieses Volk der Judenmörder und Konzentrationslager, der Blutsäufer und Menschenchinder, der Räuber und Plünderer und »stahlharten« Tyrannen in ein Volk von Demokraten. Nachdem man mit den Hakenkreuzidealen in die Katastrophe

geraten war, wollte man versuchen, sich mit demokratischen Idealen aus dem Chaos wieder emporzuarbeiten.

Die Besatzungsmächte waren es, die zuerst den Gedanken faßten, die Opfer des Nationalsozialismus, die unter Hitler unsäglich gelitten hatten, zu entschädigen. Wie einer unangenehmen Pflicht willfährten die einzelnen deutschen Länder anfänglich dem Befehl ihrer Besatzungsmacht.

Im Jahre 1949 trat der Bundestag in Bonn zusammen. Dringlicher noch als die Entschädigung der Opfer des Faschismus erschien dem Bundestag die Versorgung jener Beamten, die während des Dritten Reiches den braunen Machthabern allzu dienstwillig gehorcht hatten und infolgedessen von den Siegermächten aus ihren Ämtern verjagt worden waren. Ihnen wurde schleunigst durch ein Gesetz zum Artikel 131 des Grundgesetzes beigeprungen; sie wurden vorläufig der dringendsten Not entrissen.

Unter dem Druck der Besatzungsmächte und zugleich in dem Bestreben, humanitären Schein zu wahren, schritt der Bundestag schließlich auch zum Erlaß eines Entschädigungsgesetzes für die Opfer des Faschismus: Im großen und ganzen wurden in dieses Gesetz alle jene Bestimmungen aufgenommen, die sich in den Gesetzen gefunden haben, welche von den Besatzungsmächten stammten. Die besondere Leistung des Bundestages aber war der Ausschließungsparagraph, der in das Gesetz hineingearbeitet wurde. Allen jenen Opfern des Faschismus, die nach der Gründung der deutschen Bundesrepublik der »Entstehung eines totalitären Regimes Vorschub geleistet hatten«, sollte die Entschädigung für ihre Leiden versagt werden. Praktisch bedeutete dies, daß die Mitglieder der Kommunistischen Partei keine Wiedergutmachung erhalten sollten. Der Kampf gegen den Nationalsozialismus hatte mit der politischen Tätigkeit nach dem Jahre 1949 schlechthin nichts zu tun. Die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei mit solch schweren Folgen zu belasten, besagte nichts anderes, als eine abweichende politische Gesinnung in der Bundesrepublik ebenso zu bestrafen, wie sie von den Nationalsozialisten verfolgt und bestraft worden war. In dem Ausschließungsparagraphen kam die gleiche antibolschewistische Einstellung zum Ausdruck, die der Nationalsozialismus an den Tag gelegt hatte. Unter der demokratischen Hülle des Bundestages versteckte sich der nationalsozialistische Kern vergangener Tage.

War schon das Entschädigungsgesetz den Nonkonformisten gegenüber feindlich eingestellt, so taten die Gerichte ein übriges.

Wenn der zurückgewiesene Geschädigte sich Recht suchend an Gerichte wandte, wurde er in der Regel von den Gerichten zurückgewiesen. Die Rechtsprechung der Gerichte war bis hinauf zum Bundesgerichtshof einheitlich und zeigte, daß der Bundesgerichtshof wie alle Gerichte von versteckt faschistischem Geiste erfüllt war.

Freier Westen

Durch einige Erlebnisse, die ich um dieselbe Zeit durchzustehen hatte, wurde meine Skepsis bestätigt, mit welcher ich die aufdringlichen Bekenntnisse der Bundesrepublik zu freiheitlichen Prinzipien betrachtete.

Etwa seit dem Jahre 1950 wurden in Darmstadt unter der Protektion der Stadtverwaltung von führenden Persönlichkeiten des kulturellen Lebens die sogenannten »Darmstädter Gespräche« veranstaltet. Ein Zentralthema wurde jeweils bekanntgegeben, zu dessen Erörterung einige hervorragende Männer, von denen man erwarten durfte, daß sie zu dem Gegenstand etwas Wesentliches zu sagen hätten, eingeladen wurden. Auch den Gästen wurde Gelegenheit geboten, an der Diskussion teilzunehmen. Die »Darmstädter Gespräche« hatten es schon nach kurzer Zeit zu einigem Ansehen gebracht. Man würdigte sie als kulturelle Ereignisse von Bedeutung. Männer wie der Philosoph Heidegger wirkten bei diesen Gesprächen mit.

Das vierte »Darmstädter Gespräch« von 1953 sollte das Thema »Individuum und Organisation« behandeln. Unter dem 17. Juli 1953 erhielt ich einen Brief folgenden Inhalts:

»Ihr Name ist uns für das ›Darmstädter Gespräch‹ genannt worden, und wir wären interessiert daran zu erfahren, ob Sie an einer Beteiligung eventuell Interesse hätten.«

Meine Antwort auf diese Einladung lautete:

»Sie haben mich davon unterrichtet, daß mein Name für das ›Darmstädter Gespräch‹ genannt worden sei. Das Thema ›Individuum und Organisation‹, das Sie bei Ihrem nächsten Gespräch behandeln, interessiert mich. Wie ich die Sachlage augenblicklich übersehe, könnte ich es vermutlich einrichten, an diesem Gespräch teilzunehmen.«

Einige Zeit verging; ich war entschlossen, mich an dem »Darmstädter Gespräch« zu beteiligen. Da empfing ich unter dem 17. September 1953 nachfolgendes Schreiben:

»Wir kommen heute noch einmal zurück auf Ihren Brief vom 22. 7. Die Meldungen zur Beteiligung am ›Darmstädter Gespräch‹ sind dieses Jahr so groß, daß wir Sie leider nicht bitten können, am Gespräch teilzunehmen, da wir sowieso mit der Zeit knapp werden. Wir hoffen, Sie in einem der nächsten Jahre einmal auffordern zu können.«

Das war eine unzweideutige Ausladung. Offenbar mußten Kräfte befürchtet haben, ich könne die Harmonie der Aussprache stören; sie schienen Anstoß daran genommen zu haben, daß ich, der als Mann des Ostens galt, mich schlecht in dieser illustren Gesellschaft ausnehme. Welche Kräfte es waren, die sich auf solche Weise eingemischt hatten, blieb mir bis zum heutigen Tage verborgen.

Meine Antwort war:

»Ihr Brief vom 17. 9., durch welchen ich aus Ihrem ›Gespräch‹ wieder ausgeladen wurde, ging bei mir ein. Vermutlich hatte ich Ihre Einladung nur aufgrund des Umstandes erhalten, daß Sie sich in Unkenntnis über meine Person befanden. Inzwischen wurden Sie, wie ich vermute, darüber unterrichtet, und Sie hielten es nunmehr für zweckmäßig, dafür zu sorgen, daß Ihr Teilnehmerkreis in prinzipieller Hinsicht konformistisch zusammengesetzt blieb.

Da ich liberal genug bin, keine Diskussion zu scheuen und jedem, der seinen Standpunkt qualitativ zulänglich vertritt, aufmerksam zuzuhören, entschloß ich mich seinerzeit, Ihre Einladung anzunehmen. Es ist für mich nicht ohne Reiz festzustellen, daß ich, der Mann, welcher dem Umkreis des deutschen Ostens angehört, die Veranstalter des ›Darmstädter Gesprächs‹ an Liberalität des Geistes übertreffe. Ich verfüge sogar über so viel Toleranz, Ihre Selbstsicherungsmaßnahmen zu begreifen und sie auch nicht übelzunehmen. Selbstverständlich haben Sie das Recht, darüber zu wachen, daß niemand, der geistig aus Ihrem Rahmen fällt, eine Spannung in Ihrem Kreise verursacht, die zwar sachlich in Ihrer Problemstellung selbst liegt, die aber größer sein würde, als Sie diese vorgesehen haben.«

Selbstverständlich blieb ich dem »Darmstädter Gespräch« fern; ich bildete mir über die »Freiheit des Geistes« in der Bundesrepublik verständlicherweise meinen eigenen Begriff.

In diesem Begriff wurde ich gestärkt durch eine Erfahrung, die ich Anfang des Jahres 1954 mit der Abteilung Fernsehen des Nordwestdeutschen Rundfunks machte. Diese Abteilung erwog Ende

1953, eine »Buchreihe« einzuführen; der Autor eines ausgewählten Buches sollte vor der Kamera sich mit einem dazu bestimmten Journalisten über sein Buch aussprechen und sich mit Einwänden auseinandersetzen. Mit meinem Buche »Das Reich der niederen Dämonen« sollte diese »Buchreihe« beginnen.

Der Chefredakteur des NWDR-Fernsehens, Klaus Besser, lud mich zu dieser geplanten Veranstaltung Ende 1953 ein. Arglos sagte ich zu. Am 20. Januar 1954 sollte ich gemeinsam mit Rüdiger Proske auf dem Fernsehschirm erscheinen.

Am 20. Januar 1954 flog ich in Begleitung meiner Frau nach Hamburg. Nach meiner Ankunft rief ich Rüdiger Proske an, um mit diesem eine Zusammenkunft zu verabreden. Einigermaßen seltsam empfand ich, daß er offenbar auswich. Er sei durch eine Betriebsrätesitzung stark in Anspruch genommen, hoffe aber doch, abends im Studio des Fernsehens sein zu können. Gegen 18 Uhr hatte ich vereinbart, im Studio des Fernsehens zu sein. Im Vorzimmer Klaus Bessers hatte ich einige Zeit zu warten; ich traf auf eine auffallend kühle Atmosphäre.

Nachdem ich im Zimmer Bessers Platz genommen hatte, eröffnete mir dieser mit einiger Verlegenheit in stockendem Tone, er habe mir etwas »Schreckliches« zu sagen. Herr Proske fühle sich aus gesundheitlichen Gründen außerstande, das Gespräch durchzuführen, ein Ersatz lasse sich aufgrund der Natur der Sache nicht beibringen. So müsse also die Sendung ausfallen, obwohl sie im veröffentlichten Sendeplan vorgesehen sei.

Mir war sofort klar, daß Besser Ausflüchte mache und seinen Worten nicht zu glauben sei. Meine Vermutung war, es habe sich irgendeine Stelle eingemischt, um die Sendung zu vereiteln. Später bestätigte sich diese Vermutung in der Tat. Einer meiner Bekannten war an diesem Abend zum Sender Freies Berlin gegangen, um die Sendung dort anzusehen. Ohne daß eine Programmänderung angekündigt wurde, erschien eine Tanzveranstaltung auf dem Bildschirm. Mein Bekannter sprach seine Verwunderung aus. Daraufhin wurde ihm erwidert, man sei in Berlin darüber betroffen gewesen, daß ich nach Hamburg eingeladen worden sei.

Klaus Besser hatte nicht das Bedürfnis gefühlt, sich ob dieses Ganges der Dinge zu entschuldigen. Im Gegenteil hatte ich sogar noch einige Schwierigkeiten, meine Unkosten ersetzt zu bekommen.

Am selben Abend traf ich mich mit dem Verleger Ernst Rowohlt und mit Günther Weisenborn. Rowohlt hatte mit gesundheitlichen Störungen zu kämpfen, bemühte sich aber, sie nicht merken zu las-

sen. Seine sprudelnde Vitalität nahm den Zwischenfall, der mir begegnet war, nicht sehr wichtig; auch er zweifelte nicht daran, daß sich eine dienstliche Stelle störend eingemischt habe.

Schon am 22. Januar 1954 wandte ich mich mit einer Beschwerde an den Generaldirektor des Nordwestdeutschen Rundfunks, Dr. Adolf Grimme.

Erst am 24. Mai beantwortete Grimme meinen Brief. Er versicherte mir, daß er es nicht für richtig gehalten habe, mich überhaupt einzuladen, und fuhr dann fort:

»Ich mache aber genausowenig Hehl daraus, daß ich es unbeschadet der Unpäßlichkeit Ihres Gesprächspartners für ein bedauerliches Vorkommnis halte, wenn jemand, der eingeladen ist, alle Vorbereitungen getroffen und eine für ihn noch dazu mit besonderen Mühen verbundene Reise auf sich genommen hat, in letzter Minute eine Absage erhält. Dann mag der Grund noch so stichhaltig sein. Das Vorgehen muß Mißstimmung auslösen.

Was ich darüber hinaus an Grundsätzlichem im Brief an Herrn Wünsch andeute, wird, muß ich freilich befürchten, Sie nicht überzeugen. Und das dann vielleicht deshalb nicht, weil sich die Tragödie unserer Generation darin auffängt, daß sich auch zwischen Menschen desselben ehrlichen Willens und Suchens eine Grenze des Verstehens aufgerichtet hat. Mir jedenfalls geht es so, daß ich Ernst Niekisch früher verstanden habe, heute aber nicht mehr. Möchte die Zeit kommen, wo dieser Alpdruck Ihnen wie mir als ein historisches Requisit erscheinen wird!«

Diesem Brief hatte Grimme die Abschrift eines Briefes beigelegt, den er an meinen Vetter, den Marburger Theologieprofessor Georg Wünsch, gerichtet hatte. Wünsch hatte sich ihm gegenüber über die Behandlung beschwert, die mir zuteil geworden war. In dem Antwortbrief führte Grimme aus:

»Es trifft nicht den Kern, wenn Sie meinen, das Interview sei seinerzeit abgesetzt worden, weil der NWDR etwa abgelehnt hätte, »sich mit diesem interessanten Werk zu beschäftigen«. Eine Buchbesprechung, warum nicht? Aber eine völlig andere Frage ist, ob auch Sie meinen, es sei eine zu verantwortende Aufgabe des Westdeutschen Rundfunks, dies Instrument einer freien Publizistik einem ausgesprochenen Verfechter des Systems der Unfreiheit zur freien Benutzung zur Verfügung zu stellen. Schrecken da nicht die Folgen jener uneinge-

schränkten Freiheit der Weimarer Zeit mit ihrer Blindheit gegenüber der Einsicht, daß die Freiheit die Grenze ihrer eigenen Lebensfähigkeit überschreitet, wenn sie auch dem Gegner der Freiheit gegeben wird? Das Weimarer Beispiel sollte uns doch wohl die Augen dafür geöffnet haben, daß Toleranz auch gegenüber der Intoleranz den Selbstmord der Freiheit bedeutet.«

Das Bild, das Grimme von mir hier zeichnete, traf nicht den wirklichen Sachverhalt. In solchem Lichte erschien ich nur in den Akten der Westberliner Behörden, die in jener Zeit ausschließlich von den finsternen Geheimdiensten beliefert wurden. Diese Geheimdienste nahmen es mit Verleumdungen nicht genau.

Der düstere Schatten

Immer war das Bild, das ich von den deutschen Dingen und ihrer Entwicklung in mir trug, seit dem Jahre 1945 in die düsteren Schatten der Erinnerung an das Dritte Reich getaucht. Die Hitlerzeit galt mir nicht als bloße Episode, als ein geschichtlicher Fehltritt, ich sah sie im deutschen Wesen, in den Fundamenten der deutschen Natur angelegt; es brauchte nur eine bestimmte Situation zu kommen, um das Arge und Schlimme, welches das deutsche Volk in sich barg, an den Tag zu bringen. Nicht bloß auf den Exzessen einzelner beruhte das Dritte Reich; fast das ganze Volk – mindestens 80 Prozent – war damit belastet. Seine Untaten hatten eine deutsche Kollektivschuld begründet.

Wie schauerlich war dies alles gewesen! Plünderungen, Folterungen, Grausamkeiten, Raub, Morde waren auch von anderen Völkern zu gewissen Zeiten im Zustande großer Leidenschaft verübt worden. Aber diese eiskalt berechnete Menschenschinderei, diese pedantische, ausgeklügelte Systematik der Menschaustilgung sucht in der Geschichte ihresgleichen. Auch Dschingis-Khan, Tamerlan, auch die Türken betrieben mitleidslos Völkermord, doch taten sie es nicht mit jener fast wissenschaftlichen Gründlichkeit und Sachlichkeit, mit der das Deutsche Reich Juden und Slawen um die Ecke brachte, erschlug, erschloß, vergiftete, vergaste, »abspritzte«, verbrannte, erwürgte, erdrosselte, erhängte, köpfte, kurzum »liquidierte«. Nie wohl wurde so gefühlkalt menschliche Würde und menschlicher Wert mit Füßen getreten.

Die »Politik« Hitlers war ein einzig zusammenhängendes, unge-

heuerliches und grenzenloses Verbrechen; allen bösen Instinkten, die im deutschen Volke schlummerten, gab sie freien Lauf und brachte sie alsdann unter eine einheitliche Direktion. Das Tier im Menschen wurde angereizt, sich hemmungslos auszutoben. So wurde die Menschheit noch nie geschändet, wie das unter Hitler, dem umjubelten Führer des deutschen Volkes, geschah. Beamte, die diesem blutriefenden Reiche dienten, waren Komplizen, Richter entarteten zu Henkern, Soldaten, die seine Kriege führten, wurden zu Massenschlächtern. Nie mehr wäscht das deutsche Volk diese abgrundtiefe Schmach von sich ab; es ist gezeichnet für alle Zeiten.

Der Zusammenbruch von 1945 war verdient; die Weltgeschichte hätte wahrhaftig ihren Sinn verloren, wenn Deutschland aus dem von ihm angezettelten Krieg nicht zerschmettert hervorgegangen wäre.

Wie überstand das deutsche Volk diese Zerschmetterung und wie suchte es sich, mit unermeßlicher Schuld beladen, in der Welt wieder einzurichten?

Von schlechtem Gewissen geängstigt, duckte es sich zuerst vor den triumphierenden Siegern und schien bereit, alles mit sich geschehen zu lassen. Zu seiner Verteidigung brachte es nur kläglich vor, nichts von den Gewalttaten und Schändlichkeiten gewußt zu haben, die es doch gutgeheißen, an denen es sich beteiligt, die es widerspruchslos geduldet hatte. Dann richtete es sich auf Demokratie und Christentum ein. Unverfroren empfahl es sich zu guter Letzt für die Aufgabe, Wächter und Verteidiger der Freiheit und der Menschenrechte zu sein.

Man kennt die These, daß nur eine schmale, kaum merkliche Grenze zwischen Genie und Irrsinn bestehe. Nicht weniger schmal ist die Grenze, durch welche Politik und Soldatentum auf der einen Seite und Verbrechen auf der anderen voneinander getrennt sind.

Hitlers Untaten hatten diese Grenze verwischt, ja ausgelöscht. Unverhüllt war der verbrecherische Charakter der Politik und des Soldatenhandwerks offenbar geworden; die Politiker waren als »Kriminelle«, die Soldaten als Mordbrenner entlarvt. Auch in Zukunft wird auf deutsche Politiker und Soldaten ein schiefes Licht fallen, sofern sie nicht eine besondere Behutsamkeit und Zurückhaltung an den Tag legen. Deutsche Politik und deutsches Soldatenhandwerk haben kaum noch moralischen Kredit, den sie zu mobilisieren vermöchten; man glaubt ihnen das Ethos nicht mehr. Schon bald nach dem Zusammenbruch konnte man eine impulsive

Abneigung gegen die »Opfer des Faschismus« beobachten; hätten sie nicht »gemeckert«, so konnte man sagen hören, dann wäre ihnen nichts passiert.

Der Nazismus war nicht tot – wie sollte er auch; er hatte sich nur verkrochen, und nur dann und wann wagte er sich unvorsichtig ans Licht. Offen wollte niemand Nazi gewesen sein, jeder spielte sich als heimlicher Gegner der Nazis auf. Die Sieger erzwangen die Entnazifizierungsverfahren. Die hierzu berufenen Richter hatten aber ehedem selbst mit den Nazis zum mindesten heimlich geliebäugelt; allzu bereit waren sie, deren Ausreden, Leumundszeugen, »Persilscheinen« zu glauben, und nur, wo es angesichts der offenkundigen Tatsachen nicht anders ging, verhängten sie gegen Belastete Sühnemaßnahmen. Wären die Kriegsverbrecher nicht vor den Internationalen Gerichtshof in Nürnberg gestellt worden, dann wären sie allesamt ganz billig davongekommen.

Als die Bundesrepublik gegründet und von den demokratisch und christlich getarnten ehemaligen Naziwählern und -anhängern gebilligt worden war, tauchten in allen Ämtern die alten Nazibeamten wieder auf; in den Gerichten bedienten blutbesudelte Richter die Waage der Gerechtigkeit. Für jene Beamte und Richter, die von den Siegern selbst noch aufs Pflaster gesetzt worden waren, wurde schließlich ein Gesetz geschaffen – das berichtigte Gesetz zum Artikel 131 des Grundgesetzes –, aufgrund dessen ihnen Wartegelder zugebilligt wurden, bis sich für sie der Weg in die Behörden wieder öffnete. Die Renazifizierung setzte teils offen, teils heimlich auf Schleichwegen ein. Der Verfasser des Kommentars zu den Nürnberger Gesetzen, der Wegweiser der Judenvertilgung, Globke, wurde die rechte Hand des Bundeskanzlers Adenauer.

Widerstrebend, nur dem Druck der Siegermächte nachgebend ging die Bundesrepublik an das Problem der Wiedergutmachung, die Entschädigungen für unschuldig erlittenen Freiheitsverlust und nationalsozialistisches Unrecht heran. Eine kleine Genugtuung fand sie darin, den antikommunistischen Kurs Hitlers fortsetzend, wenigstens Kommunisten zu beeinträchtigen oder ihnen die Entschädigung ganz und gar vorzuenthalten.

Inzwischen war die amerikanische Politik darauf gekommen, daß sich die bösen deutschen Instinkte und lebenszerstörerischen Triebe für amerikanische Ziele einspannen ließen. Es bedurfte nur ihres leisen Anstoßes, die Deutschen zur Wiederbewaffnung anzufeuern.

Kaum hatten sie wieder Blut geleckt, drängten sie sich zu den fürchterlichen Vernichtungsmitteln der Gegenwart; die Atomaufrüstung insbesondere beflügelte ihre Phantasie. Hier ließ sich, diesmal unter amerikanischer Deckung, das alte Mörderhandwerk gründlicher noch betreiben, als dies sogar unter Hitler und Himmler geschehen war.

Sobald die Bundesrepublik eigene Waffen in die Hand bekommen hatte, schwoll ihr Selbstgefühl. Sie träumte von einer Politik der Stärke, behandelte ihre einstigen Opfer, Polen und die Tschechoslowakei, hochfahrend und anmaßend und führte gegen die Sowjetunion eine kecke und herrische Sprache; bis zum Ural sogar drohte sie diese ausradieren zu wollen. Den kalten Krieg empfand sie, nachdem sie den heißen Krieg vorerst noch nicht führen durfte, als das ihr gemäße Element; sie fühlte sich um so wohler darin, als er psychologisch wie militärisch den Revanchekrieg, dem sie zutrieb, vorbereitete und allerlei politischen Vorteil einbrachte. Sie benahm sich, als seien die Oststaaten Besiegte und als sei der Sieg ihr zugefallen. Zu diesem Ton fühlte sie sich befugt, weil sie die amerikanische Unterstützung und die amerikanischen Kredite als Belohnung für ihre ehemalige Brutalisierung der Ostvölker und als Ermunterung zu neuen Taten solcher Art empfinden zu dürfen glaubte. Im Hintergrund aber beobachtete man die deutsche Schwerindustrie, wie sie – wie zu Hitlers Zeiten – abenteuerliche Pläne gegen deutsche Arbeiter und fremde Völker schmiedete und ihre Macht über die verantwortlichen Politiker entfaltete.

Die ganze Last des verlorenen Krieges ruhte dagegen auf den Schultern der Bevölkerung östlich der Elbe-Werra-Linie, der späteren Deutschen Demokratischen Republik. Sie lebte unter Verhältnissen, die den Rückfall in die alte deutsche Großmannsucht verboten; ihr Lebensstil war ärmlich und dürftig, wie es einem Volke geziemte, das den Zweiten Weltkrieg über die Welt gebracht hatte. Kein amerikanisch angeheiztes Wirtschaftswunder verwirrte hier die Maßstäbe. Hier war kein Boden für jene frevelhafte Politik, übermütig einem neuen Kriege zusteuern zu wollen. Die Bundesrepublik existierte im Zustande der Hybris; sie ließ es sich im Schlamm der vergangenen Verbrechen und Greuel wohl sein und kokettierte nur fast zynisch »mit ihrer unbewältigten Vergangenheit«. Die Deutsche Demokratische Republik dagegen hatte die alten Untaten abzubüßen und erwarb sich damit möglicherweise für die Zukunft ein Anrecht, Deutschland einen Weg zu neuer Politik zu weisen.

Besprechung im Staatssekretariat

Am 27. Januar 1954 wurde ich telefonisch eingeladen, zu dem Hauptreferenten im Staatssekretariat für das Hochschulwesen, Königer, zu kommen. Königer war der zuständige Bearbeiter des Ressorts »Geschichte« an der Humboldt-Universität.

Die meisten Referenten und Hauptreferenten im Staatssekretariat waren junge Leute, die ihre Prüfungen vor etwa ein oder zwei Jahren gemacht hatten. Manche davon hatten den Ehrgeiz, die wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen, arbeiteten ein oder zwei Jahre im Staatssekretariat und gingen dann wieder ab, um zu promovieren oder sich zu habilitieren. Zu der Besprechung zog Königer einen etwa fünfundzwanzigjährigen Mann hinzu, der offenbar schon als sein Nachfolger eingeschult werden sollte.

Königer setzte mir auseinander, daß ein sowjetischer Gastprofessor eingetroffen sei, der am kommenden Mittwoch seine Vorlesungen aufnehmen werde. Dieser Gastprofessor wolle über »Allgemeine Geschichte seit 1917« lesen, über dasselbe Thema also, das ich behandelte.

Mit einer gewissen Schroffheit antwortete ich: »Ich verstehe. Ich soll also meine Vorlesung einstellen.«

Königer meinte, die Studenten seien sehr überlastet, es fehle ihnen an Zeit, und sie könnten kaum veranlaßt werden, eine parallele Vorlesung anzuhören. Man müsse selbstverständlich dem Gastprofessor die obligatorische Vorlesung zuweisen; dies gehe nicht anders.

Die einzig obligatorische Vorlesung, die ich an der Humboldt-Universität noch durchführte, sollte ich also zugunsten eines sowjetischen Professors einstellen.

Kurze Zeit später wurde ich darüber aufgeklärt, welche Beweggründe das Staatssekretariat geleitet hatten. In einer Vorlesung hatte ich die Münchener Räterepublik des Jahres 1919 dargestellt. Ich hatte bemerkt, daß sich nur eine mäßige Zahl von Arbeitern auf dieses Unternehmen eingelassen und es unterstützt habe.

Diese Feststellung hatte einigen SED-Studenten mißfallen. Sie baten mich, in der nächsten Vorlesung diesen Punkt noch einmal anzuschneiden und Einwände dagegen vortragen zu lassen. Ich entsprach diesem Wunsch. Einige Studenten behaupteten, die ganze Münchner Arbeiterschaft sei revolutionär gewesen; daß die Räterepublik zusammengebrochen sei, wäre allein die Schuld der SPD-Führer gewesen.

Dieser Behauptung stellte ich meine Erfahrungen entgegen. Man täusche sich im allgemeinen, sagte ich, über die Zahl der Arbeiter, welche es zu unmittelbarer Aktion dränge. Ein solcher Irrtum bestehe etwa auch über die Zahl jener Arbeiter, die sich 1914 dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges entgegengestellt hätten. Damals sei eine Woge unwiderstehlicher Kriegsbegeisterung auch durch die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gegangen. Sozialdemokratische Führer, die es gewagt hätten, sich der allgemeinen Kriegsbegeisterung entgegenzusetzen, wären hinweggeschwemmt worden.

Eine solche Darstellung historischer Vorgänge widersprach der Legende, welche die SED über die Rolle der Arbeiterschaft pflegte. Die SED-Studenten, die an der Aussprache teilgenommen hatten, berichteten dem Zentralkomitee der Partei, und dieses verfügte, daß meine Vorlesung eingestellt werden solle. Das Staatssekretariat gehorchte unverzüglich dieser Anordnung.

Wolfgang Harich

Als ich im August 1945 die Leitung der Volkshochschule Wilmersdorf übernommen hatte, stieß ich auf eine Reihe von Vorschlägen und Entwürfen zu Vortragsreihen. Eines dieser Exposés skizzierte eine wöchentlich zweistündige Vorlesung über Immanuel Kant. Ich prüfte den Entwurf und fand ihn unreif. Mein Vorgänger hatte diese Vorlesung, die sich über ein Semester erstrecken sollte, angenommen. Ich konnte diese Entscheidung nicht akzeptieren und entschloß mich, den Plan an den Einsender wieder zurückzugeben. In einem freundlich gefaßten Brief bat ich ihn, zurückzutreten, und bot ihm für seine Arbeit, die er an den Entwurf gewandt hatte, ein ausreichendes Honorar an.

Bald darauf stürzte in mein Büro ein junger, etwa zweiundzwanzigjähriger Mann mit fliegenden Haaren und glühenden Augen und überschüttete mich, kaum daß er eingetreten war, mit den heftigsten Vorwürfen. Er lasse sich, rief er, diese Behandlung nicht gefallen; er empöre sich gegen die eingerissene Herrschaft der »kleinen Hitlers«. Er wolle seine Sache durchfechten und bestehe darauf, seine Vorlesungen über Kant halten zu dürfen. Ich suchte den Aufgeregten, es war Wolfgang Harich, zu beruhigen. Er hatte mit einigen Studenten Opposition gegen das Hitlerregime gemacht und fühlte sich als Kämpfer gegen den Nationalsozialismus. Darauf

berief er sich und wollte besonders respektiert sein. Als ich auf meiner Ablehnung beharrte, fuhr er mit Anwürfen und Beschimpfungen fort. Schließlich begann er sogar zu drohen, er wolle, begleitet von einem britischen Offizier, sich für seine Vorlesungen den Zugang zu einem Hörsaal der Volkshochschule erzwingen. Da riß mir die Geduld. Ich wies ihm die Tür. Er ging wutschnaubend hinweg.

Wolfgang Harich war der Sohn eines ostpreußischen Schriftstellers, arbeitete nach 1945 kurze Zeit als Sekretär Johannes R. Bechers, war freilich viel zu selbstbewußt, um sich mit diesem auf die Dauer vertragen zu können. Seine Begabung stand außer Frage. Er faßte rasch auf, war kühn genug, sich über alles ein Urteil zu bilden und es auszusprechen, hatte auch unzweifelhaft schriftstellerisches Talent.

In jener Auseinandersetzung brachte er zum Ausdruck, daß er ein Gegner des Sozialismus sei. Mein Vorgänger hätte ihm vorgeschlagen, Kant unter marxistischen Gesichtspunkten zu betrachten. Dies habe er entschieden abgelehnt.

Ohrenzeuge bei meiner Auseinandersetzung mit Harich war Paul Bourdin. Nicht lange, nachdem Bourdin die Volkshochschule verlassen und seinen Chefredakteurposten im »Kurier« angetreten hatte, holte er sich den jungen Harich als Redakteur.

Es war ein guter Griff. Harich wurde Theaterkritiker in jener Zeit, in welcher die Bühne erst wieder begann, sich zu erholen. Mit frischer Unbedenklichkeit ging Harich an sein Geschäft. Seine Besprechungen waren keß, oft unverfroren und fielen gegenüber den langweiligen Kritiken seiner Kollegen auf. Der junge Harich kam zu einer gewissen Berühmtheit, die sein Selbstgefühl ungesund nährte. Er versuchte sich wöchentlich einmal in Parodien: Er ahmte den Stil bekannter Schriftsteller nach, wie z. B. denjenigen Ernst Jüngers, und es geschah zweifellos in geschickter und gelungener Weise.

Harich verkehrte in der »Möwe«, jenem bevorzugten Lokal, welches für die Künstler und Schriftsteller mit Hilfe der Russen eingerichtet worden war. Hier lernte ihn der sowjetische Oberstleutnant Dymshitz kennen, der im Zivilberuf Universitätsprofessor in Leningrad war. Dymshitz fand an dem jungen Mann Gefallen und diskutierte mit ihm wochenlang über marxistische Probleme. Schließlich gelang es ihm, Harich für den Marxismus zu gewinnen. Harich schied aus dem »Kurier« aus, siedelte nach Ost-Berlin über und trat in die Redaktion der »Täglichen Rundschau«, des Blattes

der sowjetischen Besatzungsmacht, als Theater- und Kunstkritiker ein.

Auch hier wurden die Harichschen Kritiken beachtet, so daß er von seinem frischen Ruhm nichts verlor. Er liebte scharfe Formulierungen, und nicht selten erregte er bei den Schauspielern und Schauspielerinnen Ärger. Die Schauspielerin Käthe Dorsch übernahm es eines Tages, ihre mißhandelten Kollegen zu rächen: Nach einer nicht unverdienten schlechten Kritik ihres Spiels, eines »Verrisses«, suchte sie seine Nähe und entlud ihren Zorn in zwei kräftigen Ohrfeigen, die Harich mit chevalereskem Anstand einstrich. Er erhielt ein ungewöhnlich hohes Einkommen und wurde überhaupt von den Russen gehätschelt. In einem von den Russen für die Angestellten der »Täglichen Rundschau« eingerichteten Lehrgang übernahm er Vorträge über Philosophie. In allen Diskussionen bei öffentlichen Veranstaltungen, in denen er anwesend war, glaubte er, etwas sagen zu müssen und auch etwas zu sagen zu haben.

Als Harich etwa 26 Jahre alt war, gab er das Geschäft der Theaterkritik auf und wandte sich der Wissenschaft zu. Er erreichte es, an der Pädagogischen Fakultät der Humboldt-Universität einen Lehrauftrag für Philosophie zu bekommen. Zweifellos trieb er ernsthafte philosophische Studien und beschäftigte sich insbesondere mit den Schriften Herders. Über Herder schrieb er seine Dissertation, wurde Herausgeber einer philosophischen Schriftenreihe im Aufbau-Verlag, wurde dessen stellvertretender Cheflektor, erhielt jetzt einen Lehrauftrag an der philosophischen Fakultät, wurde stellvertretender Direktor des philosophischen Seminars und erhielt den Titel Professor, ohne sich allerdings vorher ordnungsgemäß habilitiert zu haben.

Nach meinem Dafürhalten war er ein bewegliches Talent, aber ohne wirklich schöpferische Tiefe. Der Partei war er ergeben, und es bereitete ihm keine Schwierigkeit, seine Philosophie wie sein Geschichtsbild den Bedürfnissen der Parteiideologie anzupassen. Bei der Eröffnung des Lessing-Museums in Kamenz hielt er die Festrede; er brachte es fertig, Lessing als einen Vorläufer der SED zu feiern.

Doch war Harich klug genug, mit der Zeit zu sehen, daß die Verhältnisse der Deutschen Demokratischen Republik nicht in Ordnung waren. Die Theorie bewährte sich nicht in der Praxis; hier ging die Rechnung fast nirgends auf. Es wurde immer und immer wieder geplant; aber die Planungen führten nicht zu einer Erhö-

hung des Wohlstandes. Der Lebensstandard ging teilweise zurück; nirgends klappte es. Der Materialismus war die Grundlage der Theorie; aber wer auf die Realität blickte, mußte bemerken, daß sich die materiellen Verhältnisse zusehends verschlechterten. Unter Umständen, in denen die materielle Lage ständig absinkt, verliert die materialistische Weltdeutung alle Werbekraft; sie ist außerstande, Hoffnungen zu erwecken und Herzen zu gewinnen.

Am 17. Juni 1953 erhielt diese Politik des Versagens ihre erste Quittung. An diesem Zeitpunkt war Harich schon so weit, mit seinen kritischen Bedenken offen hervorzutreten. Noch nahm er zwar nicht die gesamte Politik der Deutschen Demokratischen Republik unter die kritische Lupe; er beschränkte sich auf sein Spezialgebiet, die Kulturpolitik.

In den führenden Stellen der Partei wurde dies übel vermerkt. Trotzdem wurde er ostentativ weiter von der Partei begünstigt, Harichs Karriere aber wurde fühlbar abgebremst. Er erhielt den philosophischen Lehrstuhl nicht, zu dem er befähigt gewesen wäre, und wurde auf ein Randgebiet abgeschoben. Seine Tätigkeit im Aufbau-Verlag war allerdings fruchtbar; wenn dieser Verlag sich zu einem der besten deutschen Verlage überhaupt entwickelte, so trug Harich kein geringes Verdienst daran. Neben seiner Lektoratstätigkeit wurde ihm die Redaktion der »Zeitschrift für Philosophie« übertragen; es war kein anderer da, der dieses Geschäft besser hätte besorgen können.

Die polnischen und ungarischen Geschehnisse waren für Harich ein Anstoß, aktiv in die Politik einzugreifen. Er war zu der Einsicht gelangt, daß in der Deutschen Demokratischen Republik kein Mann vorhanden sei, der den Kampf gegen den verhängnisvollen Stalinismus aufnehmen konnte. Gomułka hatte durch sein Leiden für Polen einen starken Symbolwert gewonnen, und auch Imre Nagy war nicht ohne einen solchen. Merker, Dahlem und Ackermann hatten sich viel zuwenig exponiert, um zu solchem Symbolwert gelangen zu können. Ackermann hatte wohl einst die Losung vom »deutschen Weg« ausgegeben, hatte dann aber kapituliert und war für sein Programm nicht eingestanden. Niemand war da, der auf den Plan treten konnte. Dies war für Harich Versuchung genug, auf sich zu bauen und die Fahne aufzupflanzen, für welche die Stunde reif zu sein schien.

Die kritischen Erwägungen, von denen Harich beunruhigt war, faßte er in einem Memorandum zusammen. Die Politik der Deutschen Demokratischen Republik wurde darin einer Prüfung unter-

worfen und Reformvorschläge entwickelt. Die politische Linie, die er empfahl, näherte sich derjenigen der Sozialdemokratie. Er zögerte nicht, Beziehungen mit westdeutschen sozialdemokratischen Kreisen aufzunehmen. Auch zu der Gomulka-Rebellion in Polen knüpfte er Verbindungen an.

Seine Denkschrift legte er mehreren Freunden vor; auch der Leiter des Aufbau-Verlages, Janka, wurde eingeweiht. Des Rückhalts bei Männern wie dem Philosophen Ernst Bloch und dem ungarischen Literaturhistoriker Georg Lukács glaubte er sicher zu sein. Die Reformbewegung, die er auszulösen suchte, sah er im großen Zusammenhang mit den Bestrebungen des ungarischen Petöfi-Kreises und der polnischen Gomulka-Rebellion. Wohl fehlte ihm noch ein großer Anhang, doch zweifelte er nicht daran, daß die Zeit für ihn arbeite und ihm die Unterstützung einer großen Gefolgschaft über kurz oder lang einbringen werde.

Harich wollte kein Abtrünniger sein; er wollte Marxist bleiben. In seinem Memorandum versicherte er, keine Renegat wie Arthur Koestler werden zu wollen. Wenn er außer Marx und Lenin auch Rosa Luxemburg, Kautzky, Trotzki, Ruth Fischer und Sternberg zu Rate ziehen wollte, so suchte er Bestätigung und Vertiefung seiner Theorien.

Harichs Memorandum wollte den »deutschen Weg« wieder einschlagen. Er bemühte sich, den Anschein zu vermeiden, als ob er von »illegalen« Absichten getragen sei; er wollte nicht in den Verdacht geraten, ein finsterner Verschwörer zu sein. Offen wollte er das Zentralkomitee der SED ins Vertrauen ziehen. Er klopfte bei Fred Oelßner, Paul Wandel und Kurt Hager an, um ihnen sein Programm vorzutragen, wurde indes schon in den Vorzimmern abgewiesen; die Genossen wollten ihn nicht hören. Daraufhin begab er sich zum sowjetischen Botschafter Puschkin, händigte diesem sein Memorandum aus und hielt ihm einen vierstündigen Vortrag. Puschkin sollte für seine Sache beim Zentralkomitee plädieren. Aber Puschkin verstand keinen Spaß; er gab einen Wink, diesen gefährlichen Burschen lahmzulegen. Als Harich erfahren hatte, wie unzugänglich Ulbricht für seine Reformpläne sei, erwog er, von Polen und von Westdeutschland her auf die Deutsche Demokratische Republik einzuwirken. Er hoffte, die Vorgänge in Polen und Ungarn würden auch in der Deutschen Demokratischen Republik die Dinge in Fluß bringen.

Seine Spekulationen und seine Planungen erschienen Ulbricht höchst gefährlich; da war es um Harich geschehen. Seit den ungarischen

schen Ereignissen war die Intelligenz in der Deutschen Demokratischen Republik nicht mehr zur Ruhe gekommen. Zwar wurden viele Versuche unternommen, sie zu beschwichtigen; aber Studenten und Wissenschaftler waren zu erregt, als daß sie völlig zur Ruhe hätten gebracht werden können. Wenn es Harich gelang, in Fühlung mit der aufgewühlten Intelligenz zu kommen, sich zu deren Sprachrohr zu machen, so waren die Folgen nicht abzusehen. In der Verteidigung seiner Stellung entschloß sich Ulbricht, Harich seine Macht spüren zu lassen. So kam Harich vor den Obersten Gerichtshof. Auf einem Zettel, der später auf seinem Schreibtisch gefunden wurde, hatte Harich vermerkt, »die Partei ist in Gefahr«. So sah er die ganze Deutsche Demokratische Republik in höchster Gefahr, und er vermaß sich, sie retten zu wollen.

Die Öffentlichkeit der Verhandlung war beschränkt. Nur Delegationen aus Betrieben und ausgewählte Schriftsteller, wie Anna Seghers, Bodo Uhse, Willi Bredel, und Studenten waren zugelassen. Vor allem wurde die Westpresse ferngehalten, sie sollte nicht Gelegenheit finden, Kapital aus der Sache zu schlagen. Arbeiter bildeten den größten Teil des Publikums, sie waren das Volk, vor dem ein Intellektueller zur Rechenschaft gezogen, gedemütigt und bestraft wurde. Diese Arbeiter entrüsteten sich, empörten sich über den Schuldigen, sie billigten das Urteil. Die Stimme des Volkes verwarf das Anliegen des geistigen Menschen. Es war eine Warnung an die Adresse der Intelligenz. Sie sollte ihre Lehre aus diesem Prozeß ziehen: Der Horizont des Arbeiters muß zu ihrem eigenen Horizont werden, er umgrenzt den Raum ihrer Freiheit. Darin lag die symbolische Bedeutung des Harich-Prozesses. Der Intellektuelle, der über den Horizont des Arbeiters hinausdenkt und hinausstrebt, kommt zu Fall.

Wolfgang Harich wurde verdammt, weil sein Geist und seine Einsicht sich nicht mit der Elle des linientreuen Arbeiters messen lassen wollten.

Wolfgang Harich wurde zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Ernst Bloch

Ernst Bloch kam im Jahre 1949 aus der amerikanischen Emigration und wurde bald darauf als Professor für Philosophie an die Leipziger Universität berufen. Schon in den zwanziger Jahren war er der Kommunistischen Partei beigetreten. Freilich war die Partei

nie ganz mit ihm einverstanden. In seinen Büchern »Thomas Münzer« und »Geist der Utopie« hatte er eine geistige Konzeption vertreten, die in ihrem Grundwesen durchaus idealistischer Natur war. Die Partei hielt sich lieber an Friedrich Engels' »Von der Utopie zur Wissenschaft«. Mit dem Werke von Karl Marx war die Zeit der Utopien, dies war die Parteilehre, abgelaufen. Man träumte nicht mehr von einer schöneren Zukunft, man gab sich nicht mehr bloßen sozialistischen Hirngespinnsten hin, sondern man beherrschte die Gesetze der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung. Indem man diese Gesetze begriff und sie richtig zu handhaben verstand, baute man die sozialistische Zukunft real und greifbar auf. Der Sozialismus war nicht mehr nur eine vage Hoffnung, sondern das vorwegnehmende Bild einer nahen Zukunft. Er hatte aufgehört, ein Kind des Glaubens zu sein; er war zur wissenschaftlich fundierten, präzisen Vorstellung einer nahenden Wirklichkeit geworden.

Ernst Bloch paßte nicht recht in dieses Schema. Man ließ ihn gewähren, unterließ es aber nicht, sich gelegentlich von ihm zu distanzieren.

Viele Jahre waren seitdem verstrichen. Die Hitlerzeit war über die Welt dahingegangen. Es war nicht unbemerkt geblieben, daß Ernst Bloch sich bemüht hatte, seine Philosophie kommunistischen Bedürfnissen anzupassen; sie wollte ihren idealistischen Charakter abstreifen und sich auf eine materialistische Anschauung gründen.

So trat Ernst Bloch 1949 sein Amt, den Leipziger Lehrstuhl, an. Die Machthaber der Deutschen Demokratischen Republik zeigten sich durchaus befriedigt, diese geistige Potenz gewonnen zu haben. Unverkennbar war Ernst Bloch ein außerordentlicher Kopf, dem die Wertschätzung zuteil wurde, auf welche er Anspruch erheben durfte. Die Studenten der Philosophie strömten ihm zu; Blochs Einfluß auf die junge Intelligenz war ungeheuer. Ein großer Kreis sammelte sich um ihn, der in ihm seinen Lehrer und Führer verehrte. Der Einfluß verstärkte sich noch, als unter Blochs Herausgeberschaft die »Zeitschrift für Philosophie« erschien. Bewußt trachtete Ernst Bloch danach, als der östliche Gegenpol westlicher Dekadenzphilosophie zur Geltung zu kommen. Den pessimistisch-nihilistischen Philosophen Martin Heidegger und Karl Jaspers stellte er seine optimistisch-positive Philosophie gegenüber. Wenn die westliche Welt allen Anlaß hatte, zu verzweifeln, sich vor dem Nichts und dem Abgrund zu ängstigen, so wollte er dartun,

wie die östliche Welt befügt war, gläubig und vertrauensvoll in die Zukunft zu blicken. In der Sowjetunion sah er den Ansatz zu einer sich verwirklichenden Utopie. Auch die Deutsche Demokratische Republik erschien ihm in solchem Lichte. Noch im Jahre 1956 stand Bloch im Mittelpunkt einer Veranstaltung der Deutschen Akademie der Wissenschaften; er hielt das zentrale Referat »Das Problem der Freiheit im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus«, das in einer dreitägigen Konferenz diskutiert wurde. In seinem Referat fand sich der erstaunliche Satz, daß sich die Einstellung zum Problem der Freiheit darin bekunde, wie man zur Sowjetunion stehe.

In Ernst Bloch lebte das Bewußtsein, ein Prophet zu sein. Der große stattliche Mann mit dem ausdrucksvollen bedeutenden Antlitz übte unverkennbar eine faszinierende Wirkung aus. Spürbar trug er zur Schau, sich als Autorität zu empfinden. Auch in Körperschaften, wie etwa dem Präsidialrat des Kulturbundes, in die er Aufnahme gefunden hatte, gab er zu verstehen, wenn er seine Stimme erhob, das »entscheidende Wort« gesagt zu haben.

Allmählich freilich regte sich gegen ihn Opposition. Nur ganz leise und heimlich äußerte sie sich anfänglich. Aus der Emigration hatte Ernst Bloch ein umfängliches Manuskript mitgebracht: »Subjekt und Objekt«, eine Hegel-Interpretation. Stark trat darin zutage, wie mächtig Hegel auf ihn gewirkt hatte. Man könne, dies war Blochs These, Marx nicht recht verstehen, wenn man nicht zuvor eindringlich die Hegelsche Philosophie studiert habe. In dieser These vermeinte man eine verschleierte Stellungnahme für den Idealismus gegen den Materialismus wahrnehmen zu dürfen. Die Machthaber der Deutschen Demokratischen Republik waren der Auffassung, derjenige, der Marx in sich aufgenommen habe, brauche sich um die Hegelsche Philosophie nicht mehr zu kümmern. Marx habe Hegel, der gewissermaßen auf dem Kopfe stand, auf die Füße gestellt; es sei bedenklich, sich wiederum zum Kopfstand zurückzuwenden. Eifersüchtige Kollegen Ernst Blochs unterstützten solche Kritik; sie glaubten ihre Stellung zu festigen, indem sie das Ansehen Ernst Blochs untergruben.

Im Jahre 1954 erschien der erste Band von Blochs Werk: »Das Prinzip Hoffnung«. Längere Zeit hindurch war erwogen worden, ob dieses Buch in der Deutschen Demokratischen Republik überhaupt gedruckt werden sollte. Bloch hatte um die Druckerlaubnis mühsam zu kämpfen. Schließlich aber gelang es ihm doch, den Widerstand zu beseitigen. Im nächsten Jahre kam der zweite Band

des Werkes, das auf drei Bände berechnet war, heraus. Dieses Werk war geeignet, die Einwände gegen Bloch zu verstärken. Die Frage erhob sich, ob dies wissenschaftlicher Sozialismus sei. Einige junge Philosophieprofessoren und vor allen Dingen Parteifunktionäre verneinten sie. Der Sozialismus erschien doch im Lichte einer bloßen Hoffnung. Seine Verkündigung war eine Heilsbotschaft in religiösem Sinne, ein neuer Messianismus schien erstanden zu sein. So hatten einst bürgerliche Utopisten das Proletariat mit Hoffnungen abzuspeisen und einzuschläfern versucht. Auch wenn Bloch die Hoffnung als eine schöpferische Kraft zu deuten versuchte, so schwieg das Mißtrauen gegen eine solche Deutung nicht. Der Sozialismus Blochs geriet in den Verdacht, nur eine Spielart von Religion zu sein. Der Vorwurf wurde laut, die Blochsche Philosophie sei im Grunde nur eine bürgerliche Philosophie.

Bloch war bei der Vergabe der jährlich fälligen Nationalpreise leer ausgegangen. Seine Schüler und Freunde wunderten sich, diesen hervorragenden Philosophen, der dem wissenschaftlichen und philosophischen Prestige der Deutschen Demokratischen Republik so glänzende Dienste leistete, sichtbar zurückgesetzt zu sehen. Ihren beharrlichen Bemühungen war es zu danken, daß der Widerstand der Parteifunktionäre gegen Bloch im Jahre 1955 schließlich doch überwunden werden konnte; in diesem Jahre wurde der Philosoph mit dem Nationalpreis ausgezeichnet.

Einer der rühmlichsten Schüler Blochs, der sich in dieser Sache unermüdlich eingesetzt hatte, war Wolfgang Harich.

Im Dezember 1956 war Harich verhaftet worden. Jetzt regten sich auch die Gegner und Feinde Ernst Blochs. Der Harichsche »Hochverrat«: War dies nicht eine Frucht der Blochschen Philosophie? Bloch selbst geriet in den Verdacht, in die Harichsche Konspiration verwickelt gewesen zu sein. Unbestreitbar war, daß mehrere Schüler Blochs durch die ungarischen Ereignisse sich tief erschüttert gezeigt hatten. Sie waren anfällig für die Gegenrevolution, man brachte diese Anfälligkeit mit der Blochschen Philosophie in Zusammenhang. Die innerste gegenrevolutionäre Tendenz der Blochschen Philosophie sei durch aufsässige Studenten und durch Harich offenbar geworden.

Mit einem Male war Ernst Bloch an einer Universität der Deutschen Demokratischen Republik untragbar. Er wurde zwar nicht angetastet, der Respekt vor ihm war doch noch zu groß. Indessen wurde seine Emeritierung beschlossen. Bloch mußte es mit ansehen, wie seine Schüler verdächtigt, verfolgt, von der Universität

verjagt, zur industriellen Arbeit in Unternehmen gedrängt und sogar verhaftet wurden. Ihm war es nicht erlaubt, sich für die Diskreditierten einzusetzen, stillschweigend mußte er alle dem zusehen. Wenigen nur kam das Grotteske der Situation, das in dem Schicksal Ernst Blochs lag, zum Bewußtsein.

Im Sommer 1961 entfesselte die Philosophie Ernst Blochs lebhaftere Diskussionen an den Hochschulen. Man erörterte das Problem, ob die Blochsche Philosophie idealistisch oder materialistisch sei, und neigte dazu, sie für eine Spielart des Idealismus zu halten. Trotz der Angriffe, die gegen Bloch gerichtet wurden, bestand für ihn keine Gefahr. Er hatte sich als Philosoph ein so großes Ansehen verschafft, daß er in den Augen der Staatsgewalt unangreifbar geworden war.

Als im August 1961 die Berliner Mauer errichtet wurde, befand sich Bloch zur Erholung am Chiemsee. Er rang mit dem Gedanken, ob er nach Leipzig, seinem Wohnsitz, wieder zurückkehren solle oder ob es für ihn empfehlenswerter sei, in der Bundesrepublik zu bleiben. Solange er in Leipzig tätig war, hatte er alle Vorzüge, welche die Deutsche Demokratische Republik zu gewähren vermochte, genossen. Den Nationalpreis hatte er angestrebt und hatte ihn in der Tat empfangen. Auf zahlreiche Studenten hatte er Einfluß ausgeübt, hatte sie mit seinen Gedanken erfüllt und sie dadurch in vielfache Schwierigkeiten gestürzt. Er hatte sich auch ernstlich zu fragen, ob ihn der Inhalt seiner Philosophie nicht verpflichtete, der DDR die Treue zu halten. Wer das Prinzip Hoffnung zum Gegenstand seiner Philosophie erwählt hat und damit auch die Sache der Utopie vertritt, muß wissen, daß die Verwirklichung jeder sozialen Utopie dem sozialen Körper eine feste Form aufprägt. Man kann die Gesellschaft nicht so sich entfalten lassen, wie ihre inneren elementaren Triebe es gebieten. Elementare Wucherungen müssen beschnitten, gewisse Formen dem sozialen Gebilde aufgezwungen werden. Bloch hatte die Deutsche Demokratische Republik als Wachstumsstufe einer sich verwirklichenden Utopie betrachtet.

Solche Überlegungen mochten Bloch den Entschluß, die Deutsche Demokratische Republik zu verlassen, schwierig gemacht haben. Aber zuletzt entschied er sich doch, sich von der Deutschen Demokratischen Republik zu lösen. Der Westen empfand seinen Entschluß, nicht mehr in die Deutsche Demokratische Republik zurückzukehren, als sensationell. Die Presse feierte ihn als den Mann, der die Freiheit des Westens erwählt habe.

Er war zu alt, um noch auf einen Lehrstuhl in Westdeutschland Anspruch erheben zu können. Die Tübinger Universität öffnete ihm einen Lehrsaal für Gastvorlesungen. Verschiedene andere Universitäten luden ihn ein, bei ihnen vorzutragen.

Verlagsverhandlungen

Im Jahre 1952 bot ich das Manuskript »Das Reich der niederen Dämonen« dem Rowohlt Verlag in Hamburg an. Es machte dem Verleger einiges Kopfzerbrechen. Sein Lektor schrieb mir, es bringe die schärfste Abrechnung, die bisher mit Hitler und dem Dritten Reich gehalten worden sei. Rowohlt erwog, ob die Umstände eine gute Konjunktur für das Buch erhoffen ließen. Als zwei der Lektoren die Annahme des Buches empfohlen hatten, zog Rowohlt noch seinen sehr erfolgreichen Autor Ernst von Salomon zu einer Überprüfung heran; auch er entschied sich für das Manuskript. Da wagte Rowohlt die Herausgabe.

Rowohlt hatte freilich richtig vorausgeahnt, daß das deutsche Volk wenig Interesse für seine jüngste schreckliche Vergangenheit zeigen werde. Es wollte nicht an sie erinnert werden. Die Buchbesprechungen waren zwar zumeist ausgezeichnet, doch die Zahl der Käufer ließ viel zu wünschen übrig.

Endlich, im Jahre 1957, ließ sich der Verlag Rütten & Loening in der Deutschen Demokratischen Republik dazu bewegen, mein Buch »Das Reich der niederen Dämonen« als eine Lizenzausgabe für die Deutsche Demokratische Republik zu übernehmen.

Im Juni 1957 lud mich der Verlag zu einer Rücksprache über das Buch ein. Drei jüngere Herren empfingen mich, von denen mir zwei erklärten, an der Universität meine Schüler gewesen zu sein. Es war unschwer zu bemerken, daß sie sich in einem innerlich erregten Zustand befanden; Anzeichen von Verlegenheit waren deutlich zu beobachten. Nach einigem Hin und Her rückten sie heraus: Sie wollten über einige Kleinigkeiten mit mir reden. Ich machte mich auf das Schlimmste gefaßt. Indessen war es bei weitem harmloser, als ich vermutet hatte. An einer Stelle des »Dämonenbuches« hatte ich bemerkt, »die großen Arbeiterorganisationen hätten 1933 unter dem Druck der Umstände das Schlachtfeld »freiwillig« geräumt«. An diesem Wort »freiwillig« hatten sie Anstoß genommen; so ruhmlos sollte die Kommunistische Partei nicht erscheinen. Es handelte sich um eine Kleinigkeit; ich erklärte mich

bereit, das Wort »freiwillig« zu streichen. An einer anderen Stelle schien es ihnen zu gering zu sein, daß ich nur von der Arbeit von »Zeitungswerbern« als illegaler Widerstandsarbeit gesprochen hatte. Ich konzedierte auch waghalsige Organisatoren von Widerstandsgruppen. Den Männern vom 20. Juli hatte ich als einzigen große Wirksamkeit zugebilligt. Meine Mitunterredner waren damit einverstanden, daß ich das Wort »öffentliche« Wirksamkeit einfügte.

Sie brachten die einstigen Beziehungen der Reichswehr zur Sowjetunion zur Sprache. Ich verwies auf das dokumentarische Material und meine persönlichen Erfahrungen und bekundete, in diesem Punkte nicht mit mir reden zu lassen. Bereitwillig wichen sie zurück und verzichteten auf jede Änderung.

Im Grunde handelte es sich um wirklich läppische Abänderungen; es war nicht zu verstehen, wie man davon ein Aufheben machen konnte. Ich schien in dem Geruch eines Mannes zu stehen, den man nur mit Glacéhandschuhen anfassen dürfe. Die paar winzigen Zugeständnisse, die ich gemacht hatte, erfüllten die Lektoren offensichtlich mit Befriedigung; sie hatten sich auf heftigeren Widerstand gefaßt gemacht.

Lewy, den ich anschließend an diese Unterredung besuchte, fiel ein Stein vom Herzen, als ich ihm erklärte, mich mit seinen Angestellten geeinigt zu haben.

Lewy war naiv genug, es als ein Verdienst zu betrachten, diese scharfe Analyse des Dritten Reiches auch in der Deutschen Demokratischen Republik verbreiten zu wollen. Er verstand nicht recht, aus welchen Gründen die Behörden der Deutschen Demokratischen Republik von vornherein die Auflagenhöhe auf 3000 Stück begrenzen.

Weihnachten 1957 erschien das »Reich der niederen Dämonen«, wenige Wochen danach war es schon fast ganz vergriffen. Viele Leser stellten Beziehungen zwischen den geschilderten Zuständen des Dritten Reiches und den Verhältnissen der Deutschen Demokratischen Republik her. Dem Zentralkomitee der SED kam dies zu Ohren; es glaubte unverzüglich eingreifen zu müssen. Anfang Februar 1958 wurden die noch im Buchhandel erfaßbaren Stücke wieder eingezogen.

Ende Februar 1958 war ich wieder im Rütten & Loening Verlag zu einer vereinbarten Aussprache mit Hermann Lewy. Der Cheflektor für Geschichte, Knoock, wurde zu dieser Besprechung hin-

zugezogen. Lewy zeigte sich sehr bedrückt. Wie ich erfuhr, hatte ihm das »Dämonenbuch« große Verlegenheiten bereitet. Man hatte ihm später Vorwürfe gemacht. Er führte aus, er habe das Buch als ein unbedingt antifaschistisches Buch gelesen und aufgenommen. Nun aber seien ihm nachher allerlei Bedenken gekommen. Einige Punkte hätten vor allen Dingen jugendliche Leser verwirrt, und es sei nicht leichtgefallen, diese Verwirrung wieder auszuräumen. So etwa hätte ich dargelegt, die einzige tatsächlich wirkungsvolle Widerstandsgruppe sei diejenige vom 20. Juli gewesen. Die ganze mühselige und opferreiche Tätigkeit der Kommunistischen Partei und der Arbeiterschaft hätte ich verschwiegen.

Ferner hätte ich davon geredet, daß beim Ausbruch des Krieges gegen die Sowjetunion Hitler in der Ukraine auf starke freundschaftliche Kollaborationsstimmungen gestoßen sei. Die einstige Zusammenarbeit der Deutschen Reichswehr mit der Sowjetunion sei bisher in der Deutschen Demokratischen Republik nie zur Sprache gekommen; auf junge Leute habe nun der Hinweis darauf in meinem Buche verstörend gewirkt. Von Dimitroff hätte ich als von einem »dämonischen« Menschen gesprochen; Dimitroff sei dadurch, da der Titel des Buches laute: »Das Reich der niederen Dämonen«, in ein bedenkliches Licht gerückt worden. Über Hitler hätte ich gesagt, daß sich in ihm, außer Hobbes, Rousseau, Machiavelli, auch eine leninsche Variante zur Geltung gebracht hätte. Ganz unverzeihlich sei, daß er, Lewy, die Tragweite des letzten Satzes des Buches vollkommen übersehen habe. In diesem Satze war gesagt worden, daß das Chaos, das die Nationalsozialisten angerichtet hätten, die ganze Zukunft des deutschen Volkes verschlungen habe. Damit werde doch die hoffnungsreiche Schöpfung der Deutschen Demokratischen Republik verneint.

Ich wies darauf hin, das Buch sei doch 1936 geschrieben, sei dokumentarisch und spreche ganz aus der Atmosphäre des Dritten Reiches heraus. Wenn heutige Leser so merkwürdig reagierten, so könne ich doch darauf nicht Rücksicht nehmen; die Reaktionen von politischen Analphabeten seien kein Maßstab für einen Schriftsteller. Wenn manche Leser durch Tatsachen, die ihnen unbekannt gewesen seien, heute erschüttert würden, so trage die Partei Schuld daran, welche diese Tatsachen bisher verschwiegen hätte.

Erschütternd war, wie Lewy antwortete. Ursprünglich sei er durchaus mit mir einiggegangen; aufgrund der Vorhaltungen, die

ihm gemacht worden seien, habe er seine Meinung geändert. Er halte nunmehr diese Vorhaltungen für richtig und begründet. Vor längerer Zeit hatte ich dem Verlag »Gesammelte Aufsätze« überreicht. Ich erkundigte mich in der Juni-Besprechung nach dem Schicksal des Manuskriptes. Lewy ließ sich das Manuskript bringen und las mir das Gutachten vor, das ein junger Historiker verfaßt hatte. Das Gutachten überraschte mich nicht wenig. Alle meine Veröffentlichungen, so hieß es, trügen den Stempel der Originalität; sie enthielten neue überraschende Gedanken; alles sei brillant formuliert; es fehlten alle Phrasen und abgenutzten Gesichtspunkte.

Trotzdem rate der Lektor nicht zur Annahme des Manuskriptes. Geschichtsaufsätze stünden neben philosophischen Aufsätzen; infolgedessen sei das Ganze keine geschlossene Einheit und verspreche wenig Erfolg.

Lewy zog sich aus der Schlinge, indem er äußerte, noch ein weiteres Gutachten einholen zu wollen.

Im Dezember 1957 sprach ich abermals Hermann Lewy. Auch der Rütten & Loening Verlag hatte in seiner Buchproduktion jene Geschmackskultur entwickelt, durch welche sich seltsamerweise alle führenden Verlage der Deutschen Demokratischen Republik auszeichneten. Mit besonderem Nachdruck pflegte der Verlag Veröffentlichungen aus der Geschichtswissenschaft; sie waren seine Spezialität.

Ich wollte in Erfahrung bringen, ob der Rütten & Loening Verlag meine »Erinnerungen« veröffentlichen würde. Als ich die Frage nach den »Erinnerungen« an Lewy gerichtet hatte, rang dieser zuerst förmlich nach Luft und preßte dann ein gequältes Nein hervor. Zwar sei der Verlag, so antwortete er, auf der Kulturkonferenz der SED nicht beanstandet worden, man habe keine Vorwürfe gegen seine Veröffentlichungen erhoben. Doch müsse er die Richtlinien der Kulturkonferenz so verstehen, daß man nicht Rückschau in die Vergangenheit erwarte, sondern mit Bucherscheinungen rechne, die sich mit Zukunftsfragen beschäftigten. Die »Erinnerungen« aber blickten naturgemäß in die Vergangenheit, für welche man sich nicht besonders interessiere. Nach einigem Zögern bemerkte er weiter, daß freilich auch der Lektor eine Reihe von Einwänden erhoben habe. Dieser Lektor war Fritz Klein, ein Sohn des früheren Chefredakteurs der »Deutschen Allgemeinen Zeitung«, Fritz Klein. Der junge Fritz Klein hatte Geschichte studiert und bereitete sich z. Z. auf die Universitätsleh-

rerlaufbahn vor. Er war ein Schüler Alfred Meusels und hatte bei diesem über deutsch-russische Beziehungen promoviert. Die Promotionsarbeit hatte ich nachträglich durchgelesen, und sie hatte mich tief enttäuscht. Wesentliche Ereignisse und Vorgänge, wie die Beziehungen zwischen der deutschen Reichswehr und der Sowjetregierung, waren dort schamhaft verschwiegen worden, dagegen waren Parteitagebeschlüsse und Parteiresolutionen und Reden Stalins in reichem Ausmaße herangezogen worden. Die Arbeit machte den Eindruck, als ob die deutsch-russischen Beziehungen ausschließlich unter dem Gesichtspunkt von Verlautbarungen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion betrachtet werden müßten.

Fritz Klein nun hatte sich kritisch mit meinen »Erinnerungen« befaßt. Auch das Kulturministerium hatte sich gutachtlich über die »Erinnerungen« geäußert. Dieser Gutachter trat ganz ohne Gefühl für das politische Gewicht meiner Widerstandstätigkeit an das Manuskript heran. Beckmesserisch beanstandete er Ausführungen, von denen er glaubte, die Sozialistische Einheitspartei könne Anstoß nehmen. So erschien ihm das Kapitel über Ernst Jünger untragbar. Auch mit dem Abschnitt über den General Ludendorff war er nicht einverstanden. Ernst Jünger wurde innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik schroff abgelehnt; Johannes R. Becher betrachtete und behandelte ihn geradezu als seinen Feind. Die freundliche Art und Weise, in welcher ich zu Ernst Jünger Stellung nahm, dürfe man der Leserschaft der Deutschen Demokratischen Republik nicht zumuten.

Während unseres Gesprächs gesellte sich der Cheflektor für Geschichte, Knook, zu uns. Knook hatte früher bei mir gehört und entsann sich, wie sich im Laufe des Gesprächs ergab, noch vieler meiner einstigen Äußerungen. Es war ihm nicht recht behaglich zumute, als er jetzt die Einwendungen des amtlichen Gutachters vertreten sollte. Doch war natürlich auch ihm die Parteidirektive maßgebend. Die »Erinnerungen« paßten nicht recht in die Parteischemata hinein, und so waren sie unannehmbar.

Der Verleger wollte wissen, ob ich unveröffentlichte Manuskripte in meinem Schreibtisch liegen habe. Ich sprach von einem größeren Manuskript »Globaler Klassenkrieg« und einer kleineren Broschüre »Mit ruhig festem Tritt«. Der Verleger bat, ihm diese Arbeiten zu überreichen; er habe ein großes Interesse daran. Er finde, mir sei bitter unrecht geschehen, nachdem so viele Jahre von mir nichts veröffentlicht worden sei; er sei sehr glücklich darüber,

nunmehr »Das Reich der niederen Dämonen« herausgebracht zu haben. Er solle sich nicht täuschen, erwiderte ich; auch diese beiden Manuskripte steckten voll subjektiver Gesichtspunkte und Urteile. Kaum würden sie sich für den Verlag Rütten & Loening eignen, nachdem auch die »Erinnerungen« keinen Anklang gefunden hätten.

In dieser Auseinandersetzung war wieder hervorgetreten, welche bedrückenden Folgen es haben mußte, daß Köpfe mit engen Horizonten das Kulturleben der Deutschen Demokratischen Republik beherrschten. Was sich nicht in diese Horizonte einfügte, wurde zurückgewiesen. Unvermeidlich war da die allgemeine Senkung des kulturellen Niveaus.

Einen Monat später ging ich nochmals in den Rütten & Loening Verlag und besprach dabei die Ablehnung der »Erinnerungen« durch den Verlag mit den Lektoren für Geschichte: Knook und Hauschke. Knook hatte mir versprochen, das von Fritz Klein stammende Lektoratsgutachten vorzulegen. In der Tat stand er zu seinem Wort und brachte es mir zu Gehör.

Klein begann mit einer ausführlichen und respektvollen Würdigung meiner Persönlichkeit und auch meiner »Erinnerungen«. Sie seien höchst interessant und entbehrten nicht der Wichtigkeit. Stilistisch hätten sie zwar nicht die Brillanz meiner anderen Veröffentlichungen, doch sei eben die Nüchternheit dem Memoirenstoff angemessen. In der Regel überschätzte der Memoirenschreiber die Bedeutung seiner Person. Ganz sei dies auch in meinen »Erinnerungen« nicht vermieden, jedoch hielt ich in diesem Punkte Maß.

Nach dieser positiven Würdigung folgten kritische Einwände. Ich hätte, meinte Klein, die Rolle der Arbeiterschaft unterschätzt. Meine Tätigkeit sei der Rolle der Intellektuellen zugewandt gewesen, und ich hätte dabei übersehen, daß die eigentlich geschichtliche Kraft die Arbeiterschaft sei.

Ein Zeugnis meiner Fehleinschätzung der Außenpolitik sei meine Äußerung gegenüber Mussolini, daß ein Bündnis zwischen Deutschland, Italien, Japan und der Sowjetunion, der proletarischen Nationen also, zu erstreben sei. (Klein bezweifelte die Möglichkeit eines Bündnisses zwischen Bolschewismus und Faschismus. Unbestreitbare Tatsache war aber doch das Bündnis, das 1939 zwischen Stalin und Hitler zustande gekommen war.)

Meine positive Würdigung Radeks könne dem Leser nicht zugemutet werden. Auf falschem Wege sei ich, wo ich der sowjetischen

»Barbarei« das Abendland gegenüberstelle und Deutschland die Aufgabe zuweise, das abendländische Erbe in die Sowjetunion einzubringen. Ablehnen müsse man auch meine Auffassung, daß infolge der Spaltung Deutschlands die Deutsche Demokratische Republik allein zu schwach sei, diese Aufgabe vollbringen zu können.

Kritik verdiene meine skeptische Einstellung gegenüber der Bayerischen Räterepublik. Die Räterepublik sei viel ernster zu nehmen, als ich sie nähme. Mein abschätziges Urteil über sie sei geeignet, die Arbeiterschaft zu verwirren.

In seinem Schlußergebnis plädierte Fritz Klein für die Veröffentlichungen der »Erinnerungen«, vorausgesetzt, daß ich einige Korrekturen und Ergänzungen vornähme. Eingestehen müßte ich, daß der Nationalbolschewismus gescheitert sei; zugleich müsse auch eine Analyse feststellen, aus welchen Gründen dieses Scheitern notwendig gewesen sei.

Wie mir Lewy nach seiner Flucht in den Westen sagte, sei die Ablehnung des Manuskripts mit Rücksicht auf die Richtlinien erfolgt, die auf der Kulturkonferenz der SED im Oktober 1957 beschlossen worden waren. Die Kulturkonferenz hatte eine strenge Beaufsichtigung der Verlagsarbeit verlangt; nur jenes Schrifttum, das sich auf der Linie der sozialistischen Anschauungen bewegte, sollte gefördert werden. Die »Erinnerungen« wichen weit von dieser Linie ab; so konnten sie nicht auf Gnade rechnen.

Die ablehnende Entscheidung Lewys machte es mir leicht, den Verlagsvertrag zu unterzeichnen, den mir Dr. Witsch vom Verlag Kiepenheuer & Witsch in Köln angeboten hatte.

Alfred Kantorowicz

Die Flucht des Universitätsprofessors Alfred Kantorowicz am 22. August 1957 nach West-Berlin war ein Vorgang, der dem Ansehen der Deutschen Demokratischen Republik einen schweren Schlag versetzte. Kantorowicz war vor dem Jahre 1933 der Pariser Vertreter des »Berliner Tageblatts« gewesen; 1931 war er zur Kommunistischen Partei gegangen. Nach dem Machtantritt Hitlers fahndete die Gestapo nach ihm; es ehrt Friedrich Hielscher, dem Verfolgten beigestanden, ihm Unterschlupf gewährt und ihm dann zur Flucht ins Ausland verholfen zu haben. Kantorowicz hatte sich nach Paris gewandt, wurde dort Sekretär des Verbandes emigrier-

ter deutscher Schriftsteller, war an der Gründung eines Archivs beteiligt, das die verfehmten Bücher, Zeitschriften und Zeitungen sammelte, ging nach Spanien, um sich als Frontkämpfer der revolutionären Truppe einzureihen, und siedelte zuletzt nach Nordamerika über. In Amerika kam er in nähere Verbindung mit den beiden Brüdern Mann; vor allem befreundete er sich mit Heinrich Mann. Im Jahre 1947 kehrte er nach Deutschland zurück und wählte in der sowjetischen Besatzungszone seinen Wohnsitz. Sein Herz war von heißer Begeisterung für die Mitarbeit am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik erfüllt.

Viel Mühe hatte er darauf gewandt, eine Zeitschrift »Ost-West« ins Leben rufen zu dürfen. Sie sollte zwischen Osten und Westen eine geistige Brücke sein; Dichtungen von Franzosen, Spaniern, Engländern und Amerikanern wechselten mit solchen von Russen, Polen, Tschechoslowaken, Ungarn und Rumänen ab. Die Zeitschrift galt Kantorowicz als Krönung seiner Lebensarbeit.

Um so tiefer traf es ihn, als er bemerken mußte, daß die Zeitschrift Walter Ulbricht mißfiel. Ulbricht war es ein leichtes, der Zeitschrift das Lebenslicht auszublases: Er sperrte die finanzielle Unterstützung. Kantorowicz war verbittert und hat die Kränkung, als welche er den Untergang von »Ost-West« empfand, nie ganz verwunden.

Seine spanischen Erlebnisse schilderte er in verschiedenen Büchern, die im Aufbau-Verlag erschienen.

An der Tagung in Imshausen nahm er neben mir als die Stimme des Ostens teil. Einige Male ergriff er dort in der Diskussion das Wort und erging sich auch in einem Kurzreferat. Mir fiel seine ungewöhnliche Nervosität auf, Zuckungen liefen über sein Gesicht, seine Hände zitterten, seine Sprechweise war überstürzt.

Er konzentrierte seine Arbeit auf das Lebenswerk Heinrich Manns und erwarb sich den Ruf, ein Mann zu sein, der sich auf Literatur verstand. Es erschien natürlich, ihn an die Universität zu ziehen, damit er dort über Literaturgeschichte lese. Einige Germanisten von Rang verließen die Humboldt-Universität; so rückte Kantorowicz bald zum führenden Germanisten der Berliner Humboldt-Universität auf. Er behandelte die neueste Literatur, vertiefte sich nach dem Tode von Heinrich Mann in dessen Nachlaß und verwaltete auch das Thomas-Mann-Archiv. Man ließ ihn gewähren und sah es ihm auch nach, daß er der Dichtung des »sozialistischen Realismus« offenkundige Geringschätzung angedeihen ließ. Den aufdringlichen »proletarischen« Dichter Kuba ließ er

wenig zur Geltung kommen und zog sich damit begreiflicherweise dessen Zorn zu.

Ich weiß nicht, welche besonderen Erfahrungen dazu beitrugen, sich auch in der großen Stellung, zu der er gelangt war, zurückgesetzt glauben zu dürfen. Jedenfalls fühlte er sich höchst unglücklich. Er machte aus seiner Kritik an der Politik der Deutschen Demokratischen Republik kein Hehl und liebte es, in vertrauter Gesellschaft ein chinesisches Märchen zu erzählen. Ein Bauer, so etwa lautete das Märchen, wohnte in der Nähe eines Flusses. Jenseits des Flusses trieb ein fürchterlicher Drache sein Unwesen. Eines Tages, als der Bauer sein Feld bestellte, bemerkte er am jenseitigen Ufer den Drachen. Von Angst ergriffen, schwang er sich auf sein Pferd, um nach Hause zu fliehen. Auf dem Wege begegnete ihm ein Kind. Schreckensbleich warnte er das Kind vor dem Unheil, dem er zu entweichen gedachte. Er nahm das Kind, um es aus der Nähe des Ungeheuers zu bringen, und setzte es hinter sich aufs Pferd. Bald wurde ihm unheimlich angesichts des kleinen Gastes hinter seinem Rücken. Er warf einen Blick zurück und gewahrte, von Entsetzen gepackt, daß hinter ihm auf dem Pferd der Drache saß.

Dem Faschismus sei er entflohen, das etwa wollte Kantorowicz mit diesem Märchen sagen, zu seinem Schrecken aber erlebe er, daß er nunmehr in der Deutschen Demokratischen Republik vom Regen in die Traufe gekommen sei.

Persönlich traf ich ihn nur selten. Als ich innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik isoliert wurde, hatte ich den Eindruck, daß sich auch Kantorowicz von mir zurückziehe. Nie hatte ich das Gefühl, mit ihm in einem unausgesprochenen Einverständnis zu stehen, doch konnte ich ihm natürlich nicht ins Herz blicken.

Das Ereignis der ungarischen Revolution erschütterte ihn tief. Mit Georg Lukács und Wolfgang Harich war er in fruchtbare Beziehungen getreten, mit dem Petöfi-Kreis sympathisierte er. Die Katastrophe Harichs und des Verlegers Janka ließ ihn zweifeln, ob die Deutsche Demokratische Republik seine wahre Heimat sei. Als er aufgefordert wurde, eine Erklärung von Schriftstellern zu unterzeichnen, durch welche die ungarische Revolution verurteilt wurde, weigerte er sich, das zu tun. Man machte aus dieser Weigerung wenig Aufhebens, quittierte sie allerdings damit, ihn nicht mehr in den Vorstand des Schriftstellerverbandes zu wählen.

Als bald hielt es die Parteiführung für geboten, ihr Mißfallen ihm gegenüber zum Ausdruck zu bringen. In einer Sitzung des Plenums

des Zentralkomitees wurde er heftig angegriffen. Jener Kuba beschwerte sich darüber, daß ihn Kantorowicz nicht würdige, und ermunterte das Plenum, Schriftstellern solcher Art »einen Schuß vor den Bug zu feuern«. Kantorowicz sah, daß man auf ihn aufmerksam geworden war. Noch war es freilich nicht an dem, daß man Schritte gegen ihn erwogen hätte und daß er sich hätte bedroht zu fühlen brauchen. Er entschloß sich, sich rechtzeitig aus dem Staube zu machen. Mit Umsicht ging er daran, seine Flucht vorzubereiten. Er bewog seine Familie, in Venedig Erholung zu suchen, und zog sich einige Wochen in sein Landhaus in Bansin zurück. Nachdem er nach Berlin zurückgekehrt war, vollzog er den Schritt: Er bat in West-Berlin um Asyl.

Mit sichtlicher Genugtuung und Befriedigung nahm die Bundesrepublik den Flüchtling auf. Man gab ihm Gelegenheit, im Rundfunk eine wohlabgewogene Erklärung an die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik zu richten. Sie war eine scharfe Absage an die Machthaber der Deutschen Demokratischen Republik.

Anklagend sagte er: »Wir meinten doch wirklich mit unserem Kampf die Volksherrschaft und fanden uns verstrickt in die Funktionärsdiktatur. Die Volkskammer war eine Funktionärskammer. Das Volkswohl Funktionärswohl. Die volkseigenen Betriebe funktionäreigene Betriebe, in denen die Arbeiter ihre Grundrechte, für die sie ein Jahrhundert gestritten und gelitten, eingebüßt haben und in halber Leibeigenschaft von Funktionärsvögten zu immer neuen Sonderschichten, Überstunden, Hochleistungen angepeitscht werden.«

Kantorowicz hatte in der Bundesrepublik eine gute Presse; ein paar Tage lang war er beinahe ein »gefeierter Mann«. Man bewunderte ihn als einen großen Gelehrten; die Zeitungen brachten sein Bild, das einen geistigen Menschen zeigte.

Kantorowicz mochte Gründe haben, die Deutsche Demokratische Republik zu verlassen. Fraglich allerdings war, ob er die Freiheit, die er in der Deutschen Demokratischen Republik vermißte, in der Bundesrepublik finden konnte.

Otto Grotewohl

Grotewohl war kein Mann der Tat. Er setzte nichts in Werk und drückte den Dingen nicht seinen Stempel auf. Aber er wußte gut zu repräsentieren. Er war ein Mann der Fassaden, so wie es auf

seine Weise der Bundespräsident Heuss gewesen war. Merkwürdig ist, wie die beiden Deutschland zur gleichen Stunde mit zwei Gestalten aufwarteten, die sich darauf verstanden, einer unzulänglichen Sache einen schönen Anstrich zu verleihen.

Der gelehrte Buchdrucker Grotewohl war im Laufe seiner politischen Karriere schon vor 1933 Minister in Braunschweig gewesen; die besten Umgangsformen waren ihm selbstverständlich geworden. Sein gelassenes Wesen war um so eindrucksvoller, als er offenbar viel Fleiß darauf verwandt hatte, sich eine vielseitige Bildung zu verschaffen. Er war ein guter Redner; im persönlichen Gespräch wie im öffentlichen Vortrag klangen seine Sätze alle reiflich überlegt und wohlgestaltet. Was er sagte, war solide und gut fundiert; zwar blendete er nicht durch geistreiche Funken und humorvolle Einfälle, aber es war die verlässliche und gefällige Rede eines vertrauenerweckenden Mannes.

Die Aussprachen mit den Intellektuellen in der »Möwe« leitete in der Regel Ministerpräsident Grotewohl. In seinem Umgang mit Künstlern und Wissenschaftlern erwies sich unverkennbar, daß er ein musischer Mensch war; es hieß, in seinen freien Stunden male er. Seine guten Formulierungen bestachen, und für alle Probleme, Schmerzen und Sorgen schöpferischer Menschen schien er ein warmes Verständnis zu haben. Sicher versteckte sich hinter dem Schein der Anteilnahme und der Hilfsbereitschaft viel Routine; aber in der Regel ging der Klagende doch getröstet hinweg und fühlte sich gehoben, weil er das Ohr des Ministerpräsidenten gefunden hatte. Die Begegnung hatte eine leise Hoffnung in ihm zurückgelassen.

Mit großer Gewandtheit führte Grotewohl seine Geschäfte. Sorgfältig studierte er den Stoff, mit dem er sich zu befassen hatte; wo er in einer Angelegenheit das Wort ergriff, spürte man sogleich, daß er sachkundig war. Er war ein vorbildlicher Verhandlungsleiter. Die Verfassungsberatungen hielt er fest in der Hand; er war allen staatsrechtlichen Erörterungen völlig gewachsen. Mit gemessener Würde bekleidete er das Amt des Ministerpräsidenten viele Jahre lang; sie wahrte er auch bei öffentlichen Auseinandersetzungen und Veranstaltungen.

Bei alledem ließ sich freilich nicht verbergen, daß ein fester Wille, der von einer eigenen Idee der Sache hätte gelenkt sein können, in Grotewohl nicht wirkte. Er wurde nicht emporgetragen, weil er auf Gedeih und Verderben einer Sache verfallen gewesen wäre, sondern er hatte sich an eine Sache geheftet, weil er von ihr erwar-

tete, daß sie ihn emportragen werde. Der Sache, für welche er eintrat, stand er nur wie ein Sachwalter gegenüber, der nicht eigentlich sein Herz gehörte, für welche er jedoch sein Bestes tat, weil ihm die Sachwalterschaft Befriedigung verschaffte.

Im Grunde seines Wesens war Grotewohl ein weicher Mann. Er war als ehemaliger Sozialdemokrat von den Russen und Kommunisten in das Amt des Ministerpräsidenten eingesetzt und lange Jahre darin geduldet worden, weil er sich der Macht, die er über sich wußte, gefügig und von zuverlässigem Gehorsam zeigte. Wenn er für eine Sache »kämpfte«, so tat er es nach den Winken, die ihm gegeben wurden. Gegenüber dem robusten Ulbricht gelüstete es ihn nicht, seinen eigenen Kopf durchzusetzen. Er hätte, wenn er je auf seinem eigenen Kopf hätte bestehen wollen, sein Amt, vielleicht auch sich selbst verspielt; darauf ließ er sich nicht ein. Darum segelte er im Winde und in der Strömung der Partei und achtete nur darauf, daß er schön segelte. Eine treibende Kraft war er niemals. Auf den wirklichen Gang der Dinge war er ohne Einfluß. Grotewohl hat keine Übeltat auf dem Gewissen, jede Untat lag seiner Gesinnung fern; im Herzen meinte er es immer und in jedem Falle gut. Doch konnte er nicht verhindern, daß er jede geschehene Gewalttat, jedes begangene Unrecht durch sein Stillschweigen oder seinen Verzicht auf Einspruch zu decken hatte.

Die sowjetische Besatzungsmacht wurde durch einen überaus energischen Mann repräsentiert, den Oberst Tulpanow. Tulpanow war den Deutschen wohlgesinnt. Die sowjetische Besatzungsmacht war nicht darauf bedacht, den Bolschewismus auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet eilends durchzuführen. Die bolschewistischen Versuche waren vorsichtig. Man hütete sich, die Bevölkerung zu verstimmen oder aufzureizen. Anfang des Jahres 1946 unternahm die sowjetische Besatzungsmacht einen hochpolitischen Versuch. Die sowjetische Besatzungszone sollte nicht als Beginn und Ansatz einer Aufspaltung Deutschlands erscheinen, im Gegenteil: Sie wollte den Eindruck erwecken, daß es ihr darauf ankomme, ein einheitliches Deutschland erstehen zu lassen. Natürlich konnte sie ihre Absichten nur mit den Mitteln in Angriff nehmen, die ihr zu Gebote standen. Die Sowjets nahmen Anstoß an der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung. Ihnen lag am Herzen, die beiden Arbeiterparteien zu einigen. Darin, daß die deutsche Arbeiterschaft sich in die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei aufgespalten hatte, wurde eine der wesentlichen Ursachen des Sieges Hitlers gesehen. Es gab nach so-

wjetischen Begriffen kein sichereres Mittel, das Wiederhochkommen des Faschismus in Deutschland zu vereiteln, als die beiden Arbeiterparteien zu einer einzigen zu verschmelzen. Oberst Tulpanow hatte diesen Gedanken zu verwirklichen. Er trug ihn Grotewohl vor. Dieser war viel zu sehr Deutscher, als daß ihn der Gedanke eines einheitlichen Deutschland nicht ergriffen hätte. Er versuchte, in der Berliner Sozialdemokratie für den Gedanken der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung zu werben.

Schumacher brachte es indes fertig, die ganze westdeutsche Sozialdemokratie wie auch die Sozialdemokratische Partei von West-Berlin gegen die Einigung einzustellen. * Nur die Sozialdemokratie von Ost-Berlin und der sowjetischen Zone leistete Grotewohl Gefolgschaft und stimmte der Vereinigung der beiden Parteien zu. Die Sozialdemokratie versagte sich der großen Idee, ein einiges Deutschland unter Führung der gesamten Arbeiterschaft zu gründen. Sie machte sich mitschuldig an der Spaltung Deutschlands, indem sie sich dem geschichtlichen Auftrag, der ihr damals angeboten wurde, entzog.

Wäre Grotewohl damals der tiefe geschichtliche Sinn jener Vereinigung der beiden Parteien ganz aufgegangen, würde er nicht versäumt haben, der Sozialdemokratie verständlich zu machen, daß sie in einer Sternstunde ihrer geschichtlichen Existenz völlig versagt hatte. So aber mußte Grotewohl es hinnehmen, die Vereinigung der beiden Parteien als eine bloße Parteiangelegenheit gelten zu lassen. Die Parteien Westdeutschlands hatten ein Interesse daran, das Auftreten Grotewohls abzuwerten und nie zum Bewußtsein kommen zu lassen, was das deutsche Volk an jenem Tage sich aus den Händen hatte schlagen lassen. Verschiedene Versuche Grotewohls, Beziehungen mit Bonn aufzunehmen, scheiterten jedesmal. Konrad Adenauer lag daran, Otto Grotewohl nur als kommunistischen Parteigänger erscheinen zu lassen. Die Sozialdemokratische Partei, die den Ruf der Stunde nicht begriffen hatte, versuchte das schlechte Gewissen, das sie nicht ganz zum Schweigen zu bringen verstand, loszuwerden, indem sie von nun an jede Berührung mit der Kommunistischen Partei vermied. Sie hatte auch im Jahre 1918 nicht verstanden, für die Zukunft Deutschlands die Dienste zu leisten, welche die Geschichte von ihr gefordert hatte. Damals lag die Idee eines deutschen Rätestaates in der Luft; statt dessen entschied sie sich für die parlamentarische

* Vgl. S. 31-34

Demokratie und hieß die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, der beiden Vorkämpfer des Rätegedankens, gut. Niemals begriff sie, wie sie dadurch, daß sie dem Gedanken der parlamentarischen Demokratie zum Durchbruch verhalf, in der Tat Hitler den Weg bereitete, zur Macht emporzuklimmen.

Die Situation der Deutschen Demokratischen Republik

Die Politik und Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik ist nicht zu verstehen, ohne der komplizierten Situation eingedenk zu sein, in welcher sie sich befindet. Über ihr schwebt unausgesprochen ein Grundgesetz, an das nicht getastet werden kann, das ihr Tabu ist. Dieses Grundgesetz lautet: Die Deutsche Demokratische Republik muß unter allen Umständen Bestandteil des sowjetischen Machtbereichs sein und bleiben. Von der Wirksamkeit dieses unverbrüchlichen Grundgesetzes her ergeben sich die vielfachen Schwierigkeiten und Verwicklungen, in welche sie schon seit Jahren immer und immer gerät. Die Deutsche Demokratische Republik ist der Teil deutschen Gebietes, auf den die Sowjetunion Hand gelegt hat, ebenso wie die Bundesrepublik jener andere Teil deutschen Gebietes ist, dessen sich die Vereinigten Staaten von Amerika bemächtigt haben. Die Deutsche Demokratische Republik funktioniert als jenes sowjetrussische Glacis, das das große asiatisch-slawische Weltreich gegen den Westen deckt und abschirmt. Die strategische Aufgabe, welche der Deutschen Demokratischen Republik zugemessen ist, kann in ihrer Bedeutung nicht überschätzt werden. Um dieser Aufgabe willen ist sie da, und für diese Aufgabe hat sie sich einzurichten.

Von allem Anfang an belastete es die Deutsche Demokratische Republik, daß die weltpolitische Funktion, welche sie zu erfüllen hatte, der Bevölkerung schwere Opfer auferlegte. Die Sowjetunion hatte während des Krieges aufs schwerste gelitten. Auf ihr lastete nach Ausgang des Krieges der Druck, der Kriegsschäden so rasch wie möglich wieder Herr zu werden, um der amerikanischen Übermacht gewachsen zu sein. Die Demontagen, welche die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone zu erleiden hatte, waren eingreifend und brachten deren ganze Volkswirtschaft in Verwirrung. Für große Reparationsansprüche hatte sie aufzukommen, und zwar um so mehr, als sich die westdeutsche Bevölkerung des Anteils an jenen Reparationsleistungen mit amerikanischer

Unterstützung entzog, die in den Potsdamer Beschlüssen der Sowjetunion Rechtens zugestanden worden waren.

Die Sowjetunion hatte die größten Anstrengungen zu machen, um ihren eigenen technischen Produktionsapparat so zu entwickeln, daß sie den Vorsprung des Westens einzuholen vermochte. So verfügte die Sowjetunion nicht über die Mittel, um der Bevölkerung ihrer Besatzungszone, der späteren Deutschen Demokratischen Republik, ähnlich hilfreich unter die Arme greifen zu können, wie Amerika der westdeutschen Bevölkerung mit dem Marshallplan unter die Arme griff. Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik hatte nicht nur die Kosten für den Aufbau ihrer eigenen Wirtschaft, die Kosten für die Erneuerung und den Ausbau ihres Industrieapparats und ihrer zerstörten Landwirtschaft aufzubringen, sie mußte darüber hinaus auch große Zahlungen an die Sowjetunion leisten. Während sich der Lebensstandard der westdeutschen Bevölkerung aufwärts bewegte, sank derjenige der Deutschen Demokratischen Republik. Die amerikanische Überfremdung bedeutete für die westdeutsche Bevölkerung reichliche Konsumgüterversorgung, Wohlstand, Wirtschaftsblüte; für die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik bedeutete hingegen die sowjetische Überfremdung Senkung des Lebensstandards, Primitivisierung des Lebenszuschnitts, Opfer und Entbehrung.

Das hatte schwerwiegende Folgen für die innere Einstellung der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik gegen ihre Besatzungsmacht. Während die westdeutsche Bevölkerung, die glücklich ihren Wohlstand genoß, ihr Schicksal in amerikanischer Hand wohlbehütet fühlte, betrachtete die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik die sowjetische Besatzungsmacht als Gegner, der ihr Dasein erschwerte.

Nun waren beide Besatzungsmächte, Amerika wie die Sowjetunion, schon bald darangegangen, sich selbst gewissermaßen aus der Schußlinie zu bringen. Sie setzten Regierungen ein, die in ihrem Namen zu ihrem Nutzen die Regierungsgeschäfte besorgten. Der Regierungsapparat der Bundesrepublik Deutschland stand in amerikanischer, der Regierungsapparat der Deutschen Demokratischen Republik in sowjetischer Dienstbarkeit. Der Form nach wurden diese beiden Regierungen als souverän erklärt; es erhöhte ihr Prestige vor der eigenen Bevölkerung, wenn sie sich im Glanz ihrer Souveränität präsentieren durften. In der Tat aber waren sie nur »scheinsouverän«.

Es war unvermeidlich, daß die Stellung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der eigenen Bevölkerung gegenüber bald eine andere war als die Stellung der Bundesregierung. Das deutsche Volk ist durch Tradition und gesellschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahre ein durchaus bürgerliches Volk. Die Bundesrepublik wurde als ein ausgesprochen bürgerliches Staatswesen eingerichtet, der westdeutsche Bürger empfand den Amerikaner nicht als Gegner, sondern als seinesgleichen. Er fühlte geradezu seine bürgerliche Ordnung in der amerikanischen Obhut geschützt. Mit dem amerikanischen Bürger teilte er die gleichen Prinzipien, die gleichen Rechtsanschauungen, die gleichen Werte, die gleichen Interessen. Ihm fiel es nicht schwer, sich innerhalb der amerikanischen Schutzherrschaft wohl und geborgen zu fühlen. Mit seiner Regierung, die sich der amerikanischen Obergewalt beugte, war er durchaus zufrieden; indem sie amerikanischen Direktiven gehorchte, besorgte sie doch zugleich auch seine eigenen bürgerlichen Anliegen und Bedürfnisse. Es war ihm nicht verborgen geblieben, daß seine eigene Wohlfahrt nirgends besser aufgehoben war als in der amerikanischen Schutzherrschaft; so hatte er keine Gründe, gegen seine Regierung, den Empfänger amerikanischer Befehle, kritisch zu sein und sich gegen sie aufzulehnen. Ganz anders lagen die Dinge in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik durfte nicht auf sowjetische Kredite zurückgreifen. Ihr oblag es, die Dürftigkeit und Armut zu organisieren. Sie entschädigte nicht durch sowjetische Hilfgelder dafür, als ein sowjetisches Instrument erscheinen zu müssen. Die Abhängigkeit von der fremden Macht wurde nicht dadurch versüßt, daß man ein Wohlleben führen durfte. Die Versorgung mit Konsumgütern und auch Lebensmitteln war mangelhaft, und die Bevölkerung sah keinen Grund, sich geduldig in die Mängel zu schicken. Sie lehnte sich innerlich gegen ihre Regierung, und dies bedeutete auch gegen die Sowjetunion, auf.

Da fiel ihrer Regierung die schwere Pflicht zu, dieser Auflehnung mit Härte zu begegnen. Im Hintergrunde stand die Sowjetmacht; es gehörte zu den unerläßlichen Obliegenheiten der Regierung, Ruhe und Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. Die Sowjets konnten keinen Aufstand dulden; die Regierung mußte ihre Eignung beweisen, indem sie ihm vorbeugte oder ihn, wenn er ausbrach, liquidierte. Dies war keine Atmosphäre, in welcher liberale Freiheiten gedeihen konnten. In dem Maße, in welchem die

Bevölkerung im Zustand innerer Auflehnung lebte, mußten die Freiheiten beschränkt, mußte diktatorische Gewalt geübt werden. Diese Lage der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wurde nun dadurch noch verschärft, daß die innere Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik von Amerika her mit böartigen Augen beobachtet wurde. Amerika hatte ein Interesse daran, die Stellung der Sowjetunion in Mitteleuropa zu zerstören. Wenn sich die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik im Herzen gegen ihr Regiment auflehnte, verlockte dies Amerika dazu, Öl ins Feuer zu gießen, die allgemeine Unzufriedenheit zu vertiefen, gegen die »Bedrucker« aufzureizen, in einer offenen Empörung die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu stürzen und die Sowjetmacht aus dem Osten Deutschlands zu verdrängen. Dagegen wiederum mußte diese Sowjetmacht und in ihrem Auftrag die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik Sicherungsvorkehrungen treffen; unvermeidlich war da, daß sich der Druck des Regimes verschärfte. Ein Keil trieb den anderen.

Verschlimmert wurde diese Sachlage noch dadurch, daß auch die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik ursprünglich in bürgerlichen Traditionen lebte. Der Widerstand, der sich in der Bevölkerung aus bürgerlichen Beweggründen erhob, ließ sich möglicherweise brechen, wenn die bürgerlichen Institutionen zerstört, wenn der bürgerlichen Lebensweise der Boden unter den Füßen fortgezogen wurde. Die Deutsche Demokratische Republik sollte sozial dem Sowjetsystem angepaßt, sollte »bolschewisiert« werden. Der »Sozialismus« wurde als Ziel proklamiert. Dies Ziel faßte ins Auge, die Bevölkerung sozial zu entwurzeln; indem sie entbürgerlicht wurde, sollte sie matt gesetzt, sollte sie widerstandsunfähig und wehrlos gemacht werden. Es ließ sich nicht umgehen, daß der Kampf zwischen der Regierung und der Bevölkerung immer heftiger wurde. Die Basis, auf welcher die Regierung stand, wurde immer schmaler. Praktisch beruhte ihre Stütze ausschließlich auf den Bajonetten der Sowjetmacht.

Die Bevölkerung reagierte in erschreckendem Ausmaße mit Flucht. Unheimlich griff die Republikflucht um sich. Mit Schadenfreude wurde dies von der Bundesrepublik, wurde dies auch von Amerika verfolgt und begünstigt.

Im gesamtdeutschen Interesse freilich war das, was sich da vollzog, ungeheuerlich. Teile des deutschen Volkes verließen den Boden ihrer Väter, gaben ihn preis und zogen sich aus dem Osten nach

dem Westen zurück. Der Republikflüchtige ist, wahrscheinlich ohne es zu wissen, eine Art Kapitulant und Deserteur, der die deutsche Sache aufgibt; er zeigt, daß er in der Stunde höchster Gefahr dem Druck, der auf seine deutsche Existenz ausgeübt wird, nicht mehr standzuhalten vermag. Das ist das Schicksal aller Grenzlandbewohner, daß von ihnen mehr gefordert wird als von Menschen des Binnenlandes. Sie stehen auf hartem Posten und haben den Auftrag, in gefährdeter Situation die Sache ihres Landes und Volkes zu verteidigen. Jedem Republikflüchtigen ist vorzuhalten, daß er die Probe, welcher er unterworfen wurde, schlecht bestanden hat.

Zwei »Führer«

Erschütternd war die Feindseligkeit, die sich zwischen den beiden Deutschland im Laufe der Zeit herausgebildet hatte. In gegenseitiger Abwehr beeinflussten sie sich aufs tiefste; die Maßnahmen des einen Deutschland waren darauf berechnet, sich von dem anderen Deutschland abzuheben, und indem dies geschah, wurde auch das andere Deutschland angereizt, sich in seiner abweichenden Art zu festigen. Im Ahlener Programm von 1946 hatte sich die CDU zu einem maßvollen Sozialismus bekannt. Bald allerdings gab sie alle sozialistischen Ansätze und Anläufe preis; gerade im bewußten Gegensatz zu der Deutschen Demokratischen Republik wurde die Bundesrepublik unter Führung der CDU von Jahr zu Jahr immer ausgeprägter ein bürgerlich kapitalistisches Staatswesen. Der Kapitalismus gab der Politik und der sozialen Struktur der Bundesrepublik das Gesicht. Demgegenüber fühlte sich die Deutsche Demokratische Republik getrieben, immer ausschließlicher den Weg des Bolschewismus zu beschreiten, im Kollektivsystem ihr Heil zu erblicken. Als in der Deutschen Demokratischen Republik die volkseigenen Betriebe feste Wurzeln gefaßt hatten, beschloß der Bonner Bundestag, die staatlichen Betriebe und Unternehmungen zu privatisieren. Indem sich die Bundesrepublik der NATO eingliederte, befeuerte sie die Deutsche Demokratische Republik, sich ganz eng dem Block der Warschauer-Pakt-Staaten anzuschließen. Jeder Schritt des einen Deutschland löste einen Gegenschritt des anderen Deutschland aus mit dem Ergebnis, daß sich beide in zunehmendem Maße voneinander entfernten. Man sprach von Wiedervereinigung und vertiefte zu gleicher Zeit die bestehende Kluft unausfüllbar. Das Spitzel- und Agentenunwesen

wurde in beiden Deutschland mit erbitterter Konsequenz ausgeübt; die beiderseitigen Geheimdienste entfalteten fanatisch-besessene Rührigkeit in Anschlägen gegenseitiger Zersetzung und Unterwühlung. Die Rechtsprechung jedes der beiden Teile stempelte die Beziehungen eines Staatsbürgers zum anderen Deutschland zum Landesverrat und bestrafte dieses Delikt unerbittlich. Jedes der beiden Deutschland rief das Ausland gegen das andere Deutschland zu Hilfe: die Bundesrepublik Amerika, die Deutsche Demokratische Republik die Sowjetunion.

Der Gegensatz der beiden Deutschland spitzte sich schließlich in zwei führenden Persönlichkeiten zu, hier in Dr. Konrad Adenauer, dort in Walter Ulbricht. Dieser Gegensatz war so schroff, daß man mit Recht sagen konnte, Dr. Adenauer stütze die Stellung Ulbrichts und Ulbricht stütze die Stellung Dr. Adenauers. Gerade weil beide so verbissen ineinander waren, hielt einer den anderen in seiner Position fest. Es war eine unheimliche Situation.

Man kann es nicht leugnen: Der Adenauerschen Politik lag eine Gesamtkonzeption zugrunde. Diese Konzeption war weder feinsinnig noch tiefsinnig; sie war weder kompliziert noch phantasievoll. Ganz im Gegenteil: Sie war von bestürzender Primitivität.

Adenauer erfaßte bald nach 1945 den aufkommenden amerikanisch-sowjetischen Gegensatz. Sein gutbürgerlicher Instinkt sagte ihm, daß dieser Gegensatz unversöhnlich sei und daß Deutschland daraus Vorteil ziehen könne, wenn es sich in die amerikanische Front eingliedere. Der Antibolschewismus bot sich wiederum als prinzipiell-ideologische Kriegserklärung an die Sowjetunion an. Adenauer nahm einfach den alten hitlerschen Faden des Antibolschewismus wieder auf und spann ihn weiter.

Adenauer konnte nicht im Zweifel darüber sein, daß die Zuspitzung des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses eines Tages mit einem neuen Kriege enden mußte. Dieser Krieg der Zukunft schien ihm eine große deutsche Chance zu sein. Die deutsche Aufrüstung, die Adenauer in seiner Denkschrift vom August 1950 Amerika angeboten hatte, wurde in die Wege geleitet; gegen den Widerstand fast des gesamten deutschen Volkes geschah es. Schritt für Schritt knüpfte Adenauer durch seine Gesetzgebung seine Netze, in denen sich das deutsche Volk verfangen sollte. Die Wehrpflicht wurde eingeführt. Amerika lieferte Waffen, baute ein Stützpunktsystem aus, lagerte in Deutschland die unheimliche atomare Ausrüstung. Uneinsichtige deutsche Politiker träumten von einem Vorstoß bis zum Ural.

Um die deutsche Bevölkerung zur willigen Duldung dieser Aufrüstungsmaßnahmen zu bewegen, wurde ihr mit unermüdlicher Eintönigkeit vorgegaukelt, die Sowjetunion trage sich mit Angriffsabsichten. Die Bewaffnung sei nur darauf berechnet, deutsches Land zu verteidigen. Die bürgerliche Ordnung setzte sich mit der deutschen Existenz schlechthin gleich; weil die bürgerliche Ordnung um ihre Existenz bangte, sollte sich das Herz des ganzen deutschen Volkes mit Haß gegen die Sowjetunion erfüllen.

Amerika war eine Weltmacht und hatte viele Rücksichten zu nehmen; es eilte durchaus nicht, den Krieg bald schon offen entbrennen zu lassen. Adenauer indes hungerte nach Erfolgen seiner Politik. Die Londoner Abrüstungsgespräche verfolgten gewiß nur den Zweck, Zeit zu gewinnen und den Kriegsausbruch hinauszuzögern. In der Furcht, Amerika könne zu einem Akt der Friedenssicherung listig überredet werden, versuchte Adenauer mehrmals die Abrüstungsverhandlungen zu stören.

Hitler, Goebbels und Himmler hatten sich in ihrer Verzweiflung an den Gedanken geklammert, Amerika und England würden in letzter Stunde den sowjetischen Bundesgenossen preisgeben, ihn als ihren eigentlichen Feind durchschauen. Mit einer plötzlichen Wendung, so träumten sie, würden die angelsächsischen Heere die zertrümmerten deutschen Armeen neu organisieren, um mit ihnen Schulter an Schulter in den Kreuzzug gegen den Bolschewismus einzuschwenken, die Sowjets vom deutschen Boden zu verjagen und gemeinsam mit der Hakenkreuzfahne tief in den russischen Raum einzubrechen. Was für die verlorenen nationalsozialistischen Führer die letzte Hoffnung war, wurde für Adenauer jetzt die Politik, die neuen glanzvollen Aufstieg bringen sollte. Er wollte aus dem Hitler-Goebbels-Himmlerschen Nachlaß Nutzen ziehen; was sich für jene als wahnwitzige Illusion erwiesen hatte, sollte sich für ihn als handfeste Realpolitik bewähren.

Adenauer ergriff jene Hitlersche Idee, die im Frühjahr 1945 wie eine Seifenblase geplatzt war, als ein Universalrezept, nach welchem er seine Außenpolitik ausrichtete; das Schicksal des deutschen Volkes überantwortete er ganz und gar der Wirksamkeit dieses Rezepts.

Die weltpolitische Konzeption Adenauers hatte konfessionelle Akzente. Das Europa, das geschaffen werden sollte, um als Instrument Amerikas gegen die Sowjetunion wirksam sein zu können, brauchte auch seine Ideologie. Ihm bot sich die Ideologie des Abendlandes an; man konnte die Erinnerung an das Reich Karls

des Großen, das den Osten mit Feuer und Schwert seiner christlichen Mission unterwarf, wecken. Die katholisch gefärbten Parteien der Bundesrepublik, Frankreichs und Italiens fanden sich un schwer in dem Gedanken, einen christlich-katholischen Block zu bilden, der sich zum »Kreuzzug« gegen die Sowjetunion vorbereitete. Die Industrie- und Finanzmächte hatten schon mit einem katholisch-klerikal gefärbten Faschismus in Österreich und Spanien gute Erfahrungen gemacht. Dieser europäische katholische Faschismus hatte von vornherein den Segen des Papstes. Der protestantische Pastor Niemöller hatte schon frühzeitig erfaßt, daß die deutsche Bundesrepublik »im Vatikan gezeugt« worden sei. Es war zu spüren, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht die Luft war, in welcher der deutsche Protestantismus gedeihen konnte. Der Protestantismus ist vom Beginn her eine Rebellion gegen den römischen Europagedanken; in ihm wirken Kräfte, die von dem antirömisch bestimmten Osten gespeist werden.

Die Bundesrepublik Deutschland ist auf dem Wege, sich dem amerikanischen Weltreich einzugliedern. Die »deutsche Ungebärdigkeit«, die »deutsche Eigenbrötelei«, der »deutsche Trotz«, die protestantischen »Laster«, die im Laufe der Jahrhunderte so oft unberechenbar hervorgebrochen sind, müssen zum Schweigen gebracht werden. Indem der Deutsche der katholischen Ideologie unterworfen wird, wird er gezähmt. Die Erziehung des deutschen Volkes zum katholischen Konformismus hat seinen tiefen politischen Sinn.

Man tut Walter Ulbricht unrecht, ihn für ein Ungeheuer, einen dämonischen Gewaltmenschen, einen Mann mit verbrecherischen Instinkten zu halten; man überschätzt ihn, wenn man ihn in solchem Lichte sieht. Sein Privatleben ist untadelig, die Atmosphäre von Skandalen umwittert ihn nicht.

Die marxistische Theorie ist seine geistige Welt; freilich ist er nicht ein schöpferischer Denker, er hat sie als ein heiliges Dogma aufgenommen. Verkörpert ist sie ihm in den Führern der Sowjetunion; diese sind ihm die Autoritäten, mit denen man stets in vollem Einklang stehen muß. So ist er ein idealer Befehlsempfänger, der mit Gewissenhaftigkeit und Zuverlässigkeit sowjetische Befehle ausführt. Der Befehl gilt ihm als unverletzliches Gebot, dem er – wenn es not tut – mit strenger Härte Geltung verschafft. Mit der sachlichen Unempfindlichkeit eines Bürokraten setzt er sich über menschliche Regungen und Gesichtspunkte hinweg.

Während des Dritten Reiches war er meistens in der Sowjet-

union. Als Stalin den berüchtigten Pakt mit Hitler abgeschlossen hatte, griff er in einer Stockholmer Zeitung die kriegführenden Mächte, England und Frankreich, an; sie seien – gegenüber Hitler – imperialistische Mächte. Kaum hatte Hitler die Sowjetunion überfallen, wechselte er flugs die Stellung; er drängte sich in die vorderste Reihe der Kämpfer gegen den Faschismus. In der Sowjetunion hielt er die deutschen Emigranten in scharfer Zucht. Die Repräsentation der Deutschen Demokratischen Republik überließ er Grotewohl; die Macht behielt er sich selbst vor. Allerdings traf das nur mit Einschränkungen zu; der eigentliche Machthaber war die sowjetische Regierung: sie erteilte ihm nur die Vollmacht. Sie hätte keinen besseren Sachwalter finden können. Man behauptete, Ulbricht sei Sowjetbürger geworden. Jedenfalls übte er sein Geschäft, als sei er es in der Tat gewesen. Er fühlte, dachte, handelte als Sowjetbürger; die deutschen Angelegenheiten ordnete und besorgte er, wie es die sowjetischen Bedürfnisse erforderten.

In Sitzungen pflegte er zuerst schweigend dem Gang der Verhandlungen zuzuhören. Dann und wann griff er ein; milde und gehalten brachte er seine anders gerichtete Meinung vor. Vor der Entscheidung aber wurde er Widerstrebenden gegenüber heftig und leidenschaftlich; erbarmungslos führte er marxistische Prinzipien ins Feld und wies nach, daß nur sein Standpunkt mit diesen Prinzipien in Einklang stehe. Sein Nachdruck war so groß, daß ihm niemand mehr widersprach. Jedem war deutlich, daß Ulbricht immer Mittel im Hintergrund hatte, seine Ansicht durchzusetzen und daß es geraten sei, sich ihr zu unterwerfen.

Fest scheint er von der Überzeugung durchdrungen gewesen zu sein, der einzige Mann zu sein, der die sowjetischen Interessen auf deutschem Boden gründlich zu wahren vermöge. Unerbittlich, so meinte er, müßte er jeden Anschlag auf seine Stellung sühnen, weil er unter allen Umständen eine Sendung zu verteidigen habe. Das Selbstgefühl stolzer, unabhängiger Souveränität war Ulbricht fremd; bis zum Grunde war sein Wesen von dem Gefühl durchdrungen, ein Vollstrecker sowjetischen Willens sein zu müssen, und sein Ehrgeiz war, mit jeder Faser seines Wesens vertrauenswürdig sein zu wollen. Er war ganz Funktionär; weil die Russen wußten, daß sie keinen tüchtigeren finden könnten, hielten sie unerschütterlich an ihm fest.

Adenauer wie Ulbricht zählten zu jenen Menschen, denen die Voraussetzungen fehlen, je in ein Verhältnis zum Geiste gelangen

zu können. So primitiv wie Adenauers katholisch-kirchliche Frömmigkeit war, so primitiv war Ulbrichts marxistisch-leninistische Gläubigkeit.

Zwei Künstler

In den Jahren nach 1952 hatte ich mich weitgehend aus Gesellschaft und Politik zurückgezogen. In Berlin beschränkte sich schließlich mein Umgang auf einen kleinen Kreis von Menschen, zu denen der Maler Horst Stempel und der Bildhauer Gustav Seitz gehörten.

Horst Stempel hatte meinen Weg gekreuzt, als ich Leiter der Volkshochschule Wilmersdorf war. Sein einfaches Gemüt, seine unkomplizierte Geistigkeit erinnerten mich stark an meinen Freund A. Paul Weber. Als ich mit Stempel vertraut wurde, hatte er seinen eigentlichen Stil noch nicht gefunden; er kämpfte noch um ihn. Während des Dritten Reiches war er zuerst in Paris gewesen, war dann aber nach Deutschland zurückgekehrt. Früh hatte er sich der Kommunistischen Partei angeschlossen. In Paris hatte er mit Masereel und Braque verkehrt; deren Einfluß auf seine Kunst war nicht zu verkennen. Die Dinge, auf welche sein Auge traf, beschäftigten ihn tief; er rang mit Problemen. Einmal sagte er zu mir, jedes Gemälde von ihm sei ein Schlachtfeld, auf welchem irgendeine Frage ausgefochten werde.

Im Jahre 1947 malte er mein Porträt. Es war eine starke Arbeit. Als er sich mit meinem Porträt beschäftigte, lebte er noch in Wilmersdorf. Des öfteren stieß ich darauf, wie er sich versucht fühlte, nach Ost-Berlin umzuziehen. Künstler erfuhren dort damals eine umsichtige Förderung, erhielten Aufträge und sahen sich stark umworben. Gelegentlich sprach ich meine Bedenken gegen seine Umsiedlungspläne aus, konnte freilich nicht erwarten, einen starken Eindruck damit auf ihn zu machen. Eines Tages erfuhr ich, daß er sich in Pankow niedergelassen habe. Anfänglich ging das auch gut. An der Kunstschule in Berlin-Weißensee erhielt er eine Professur. In der Künstlervereinigung spielte er eine bedeutende Rolle. Der Ministerpräsident Grotewohl wurde auf ihn aufmerksam. Als der Stadtbahnhof Friedrichstraße wieder aufgebaut wurde, beschloß die Regierung, die Halle mit einem Wandgemälde zu schmücken. Stempel stand in dem Ruf, sich vorzüglich auf Freskenmalerei zu verstehen. Er erhielt den Auftrag und machte

sich ans Werk. Im Vordergrund des Gemäldes stand ein muskelstarker Arbeiter; der Arbeitsfanatismus war ihm anzusehen. Er war der ungestüme Vorkämpfer der neuen sozialistischen Gesellschaft. Man konnte freilich finden, die Muskeln seien allzu stark geraten und die Leidenschaft des Aufbaus allzu theatralisch ausgeprägt. In der Tat hatte Stempel wohl unbewußt den wahren Gehalt der damaligen Zeit, die Krampfhaftigkeit des angeberischen Umtriebs, allzu sinnfällig enthüllt. Laut wurde das Lob der Aktivisten gesungen; die Muskelprotzen ernteten reichen Ruhm. Die Krampfhaftigkeit des gesellschaftlichen Zustandes sprang in die Augen, wenn man das Bild betrachtete. Man fühlte, dieser Held der Arbeit zeugte nicht von wahrer Kraft, er war nicht echt, er bot nur ein Schauspiel.

Seinen Auftraggebern war angesichts dieses Gemäldes nicht recht wohl. Sie spürten, hier waren sie erbarmungsloser entlarvt, als ihnen lieb sein konnte. Den Arbeitern selbst war die Aktivistenrolle, die ihnen auf dem Bild zugemutet wurde, anstößig. Kritik an dem Bild wurde laut, sie wurde von Woche zu Woche stärker. Parteinstanzen und auch die Regierung äußerten ihre Unzufriedenheit. Als die Diskussionen über das Bild nicht abbrachen, faßte Stempel einen kurzen Entschluß. Er bot sich an, es mit eigener Hand zu überstreichen. Sein Angebot wurde angenommen, und eines Tages war das Gemälde wieder verschwunden.

Horst Stempel gab sich einige Zeit redlich Mühe, im Sinne des sozialistischen Realismus, der vom Zentralkomitee gefordert wurde, zu malen. Ich traf ihn in seinem Atelier, wie er sich abquälte, Bilder hervorzubringen, die der Forderung der Partei entsprachen. Der Erfolg war gering; was Stempel malte, taugte nicht viel; seine produktive Kraft, sein schöpferisches Vermögen erlahmten. In Aussprachen mit Parteifunktionären wurde er scharf angegriffen. Man warf ihm vor, Formalist zu sein, und am Ende glaubte er gar Drohungen zu vernehmen. Er fühlte sich in seiner Freiheit gefährdet. Eines Tages kam er zu mir und gestand mir, aus Ost-Berlin geflohen zu sein. Seine Möbel, den größten Teil seiner Wäsche und viele seiner Arbeiten hatte er in seiner Wohnung zurückgelassen. Er war zum »Flüchtling« geworden.

Die Aufnahme, die er in West-Berlin fand, war nicht gut. Er war Kommunist gewesen und wurde als Nutznießer des SED-Regimes betrachtet. Wie es üblich war, wurde er verschiedenen Geheimdiensten vorgeführt, deren Auftrag darin bestand, ihn auszuforschen. Er weigerte sich, zum Denunzianten zu werden, und so galt

er als verstockt. Man erkannte ihn offiziell nicht als Flüchtling an; er erhielt keine Papiere und war auf die geringe Sozialunterstützung angewiesen. Diesen Bescheid focht er an, wurde aber mehrmals abgewiesen. Er hatte den Eindruck, daß ihm die Behörden mit Gehässigkeit begegneten. Mühsam nur hielt er sich über Wasser.

Es gelang, einen Journalisten für seine Arbeit zu interessieren. Im »Kurier« erschien ein Aufsatz, in welchem das Strepelsche Werk gewürdigt wurde. Etwa zu gleicher Zeit erreichte ich, daß in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, mit dessen Feuilletonredakteur, Dr. Karl Korn, ich befreundet war, die Reproduktion einer Strepelschen Arbeit und zugleich ein Artikel über den Künstler veröffentlicht wurde. Die Aufmerksamkeit des Westberliner Kultursenators war auf Stempel gelenkt. Es wurde erörtert, Stempel einen Lehrauftrag für bildende Kunst an der Technischen Universität zu verschaffen. Dies scheiterte zwar an dem zähen Widerstand des bürokratischen Apparats. Doch war es immerhin möglich, ein Wohnungsamt zu bewegen, Stempel eine Wohnung ordnungsgemäß zuzuweisen. Auch fernerhin mußte er auf behördliche Unterstützung verzichten. Seinen künstlerischen Leistungen verdankte er es, daß er sich eine Stellung aufbauen konnte. Aller Schwierigkeiten ungeachtet war Stempel nie verzagt. Mitunter äußerte er sein Glück darüber, völlig frei arbeiten zu können, auf keine behördlichen Einmischungen Rücksicht nehmen zu brauchen. Seine Schaffenslust entfaltete sich neu und ungehemmt. Freunde bahnten ihm den Weg, in verschiedenen deutschen Städten zu Ausstellungen zugelassen zu werden.

Dem Bildhauer Gustav Seitz war ich zum erstenmal im Präsidialrat des Kulturbundes begegnet. Man rühmte seine bildnerische Kraft und rechnete ihn zu den ersten Bildhauern nicht nur der Deutschen Demokratischen Republik, sondern ganz Deutschlands überhaupt. Mein Freund Willi Puff sprach begeistert von seinen Kunstwerken und brachte mich auf den Gedanken, mich von Seitz porträtieren zu lassen. Als ich Seitz den Vorschlag machte, ging er bereitwillig darauf ein. Bei den zehn Sitzungen, zu denen ich mich in sein Atelier begab, trat zutage, daß wir uns gut verstanden. Es entwickelten sich in der Folgezeit nahe persönliche Beziehungen; häufig besuchte er mich in Begleitung seiner Frau, die vordem als Architektin bei dem bekannten und angesehenen Architekten Scharoun gearbeitet hatte.

Auch Seitz war ein verhältnismäßig einfach strukturierter Mensch;

er war rechtwinklig gebaut an Leib und Seele. Hinterhältigkeiten, Schliche, Zweideutigkeiten widerstrebten seinem Wesen. Obschon er niemals Mitglied der SED war, wurde er zeitweise mit großen Ehrungen überhäuft. Man erleichterte ihm Reisen nach der Bundesrepublik und ins Ausland. In der Akademie der Künste erhielt er eine Meisterklasse.

Doch paßte auch er sich dem Stile des sozialistischen Realismus nicht an. Offen gestand er, nur auf seine eigene Weise schöpferisch arbeiten zu können, und ließ sich durch gelegentliche Vorhaltungen nicht beeinflussen. Im Jahre 1957 erhielt er den Auftrag der Akademie der Künste, für Käthe Kollwitz ein Denkmal zu schaffen. Mit großer innerer Freude ging er an dieses Werk.

Ende 1957 erhielt er eine Berufung an die Kunstakademie Hamburg. Etwas ganz Abscheuliches ereignete sich daraufhin. Westdeutsche Künstler neideten ihm diesen Ruf. In der Westberliner Zeitung »Der Tagesspiegel« erschien eine Notiz, in welcher Seitz als »Mann des Ostens« denunziert wurde. Hamburg sollte die Berufung noch einmal sorgfältig erwägen. Man mutete Seitz zu, eine demonstrative Absage an die Deutsche Demokratische Republik zu vollziehen. Seitz weigerte sich, dies zu tun. Hamburg war vornehm genug, trotzdem auf der Berufung von Seitz zu bestehen. Noch während die Berufung in der Schwebe war, verlieh ihm die Stadt Düsseldorf den »Corneliuspreis«. Jetzt freilich sah sich Seitz der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber in einige Verlegenheit versetzt. Die Deutsche Demokratische Republik war im Laufe der Zeit auf dem Standpunkt angelangt, die Annahme einer Berufung von Künstlern und Wissenschaftlern nach der Bundesrepublik sei »Verrat«. Die »Republikflucht« war zum Verbrechen erklärt worden.

Nun hatte Seitz nicht die Absicht, »republikflüchtig« zu werden. In aller Offenheit wollte er sich zur Annahme der Berufung bekennen, wollte friedlich von der Deutschen Demokratischen Republik scheiden, wollte Mitglied der Akademie der Künste der Deutschen Demokratischen Republik bleiben und den Staatsauftrag zu einem Denkmal für Käthe Kollwitz ausführen.

In Sitzungen sprachen Parteifunktionäre heftige Bedenken dagegen aus, daß Seitz die Übersiedlung nach Hamburg überhaupt in Erwägung ziehe. Sie mißbilligten auch seine Annahme des »Corneliuspreises«. Lange Zeit überwand Seitz nicht die innere Zerrissenheit, in welche ihn seine Situation gestürzt hatte. Ich sagte ihm, es gebe Lagen, die unvermeidlich mit Komplikationen verknüpft

seien. In einer solchen Lage befände er sich. Da könne er kaum erwarten, daß alles glattgehe. Alle Schwierigkeiten wurden schließlich überwunden. Im Januar 1959 begann er seine Tätigkeit an der Hamburger Kunstakademie. Die Deutsche Demokratische Republik ließ ihn in Frieden ziehen.

Abschied von der SED

Im März 1958 besuchte mich ein Mitglied der Wilmersdorfer Kreisleitung der SED. Die SED-Gruppe der Humboldt-Universität, der ich früher angehört hatte, so sagte er, habe mich nach Wilmersdorf überwiesen.

Ich sprach meine Verwunderung darüber aus, noch als Mitglied der Partei betrachtet zu werden. Seit dem Jahre 1950 etwa habe ich die Unzufriedenheit der Partei erregt. Meine Vorlesungen seien beanstandet worden, Studenten, die Mitglieder der SED waren, hätten vor dem Besuch meiner Vorlesungen gewarnt. Meine Bücher seien verboten worden, keine Zeitung oder Zeitschrift hätte eine Arbeit von mir gebracht. Im Jahre 1954 hätte ich durch einen meiner Assistenten den Parteikassierer benachrichtigt, mich mit Beitragsmarken zu versorgen. Im Jahre 1955 hätte ich meine letzte Beitragsmarke geklebt. Danach sei niemand mehr gekommen, mich an meine Beitragspflicht zu mahnen. Ich hätte angenommen, ich sei stillschweigend aus der Mitgliederliste der Partei gestrichen worden. Seit 1955 glaubte ich, nicht mehr Mitglied der Partei zu sein. Ich hätte es begrüßt, auf solch unauffällige, stillschweigende Art aus der Partei geschieden zu sein.

Der Mann meinte, so lägen die Dinge nicht. Von einer Absicht der Partei, mich zu streichen, wisse er nichts.

Die Parteimitgliedschaft könne wiederaufgenommen werden; man könne vereinbaren, wie die Nachzahlung der zurückliegenden Beiträge geregelt werden solle.

Ich entgegnete, die Erneuerung der Mitgliedschaft läge mir nicht im Sinne. Mein gesundheitlicher Zustand verbiete mir, mich aktiv zu betätigen. Immer wieder gäbe die Partei der Erwartung Ausdruck, daß jedes Mitglied die Pflicht habe, aktiv zu sein; gegen passive Mitglieder werde ein ständiger Kampf geführt. Für mich käme gar nicht in Betracht, irgendwelche Veranstaltungen und Versammlungen zu besuchen. Nicht die geringste Parteiarbeit dürfe von mir erwartet werden. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre

hätte ich politisch völlig resigniert. In keiner Weise mehr wolle ich an die Öffentlichkeit treten. An einem Mitglied solcher Art könne der Partei nichts liegen.

Bedächtig erwiderte der Mann, es könnte ja auf mich und meinen Zustand Rücksicht genommen werden.

Dagegen wandte ich ein, mir liege daran, reinen Tisch zu schaffen. Ich könne mir nach den Erfahrungen der letzten Zeit nicht denken, daß die Partei irgendwelchen Wert auf mich lege. Nach der Behandlung, die mir zuteil geworden sei, scheine es mir aus Gründen der Sauberkeit geboten, mein Ausscheiden aus der Partei als endgültig zu betrachten.

Er stellte in Aussicht, die ganze Angelegenheit mit der Parteileitung zu besprechen. Mein Mitgliedsbuch nahm er an sich, da es »Eigentum der Partei« sei. Ich überließ es ihm bereitwillig und deutete diese Einforderung des Parteibuches als Anerkennung meines Austritts.

Personenverzeichnis

- Abusch, A. 56, 59
Ackermann, A. 17, 47f., 53,
143, 268
Adenauer, K. 18, 92ff., 103,
123, 141f., 152, 199, 212,
262, 287, 293f., 296f.
Albertz, H. 248, 253
Alexander, H. R. Lord 62
Alkibiades 135
Arndt, A. 250
Auerbach 190
- Baeumler, A. 88
Baierle, A. 176
Bartels, W. 38, 49
Bassermann 41
Bauch, B. 112
Becher, J. R. 16, 52f., 55f., 59,
111, 127, 169, 171, 173f.,
214, 216, 266, 279
Beck, L. 111
Beer, K. W. 38f.
Benjamin, H. 128, 213
Bergold, Dr. 228–231
Bernanos, G. 65
Bernstein, Hptm. 68f.
Beseke, Dr. 39
Besser, K. 258
Bethmann Hollweg, Th. v.
30
Beyer, W. R. 240
Bidault, G. 77, 80
Biel, Mr. 89, 91
Birkenfeld, G. 53, 146
Bismarck, O. v. 22, 96, 131f.,
155, 185
Bloch, E. 122, 269–274
Bloy, L. 65
Bolz, L. 36
Bonde Hendriksen, H. 224f.
Bormann, M. 185
Bourdin, P. 40, 266
Brandt, W. 248f., 254
Braque, G. 297
- Braun, O. 41
Brecht, B. 127, 167ff., 171,
174, 176ff., 217
Bredel, W. 270
Brentano, H. v. 178
Brugsch, Th. 53, 106, 112, 125f.,
171f., 214
Buchwitz, O. 125f.
Burckhardt, J. 89
Byrnes, J. 76, 153
- Canaris, W. 61, 64
Churchill, W. 28, 62, 75, 148,
153
Clausewitz, K. v. 11
Clay, L. D. 75ff., 86
Colvin, J. 62ff.
Corsing, Dr. 41
- Dahlem, F. 121
Dante 136
Davies, Mr. 43, 51
Dehler, Th. 250
Delmer, S. 223
Demel, Dr. 110
Denisow, Prof. 129
Dertinger, G. 94
Dessau, P. 167f.
Dibelius, F. K. O. 212
Dieckmann, J. 94, 128
Diepschlag, Prof. 128f.
Dillschneider, Pfarrer 52
Dilthey, W. 42, 112
Dimitroff, G. 277
Dirks, W. 88
Dorsch, K. 267
Dorst, T. 13
Douglas, S. 76
Drexel, J. E. 10f., 63, 71f., 88,
125, 165, 178, 184–189, 234,
238
Dschingis-Khan 260
Dymschitz, Oberstleutnant 39,
266

- Eden, A. 102
 Eggerath, W. 128f.
 Eisler, H. 174
 Engels, F. 138, 159, 161, 271
- Fadejew, A. 147
 Fechner, M. 198, 213
 Feiler, Mr. 71f.
 Feuerbach, A. 167
 Fischer, H. 114
 Fischer, R. 269
 Forster, G. 97
 Franck, H. 167f.
 Freisler, R. 61
 Friedensburg, F. 15, 52, 55
 Friedrich Barbarossa 21, 23
 Friedrich d. Gr. 21, 73, 132,
 155, 172
 Friedrich II., Kaiser 23
- Gadamer, Prof. 56
 Gaulle, Ch. de 28
 Gentimur, I. 41
 Gentz, Dr. 163, 191
 Geschke, O. 33
 Girnus, W. 16, 110f., 224
 Globke, H. 262
 Goebbels, J. 60, 73, 83, 294
 Göring, H. 63, 73, 185, 190
 Goethe, J. W. 110
 Gogol, N. W. 159
 Gomulka, W. 268
 Graefe, B. 31
 Green, G. 174
 Grimme, A. 147, 259f.
 Grotewohl, O. 16, 35, 44ff.,
 94, 109, 166, 179, 196,
 184–287, 296f.
 Grüber, H. 165
 Guhr 117
 Gysi, K. 57ff.
- Habe, H. 70
 Haffner, S. 14
 Hager, K. 269
 Halder, F. 61
 Halle 116
 Hammerstein, K. Frh. v. 62
- Hammerstein, Kurt Frh. v. 62
 Hardenberg, Graf 221
 Harich, W. 119, 265, 270, 273,
 283
 Harig, G. 116, 121
 Harig, Frau 162
 Hartmann, Prof. 113f.
 Hartung, Prof. 113f.
 Hassel, U. v. 111
 Hauschke, Lekt. 280
 Havemann, R. 147
 Hegel, G. W. 9, 12, 23, 122,
 272
 Heidegger, M. 256, 271
 Heiland 248
 Heim, C. 14
 Heine, H. 137
 Heinemann, G. 88
 Hellberg, Intd. 128f.
 Herder, J. G. 267
 Herzen, A. 136f.
 Heuss, Th. 181, 199, 225
 Heymann, Prof. 89, 91
 Hielscher, F. 281
 Himmler, H. 73, 148, 294
 Hitler, A. 9f., 13f., 23, 27,
 31, 34, 37, 44, 54, 60f., 72ff.,
 83, 89, 115, 117, 126, 146,
 148f., 156f., 185f., 189ff.,
 206, 215, 228, 242–245,
 255, 260–263, 275, 277, 280f.,
 286, 288, 294, 296
 Hobbes, Th. 277
 Hoegner, W. 170
 Hofer, K. 54
 Hoffmann, W. 65
 Hollitscher, Prof. 147
 Hopkins, H. L. 102
 Hook, S. 147
 Hoover, H. 77
 Huppenkothen, Gestapo-
 beamter 190
- Ihering, H. 56, 125
 Ivan IV. 132
- Jahnn, H. H. 169
 Janka, W. 269, 283

- Jaspers, K. 271
 Jerussalimski, Prof. 131
 John, O. 221–225
 Jonen, Landgerichtsrat 229
 Jünger, E. 16, 51, 55f., 69, 184,
 266, 279
 Jünger, G. 185
 Jünger, W. 51

 Kabermann, F. 11
 Kafka, F. 174, 215
 Kaiser, J. 36, 63, 93
 Kamnitzer, H. 112
 Kant, I. 42, 265f.
 Kantorowicz, A. 88f., 281–284
 Karl, Dr. 232
 Karl V., Kaiser 21
 Kautzky, K. 269
 Keilberth, J. 127
 Keitel, W. 190
 Kelsen, H. 27
 Kiepenheuer, G. 176
 Kierkegaard, S. 89
 Kirsanow, Oberst 67
 Klein, F. jun. 278ff.
 Klein, F. sen. 278
 Kleinschmidt, K. 56, 216
 Kleist-Schmenzin, E. v. 61f.,
 232, 244
 Klier, Mr. 71f.
 Klingelhöfer, G. 15, 34f., 43ff.,
 244
 Koenen, W. 82, 95
 Königer 264
 Koestler, A. 147, 269
 Kogon, E. 38, 88–91, 115,
 147
 Kolbenheyer, E. G. 146
 Kollwitz, K. 300
 Korn, K. 11, 55, 88, 299
 Knook, Lekt. 276, 279f.
 Krille, Dr. 241
 Krukenberg 145
 Kuba (Kurt Bartel) 106, 282,
 284
 Kuby, E. 147
 Küttemeyer, W. 88
 Kukowka 69

 Kunisch, Prof. 113f.
 Kurella, A. 132

 Lange, M. 108
 Langgässer, E. 55, 64f.
 Langner, I. 55
 Lasky, M. J. 146f.
 Lassalle, F. 12
 Lehmann, W. 64
 Lenin, W. I. 30, 47f., 109, 122,
 138f., 159, 161, 163, 211, 269
 Lemmer, E. 52, 55
 Lessing, G. E. 267
 Lewy, H. 276ff., 281
 Liebknecht, K. 288
 Lindsay, Major 42f., 48f.
 Lipschitz, J. 241f., 244f., 248,
 253
 Litwinow, M. 73
 Lotze, H. 49
 Louis-Ferdinand, Prinz v.
 Preußen 221, 224
 Lucács, G. 53, 269, 283
 Luden, H. 110
 Ludendorff, E. 30, 279

 Machiavelli, G. 277
 Machui, v. 88
 Magritz 166f.
 Mahraun, A. 14
 Maisky, J. M. 73
 Mann, H. 282
 Mann, Th. 56, 72, 222
 Markov, Prof. 67
 Marquardt, Dr. 38
 Marshall, G. 77f., 81
 Marx, K. 115, 122, 136, 138,
 159, 161, 221, 269, 271f.
 Masereel, F. 297
 Matern, H. 121
 Maus, H. 111, 114f., 118, 120
 Mazzini, G. 136f.
 McNarney, General 76
 Mencken, H. 71
 Menzel, Dr. 93
 Mertens, H. 89f.
 Meusel, A. 67, 112–115, 125,
 279

- Mitscherlich, A. 52
 Mohler, A. 184
 Molotow, W. 80f.
 Müller, G. 254
 Müller, K. 32
 Müller, V. 36
- Naas, Dr. 112
 Nagel, O. 166f.
 Nagy, I. 268
 Napoleon I. 21, 37, 97
 Naumann, Senatspräsident
 234
 Neupert, Prof. 113f.
 Niemöller, M. 61, 212, 295
 Nietzsche, F. 12, 22, 57, 89,
 96
 Noack, U. 122–125
 Noske, G. 25, 199
 Nuschke, O. 94
- Obermann 108
 Oelßner, F. 109, 269
 Ollenhauer, E. 45
 Ortega y Gasset, J. 146
 Oster, H. 61
 Ostrowski, O. 85
 Otto d. Gr., Kaiser 21
 Otto, Th. 167
- Papen, F. v. 87
 Patent, Major 112
 Pechstein, M. 54
 Pellico, S. 136
 Peter d. Gr. 132
 Pieck, W. 46, 82, 166ff., 179
 Proske, R. 258
 Puff, W. 299
 Puschkin, A. 159
 Puschkin, G. 269
- Radek, K. 14, 280
 Randal, Mr. 71
 Ranke, L. v. 12
 Renan, E. 89
 Reuter, E. 86f.
 Richter, L. 125
 Richter, W. 115
- Rickert 112
 Rieck 39f., 42f.
 Riemerschmidt 108
 Rienäcker, Prof. 56, 216
 Robertsen, B. 76f.
 Röhrig, Prof. 113f.
 Römer, B. 14
 Rompe, R. 112
 Roosevelt, F. D. 28, 75, 102
 Rousseau, J. J. 277
 Rowohlt, E. 258, 275
- Salomon, E. v. 275
 Sandberg, Prof. 56
 Sauer, K. 162f.
 Sauerbruch, F. 64
 Schacht, H. 61
 Schadewald, Prof. 113f.
 Scharnhorst, G. v. 11
 Schiffer, E. 163ff.
 Schiller, F. 222
 Schlabrendorff, F. v. 61f., 234,
 237ff., 244f., 248ff., 253
 Schlegelberger, F. 250
 Schleicher, K. v. 14
 Schlesinger, Frl. 53
 Schlüter 241
 Schmid, C. 92f.
 Scholz, A. 68
 Schopenhauer, A. 57
 Schrickel, K. 108f., 118
 Schütz, E. 89
 Schumacher, K. 287
 Schurz, C. 136
 Schwarz, H. 41
 Seeckt, H. v. 14
 Seghers, A. 169, 270
 Seitz, G. 18, 297, 299f.
 Selbmann, F. 196
 Semjonow, W. 17, 179f., 201
 Shukow, G. 35
 Simon, Prof. 113
 Sindermann, H. 128
 Sokolowski, W. D. 79
 Solowjew, T. 128, 131f.
 Spengler, O. 12
 Spieker 88
 Spieß, Prof. 113f.

- Spranger, E. 111
 Stalin, J. W. 73, 109, 122, 134,
 147, 149, 159, 161, 163, 195,
 280, 296
 Stampfer, F. 45
 Stauffenberg, Graf 184
 Stein, K. Frh. vom 11
 Steinberg, Dr. 59
 Steinhoff, K. 120
 Steinitz, Prof. 59
 Stenbock Fermor, A. Graf 126
 Sternberg, F. 269
 Strasser, O. 232
 Strauß, Dr. 90
 Stempel, H. 18, 215, 297 ff.
 Stresemann, G. 10, 156
 Stroux, J. 53 f., 125
 Suhr, Otto 199, 239
 Syben, F. 33 f.
- Tamerlan 260
 Tarlé, Prof. 131
 Themistokles 135
 Theunissen, G. 41
 Thierack, Dr. 62
 Tillmann, Dr. 88, 90
 Toller, E. 13, 176
 Tolstoi, L. 159
 Tomberge, Pfarrer 53
 Tralow, J. 170
 Treuberg, Graf 39
 Tresckow, H. v. 61
 Trott zu Solz, W. v. 88
 Truman, H. 72, 75, 104, 148,
 153
 Tschesno, Verleger 67
 Tschuikow, W. J. 179
 Tulpanow, S. 45, 286 f.
- Uhlmann, W. 32 f.
 Uhse, B. 173, 270
 Ulbricht, W. 18, 35, 110, 121,
 124, 193, 196, 198, 201,
 213, 269 f., 282, 286, 293,
 295 ff.
- Vaal, van der, Prof. 51
 Vierkandt, Prof. 113
- Wagner, R. 57 f.
 Wandel, P. 112, 125 f.,
 269
 Warnke, H. 121
 Weber, A. 52
 Weber, A. P. 297
 Weber, M. 52, 186
 Wheeler-Bennet, J. W. 223,
 242
 Weigel, H. 166 f., 177
 Weisenborn, G. 55, 169, 171,
 258
 Wendt, E. 60
 Wessel, H. 88, 178
 Weyl, G. 40
 Wiegler, P. 55, 58, 60
 Wiese, L. v. 144
 Wilhelm, Verleger 60
 Willmann, H. 52 ff., 59
 Wissmann, Prof. 113
 Witsch, J. 281
 Wohlgemuth, W. 225
 Wolff, F. 169
 Wünsch, G. 259
 Wüsing, Dr. 111
- Zweig, A. 106, 169,
 174

Inhalt

Hans Schwab-Felisch:
Einleitung 5

Ernst Niekisch:
Gegen den Strom

- Vorbemerkung 21
- Nach der Katastrophe 27
- Erste Erlebnisse 31
- Alte Freunde 33
- Parteien 35
- Volkshochschule Wilmersdorf 38
- Von der SPD zur SED 43
- Der deutsche Weg 46
- Reisen 48
- Kulturbund zur demokratischen
Erneuerung Deutschlands 52
- Zensur 57
- Colvin 61
- Elisabeth Langgässer 64
- Der Draht nach Rußland 66
- Die Rettung der Bücher 68
- Das Zeitungswesen 69
- Kursänderung 72
- Volkskongreßbewegung 81
- Blockade West-Berlins 83
- Imshausen 88
- Gründung der Bundesrepublik Deutschland 91
- Nationale Front 94
- Geschichtliche Verzögerer 96
- Der kalte Krieg 98
- Politische Stellung 100
- Einkreisung 104
- In der Volkskammer 105
- Europäische Bilanz 107
- Universität 111
- Der »Nauheimer Kreis« 122
- Sechzigster Geburtstag 125
- Der Nationalpreis 126
- Nochmals Sowjetunion 128

Zur Frage der Emigration	135
Konstellationsgewinner	141
Bolschewisierung	143
Schriftstellerkongreß	145
Politische Situation	148
Ostorientierung	155
Schulung	158
Die Überprüfung	161
Dr. Eugen Schiffer	163
Die Möwe	166
PEN-Zentrum	169
Professor Theodor Brugsch	171
Erster Kulturkongreß	173
Bertolt Brecht	176
Semjonow	179
Diskussion	180
Bayernreise	184
Joseph Drexel	186
Wiesbaden	189
17. Juni 1953	192
Denkschrift zum 17. Juni 1953	201
Faschismus und Bolschewismus	217
Otto John	221
Wiedergutmachung	225
Nachhutgefechte	239
Innensenator Lipschitz	241
Noch einmal Wiedergutmachung	247
Freier Westen	256
Der düstere Schatten	260
Besprechung im Staatssekretariat	264
Wolfgang Harich	265
Ernst Bloch	270
Verlagsverhandlungen	275
Alfred Kantorowicz	281
Otto Grotewohl	284
Die Situation der Deutschen	
Demokratischen Republik	288
Zwei »Führer«	292
Zwei Künstler	297
Abschied von der SED	301
Personenverzeichnis	303

Ernst Niekisch
Erinnerungen eines
deutschen Revolutionärs
Erster Band
Gewagtes Leben
1889-1945

393 Seiten, Leinen DM 28,-

Ernst Niekisch
Erinnerungen eines
deutschen Revolutionärs
Zweiter Band
Gegen den Strom
1945-1967

mit einer Einleitung
von Hans Schwab-Felisch

310 Seiten, Leinen DM 28,-

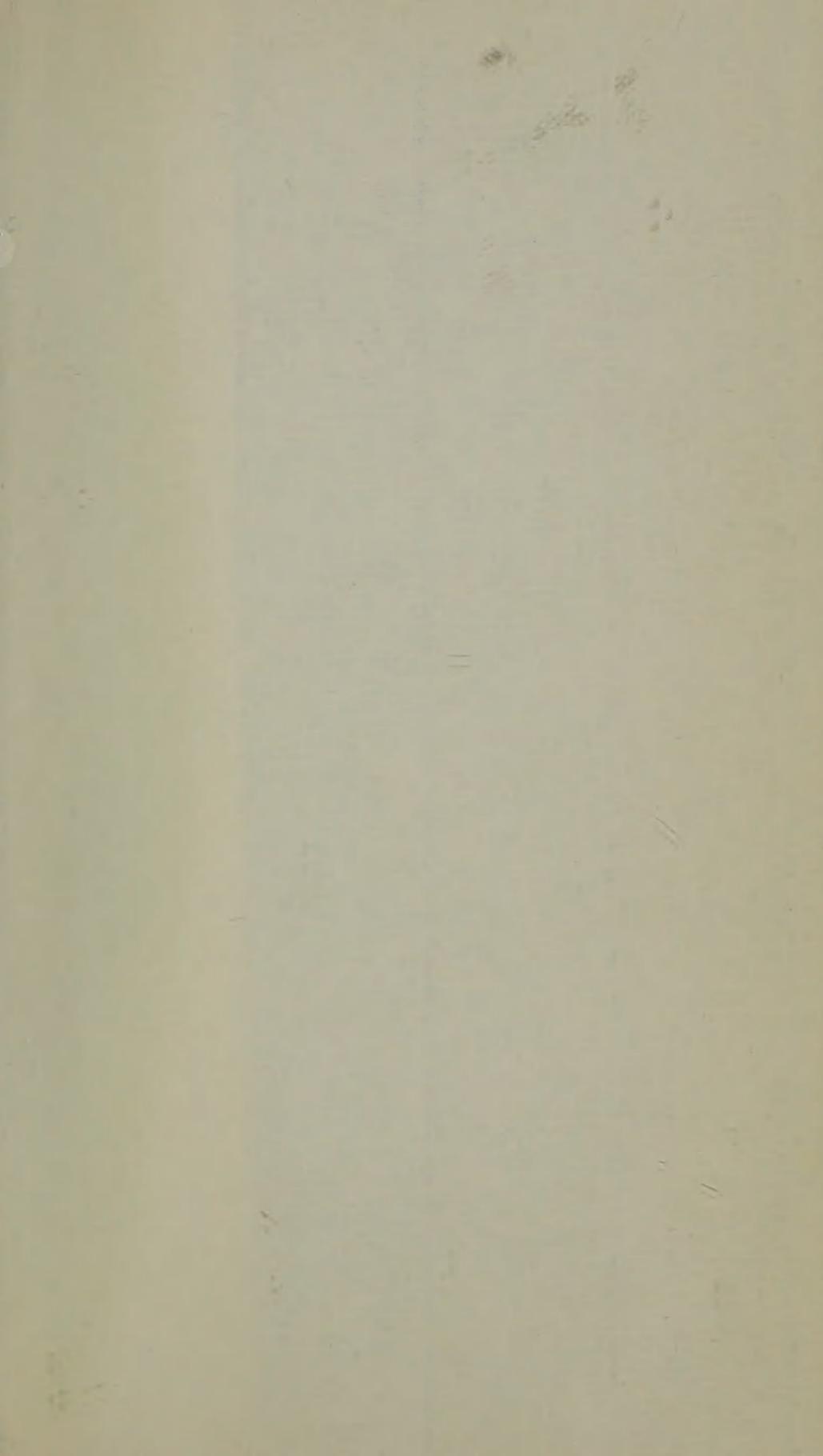
Ernst Niekisch
Die Legende von der
Weimarer Republik
mit einem einleitenden Essay
von Bodo Scheurig

240 Seiten, Leinen DM 28,-

Friedrich Kabermann
Widerstand und Entscheidung
eines deutschen Revolutionärs
Leben und Denken
von Ernst Niekisch

419 Seiten, Leinen DM 38,-

Verlag Wissenschaft
und Politik



in seinen persönlichen Anmerkungen zu Ereignissen, Begebenheiten und Personen im Band »Gegen den Strom« an. Ungeachtet seiner schweren körperlichen Leiden, die Folgen langjähriger Zuchthaushaft, ist Ernst Niekisch in dieser Nachkriegszeit ein aufmerksamer und engagierter Beobachter der politischen Szenerie in und um Deutschland. Was er am Abend seines mutigen und kämpferischen Lebens erfährt, ist für ihn, dessen frühzeitige Warnung vor Hitler und dessen kompromißloser Kampf gegen den Nationalsozialismus in der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges eine grauenvolle Bestätigung gefunden hatten, ebenso deprimierend wie erbitternd. So sind diese letzten Kapitel der »Erinnerungen eines deutschen Revolutionärs« die beeindruckende und zugleich erschütternde Dokumentation eines kämpferischen Lebens, unbeugsamer Gesinnung, stolzer Erbitterung und Einsamkeit. Ein Leben, das in vielem für viele Beispiel und Mahnung ist.

Verlag Wissenschaft und Politik



P6-APA-555